

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Vierter Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorbemerkung	4
1 Die Entwicklungsländer in der heutigen Welt	5
1.1 Die politische Bedeutung der Beziehungen zu den Entwicklungs- ländern	5
1.2 Wirtschaftliche und soziale Situation der Entwicklungsländer	6
1.2.1 Allgemeine Wirtschaftslage der Entwicklungsländer	6
1.2.2 Problemfelder in der Dritten Welt	7
1.2.2.1 Bevölkerungswachstum	7
1.2.2.2 Arbeitslosigkeit	9
1.2.2.3 Nicht angepaßte Bildungssysteme	9
1.2.2.4 Ökologischer Raubbau	10
1.2.2.5 Nahrungsmittelknappheit	10
1.2.2.6 Energieengpässe	10
2 Neuere Tendenzen im Verhältnis von Industrie- und Entwicklungs- ländern	11
2.1 Interdependenz und gemeinsame Interessen	11
2.2 Zusammenhang von Entwicklungs-, Beschäftigungs-, Handels- und Strukturpolitik	13
2.2.1 Beschäftigungswirkungen der deutschen Entwicklungshilfe	13
2.2.2 Beschäftigungswirkungen des Warenaustausches mit den Entwick- lungsländern	13
2.2.3 Wechselwirkungen zwischen Entwicklungs-, Handels- und Struk- turpolitik	14
2.3 Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Entwicklungsländer ...	15
2.4 Differenzierung der Entwicklungsländer	16
2.5 Entwicklungsfinanzierung	16
3 Nord-Süd-Dialog	18
3.1 Stand und Bewertung	18
3.1.1 Stand	18
3.1.2 Bewertung	20
3.2 Verhandlungsstand nach Sachbereichen	21
3.2.1 Handel	21
3.2.2 Rohstoffe	22
3.2.3 Finanz- und Währungsfragen	22
3.2.4 Am wenigsten entwickelte Länder (LLDC)	22

	Seite
3.2.5 Wissenschaft und Technologie	23
3.2.6 Seerecht	23
3.2.7 Transnationale Unternehmen	23
4 Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Dritten Welt	24
4.1 Leistungsübersicht	24
4.2 Instrumente und Verfahren der Zusammenarbeit: Überblick, Verbesserungen, Vereinfachungen	24
4.3 Regionale Schwerpunkte	25
4.3.1 Geographische Verteilung	25
4.3.2 Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländergruppen	26
4.3.2.1 Zusammenarbeit mit den armen Entwicklungsländern	26
4.3.2.2 Zusammenarbeit mit Schwellenländern	27
4.4 Fachliche Schwerpunkte	27
4.4.1 Sektorale Verteilung	27
4.4.2 Bekämpfung der absoluten Armut	28
4.4.2.1 Inhalt des Grundbedürfniskonzepts und Förderungspolitik	28
4.4.2.2 Förderung der Frau in Entwicklungsländern	29
4.4.2.3 Projektbeispiele	30
4.4.3 Ausgewählte Sektoren: Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme und Projektbeispiele (Landwirtschaft und Ökologie, Energie, Industrie)	30
4.5 Personelle Zusammenarbeit	30
4.5.1 Grundsätze und Probleme	30
4.5.2 Ausbildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen für eine Tätigkeit im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	31
4.5.3 Integrierte Fachkräfte	31
4.5.4 Entwicklungshelfer	32
4.5.5 Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern durch DSE, CDG und OBS	32
4.5.6 Reintegrationshilfen für Ausbildungsabsolventen und qualifizierte Arbeitnehmer aus Entwicklungsländern	32
4.6 Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus Inspektions- und Evaluierungsberichten	33
4.7 Dialog mit der Öffentlichkeit	34
4.8 Bund-Länder-Kooperation in der Entwicklungshilfe	35
4.9 Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen	35
4.9.1 Grundsätze	35
4.9.2 Kirchen	35
4.9.3 Politische Stiftungen	36
4.9.4 Andere private Träger	37
4.10 Förderung der privaten Wirtschaftstätigkeit in EL	38
4.10.1 Grundsatz	38
4.10.2 Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) ..	39
4.10.3 Entwicklungsländer-Steuer-gesetz (EntwLStG) 1979	39
4.10.4 Niederlassungskredite	40
4.10.5 Unterrichtung der deutschen Wirtschaft über Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit	40
4.10.6 Weitere Maßnahmen	40
5 Europäische Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	40
5.1 Allgemeine Tendenzen	40
5.2 Zusammenarbeit der EG mit den AKP-Ländern	40
5.2.1 Durchführung des Abkommens von Lomé	41
5.2.2 Verhandlungen über eine neue AKP-EG-Konvention	42
5.3 Mittelmeerpoleitik der EG	42
5.4 Weltweite EG-Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	42

Gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. April 1971 — Umdruck 171, Drucksachen VI/1941, VI/2053 — zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (21) — 650 10 — En 15/80 — vom 18. Januar 1980.

Federführend: Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

	Seite
5.4.1 Nahrungsmittelhilfe	42
5.4.2 Finanzhilfe und Technische Hilfe	43
5.4.3 Allgemeine Zollpräferenzen	43
5.4.4 Nichtpräferentielle vertragliche Handelsbeziehungen	43
6 Multilaterale Zusammenarbeit	43
6.1 Entwicklungsorganisationen im VN-System	43
6.1.1 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	43
6.1.2 VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)	46
6.1.3 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)	46
6.1.4 Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) ..	47
6.1.5 Zusammenarbeit mit anderen VN-Organisationen	47
6.2 Multilaterale Finanzierungsinstitutionen	47
6.2.1 Weltbankgruppe (Weltbank, IDA, IFC)	47
6.2.2 Regionale Entwicklungsbanken	48

Anhang

Verzeichnis der Tabellen im Text

Tabelle	Seite
1 Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens 1970 bis 1978	6
2 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des BSP 1970 bis 1978	7
3 Die armen Entwicklungsländer im Vergleich zu den Industrieländern ..	7
4 Anteile einzelner Ländergruppen an den Weltimporten und -exporten (f. o. b.) 1977	8
5 Demographische Daten	8
6 Jährliches durchschnittliches Wachstum des Arbeitskräfteangebots 1960 bis 2000	9
7 Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Entwicklungsländern 1950 bis 2000	9
8 Indikatoren zur Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den EL durch Warenhandel 1977	11
9 Rohstoffimporte der Bundesrepublik Deutschland 1977	12
10 Nettoleistungen an Entwicklungsländer 1977 und 1978 nach regionaler Herkunft	17
11 Gesamtbetrag der von den Entwicklungsländern empfangenen Nettoleistungen nach Art und Herkunft 1970 bis 1978	18
12 Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer am Jahresende nach Gebern 1970 bis 1979	19
13 Regionale Verteilung der Regierungszusagen der Bundesrepublik Deutschland 1975 bis 1978 (FZ und TZ)	26
14 Aufteilung der Mittel für die staatliche Technische Zusammenarbeit nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)	28
15 Aufteilung der Mittel für die Technische Zusammenarbeit insgesamt nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)	29
16 Aufteilung der Mittel für die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)	30
17 Deutsche Auslandsfachkräfte der wichtigsten deutschen personalentsendenden Organisationen	31
18 Übersicht über die Entwicklungshilfeleistungen der Bundesländer 1962 bis 1978	35
19 Regionalstruktur der Direktinvestitionsbestände der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern	36
20 Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer in Entwicklungsländern: Verteilung nach Branchen	38
21 Synopse: Politiken und Instrumente der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EG mit Entwicklungsländern	44

Vorbemerkung

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich der Prozeß fortgesetzt, der nach der Ölkrise 1973/74 schlagartig sichtbar geworden ist: Entwicklungspolitik wurde zu einem zentralen Bestandteil im Geflecht der Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland. Der Abbau sozialer Spannungen innerhalb der Entwicklungsländer, zwischen den Entwicklungsländern und in den Nord-Süd-Beziehungen insgesamt kann internationale Konflikte vermeiden helfen, die weltwirtschaftliche Entwicklung, an der gerade die Bundesrepublik Deutschland als außenhandelsorientiertes Industrieland besonders interessiert ist, fördern und zur Sicherung des Weltfriedens beitragen.

Der vierte Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung beruht auf dieser Grundeinsicht. Er beschreibt und bewertet in Kapitel 1 die Lage der Entwicklungsländer und zeigt deren Problemfelder auf. Kapitel 2 behandelt neuere Tendenzen im Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern; dabei werden auch die Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik, Beschäftigungspolitik, Strukturpolitik und Handelspolitik aufgezeigt. Einen Überblick über den Stand und die Bewertung des Nord-Süd-Dialogs enthält Kapitel 3, wobei deutlich gemacht wird, welche Ergebnisse erzielt wurden und welche strittigen Fragen noch ungelöst sind. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern und die Ergebnisse und Probleme der staatlichen Zusammenarbeit werden in Kapitel 4 dargestellt. Anhand von Projektbeispielen wird auch die Projektwirklichkeit geschildert, aus den Ergebnissen der Inspektions- und Evaluierungsberichte werden Schlußfolgerungen gezogen. Die beiden Schlußkapitel sind der Entwicklungsländer-Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft (Kapitel 5) und dem deutschen Beitrag im Rahmen multilateraler Entwicklungsinstitutionen gewidmet (Kapitel 6).

1 Die Entwicklungsländer in der heutigen Welt

1.1 Die politische Bedeutung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern

Die EL¹⁾ sind in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts nach der Entkolonisierung als selbständige Staaten auf der Weltbühne erschienen. In den 70er Jahren haben sie die Weltpolitik nachhaltig mitbestimmt. Eine internationale Friedensordnung ist ohne ihre Mitwirkung nicht mehr denkbar. Während sie sich in den 60er Jahren noch weitgehend im Sog des Ost-West-Konflikts befanden, hat ihnen der Entspannungsprozeß ermöglicht, ihre von den Großmächten unabhängigen Interessen selbständiger und mit Nachdruck zu vertreten.

Verschiedene Zusammenschlüsse der EL dienen dem Zweck der kollektiven Interessenvertretung. Vor allem die „Gruppe der 77“ (heute mehr als 110 Länder) sowie die Gruppe der Blockfreien versuchen, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Dritten Welt durchzusetzen.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der EL stellen ein großes Konfliktpotential dar. Die Weltwirtschaft kann nicht weiterentwickelt, aber auch der Weltfrieden nicht gewahrt werden ohne erkennbare Fortschritte bei der Lösung dieser Probleme. Damit wird auch unsere Interessenlage bei den Beziehungen zur Dritten Welt deutlich: Sie verlangen Zusammenarbeit und Partnerschaft.

Der Weltfrieden wird besser gewahrt werden können, wenn das Einkommensgefälle zwischen IL²⁾ und EL langfristig abgebaut und kurzfristig zumindest nicht noch stärker wird. Dies ist nur zu erreichen, wenn die Nord-Süd-Zusammenarbeit unter Bedingungen politischer Stabilität erfolgt. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Reformen von den Staaten der Dritten Welt selbst geschaffen werden. Dies setzt voraus, daß die Mehrheit der Bevölkerung aktiv am Entwicklungsprozeß und am wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen kann.

Die Bundesregierung hat die Solidarität der EL immer als eine Chance für eine Weiterentwicklung des internationalen Systems begriffen. Sie hält deren Wunsch nach mehr Eigenständigkeit und das gewachsene Selbstbewußtsein bei der Darstellung der eigenen Positionen mit den Interessen der IL an der Friedenssicherung und an der Entwicklung des Handelsaustausches für völlig vereinbar. Innerhalb dieses Verantwortungsrahmens haben alle Länder das Recht auf ihren eigenen Weg. Die Bundesregierung hat ihre Politik, die auf Kooperation mit selbständigen Partnern angelegt ist, am 30. Mai 1979 bekräftigt und festgestellt: „Bestimmendes Ziel der deutschen Entwicklungspolitik bleibt die langfristige Friedenssicherung durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der EL. Entwicklungspolitik unterstützt die wirtschaftliche und politische Un-

hängigkeit der Länder der Dritten Welt“ (Entwicklungspolitikthese Nr. 2. Die Thesen zur Politik der Zusammenarbeit mit den EL sind im Anhang VI wiedergegeben).

Die Bundesregierung hat sich gegen die Schaffung von Einflußzonen ausgesprochen. Dieses Ziel kann am besten erreicht werden, wenn die EL unabhängig und stark genug sind, sich allen derartigen Bestrebungen zu widersetzen.

Die Einflüsse, denen ein Land bei der Modernisierung ausgesetzt ist, werden in vielen EL als Gefahren neuer kultureller Abhängigkeiten begriffen. Dies kann zu Identitätskrisen führen, die nicht ohne Rückwirkungen auf die internationale Zusammenarbeit bleiben. Die Bundesregierung wird darauf achten, daß ihre Entwicklungszusammenarbeit im Einklang steht mit dem Ziel der EL, ihre kulturellen Werte und Traditionen zu bewahren und sie mit den notwendigen modernen Entwicklungen in Einklang zu bringen. Die Bundesregierung wird sich bemühen, möglichen negativen Folgen eines gemeinsam als notwendig erkannten Wandels entgegenzuwirken.

Das Recht der freien Entscheidung der EL über die innere Ordnung verbietet es, die Zusammenarbeit von einer bestimmten politischen Haltung abhängig zu machen. Eine Zusammenarbeit, die sozialer Entwicklung und ökonomischem Fortschritt dienen soll, ist allerdings schwer vorstellbar, wenn Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten charakterisieren.

Der Wunsch nach Beachtung der Menschenrechte entspricht den politischen Grundüberzeugungen der Bundesregierung. Die Menschenrechte wurden weltweit anerkannt durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die Menschenrechtspakte der VN. Dennoch ist die Achtung der Menschenrechte auch heute in vielen Teilen der Welt noch nicht gewährleistet.

Nach Auffassung der Bundesregierung sind die Menschenrechte eine Grundlage für ökonomischen und sozialen Fortschritt. Der Beschluß der Organisation für afrikanische Einheit vom Juli 1979 zur Schaffung einer afrikanischen Menschenrechtscharta und die Erklärung der Commonwealth-Konferenz in Lusaka vom August 1979 bestätigen diese Ansicht und werden von der Bundesregierung begrüßt. Sie teilt die Ansicht, daß die Menschenrechtsfrage nicht auf die bürgerlichen Freiheiten eingeengt werden darf, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte einschließt. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit genießt jedoch in jedem Fall hohen Vorrang.

Im südlichen Afrika sieht es die Bundesregierung als vorrangige Aufgabe ihrer Politik an, aktiv zur Überwindung der Gewalt und zur friedlichen Beilegung der Konflikte beizutragen. Sie gewährt auch humanitäre Hilfe zur Linderung der Not der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung ohne Unterschied, ob die Menschen, denen diese Hilfe zugute kommt,

¹⁾ EL = Entwicklungsländer

²⁾ IL = Industrieländer

Opfer der einen oder der anderen politischen Seite sind. Für die Erreichung dieser Ziele mißt die Bundesregierung dem Dialog mit den Befreiungsbewegungen als wichtigen politischen Kräften und ihrer Einbeziehung in Verhandlungslösungen große Bedeutung bei. Sie ist auch bereit, solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die auf den friedlichen und demokratischen Aufbau der noch abhängigen Gebiete abzielen.

Die Tatsache, daß weltweit über 400 Milliarden Dollar jährlich für Rüstungszwecke ausgegeben werden und gleichzeitig etwa 800 Millionen Menschen in absoluter Armut ohne Aussicht auf eine baldige Verbesserung ihrer Lage leben, hat das Thema Abrüstung und Entwicklung in den letzten Jahren stärker in den Vordergrund treten lassen. Zusätzliche Aktualität erhält dieses Thema infolge des noch wachsenden Anteils der EL an den weltweiten Rüstungsausgaben (vgl. Tabelle 4 im Anhang VII). Lag dieser Anteil 1965 noch bei 6 %, so hat die Dritte Welt (ohne China) heute bereits einen Anteil von 14 %; es ist zu befürchten, daß sich die Tendenz wachsender Rüstungsausgaben fortsetzen wird.

Gegenwärtig werden die komplexen Zusammenhänge zwischen Abrüstung und Entwicklung auf Beschluß der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung in einer umfassenden Studie untersucht. Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an dieser Studie und trägt u. a. mit der Förderung von sechs nationalen Teilstudien zu ihrem Gesamtergebnis bei. Sie hofft, daß die VN-Studie nicht nur zu einem klaren Verständnis der Beziehungen zwischen Abrüstung und Entwicklung führt, sondern auch realistische Wege weist, wie das Mißverhältnis zwischen weltweiten Rüstungs- und Entwicklungshilfeausgaben konkret abgebaut werden kann.

Mittel, die auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung unter effektiver Kontrolle frei werden, soll-

ten für Maßnahmen der landwirtschaftlichen, infrastrukturellen und industriellen Entwicklung, insbesondere der Länder der Dritten Welt, verwandt werden. Die EL selbst könnten größere Teile ihres Volkseinkommens, die sie für Rüstung ausgeben, entwicklungspolitisch nutzbringend investieren. Erfolge dieser Bemühungen sind nur dann denkbar, wenn die Entspannungspolitik erfolgreich fortgesetzt werden kann, da sie eine der Voraussetzungen für allgemeine Abrüstungsmaßnahmen ist.

1.2 Wirtschaftliche und soziale Situation der Entwicklungsländer

1.2.1 Allgemeine Wirtschaftslage der Entwicklungsländer

Der erste Weltentwicklungsbericht, den die Weltbank im August 1978 veröffentlicht hat, faßt die Lage der EL nach ca. 20 Jahren ernster Bemühungen um eine systematische und beschleunigte Entwicklung folgendermaßen zusammen:

„Die bisherigen Ergebnisse sind sowohl ermutigend als auch ernüchternd. Das Wirtschaftswachstum der EL hat die ursprünglichen Erwartungen übertroffen und ihr Potential für die weitere Entwicklung ist — insbesondere was die wirtschaftlichen Kapazitäten, die vorhandenen Führungskräfte und die Ausstattung mit Kapitalgütern betrifft — beachtlich gestiegen. Trotz dieser Erfolge leben jedoch in der sich entwickelnden Welt noch immer etwa 800 Millionen Menschen in absoluter Armut — mit Einkommen, die zu niedrig sind, um eine angemessene Ernährung zuzulassen — und ohne Zugang zu unentbehrlichen öffentlichen Dienstleistungen. Der Lebensstandard vieler dieser Menschen hat sich nicht verbessert, und in Ländern mit niedrigem wirtschaftlichen Wachstum mag der Lebensstandard der Armen sogar gesunken sein. Die Zahlen über die Armut sind bereits für sich genommen ein unverblümter Maßstab für den Umfang der Probleme, die noch zu bewältigen sind.“

Tabelle 1

Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens 1970 bis 1978 in US-\$ und Preisen von 1976

Ländergruppe	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ²⁾
1. Entwicklungsländer (ohne Ölexport. Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	430	450	470	490	510	520	535	550	560
2. Ölexport. Länder mit Kapitalbilanzüberschuß ¹⁾	4610	4800	4800	4605	4430	5800	5860	5970	6080
3. Industrieländer	5560	5730	5990	6305	6280	6190	6480	6680	6880
4. Verhältnis zwischen 1 und 3	1:12,9	1:12,7	1:12,7	1:12,9	1:12,3	1:11,9	1:12,1	1:12,1	1:12,3
5. Absoluter Abstand zwischen 1 und 3	5130	5280	5520	5815	5770	5670	5945	6130	6320

¹⁾ Länderliste s. Anhang II

²⁾ vorläufig

Quelle: World Bank, World Economic and Social Indicators, Oktober 1979, S. 15, und eigene Berechnungen

Tabelle 2

**Durchschnittliche jährliche Wachstums-
raten des BSP 1970 bis 1978**
in %

	BSP	BSP pro Kopf
1. Industrieländer	3,4	2,7
2. Entwicklungsländer insgesamt (ohne ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß)	5,8	3,4
<i>darunter:</i>		
EL mit höherem Pro-Kopf- Einkommen (über 2500 US-\$) ...	5,0	3,4
EL mit oberem mittleren Pro-Kopf-Einkommen (1136 bis 2500 US-\$)	7,0	4,6
EL mit mittlerem Pro-Kopf- Einkommen (551 bis 1135 US-\$) .	6,3	3,4
EL mit unterem mittleren Pro-Kopf- Einkommen (281 bis 500 US-\$) ...	5,6	2,8
EL mit niedrigem Pro-Kopf-Ein- kommen (280 US-\$ und weniger) .	4,0	1,6

Berechnet nach: World Bank, World Economic and Social Indicators, Oktober 1979, S.15 (US-\$ in Preisen von 1976).

Tabelle 3

**Die armen Entwicklungsländer im Vergleich
zu den Industrieländern**

	BSP pro Kopf		Durchschnitt- liche jähr- liche Wachs- tumsrate (in%)
	1970	1977	
1. Länder mit niedri- gem Pro-Kopf-Ein- kommen (280 \$ und weniger)	150	170	1,6
2. Industrieländer	5560	6880	2,7
3. Verhältnis zwischen 1 und 2	1 : 37	1 : 40	
4. Absoluter Abstand zwischen 1 und 2	5410	6710	

Berechnet nach: World Bank, World Economic and Social Indicators, Oktober 1979, S.15 (US-\$ in Preisen von 1976).

1.2.2 Problemfelder in der Dritten Welt

1.2.2.1 Bevölkerungswachstum

Obwohl sich das Bevölkerungswachstum in vielen EL in den letzten Jahren verlangsamt hat, bleibt die nach wie vor rasche Bevölkerungszunahme ein entscheidendes Entwicklungshemmnis. Die Deckung der

Die EL¹⁾ haben von 1970 bis 1978 ein reales Wachstum ihres Bruttosozialprodukts von knapp 6 % jährlich erreicht. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg jedoch infolge des hohen Bevölkerungswachstums nur um 3,4 % jährlich. Damit hat sich der relative Abstand des Pro-Kopf-Einkommens von EL und IL trotz geringfügiger Schwankungen nicht wesentlich verändert. Die hohen durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts verdecken allerdings eine fortschreitende Differenzierung der Dritten Welt in einen zunehmend ärmeren und in einen weiter fortgeschrittenen Teil. Das Wachstum konzentriert sich auf die EL mit mittlerem und höherem Einkommen (vgl. Tabelle 1, 2 und 3), während die armen EL²⁾ die niedrigsten Wachstumsraten aufweisen. In dieser Ländergruppe nahm das Pro-Kopf-Einkommen sogar langsamer zu als in den IL. Aber auch in den anderen EL, deren Wachstumsraten und Pro-Kopf-Einkommen zunächst ein günstigeres Bild vermitteln, sind die Probleme der Massenarmut wegen der oft ungleichen Einkommensverteilung weiterhin erheblich.

Vieles deutet darauf hin, daß sich dieser Differenzierungsprozeß fortsetzt. Insbesondere die EL mit geringem Pro-Kopf-Einkommen haben sich noch nicht von den Folgen der weltweiten Rezession erholt. Die jüngsten Erdölpreiserhöhungen haben mit ihren direkten und indirekten Wirkungen zu neuen Belastungen für die Nicht-Öl-Entwicklungsländer geführt.

Ein wachstumshemmender Faktor für die EL war das niedrige und unregelmäßige Wirtschaftswachstum in den IL seit 1974. Protektionistische Maßnahmen, weltweite Inflation und Instabilitäten des Weltwährungssystems bremsen die Entwicklung des Welthandels zusätzlich und damit auch die Exportmöglichkeiten der EL. Von 1965 bis 1973 stieg das Welthandelsvolumen jährlich um rd. 9 %, in der Zeit zwischen 1973 und 1977 sank diese Rate auf knapp über 4 %. Das Wachstum der EL-Exporte hat sich im gleichen Zeitraum von 6,4 % im Jahresdurchschnitt auf 3,6 % verlangsamt. Bemerkenswert ist die deutlich dynamischere Entwicklung der Fertigwarexporte aus EL; sie sind von 1965 bis 1973 um etwa 15 % jährlich gestiegen, von 1974 bis 1977 um durchschnittlich 11 %. Die Anteile der EL am Welthandel zeigt Tabelle 4.

Auch in Zukunft werden nicht allein die Exportmöglichkeiten der EL, sondern mittelbar auch die Wachstumsraten ihres BSP von der wirtschaftlichen Entwicklung in den IL abhängen. Nach der Prognose im 2. Weltentwicklungsbericht (1979) werden die EL bis 1990 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 5,6 % und des Pro-Kopf-Einkommens von 3,3 % nur erreichen, wenn das Bruttoinlandsprodukt der IL im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 4,2 % pro Jahr wächst, die Exporte der EL mit 6,5 % pro Jahr schneller wachsen als der Welthandel insgesamt (6 % pro Jahr) und der bis 1990 ansteigende externe Kapitalbedarf durch reale Steigerungen der öffentlichen Entwicklungshilfe um 3,6 % pro Jahr und der Finanzmittel zu Marktbedingungen um 3,4 % pro Jahr gedeckt wird.

¹⁾ ohne ölexportierende Entwicklungsländer mit Kapitalbilanzüberschuß (vgl. Liste der EL im Anhang II).

²⁾ BSP/Kopf bis 280 US-\$ (1976).

Tabelle 4

**Anteile einzelner Ländergruppen an den Weltimporten
und -exporten (f. o. b.) 1977**

importierende Gebiete exportierende Gebiete	Industrie- länder	OPEC	EL ohne OPEC	Staats- handels- länder	Welt ins- gesamt
Industrieländer	43,2	5,9	8,6	3,0	62,8
OPEC	9,6	0,1	2,6	0,2	13,1
EL ohne OPEC	8,2	0,7	2,3	0,8	12,3
Staatshandelsländer	2,6	0,3	0,9	5,4	9,7
Welt insgesamt	64,9	7,2	14,8	9,5	100,0

Quelle: GATT-Jahresbuch 1977/78

Grundbedürfnisse für breite Bevölkerungsschichten wird in Anbetracht der Engpässe in den Bereichen Ernährung und soziale Infrastruktur immer schwieriger.

Eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialpsychologisch wirksamen Motivationen, die zu einer Reduzierung der Kinderzahl führen, liegen noch nicht vor. Bisherige Erfahrungen lassen jedoch erkennen, daß eine Modernisierung der Lebensführung und eine Verbesserung des Lebensstandards zu einer Verbreitung der Kleinfamilien-Norm beitragen können. Diese langfristig wirkenden Maßnahmen der allgemeinen Entwicklungspolitik müssen aber mit Programmen zur Verringerung der Fruchtbarkeit kombiniert werden. In einigen EL (z. B. Indonesien, Philippinen, Singapur, Republik Korea) haben früher eingeleitete Maßnahmen der Bevölkerungsplanung

zusammen mit einer Verbesserung des Lebensstandards zu einem Rückgang der Fruchtbarkeit geführt..

Ein besonderes Problem der Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt ist das rasche Bevölkerungswachstum in den Städten (vgl. Tabelle 5). Zwischen 1975 und dem Jahre 2000 werden die Städte fast eine Milliarde Menschen aufnehmen müssen. Die Anzahl sehr großer Städte mit über fünf Millionen Einwohnern — 1950 gab es erst eine in der Dritten Welt (Buenos Aires) — wird dann auf 40 gestiegen sein. Diese sprunghafte Entwicklung stellt die Politiker der betroffenen Länder vor bislang unbekannte Herausforderungen. Ein zentrales Problem bildet dabei die Wohnungsfrage sowohl in qualitativer, aber auch vor allem in quantitativer Hinsicht; ein Großteil der Menschen in der Dritten Welt wohnt unter menschenunwürdigen Bedingungen. Insbesondere in den

Tabelle 5

Demographische Daten

	Bevölkerung 1976		Durchschnitt- liches jährliches Bevölkerungs- wachstum		Städt. Bevölkerung in % der Gesamt- bevölkerung				Lebens- erwartung bei Geburt (in Jahren)	
	in Mil- lionen	in % der Welt- bevöl- kerung	1960 bis 70	1970 bis 77	1960	1975	1960 bis 70	1970 bis 75	1960	1977
			in %				in %			
EL mit niedrigem Pro- Kopf-Einkommen ...	1 193	29,3	2,4	2,3	15	19	3,4	4,2	42	50
EL mit mittlerem und höherem Pro- Kopf-Einkommen*) ..	936	23,0	2,5	2,6	37	47	3,7	4,2	53	60
Industrieländer	661	16,2	1,0	0,8	67	74	1,8	1,4	69	74
Staatshandelsländer	1 276	31,3	1,7	1,2	29	34	2,9	2,7	58	66

*) ohne Ölexportländer mit Kapitalbilanzüberschuß

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1979

städtischen Gebieten, in denen schon über 200 Millionen Menschen in Elendssiedlungen leben, wird sich das Problem verschärfen. Nach Schätzungen der Weltbank müßten bis zum Ende des Jahrhunderts allein in den Staaten der Dritten Welt etwa 200 Millionen neue Wohnungen gebaut werden.

1.2.2.2 Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind nach wie vor zentrale Probleme der EL. Sie stehen in engem Zusammenhang mit geringem Wirtschaftswachstum, Armut und rascher Bevölkerungszunahme. Bereits heute wird die Zahl der Arbeitslosen in EL auf über 100 Millionen geschätzt. Rechnet man die „versteckte“ Arbeitslosigkeit, d. h. die saisonal kurzfristig und die als mithelfende Familienangehörige unzulänglich Beschäftigten hinzu, so kommt man auf weit höhere Zahlen. Die künftige Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme läßt sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung bereits heute klar voraussehen (vgl. dazu Tabelle 6 und 7).

Im Vergleich zur historischen Erfahrung der heutigen IL stehen die EL vor ungleich größeren Schwierigkeiten: In den IL dauerte es 90 Jahre bis zur Verdoppelung der Zahl der Erwerbspersonen, in der Dritten Welt heute aber weniger als 30 Jahre. Dies hat die Konsequenz, daß die EL in erheblich gerin-

gerem Maße als seinerzeit die europäischen IL in der Lage sind, den Zuwachs an Arbeitskräften in ihrer Industrie zu beschäftigen.

Die Folge davon ist die rasche Ausbreitung der Unterbeschäftigung nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den traditionellen Industrie- und Dienstleistungsbereichen, ferner die hohe Arbeitslosenrate bei Berufsanfängern und besonders bei denen, die eine Ausbildung genossen haben.

1.2.2.3 Nicht angepaßte Bildungssysteme

Bildung und Ausbildung gehören zu den Grundrechten des modernen Menschen und gleichzeitig zu seinen Grundbedürfnissen. Der Ausbau des Bildungs- und Erziehungswesens stellt daher auch eine der Hauptaufgaben in den meisten EL dar. Manche von ihnen wenden heute 20 bis 30 % ihrer staatlichen Ausgaben für Bildungsmaßnahmen auf.

Hauptziel der Bildungsprogramme ist die Verbesserung der Entwicklungschancen im wirtschaftlichen, sozialen, aber auch kulturellen und politischen Bereich. Die bisherigen Erfahrungen haben — bei allen Erfolgen in Teilbereichen — eine ernüchternde Erkenntnis gebracht: Bildungsinvestitionen fördern nicht automatisch die angestrebte Entwicklung in den genannten Bereichen; ein falsch angelegtes Erziehungswesen kann sogar vorhandene Probleme verschärfen.

In vielen EL stellt das Bildungssystem ein Erbe der kolonialen Vergangenheit dar, bzw. es wird von den Eliten dieser Länder weitgehend auf ihre eigenen Bedürfnisse abgestellt. Inhalte und Formen eines Bildungssystems für die gesamte Bevölkerung müssen sich zwangsläufig davon unterscheiden. Überzeugende Modelle konnten sich bisher kaum entwickeln. Viele EL verfahren deshalb zweigleisig: Sie führen das übernommene Schulsystem insbesondere mit dem Ziel der Qualifikation für weiterführende Fachschulen und Universitäten fort und sammeln Erfahrungen für grundlegende Reformen. Teilweise wurden solche Reformen in Richtung auf umwelt- und berufsbezogene Ausbildung bereits eingeleitet. Daneben gewinnen Programme außerschulischer

Tabelle 6

**Jährliches durchschnittliches Wachstum
des Arbeitskräfteangebots 1960 bis 2000**
in %

	1960 bis 1970	1970 bis 1980	1980 bis 1990	1990 bis 2000
Entwicklungsländer	1,8	2,2	2,2	2,1
Westliche Industrieländer	1,2	1,2	0,7	0,5

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1979, Tab. 27

Tabelle 7

Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Entwicklungsländern 1950 bis 2000
in Millionen

	1950	1960	1970	1980	1990	2000
Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	259,4	297,7	351,4	428,8	523,8	623,2
Afrika südlich der Sahara	78,5	93,7	115,4	143,1	182,5	235,4
Afrika nördlich der Sahara und Naher Osten	22,9	26,9	32,6	42,2	56,0	70,0
Ostasien und Ozeanien	35,5	43,8	55,5	71,7	89,6	108,9
Lateinamerika und Karibik	54,2	67,1	84,8	110,2	147,9	192,8
Südeuropa	37,5	42,0	45,3	51,7	58,6	65,9
Alle Entwicklungsländer	488,0	571,2	685,0	847,7	1 058,4	1 296,2

Quelle: World Bank Staff, Working Paper No. 336, Tabelle 9

Grunderziehung (z. B. Alphabetisierung, berufsbezogene Erwachsenenbildung, Berücksichtigung lokaler Sprachen) immer größere Bedeutung. Sie sollen praktische Daseinsbeherrschung vermitteln, kostengünstiger arbeiten und die Entwurzelung — auch in sprachlicher Hinsicht — der Absolventen aus ihrer Umwelt verringern helfen.

Die Anstrengungen auf beiden Ebenen werden nach Schätzungen der UNESCO dazu führen, daß sich bis 1990 die Analphabetenquote der über 15jährigen von ca. 29 % (1980) auf etwa 26 % senken wird. Infolge des rapiden Bevölkerungswachstums wird sich aber die absolute Zahl von Lese- und Schreibkundigen noch erhöhen. Sie wird für 1980 auf etwa 800 Millionen geschätzt und wird bis 1990 an die 900-Millionen-Grenze heranreichen.

1.2.2.4 Ökologischer Raubbau

In IL und EL haben steigende Umweltbelastungen und die Mißachtung ökologischer Kreisläufe zu einer erheblichen Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen geführt. Während in den IL die Gefährdung durch die industrielle Produktion und durch den Konsum im Vordergrund steht, wird in vielen EL das natürliche landwirtschaftliche Produktionspotential (Böden, Wasser) durch eine arbeitsbedingte zerstörerische Landnutzung eingeschränkt. Die Zerstörung der natürlichen Ressourcen in zahlreichen Ländern der Dritten Welt, vor allem in den Trockengebieten und Bergregionen, bedroht ernsthaft die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Aber auch der Industrialisierungsprozeß in den EL birgt eine erhebliche Gefahr für die Umwelt, weil die ökologischen Bedingungen in tropischen und subtropischen Regionen labiler sind als in gemäßigten Zonen.

Wenn sich auch die Umweltproblematik in IL und EL heute überwiegend noch unterschiedlich stellt, so wird doch durch die enge ökologische Verflechtung ein globaler Zusammenhang der Belastung der gemeinsamen natürlichen Ressourcen hergestellt. Ein Beispiel dafür ist die Gefahr einer langfristigen Zunahme der Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre, die durch die Rodung großer Wälder — insbesondere in tropischen Regenwaldgebieten — noch beschleunigt werden könnte.

1.2.2.5 Nahrungsmittelknappheit

Immer noch hungern Millionen von Menschen in den EL, weil die Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt insgesamt nicht ausreicht, die Bevölkerung zu ernähren. Das schnelle Bevölkerungswachstum hat dazu beigetragen, daß die Abhängigkeit der EL von Nahrungsmittelimporten aus den IL laufend zugenommen hat. Die EL waren insgesamt bis 1950 noch Netto-Selbstversorger bei Getreide. Seitdem sind ihre Getreideeinfuhren schnell gestiegen und haben 1977 rd. 64 Millionen t erreicht. Nach Projektionen der FAO können sie bis 1985 auf 94 Millionen jährlich ansteigen. Auch künftig wird es viele Länder geben, deren Produktionsstruktur eine angemessene Nahrungsmittelselbstversorgung nicht erlaubt. Aber es muß das Ziel aller sein, die Abhängigkeit der EL nicht noch anwachsen zu lassen. Nachdem

zu Beginn dieses Jahrzehnts zum Teil ein Rückgang der Produktion zu beobachten war, sind in den letzten Jahren — global gesehen — die Zuwachsraten pro Kopf wieder gestiegen. In einigen asiatischen EL sind sogar erhebliche Produktionssteigerungen festzustellen (vgl. Tabelle 1 im Anhang VII).

Es genügt allerdings nicht, das Problem der Ernährungssicherung nur von der Produktionsseite zu sehen. Daneben gibt es andere gravierende Hemmnisse, die die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beeinträchtigen. In einer Reihe von Ländern produziert der Agrarsektor überwiegend Agrarrohstoffe für den Export, Nahrungsgüter dagegen müssen in großem Umfang importiert werden. Zahlreiche Länder messen ihrer Agrarentwicklung, vor allem der Nahrungsmittelproduktion, noch nicht die nötige Bedeutung bei. Nationale Preis- und Subventionspolitik begünstigt in vielen Fällen den städtischen Verbraucher, während die Erzeugerpreise so niedrig gehalten werden, daß sie für die Produzenten keinen Anreiz bieten, mehr als für den Eigenbedarf zu produzieren. Hierin und in vielfach noch ausstehenden Reformen der Agrarstrukturen, vor allem der Bodenbesitzverhältnisse, liegen die eigentlichen Ursachen der anhaltenden Landflucht und der unzureichenden Nahrungsmittelversorgung.

1.2.2.6 Energieengpässe

Die Ölpreisentwicklung seit der Jahreswende 1973/1974 hat die Energieversorgung zu einem der Schlüsselprobleme für die weitere Entwicklung der Länder der Dritten Welt werden lassen. Der Energiebedarf der EL wird zwar zu 50 % aus sogenannten nicht-kommerziellen Energiequellen, d. h. aus Brennholz, Holzkohle und tierischen und pflanzlichen Abfällen gedeckt. Die andere Hälfte des Energieverbrauchs der EL beruht auf kommerziellen Energieträgern, und darunter nimmt das Erdöl mit einem Anteil von vier Fünfteln den bei weitem wichtigsten Platz ein. Der restliche Verbrauch wird zu 13 % durch Kohle und zu rd. 7 % durch Wasserkraft gedeckt. Die im Vergleich zu den IL höhere Abhängigkeit der Volkswirtschaften der EL vom Erdöl kommt auch in den durchschnittlichen Zuwächsen deutlich zum Ausdruck: Der Ölverbrauch der EL stieg 1960 bis 1976 um jährlich knapp 7 % (in den IL um 4,1 %) und wird nach Weltbank-Schätzungen bis 1990 um 6 % jährlich weiter zunehmen.

Dadurch werden die EL verstärkt als Nachfrager nach Rohöl auftreten. Die Gefahr von Spannungen wird wachsen. Die Bundesregierung „fordert deshalb alle an Ölproduktion, -versorgung und -verbrauch Beteiligten zu verantwortungsbewußtem Handeln auf“ (Entwicklungspolitische These Nr. 3 vom 30. Mai 1979). Es muß alles unternommen werden, damit ein „Kampf ums Öl“ verhindert wird.

Die Zahlen machen klar, daß die nicht-ölproduzierenden EL von dem steilen Anstieg der Ölpreise besonders hart getroffen wurden. 1973 betrug die Öleinfuhr-Rechnung dieser EL 5,2 Mrd. US-\$, 1979 bereits rd. 40 Mrd. US-\$. Dieser enorme Zuwachs geht nur zum geringeren Teil auf den zunehmenden Verbrauch und zu rd. drei Vierteln auf die Preisentwicklung zurück (zum Anteil der Exporterlöse, der

für Ölimporte aufgewendet werden muß, vgl. Tabelle 7 im Anhang VII).

Infolge dieser Entwicklung wuchs der Anreiz für die Exploration neuer Ölquellen. Es ist geplant, die Ölförderung in den EL (ohne OPEC) — die OPEC fördert rd. 30 Millionen Barrel pro Tag — von 3,7 Millionen Barrel pro Tag im Jahre 1976 auf 8,3 Millionen Barrel 1985 zu steigern. Die Weltbank rechnet für Ägypten, Brasilien, Indien und Mexiko mit einer beträchtlichen Ausweitung der Förderung, für andere Länder wie Angola, Kongo, Malaysia, Pakistan und Zaire mit einer geringeren, aber dennoch deutlichen Zunahme.

Zur Deckung des steigenden Energiebedarfs kommen neben Erdöl und Erdgas kurz- bis mittelfristig vor allem konventionelle Energieträger (Wasserkraft, Kohle, Ölschiefer) in Frage, bei denen die EL über ein erhebliches, bislang ungenutztes Potential verfügen. Daneben gewinnt die Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen (Sonnenenergie, Wind, Biomasse, Erdwärme) an Bedeutung.

Die Energieprobleme in der Dritten Welt werden dadurch verschärft, daß die im ländlichen Raum weit verbreitete Nutzung nicht-kommerzieller Energiequellen allmählich an ihre Grenzen stößt. In den ärmeren EL sind neun Zehntel der Bevölkerung ausschließlich von Brennholz als dem einzigen verfügbaren bzw. erschwinglichen Brennstoff abhängig. Aber der zunehmende Raubbau an den Wäldern wird immer mehr zu einer gefährlichen Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts. Erste Schätzungen der Weltbank gehen davon aus, daß die gegenwärtige

Rate der Aufforstung in den EL lediglich ein Zehntel dessen beträgt, was notwendig wäre, um einen vernünftigen Grad der Selbstversorgung mit Brennholz bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu gewährleisten.

2 Neuere Tendenzen im Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern

2.1 Interdependenz und gemeinsame Interessen

Mit zunehmender Integration der EL in die Weltwirtschaft nimmt auch ihre Verflechtung mit den IL zu. Die Bundesrepublik Deutschland ist z. B. mit den EL in folgenden Bereichen eng verflochten (vgl. Tabelle 8 im Textteil sowie Tabelle 12 und 13 im Anhang VII):

- a) 23 % aller deutschen Exporte gehen in EL;
 - fast 30 % aller Investitionsgüterexporte der Bundesrepublik Deutschland fließen in EL, bei den Verbrauchsgütern sind es 14 %;
- b) 25 % aller deutschen Importe stammen aus EL;
 - fast alle deutsche Erdöleinfuhren stammen aus EL;
 - von den importierten Erzen stammen über 40 %, von den übrigen Bergbauprodukten über 20 % aus EL;
 - von den eingeführten Agrarprodukten bezieht die Bundesrepublik Deutschland etwa 40 % aus EL;

Tabelle 8

Indikatoren zur Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern durch Warenhandel 1977

Sektor	Importe der Bundesrepublik Deutschland aus den Entwicklungsländern nach Sektoren in % der Importe		Exporte der Bundesrepublik Deutschland in die Entwicklungsländer nach Sektoren in % der Exporte	
	aus den Entwicklungsländern	aus dem gesamten Ausland	in die Entwicklungsländer	in das gesamte Ausland
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	20,1	43,8	0,6	10,6
Bergbau und Energie	42,3	78,7	0,5	5,9
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	36,9	12,5	97,6	23,3
davon:				
Grundstoffe	8,0	7,4	22,1	19,6
Investitionsgüter	5,9	6,2	65,9	27,4
Verbrauchsgüter	17,2	28,0	6,7	14,5
Nahrungs- und Genußmittel	5,9	18,9	2,8	15,1
Sonstige Waren	0,7	9,9	1,3	21,9
Insgesamt	100,0	24,9	100,0	22,8

Anmerkung: Die Ergebnisse beruhen auf einer Zuordnung der Handelsdaten auf vierstelliger SITC-Basis zur Systematik der deutschen Wirtschaftszweige.

Quellen: OECD, Handelsdaten 1977 auf Magnetband; Berechnungen des DIW.

— von den importierten Verbrauchsgütern stammen fast 30 % aus EL;

- c) 78 % der staatlich garantierten deutschen Exportkredite fließen in EL;
- d) 30 % der deutschen Auslandsinvestitionen werden in EL getätigt (zur regionalen Verteilung und Branchenstruktur der deutschen Direktinvestitionen vgl. Tabelle 19 und 20);
- e) 23 000 deutsche Arbeitskräfte (rd. 3 000 im Rahmen der Entwicklungshilfe und rd. 20 000 aus der privaten Wirtschaft) arbeiten in EL.

Die Bundesregierung sieht gemeinsame Interessen und damit die Notwendigkeit zu gemeinsamen Anstrengungen mit den EL vor allem in folgenden Bereichen:

a) *Stabiles Weltwirtschaftssystem*

Es liegt im Interesse der IL, wenn die Massenkaukraft in den EL steigt und die Märkte dieser Länder sich ausweiten; der steigende Handel mit den EL hat positive Beschäftigungswirkungen für die Wirtschaften beider Seiten. Die Bundesregierung setzt sich entschieden dafür ein, daß der Marktzugang der EL, insbesondere der ärmeren EL, im Bereich der Halb- und Fertigwaren weiter verbessert wird. Sie ist bereit, den unvermeidlichen Strukturwandel im Gefolge vermehrter Einfuhren aus EL zu erleichtern. Die EL sind an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der IL interessiert, da sie die Aufnahmebereitschaft für Produkte aus den EL wie auch die Höhe der Entwicklungshilfe beeinflusst. Protektionismus schadet langfristig beiden Seiten.

b) *Ressourcentransfer*

Ein erhöhter öffentlicher und privater Ressourcentransfer liegt im gemeinsamen Interesse von Nord und Süd. Die vom privaten und öffentlichen Ressourcentransfer ausgehenden Rückwirkungen auf die Beschäftigung in den IL sind positiv (vgl. im einzelnen 2.2.1).

c) *Energie- und Rohstoffversorgung*

Die Nachfrage nach Öl wird mittel- und langfristig beträchtlich höher sein als das Angebot. Es liegt deshalb im gemeinsamen Interesse, sowohl die Produktion von Energie in Form von Öl, Kohle, Gas und Wasserkraft als auch die Entwicklung von Technologien unerschöpflicher Energiequellen (Wind, Sonne, Biomasse, Geothermik) in den EL gezielt zu fördern. Die Bundesregierung hat die entsprechenden Konsequenzen gezogen (vgl. Anhang III 2).

Rohstoff Erlöse sind für viele EL noch auf lange Sicht die wichtigste Devisenquelle und damit eine der Hauptvoraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Für die IL vergrößern eine Diversifizierung der Bezugsquellen und ein erhöhtes Angebot an Rohstoffen auf dem Weltmarkt die Versorgungssicherheit. Es liegt deshalb im beiderseitigen Interesse der IL und der EL, im Bereich der Rohstofferkundung, -ge-

Tabelle 9

**Rohstoffimporte der Bundesrepublik Deutschland
1977**

Rohstoff	Anteil der EL am Import (%)	Wichtigste Lieferländer
Kupfererze	72	Papua-Neuguinea, Chile, Indonesien
Rohkupfer	41	Chile, Sambia
Zinnerze	58	Bolivien, Indonesien, Singapur
Rohzinn	90	Indonesien, Thailand, Malaysia
Eisenerz	53	Brasilien, Liberia
Manganerze ...	18	Marokko, Brasilien
Bleierze	28	Marokko, Bolivien, Peru, Mexiko
Bauxit	56	Guinea, Sierra Leone, Guyana
Kobalt	42	Zaire
Niobium-, Tantal- u. Vanadium-Erze	65	Brasilien, Mosambik
Chromerze	21	Türkei, Madagaskar
Phosphate	46	Tunesien, Israel, Marokko
Naturkautschuk	97	Malaysia, Indonesien, Singapur, Sri Lanka, Zaire
Jute	94	Bangladesch, Nepal
Hartfasern (Sisal, Kokos, Agaven)	98	Sri Lanka, Brasilien, Madagaskar
Baumwolle	68	Guatemala, Türkei, Kolumbien, Sudan
Laubrundholz ..	100	Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun, Liberia
Laubschnittholz	90	Malaysia, Elfenbeinküste, Philippinen, Ghana
Kaffee	100	Kolumbien, El Salvador, Kenia, Brasilien, Guatemala
Kakao	100	Elfenbeinküste, Nigeria, Ghana, Brasilien, Kamerun
Tee	92	Indien, Sri Lanka, Bangladesch, Indonesien
Bananen	99	Panama, Costa Rica, Kolumbien, Honduras, Ecuador
Erdöl	94	Libyen, Saudi-Arabien, Iran, Algerien, Nigeria, Vereinigte Arabische Emirate

Quelle: Statistisches Bundesamt

winnung und -verarbeitung verstärkt zusammenzuarbeiten und Rohstoffinvestitionen in EL möglichst zu steigern (zur Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vgl. Tabelle 9). Die Bundesregierung verfolgt weiter ihre Vorschläge für eine weltweite Stabilisierung von Rohstoffexporterlösen der EL.

d) Ernährung

IL und EL haben ein gemeinsames Interesse an der dauerhaften Sicherung der Welternährung. Im Hinblick auf das hohe Nahrungsdefizit in den EL muß die landwirtschaftliche Produktion in den EL erheblich gesteigert werden (vgl. Tabelle 1 im Anhang VII).

e) Umweltschutz und Erhaltung der natürlichen Ressourcen

In IL und EL gehen erhebliche Gefahren von der Belastung der Umwelt und von der Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts aus.

Wegen der globalen Bedeutung der Umweltprobleme müssen IL und EL ein Interesse an der Erhaltung der Umwelt haben. Die Auswirkungen der genetischen Verarmung, der Klimabeeinflussung, der Verknappung bestimmter Güter, gesundheitsgefährdender Rückstände in bestimmten Produkten sowie sozialer Spannungen in Regionen, in denen die Landnutzung durch Desertifikation und Erosion eingeschränkt ist, treffen IL und EL gleichermaßen.

2.2 Zusammenhang von Entwicklungs-, Beschäftigungs-, Handels- und Strukturpolitik

Die Beziehungen zwischen IL und EL haben sich in den letzten Jahren ausgeweitet. Damit haben sich auch Bedeutung und Gewicht der Entwicklungspolitik gewandelt; insbesondere die Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik und Beschäftigungspolitik sowie Handelspolitik und Strukturpolitik finden deshalb heute mehr Aufmerksamkeit als früher.

2.2.1 Beschäftigungswirkungen der deutschen Entwicklungshilfe

Die bilaterale Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich lieferungebunden. Ausnahmen werden bei Krediten für Schiffslieferungen und grundsätzlich bei Lieferungen und Leistungen aus sensiblen Wirtschaftsbereichen gemacht.

Eine aus beschäftigungspolitischen Gründen gelegentlich geforderte Einschränkung der Lieferungebundenheit der deutschen Entwicklungshilfe steht im Widerspruch zu unseren Interessen. Eine solche Einschränkung wäre ein Schritt in Richtung Protektionismus. Die Bundesrepublik Deutschland würde dadurch in ihrem Eintreten für einen freien Warenaustausch, von dem sie in besonderem Maße abhängig ist, an Glaubwürdigkeit verlieren. Lieferungebundenheit hat für die EL den Vorteil, daß sie die günstigsten Bezugsquellen nutzen können.

Der Deutsche Auftragsanteil bei der öffentlichen Entwicklungshilfe ist trotz Lieferungebundenheit erheblich. Bei der finanziellen Zusammenarbeit be-

trug 1978 der deutsche Anteil der nach Ländern aufteilbaren Auszahlungen rd. 61 %; 25 % entfielen auf die übrigen westlichen IL, 13 % auf die EL und weniger als 1 % auf die Staatshandelsländer (von den Aufträgen, die an die IL flossen, entfielen auf die deutsche Wirtschaft demnach 71 %). Bei der Technischen Zusammenarbeit wurden 85 % des Auftragsvolumens an deutsche Fachkräfte und Consulting-Firmen vergeben.

Durch die deutsche bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe wurden im Jahre 1976 nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der einkommensmultiplikativen Wirkungen rd. 60 000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert (bilaterale Hilfe 30 000, multilaterale Hilfe 30 000). Die Auftragsvolumina der internationalen Organisationen an deutsche Firmen liegen in den meisten Fällen seit Jahren erheblich über den deutschen Beiträgen an diese Organisationen bzw. über dem von der Bundesrepublik Deutschland gezeichneten Kapital.

2.2.2 Beschäftigungswirkungen des Warenaustausches mit den Entwicklungsländern¹⁾

a) Deutsche Warenexporte in die EL

Die deutschen Warenexporte in die EL sind seit 1972 von 16,9 Mrd. DM um durchschnittlich 19 % jährlich auf 47,5 Mrd. DM im Jahre 1978 gewachsen. Etwa drei Viertel der deutschen Exporte in EL entfallen auf die Wirtschaftszweige Chemie, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik. Die Warenexporte in EL im Jahre 1976 in Höhe von 42 Mrd. DM schufen bzw. sicherten nach Berechnungen des DIW ca. 700 000 Arbeitsplätze.

Berücksichtigt man auch den Export von Dienstleistungen (insbesondere Bau- und Transportleistungen), so erhöht sich diese Zahl auf ca. 800 000 Arbeitsplätze. Unter Einschluß der einkommensmultiplikativen Effekte sind dem Warenexport in EL über eine Million Arbeitsplätze zuzurechnen. Davon entfallen nach Berechnungen der Prognos AG überschlägig etwa 300 000 auf Nordrhein-Westfalen, 160 000 auf Baden-Württemberg und je 100 000 auf Bayern und Hessen.

b) Deutsche Warenimporte aus den EL

Die deutschen Warenimporte aus den EL sind seit 1972 von 19,6 Mrd. DM um durchschnittlich 14 % jährlich auf 43,7 Mrd. DM im Jahre 1978 gestiegen. Die deutschen Importe von Halb- und Fertigwaren aus EL haben sich seit 1972 auf 12,8 Mrd. DM im Jahre 1978 fast verdreifacht. Der Zuwachs bei Halb- und Fertigwaren ist vorwiegend der Exportdynamik einiger teilindustrialisierter asiatischer EL zuzuschreiben, die derzeit etwa drei Viertel dieser Waren liefern. Etwa je 20 % der Fertigwarenimporte aus EL entfallen gegenwärtig

¹⁾ In diesem Abschnitt werden unter EL nur die außereuropäischen EL einschließlich der OPEC-Staaten verstanden.

tig auf die Gütergruppen Bekleidung, Nahrungs- und Genußmittel sowie Textilien.

Die Auswirkungen der Importe mit den EL auf die Beschäftigungslage sind sehr schwer zu schätzen. Nach Berechnungen des DIW gingen zwischen 1972 und 1976 aufgrund von Fertigwarenimporten aus EL etwa 100 000 Arbeitsplätze verloren. Dieser Verlust von Arbeitskräften aufgrund der Importe aus EL wird allerdings relativiert, wenn man sie mit anderen, weitaus gewichtigeren Ursachen des Strukturwandels (Produktivitätssteigerungen, Änderung der Konsumgewohnheiten, Importe aus Industriestaaten) vergleicht. Das Kierler Institut für Weltwirtschaft schätzt, daß von 1970 bis 1976 auf 22 Arbeitsplätze, die durch Produktivitätsfortschritte verloren gingen, ein Arbeitsplatz kam, der durch zunehmende Fertigwarenimporte aus EL entfiel.

c) *Auswirkungen vermehrten Handels mit den EL*

Die deutsche Warenverkehrsbilanz mit den EL in Verbindung mit fast 30 % Halb- und Fertigwarenanteil bei den deutschen Importen aus EL gegenüber 95 % bei den deutschen Exporten in EL läßt insgesamt eher auf positive Beschäftigungswirkungen der Ausweitung des Handels mit den EL schließen. Der positive Beschäftigungseffekt durch die Steigerung der Exporte in die EL von 1972 bis 1976 läßt sich nach Berechnungen des DIW auf 300 000 Arbeitsplätze veranschlagen. Bei Berücksichtigung der Arbeitsplätze, die durch Fertigwarenimporte aus den EL verloren gingen, leistete die Ausweitung des Fertigwarenhandels in diesem Zeitraum somit per Saldo einen positiven Beitrag zur Beschäftigung in Höhe von rund 200 000 Arbeitsplätzen.

Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß eine rein globale Berechnung die Probleme in einzelnen Bereichen überdeckt:

- (1) Fast die Hälfte der durch den Export geschaffenen Arbeitsplätze befindet sich in anderen Wirtschaftszweigen als denjenigen, in denen Arbeitsplätze durch Importe überflüssig wurden.
- (2) Negative Veränderungen in den betroffenen Branchen (Bekleidung, Textil, Spielwaren, Musikinstrumente, Leder) sind spürbarer als positive Wirkungen in den begünstigten Branchen (Maschinen-, Fahrzeug- und Stahlbau, Gußeisen).
- (3) Mit der Umschichtung von Produktion und Beschäftigung zwischen den Wirtschaftszweigen ist auch eine berufsmäßige Umstrukturierung verbunden. Etwa 30 % der für den Export erforderlichen Arbeitsplätze gehören anderen Berufsgruppen an als jene Arbeitskräfte, die durch Importe entfallen.
- (4) Außerdem stellt sich das Problem unterschiedlicher Qualifikation. Nichtausgebildete Arbeitskräfte werden freigesetzt und durch Fachkräfte, zu einem Drittel sogar durch Hochschulabsolventen, ersetzt.

Der freie Welthandel ist trotz der Strukturprobleme, die er mit sich bringt, eine Grundbedingung für den optimalen Einsatz der Ressourcen

unserer Wirtschaft und damit eine notwendige Voraussetzung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung.

2.2.3 Wechselwirkungen zwischen Entwicklungs-, Handels- und Strukturpolitik

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen können in einem Verhältnis gegenseitiger sinnvoller Ergänzung stehen; sie können jedoch auch miteinander konkurrieren oder kurzfristig zueinander im Gegensatz stehen. Ziel der Gesamtpolitik ist es, Konflikte zu begrenzen, die konkurrierenden Politikbereiche im Sinne größtmöglicher Kohärenz aufeinander abzustimmen und kurzfristig eventuell erforderliche Kompromisse auf die langfristigen Zielvorstellungen hin zu orientieren. Besonders deutlich wird dies im Bereich der handelspolitischen Zusammenarbeit mit EL.

Entwicklungspolitisches Ziel der Zusammenarbeit mit EL im Handelsbereich ist die Förderung und Unterstützung des Außenhandels der EL, insbesondere der EL-Exporte von industriellen Erzeugnissen, um eine weitgehende Integration der EL in den Welthandel zu erreichen und sie zu starken Handelspartnern der IL zu machen. Hauptinstrument dafür ist eine konsequente Politik der Markttöffnung. Die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes Land bekennt sich im Rahmen ihrer allgemeinen Außenhandelspolitik zum Prinzip des liberalen Welthandels und verfolgt eine Politik der Öffnung der Märkte.

Konflikte ergeben sich zwischen entwicklungspolitischen Zielsetzungen einerseits und Maßnahmen zur Abfederung von Strukturanpassungsproblemen andererseits. Letztere konzentrieren sich bisher auf wenige Branchen.

Deutlich wird diese Konfliktsituation in der Europäischen Gemeinschaft. Im Rahmen der EG setzt sich die Bundesregierung besonders intensiv für eine weltoffene gemeinschaftliche Handelspolitik ein. Sie muß aber auch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und die handels- und industriepolitisch teilweise abweichende Konzeption anderer EG-Länder beachten. Eine zunehmende Tendenz zu Einschränkungen des Prinzips einer offenen und liberalen Handelspolitik ist dabei unübersehbar.

Das Welttextilabkommen im Rahmen des GATT bietet ein deutliches Beispiel für diese Problematik. Die Reglementierung der Exportzuwächse der EL im Textilbereich und ihre Beschneidung auf ein relativ bescheidenes Ausmaß kann mit entwicklungspolitischen Zielvorstellungen nicht in Einklang gebracht werden; sie kann allenfalls als zeitlich begrenzte Ausnahmeregelung zur Erleichterung der notwendig gewordenen Strukturanpassung der Textilindustrie in den IL hingenommen werden. Die besondere entwicklungspolitische Problematik in diesem Bereich zeigt sich hierbei auch darin, daß der zunehmende Exportdruck aus EL zum großen Teil auf Investitionen zurückzuführen ist, die von Unternehmen der IL, teils aufbauend auf öffentlicher Entwicklungshilfe, in der exportorientierten Textilindustrie der EL vorgenommen wurden.

Im Bereich konkurrierender Agrarprodukte sind die Beispiele für Konfliktsituationen zwischen entwicklungspolitischen und handelspolitischen Zielsetzungen noch augenfälliger. Besonders gilt dies für Zucker, Rindfleisch und Getreidesubstitute. Im Rahmen des Abkommens von Lomé mit den sog. AKP-Ländern (einschließlich ähnlicher Abkommen mit Indien und den überseeischen Gebieten einiger EG-Länder) — vgl. S. 40ff. — hat sich die Gemeinschaft verpflichtet, 1,3 Millionen t Zucker jährlich zum EG-Interventionspreis abzunehmen. Seit 1975 haben sich Weltmarkt- und EG-Preis stark auseinanderentwickelt. Da gleichzeitig die EG-interne Produktion anstieg und der Verbrauch stagnierte, sind in der EG Zuckerüberschüsse entstanden. Für den Absatz dieses Zuckers auf dem Weltmarkt mußten aus dem EG-Haushalt im Jahre 1978 allein 350 Millionen ERE erstattet werden. Die nicht von diesem Zuckerprotokoll begünstigten EL werfen der Gemeinschaft vor, durch ihren subventionierten Überschußexport noch zum Verfall der Weltmarktpreise beizutragen. Die Situation wird zusätzlich noch durch die Errichtung weiterer auch für den Export produzierender Zuckerfabriken in EL verschärft. Diese Produktionsstätten werden teilweise durch öffentlich garantierte Privatinvestitionen oder auch aus Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Die Zuckerregelung im Lomé-Abkommen resultiert aus der Zusage der Gemeinschaft beim britischen EG-Beitritt 1972, Verpflichtungen aus dem Commonwealth-Zuckerabkommen zu übernehmen. Dies war beim damaligen Zuckerdefizit in der Gemeinschaft zu rechtfertigen. Sollte sich die Lage auf dem Weltzuckermarkt nicht verbessern, so müssen Lösungen gefunden werden, die weltweit Überinvestitionen vermeiden, zum Abbau der Überschußsituation in der EG beitragen und den Interessen der zuckerproduzierenden EL gerecht werden.

Auch bei Rindfleisch, das unter den natürlichen Bedingungen der europäischen Landwirtschaft eng mit der Milcherzeugung verbunden ist, ist die EG Selbstversorger. Einige EL exportieren Überschüsse an Rindfleisch. Zwar ist der Außenschutz der EG gegenüber einigen LLDC unter den AKP-Staaten gelockert, aber mehrere lateinamerikanische Schwellenländer mußten ihre Exporte in die EG gegenüber früheren Jahren reduzieren. Im Rahmen der MTN-Runde sind bestimmten Ländern, darunter auch Argentinien, Sonderregelungen für Qualitätsfleisch eingeräumt worden.

Ein vielschichtiges Problem stellen die stark angestiegenen Einfuhren der Getreidesubstitute dar, von denen zur Zeit vor allem Thailand begünstigt wird. Die Einfuhren von Tapioka in die EG, das anstelle von einheimischem Futtergetreide verwendet wird, stiegen von fast 700 000 t im Jahre 1967 auf rd. 5,7 Millionen t im Jahre 1978 an. Thailand und einige andere EL ziehen dabei aus der Tatsache Nutzen, daß die Getreidesubstitute im Gegensatz zu Getreide im wesentlichen ohne Eingangsabgaben in die Gemeinschaft eingeführt werden können. Die EG-Marktorganisation enthält bei der Produktion und im Außenhandel grundsätzlich keine mengenmäßigen Beschränkungen. Vielmehr werden über die Preisniveaupolitik sowohl die Einkommen der Landwirt-

schaft gestützt als auch die Versorgung der Gemeinschaft unter gebührender Einbeziehung von Drittlandimporten sichergestellt. Dabei entsteht die Schwierigkeit, auf dem EG-Binnenmarkt ein Wettbewerbsgleichgewicht zwischen EG-Getreide, Importgetreide und Getreidesubstituten zu halten. Zur Zeit verhandelt die EG mit Thailand über eine Selbstbeschränkung bei der Ausfuhr von Tapioka. Parallel dazu laufen Untersuchungen mit dem Ziel, Hilfen zur Diversifizierung bei der Nutzung der gegenwärtigen Anbaugelände zu gewähren.

2.3 Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Entwicklungsländer

Zwei weitere Prinzipien wurden in den letzten Jahren deutlicher. Die EL erkannten zunehmend die Möglichkeiten, die in einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander liegen. Von seiten der IL wurde betont, daß dem legitimen Anspruch der EL nach mehr Mitsprache und Selbständigkeit bei Entscheidungen über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein höheres Maß an Verantwortung für die Schaffung entwicklungskonformer und damit konfliktmindernder Bedingungen in ihrem Souveränitätsbereich entspricht.

a) Zusammenarbeit der EL untereinander

Die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit von EL waren zum Zeitpunkt des Erreichens der Unabhängigkeit häufig ungünstig. Sprachliche und politische Grenzen und die Verkehrssysteme waren von historischen Entwicklungen beeinflusst, die eine regionale Zusammenarbeit erschwerten. Bei der Überwindung solcher Schwierigkeiten können IL und EL zusammenarbeiten, wobei die Initiative bei den EL liegen muß. Diese Erkenntnis hat in den letzten Jahren in der Dritten Welt rasch an Boden gewonnen. Solche Bemühungen werden von den EL unter dem Begriff „kollektive Eigenständigkeit“ (collective self-reliance) zusammengefaßt. Darunter ist ein Entwicklungsprozeß zu verstehen, der eigene Möglichkeiten in solidarischer Aktion nutzbar macht. Man unterscheidet zwischen der wirtschaftlichen (ECDC)¹⁾ und der technischen Zusammenarbeit (TCDC)²⁾ der EL. Konferenzen in Mexiko 1976 (ECDC) und Argentinien 1978 (TCDC) waren diesen Bereichen gewidmet. Die „Gruppe der 77“ hat ihren Forderungen an die IL für die 5. Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Manila ein „Programme for Collective Self-Reliance“ vorangestellt. Ebenso wie das Konzept einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ ist das Prinzip der „Collective Self-Reliance“ nach dem OPEC-Erfolgserebnis als Forderung nach vollkommener wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Stärkung der eigenen Verhandlungsmacht gegenüber den IL und deren Unternehmen entstanden.

Das von der Konferenz in Argentinien 1978 beschlossene Aktionsprogramm zur Technischen Zusammenarbeit der EL wird von der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNDP) weiterverfolgt. Die EL betrachten die Formulie-

¹⁾ Economic Cooperation among Developing Countries.

²⁾ Technical Cooperation among Developing Countries.

zung und Durchführung der Kooperation untereinander in erster Linie als eine Verpflichtung zu eigenem Handeln.

Über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit hinaus kann die Zusammenarbeit der EL auch eine konfliktmindernde Funktion haben. So wie die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg dazu beigetragen hat, das Trennende politischer Grenzen zu überwinden, glaubt die Bundesregierung, daß auch Konflikte zwischen EL nur einvernehmlich durch friedliche Zusammenarbeit abgemildert und schließlich gelöst werden können.

Ein wichtiges Feld der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von EL ist der Handelsaustausch innerhalb der Dritten Welt. Der Anteil des Handels zwischen EL (einschließlich OPEC-Staaten) am Welthandel ist noch gering. Von 3,5 % im Jahre 1970 stieg er auf 5,7 % im Jahre 1974 und hat sich in den folgenden Jahren kaum verändert. Der Handel zwischen den Nicht-OI-EL blieb mit einem Anteil von 2,3 % am Welthandel konstant (vgl. Tabelle 2 im Anhang VII). Nach Berechnungen der Weltbank wirken sich regionale Integrationsbemühungen mit Zollpräferenzen oder gemeinsamen Unternehmen noch nicht spürbar auf den „Süd-Süd-Handel“ aus, denn nur ein Sechstel dieses Handels findet innerhalb Lateinamerikas und Afrikas statt, wo derartige Abkommen von Bedeutung sind. Der Handel zwischen den EL kann daher auch noch nicht als Ersatz für den Austausch mit den IL angesehen werden. Seine Aufgabe ist komplementär zu sehen; seine verstärkte Ausweitung kann einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Exportkraft, zur Entwicklung größerer Märkte und damit zur Nutzung der Vorteile der Massenproduktion leisten.

b) Eigenverantwortung

Die gemeinsame Verantwortung der Völkergemeinschaft zum Abbau des Nord-Süd-Wohlstandsgefälles wird von den westlichen IL ungeteilt anerkannt. Sie sind aufgerufen, zur Verbesserung dieser Situation beizutragen. Dies aber setzt voraus, daß die EL die nötigen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit sich der internationale Solidarbeitrag voll entfalten kann. Das Ziel kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Jedes Land ist frei, den ihm richtig erscheinenden Weg zu wählen. Herrschaftsordnungen allerdings, die eine wirtschaftliche Unterprivilegierung von großen Teilen der Bevölkerung oder die ethnische Unterdrückung zum Ziel haben, können nicht entwicklungskonform sein. Erst recht gilt dies, wo Korruption oder andere krasse Mißstände zu sozialen Explosionen oder Bürgerkriegen führen. Soziale Konflikte sind dann am ehesten zu vermeiden, wenn die Bevölkerung aktiv in den Entwicklungsprozeß eingeschaltet ist.

Die Bundesregierung hat in Nr. 5 ihrer entwicklungspolitischen Thesen vom 30. Mai 1979 erklärt: „Wesentliche Faktoren einer erfolgreichen Entwicklung sind der Abbau innerer Entwicklungshemmnisse (z. B. die Schaffung eines gerechteren

und effektiven Steuersystems und einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung), die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion sowie in vielen Ländern die Eindämmung des besorgniserregenden Bevölkerungswachstums.“

2.4 Differenzierung der Entwicklungsländer

Der schon in den beiden vorangegangenen entwicklungspolitischen Berichten beschriebene Differenzierungsprozeß der EL ist weiter fortgeschritten. Während sich eine Gruppe von Ländern der Schwelle zum Industriestaat nähert, haben sich die Existenzbedingungen in vielen anderen Ländern, vor allem in Afrika und Südasien, nicht verbessert.

Zwischen IL und EL konnte bisher kein Einvernehmen darüber erzielt werden, welche Schlußfolgerungen aus diesen Gegebenheiten zu ziehen sind. Die EL befürchten, die IL könnten die Aktionseinheit der Dritten Welt in Frage stellen. Bisher war nur über eine besondere Förderung der LLDC eine Übereinkunft zu erzielen, weil diese Gruppe von den Vereinten Nationen anerkannt ist.

Die Bundesregierung greift nicht in die Solidarität der Dritten Welt ein, wenn sie der Differenzierung der EL mit unterschiedlichen Maßnahmen und spezifischen Instrumenten Rechnung trägt. Es geht ihr darum, die knappen Mittel möglichst bedarfsgerecht einzusetzen.

2.5 Entwicklungsfinanzierung

Aus den vorangehenden Darlegungen sollte deutlich werden, daß der Entwicklungsprozeß keineswegs nur eine Finanzierungsfrage ist. Ohne massive Investitionen wird aber das notwendige wirtschaftliche Wachstum nicht erreicht. Der größte Anteil dieser Investitionen wird von den EL selbst aufgebracht. Sie finanzieren etwa 84 % ihrer Bruttoinvestitionen aus eigenen Mitteln, 16 % durch Zufluß von Auslandskapital. Bei den LLDC liegt der Anteil des Auslandskapitals mit 33 % allerdings weit höher.

Bei der Entwicklungsfinanzierung stehen drei Bereiche im Vordergrund:

- die öffentliche Entwicklungshilfe
- die privaten Kapitaltransfers
- die Verschuldungssituation.

Die EL haben die Einlösung der Zusage der IL, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts in Form öffentlicher Leistungen für die EL aufzubringen, zu einem ihrer zentralen Anliegen in allen internationalen Gremien gemacht. Kritisiert wurde u. a. die Tatsache, daß zwischen 1975 und 1977 der durchschnittliche Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der DAC-Länder von 0,35 auf 0,31 % gefallen ist. 1978 ist dieser Anteil jedoch wieder auf 0,35 % angestiegen¹⁾.

In absoluten Zahlen lag die Bundesrepublik Deutschland 1978 mit 2,42 Mrd. US-\$ hinter den USA (5,66 Mrd.

¹⁾ Mit Einbeziehung der Schulschein hinterlegungen. Werden diese nicht einbezogen, ergibt sich ein Wert von 0,32 % (vgl. dazu im einzelnen die Fußnote auf Seite 24).

US-\$), Frankreich (2,71 Mrd. US-\$) und vor Japan (2,22 Mrd. US-\$) an dritter Stelle der DAC-Länder:

Das 0,7-%-Ziel wurde bisher nur von Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden erreicht. 1978 leisteten die OPEC-Staaten 1,11 % (1977: 1,96 %) ihres Bruttosozialproduktes, die Staatshandelsländer lediglich 0,04 % (vgl. Tabelle 10).

In den entwicklungspolitischen Thesen vom 30. Mai 1979 betont die Bundesregierung, daß ein erhöhter öffentlicher und privater Ressourcentransfer in die Dritte Welt im gemeinsamen Interesse von Nord und Süd und damit auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt. Damit wird die Erklärung des Bonner Wirtschaftsgipfels von 1978 bestätigt, daß das Wirtschaftswachstum in den EL auch zur Stärkung unserer Volkswirtschaften beiträgt.

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um die Bedeutung von Privatinvestitionen für den Entwicklungsprozeß verschärft. Der Wert dieser Form von Kapital- und Wissensübertragung ist kaum noch umstritten. Die Diskussion hat sich auf die Lösung praktischer Fragen verlagert. Die Bundesregierung fordert dabei die EL zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere des Investitionsklimas, auf (zur Rolle der transnationalen Unternehmen vgl. 3.2.7).

Da sowohl staatliche Finanzleistungen als auch Privatinvestitionen den Bedarf der EL an Auslandskapital nicht decken konnten, ist seit 1973 die Bedeutung internationaler Bankkredite sprunghaft gestiegen. Sie tragen heute zu rund 28 % zum gesamten Ressourcentransfer bei. Die sprunghafte Zunahme der Eurokredite hat es den EL ermöglicht, Probleme bei der Finanzierung der seit 1974 stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizite vorübergehend zu meistern. Besorgniserregendes Ergebnis dieser Entwicklung ist dabei, daß kurzfristige Finanzierungsformen in immer stärkerem Maße anstelle von längerfristigen getreten sind (absolute Zahlen vgl. Tabelle 11).

Die Verschiebung der Struktur des Auslandskapitals zum Nachteil der EL hat negative Auswirkungen auf die Verschuldungssituation der EL (vgl. Tabelle 12). Die Gesamtverschuldung und der Schuldendienst sind dadurch stark gestiegen. Nach Berechnungen der Weltbank betrug 1979 die Gesamtverschuldung der EL rd. 366 Mrd. US-\$. Der Anteil der mittelfristig fälligen Kredite mit kommerziellen Zinsen hat in vielen EL durch die zunehmende Inanspruchnahme von Eurokrediten zugenommen. Zwar konzentriert sich der Großteil der Eurokredite auf einige fortgeschrittene EL, für die der Schuldendienst nicht zu einem zentralen Problem werden dürfte, aber auch Länder mit anfälliger Wirtschaftsstruktur nehmen verstärkt Eurokredite in Anspruch.

Ein besseres Gleichgewicht der Kreditgewährung aus privaten und öffentlichen Quellen, Maßnahmen zur Verlängerung der durchschnittlichen Kreditlaufzeiten und ein höherer Anteil der längerfristigen Anleihen könnten helfen, die Instabilität der Kreditstruktur zu verringern.

Dem Bedürfnis der LLDC nach höherem Netto-Hilfeszufuß hat die Bundesregierung seit 1978 in Übereinstimmung mit entsprechenden UNCTAD-Empfehlungen Rechnung getragen. Auf Antrag werden diesen Ländern Zinsen und Tilgungen aus früheren Krediten der Finanziellen Zusammenarbeit nach Prüfung des Einzelfalles erlassen. Ab 1978 werden neue Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit der Bundesregierung für die Länder dieser Gruppe nur noch als Zuschüsse zugesagt (näheres vgl. 4.3.2.1).

Ein wichtiges Zukunftsproblem dürfte sein, wie nicht strukturell bedingte Zahlungsbilanzdefizite der EL finanziert werden können. Dem Internationalen Währungsfonds kommt hierbei eine wichtige Aufgabe zu. Neben seinen allgemeinen Kreditfazilitäten, die entsprechend den Zielen des IWF zur kurzfristigen Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten bestimmt sind, stehen eine Reihe von Sonderkrediten zur Überbrückung spezieller Zahlungsbilanzpro-

Tabelle 10

Nettoleistung an Entwicklungsländer 1977 und 1978 nach regionaler Herkunft

	DAC-Länder		OPEC-Länder		Staatshandelsländer	
	1977	1978 ¹⁾	1977	1978	1977	1978
Gesamtleistungen:						
- in Mrd. US-\$	50,7	71,4	7,6	5,3	0,9	0,9
- in % des BSP	1,08	1,26	2,54	1,58	0,05	0,05
- Öffentliche Entwicklungs- zusammenarbeit (ODA):						
- in Mrd. US-\$	14,7	19,9	5,8	3,7	0,8	0,8
- in % des BSP	0,31	0,35	1,96	1,11	0,04	0,04
- Private Kapitaleistungen:						
- in Mrd. US-\$	31,2	44,6	--	--
- in % des BSP	0,66	0,79	--	--

1) einschließlich Schuldscheinhinterlegungen

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, Statistischer Anhang

Tabelle 11

**Gesamtbetrag der von den Entwicklungsländern empfangenen Nettoleistungen nach Art und Herkunft
1970 bis 1978**

	in % des Gesamtbetrags				in Mrd. US-\$	
	1970	1974	1977	1978	1970	1978
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) aller Geber	44,4	48,1	34,1	30,3	8,75	24,27
2. Multilaterale Leistungen zu Marktbedingungen .	3,5	5,3	4,7	4,1	0,69	3,28
3. Bilaterale Leistungen zu Marktbedingungen	52,1	46,6	61,2	65,6	10,28	52,04
- Direktinvestitionen	19,7	3,3	14,0	14,6	3,89	11,56
- Internationale Bankkredite	15,2	29,2	24,7	28,0	3,00	22,20
- Anleihen der EL auf dem Kapitalmarkt der IL	1,5	1,2	3,7	4,2	0,30	3,30
- Private Exportkredite	10,9	7,3	12,9	12,2	2,14	9,70
- Öffentlich garantierte Exportkredite	2,8	2,0	3,6	4,5	0,55	3,55
- OPEC-Leistungen zu Marktbedingungen	1,0	2,7	1,4	1,3	0,20	1,03
- Sonstige	1,0	0,9	0,9	0,9	0,20	0,70
Gesamtbetrag der empfangenen Leistungen (1 + 2 + 3)	100	100	100	100	19,72	79,59
<i>Nachrichtlich:</i> IMF-Ziehungen, netto	--	--	--	--	0,44	1,67

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, Tabelle VI-1

bleme zur Verfügung. Hier sind insbesondere die Fondsfazilität mit erweiterter Laufzeit, die Fazilität zur Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen (Kompensatorische Fazilität) und die zusätzliche Finanzierungsfazilität zu nennen. Mit diesen Fazilitäten und der beschlossenen 7. Quotenerhöhung um 50 % auf rd. 59 Mrd. SZR, die voraussichtlich 1980 in Kraft treten wird, stehen im IWF vorerst ausreichend Mittel zur Verfügung. Im IWF wird geprüft, wie die rechtzeitige Inanspruchnahme seiner Mittel durch Defizitländer gefördert werden kann, um wirtschaftspolitisch einschneidende und unpopuläre Maßnahmen zu vermeiden. Die Ziehungsmöglichkeiten im Rahmen der Kompensatorischen Fazilität wurden bereits im Sommer dieses Jahres erleichtert. Ferner wurden im Frühjahr dieses Jahres die Richtlinien für die Verwendung der allgemeinen Mittel des Fonds überprüft und angepaßt. Mit den neuen Richtlinien wurde nicht nur der Zugang zu der ersten Kredittranche erleichtert; es wurde auch ausdrücklich der Grundsatz bestätigt, daß der IWF den politischen und sozialen Gegebenheiten in den betreffenden Ländern Rechnung tragen soll.

Es bleibt festzuhalten, daß zwischen den kurzfristigen Krediten des IWF und den entwicklungspolitisch ausgerichteten längerfristigen Krediten der Weltbank und der bilateralen Geber eine finanzpolitische Lücke für mittelfristige Kredite besteht, für die in zahlreichen Ländern ein großer Bedarf vorhanden ist. Die Diskussionen der letzten Jahre werden von der Forderung der EL nach längerfristiger Festlegung

der öffentlichen Leistungen (bis hin zur automatischen Finanzübertragung in der Form einer nationalen oder internationalen Entwicklungssteuer) und stärkerer Mitwirkung bei den Verwendungsentscheidungen beherrscht. Es ist einzuräumen, daß der Planungsprozeß in den EL erschwert ist, wenn nicht bekannt ist, mit welchen öffentlichen Kapitalzuflüssen sie rechnen können. Das Instrument der Verpflichtungsermächtigungen und Mehrjahreszusagen kommt diesen Wünschen entgegen. Bei der Europäischen Gemeinschaft sind z. B. den AKP-Ländern gegenüber fünfjährige Festlegungen die Regel. Kapitalerhöhungen bei der Weltbank und Mehrjahresverpflichtungen für die Wiederauffüllungen des IDA-Fonds gehen ebenfalls in diese Richtung. Da die Forderungen der EL wesentlich weiter gehen, wird in den nächsten Jahren die Suche nach Lösungen fortgesetzt, die sowohl mit den Möglichkeiten der Geber- als auch mit den Interessen der Empfängerländer vereinbar sein müssen.

3 Nord-Süd-Dialog

3.1 Stand und Bewertung

3.1.1 Stand

Seit Jahren wird zwischen Nord und Süd ein Dialog über die Forderungen der Dritten Welt geführt, eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ zu schaffen. Die wichtigsten Elemente der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ haben sich während der verschiedenen

Tabelle 12

**Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer am Jahresende
(ausgezählte Beträge) nach Kreditgebern 1970 bis 1979**
in Mrd. US-\$

Geber	1970	1974	1977	1978 ¹⁾	1979 ¹⁾
DAC-Länder	59,5	111,1	200,9	245,9	277,5
- Öffentliche Entwicklungs- zusammenarbeit (ODA)	23,1	31,0	40,9	44,5	42,0
- Exportkredite	23,8	36,5	65,8	81,4	94,5
- Kapitalmärkte ²⁾	12,6	44,6	94,2	120,0	141,0
Internationale Organisationen	8,8	17,5	33,5	40,5	48,5
Staatshandelsländer	5,4	9,1	12,6	14,4	16,2
OPEC-Länder	0,1	3,8	10,6	12,6	14,8
Andere Entwicklungsländer	0,9	2,1	3,3	4,1	5,0
Sonstige und Berichtigungsfaktor	-	1,0	3,5	4,0	4,0
Gesamtbetrag	74,7	145,6	264,4	321,5	366,0

¹⁾ Schätzungen

²⁾ Bankkredite (außer Exportkrediten), Anleihen und sonstige Kredite des privaten Sektors

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, Statistischer Anhang, Tabelle E 5

VN-Konferenzen seit 1964 herausgebildet. Als ein Markstein gilt die 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 1974, bei der dieses Konzept mit der Mehrheit der Stimmen der EL unter dem Eindruck des Solidaritätserlebnisses während des israelisch-ägyptischen Krieges von 1973 und der anschließend durchgesetzten massiven Ölpreiserhöhung beschlossen wurde.

Auch die Bundesregierung tritt für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein, sieht in ihr aber eine systemkonforme Weiterentwicklung und Verbesserung der bestehenden Weltwirtschaft.

Seit den frühen 60er Jahren hatten sich die IL darum bemüht, die wirtschaftliche und soziale Lage der EL durch freiwillig gewährte öffentliche Entwicklungshilfeleistungen, durch die Förderung des privaten Kapitaltransfers in diese Länder und durch eine liberale Handelspolitik zu verbessern. Ergänzend dazu fordern die EL jetzt zusätzlich Verhandlungen über die Änderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die vor ihrem Eintritt in das internationale Staatensystem geschaffen wurden und die ihre Interessen deshalb nur ungenügend berücksichtigen konnten. Ihr Grundanliegen ist eine verstärkte Mitsprache bei weltwirtschaftlichen, aber auch weltpolitischen Entscheidungen, deren Folgen sie mitzutragen haben.

Teilweise schien es, als würden die z. T. sehr weitgehenden Forderungen der Dritten Welt zu einer Konfrontation zwischen Nord und Süd führen. Diese Phase wurde bei der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 1975 überwunden. Seither ist das intensive Gespräch zwischen IL und EL ein fester Bestandteil der internationalen Politik; der Nord-Süd-Dialog ist eine Einrichtung auf Dauer.

Hauptbühne des Nord-Süd-Dialogs ist nach wie vor das verzweigte System der Vereinten Nationen, wo-

bei UNCTAD eine wichtige Rolle zukommt. Auch der Plenarausschuß der Generalversammlung für Nord-Süd-Fragen beschäftigt sich mit diesen Fragen. Der Versuch, in Verhandlungen zwischen repräsentativen Gruppen beider Seiten schneller zu Ergebnissen zu kommen, wie er bei der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) zwischen 1975 und 1977 im sogenannten Pariser Dialog gemacht wurde, brachte nicht den erwarteten Erfolg.

Der Dialog litt aus der Sicht der IL vor allem darunter, daß die für sie vitale Frage der Energie- und Rohstoffversorgung, bei der die EL wichtige Trümpfe in der Hand halten, nicht in die Verhandlungen mit einbezogen war. Während der Verhandlungen wurde auch zunehmend deutlich, daß die Differenzierung der EL größer war, als es anfangs schien. Aufgrund der verschiedenen natürlichen Gegebenheiten und unterschiedlicher Entwicklungsstufen knüpfen die einzelnen Entwicklungsländergruppen auch verschiedenartige Erwartungen an den Dialog. In der Anfangsphase waren derartige Interessenunterschiede von zweitrangiger Bedeutung. Im Laufe der Zeit ist deutlich geworden, daß es mit geschlossenem Auftreten nach außen vereinbar ist, innerhalb der Gruppe Schwerpunktsetzungen auszuhandeln und ein verhandlungsfähiges Konzept zu entwickeln. Die Einsicht, daß die einfache Addition aller Wünsche nicht zum Ziel führt, hat erheblich an Bedeutung gewonnen.

Innerhalb der westlichen IL war die Koordinierung der Standpunkte nach längeren Beratungen zumeist möglich, sehr häufig hat die EG kompromißfähige Vorschläge eingebracht. Es bleibt allerdings festzuhalten, daß die Gruppe der westlichen IL kein geschlossenes eigenes Verhandlungsangebot unterbreitet hat, sondern im wesentlichen die Vorschläge der EL als Verhandlungsgrundlage akzeptierte.

Eine Abstimmung mit den osteuropäischen Staatshandelsländern war kaum möglich.

Immer weniger akzeptieren die EL, daß die osteuropäischen Länder sich einem ihnen angemessenen Beitrag zur Lösung der Nord-Süd-Fragen mit dem Hinweis zu entziehen suchen, sie hätten keine koloniale Vergangenheit und seien für die schlechte Lage der EL nicht verantwortlich. Auch an diese Länder richten sich nunmehr konkretere Forderungen, wie z. B. Abbau von Handelshemmnissen, Erreichung des 0,7 %-Ziels und Leistung in konvertibler Währung.

Die Volksrepublik China tritt im Nord-Süd-Dialog als eine eigene und von den übrigen Staatshandelsländern getrennte „Gruppe“ auf. China unterstützt als beredter Anwalt der Dritten Welt die an die EL in Ost und West gerichteten Forderungen der EL. Seit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung der Volksrepublik China hat sich ihr Engagement in den Vereinten Nationen und ihren Fachorganisationen verstärkt.

Von der wirtschaftlich starken Bundesrepublik Deutschland erwarten die EL eine besonders aufgeschlossene Haltung gegenüber ihren Wünschen. In Abstimmung mit ihren westlichen Partnerländern geht es der Bundesregierung im Nord-Süd-Dialog vor allem darum, Lösungen für die anerkannten Probleme zu finden, ohne dabei die Grundzüge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung aufzugeben. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die bestehende Ordnung verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig ist und daß die EL stärker in die Weltwirtschaft integriert werden müssen. Die EL sollen nach Meinung der Bundesregierung z. B. aus dem Handel mit Rohstoffen stabile Erlöse erzielen. Der deutsche Vorschlag für ein weltweites Stabilisierungsmodell für Rohstoffexporterlöse der EL unterstreicht die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen. Die Bundesregierung begrüßt, daß sich in den letzten Jahren der Nord-Süd-Dialog in Teilbereichen versachlicht hat. Sie ist überzeugt, daß der Interessenausgleich nur dann politisch durchsetzbar ist, wenn Nord und Süd zu Kompromissen bereit sind. Die Bundesregierung hat deshalb der Einbeziehung auch von Problemen der Energie- und Rohstoffversorgung, des Investitionsschutzes sowie der Fragen der internen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der EL in den Dialog stets große Bedeutung beigemessen. Der Grundgedanke des Gebens und Nehmens muß auch für den Nord-Süd-Dialog gelten (*quid pro quo*).

3.1.2 Bewertung

Gemessen an den Erwartungen der Beteiligten sind die Erfolge bisher nicht ausreichend. Hält man sich dagegen vor Augen, daß in einer noch nie gekannten Form ein globaler Interessenausgleich in universellem Ausmaß ausgehandelt werden soll, wird erkennbar, daß schnelle Erfolge nicht möglich sind. Die internationale Konferenztätigkeit, vor allem im VN-Rahmen, hat sich in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Hinzu kommt, daß in der Regel große internationale Konferenzen durch Vorkonferenzen sachlich vorbereitet werden und die Konferenzen selbst meist nicht im ersten Anlauf zu Ergebnissen führen. Mehrere Sitzungsrunden über Jahre hinweg, Diskussion ein und derselben Problematik oft

gleichzeitig in verschiedenen Gremien, schwierige Koordinierungs- und Abstimmungsprobleme innerhalb und zwischen den einzelnen Verhandlungsgruppen verursachen einen großen Zeit- und Kostenaufwand.

Deshalb muß nach kräftesparenden Arbeitsformen gesucht werden, die eine größere Effizienz erwarten lassen. Dies wird nicht leicht sein, weil sehr verschiedene Interessen — in Nord und Süd — auf einen Nenner zu bringen sind und der Grundsatz der Universalität unverzichtbar ist. Die Tatsache, daß sich fast alle VN-Gremien sowie ihre Sonder- und Unterorganisationen mit den Problemen der EL befassen, spiegelt die heutige weltpolitische Situation wider. Wenn die auf freier Vereinbarung beruhenden Ergebnisse des Dialogs weltweit in die politische Praxis umgesetzt werden sollen, bedingt dies die Einbeziehung aller Staaten in den Verhandlungsprozeß. Diesem Ziel dienen auch die großen Konferenzen der letzten Jahre, wie z. B. die Weltwirtschafts- und Technologiekonferenz für Entwicklung oder die Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung, beide im Jahre 1979. Die wichtigste Konferenz-Runde im Jahre 1979 war UNCTAD V (1. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila/Philippinen). Die Ergebnisse dieser Konferenz sind in der Öffentlichkeit auf unterschiedliche Reaktionen gestoßen. Bei allem Verständnis zur geäußerten Enttäuschung der EL ist die Bundesregierung jedoch der Ansicht, daß das Ergebnis von allen Beteiligten als ein unter den gegebenen Umständen tragbarer Kompromiß angesehen werden kann. Die in sachlicher Atmosphäre abgelaufene Konferenz hat durchaus Fortschritte zugunsten der EL — und gerade der ärmsten unter ihnen — gebracht.

Trotz aller Kritik und Skepsis gegenüber dem bisherigen Verlauf des Nord-Süd-Dialogs sollte die folgende Auswahl aus seiner Leistungsbilanz seit 1977 nicht übersehen werden:

- a) Den EL werden heute erhebliche Handelszustandnisse gemacht (z. B. Allgemeines Präferenzsystem; Sonderbehandlung tropischer Produkte);
- b) die Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit 58 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (sogenannte AKP-Länder) über die Verlängerung des bestehenden Vertragsverhältnisses konnten erfolgreich abgeschlossen werden (Lomé II). Wichtigste Neuerungen sind die Schaffung eines „Mineralienkrisenfonds“ und eines Zentrums zur Förderung der Agrarprodukte (Einzelheiten vgl. 5.2.2);
- c) im Rohstoffsektor wurden grundsätzliche Vereinbarungen getroffen (z. B. Gemeinsamer Fonds; ein-Naturkautschuk-Abkommen; Erlösstabilisierung im Abkommen von Lomé);
- d) im Anschluß an die KIWZ wurde den EL mit besonderen Finanzierungs- und Verschuldungsproblemen 1 Mrd. US-\$ zusätzlich zur Verfügung gestellt;
- e) für die ärmeren EL wurden Sondermaßnahmen vereinbart, u. a. die Anpassung von früher gewährten Entwicklungshilfekrediten an jetzt übliche Konditionen;

- f) Vereinbarungen über das Verhalten ausländischer Investoren in EL sind der Verwirklichung nahe;
- g) auf der VN-Weltwissenschafts- und Technologiekonferenz für Entwicklung 1979 in Wien wurden die Einrichtung eines allen Staaten offenstehenden Ausschusses für Wissenschaft und Technologie für Entwicklung und eine Studie über die langfristige Finanzierung dieses Bereichs im VN-System sowie die Einrichtung eines Interimfonds bei UNDP beschlossen;
- h) bei der Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung 1979 in Rom wurde Übereinstimmung erzielt, daß diesem Bereich besondere Priorität zuerkannt werden muß, sowohl hinsichtlich der innenpolitischen Schwerpunktsetzung der EL als auch in bezug auf die Förderungspolitik der Geberländer.

Der Nord-Süd-Dialog könnte durch die Initiative der 6. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder in Havanna (September 1979) für eine globale Verhandlungsrunde im VN-Rahmen einen neuen Anstoß erhalten. In der 34. Generalversammlung hat sich die Gruppe der 77 diesen Vorschlag zu eigen gemacht. Als Verhandlungsbereiche wurden genannt: Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung sowie Währungs- und Finanzfragen. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß dieser Dialog eine Struktur erhält, die in überschaubarer Zeit konkrete Ergebnisse ermöglicht. Besonders bedeutsam scheint dabei die Erkenntnis einiger Entwicklungsländer, daß Vereinbarungen in der Energiefrage im gemeinsamen Interesse liegen und die notwendigen Rohstoffe nicht nur als freie Verfügungsmasse einiger weniger angesehen werden dürfen.

3.2 Verhandlungsstand nach Sachbereichen

Im folgenden wird der Verhandlungsstand der wichtigsten Sachbereiche des Nord-Süd-Dialogs im einzelnen skizziert, wobei sowohl die Unterbereiche genannt werden, bei denen Fortschritte erzielt wurden, als auch jene, bei denen bisher keine Annäherung erreicht wurde.

3.2.1 Handel

Nord-Süd-Handelsfragen werden vor allem auf zwei Ebenen erörtert. Das für operative Fortschritte zugunsten einer Liberalisierung des Welthandels maßgebende Gremium ist das seit 1947 bestehende GATT. Etwa zwei Drittel seiner Mitglieder sind heute EL. Die IL haben nach wie vor ein besonderes Gewicht in dieser Organisation, da sie den größten Teil des Welthandels abwickeln. Vornehmlich von ihrer Haltung hängt die gerade im Interesse der EL liegende Beibehaltung eines liberalen Welthandels ab. Seit 1964 ist auch die UNCTAD und ihr Sekretariat zur Tribüne für Fragen der Einbeziehung der EL in den Welthandel geworden.

Der Forderungskatalog der EL zielt in drei Richtungen:

- a) Die IL sollen ihre Märkte für Waren aus EL öffnen;

- b) Waren aus EL sollen im Vergleich zu Produkten aus IL eine Vorzugsstellung genießen;

- c) die IL sollten den Wandel ihrer Produktionsstrukturen so schnell wie möglich vornehmen, damit der Prozeß weltweiter Arbeitsteilung beschleunigt werden kann.

Bei UNCTAD V in Manila haben sich IL und EL gemeinsam gegen den handelspolitischen Protektionismus ausgesprochen. Die einvernehmlich verabschiedete Resolution über Protektionismus und Struktur-anpassung orientiert sich an den ordnungspolitischen Vorstellungen der westlichen Länder und sieht von einer dirigistisch festgelegten, weltweit verordneten Strukturänderung ab.

Außerdem wurde das GATT aufgefordert, die handelspolitische Stillstandserklärung zu erneuern, die sich gegen die Einführung neuer Handelsschranken wendet und die Forderung nach Abbau bestehender Handelsschranken gegenüber den Exporten der EL bekräftigt.

In einer ebenfalls einvernehmlich verabschiedeten Resolution über restriktive Geschäftspraktiken wurde die bisherige Arbeit des mit diesen Fragen befaßten UNCTAD-Gremiums anerkannt und die Einberufung einer VN-Konferenz zu diesem Thema beschlossen. Dagegen konnte keine Einigung über die Forderung der EL erzielt werden, das Allgemeine Zollpräferenzschema — es wird bisher einseitig gewährt — völkerrechtlich zu verankern.

Strittig blieb in Manila auch die Bewertung der multilateralen Handelsverhandlungen (MTN) im Rahmen des GATT. Nach 4jährigen, überaus zähen Verhandlungen kam ein Schlußpaket für den Abschluß der multilateralen Handelsverhandlungen der Tokio-Runde zustande. Auch wenn der schließlich erreichte Kompromiß hinter den ursprünglichen Zielen zurückgeblieben ist, so stellt der Abschluß doch einen in Zeiten sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums überaus wichtigen Beitrag zur weltweiten Handelsliberalisierung dar. Die Ergebnisse der Tokio-Runde brachten eine Einigung über substantielle Zollsensenkungen (durchschnittlich etwa 33 %) für industrielle und agrarische Produkte, die ab 1. Januar 1980 in 8 Jahresschritten durchgeführt werden sollen.

Daneben wurde eine Reihe von Kodizes zur Regelung des Verhaltens im nicht-tarifären Bereich (Regierungskäufe, Subventionen, technische Handelshemmnisse, Zollwert) vereinbart. Die meisten westlichen IL, darunter die Europäische Gemeinschaft, sowie 4 Staatshandelsländer haben das Schlußpaket im April 1979 gezeichnet.

Mit Ausnahme Argentiniens haben die an den Verhandlungen beteiligten EL dagegen dieses Paket noch nicht gezeichnet. Das Verhandlungsergebnis wird von der Mehrzahl der EL als enttäuschend empfunden. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen die fehlende Einigung über einen Schutzklausel-Kodex. Hierfür machen sie die Forderung der Gemeinschaft nach Zulassung sog. selektiver Schutzmaßnahmen verantwortlich. Nicht ganz ohne Berechtigung sehen sich vor allem die Schwellenländer als potentielle Opfer selektiver Schutzmaßnahmen. Weitere Kritik richtet sich gegen den in den Augen der EL

zu bescheidenen Umfang der für sie vorgesehenen Sonderregelungen und Ausnahmen sowie gegen das Prinzip der Graduierung (zunehmendes Hineinwachsen in die GATT-Pflichten mit steigendem Entwicklungsniveau).

An der Enttäuschung der EL ist bei UNCTAD V ein Resolutionsentwurf gescheitert, der die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen als positiven Schritt zur weltweiten Handelsliberalisierung würdigen sollte. Der Handels- und Entwicklungsrat der UNCTAD ist beauftragt worden, eine globale Evaluierung des Verhandlungsergebnisses durchzuführen. Inzwischen werden im GATT die Bemühungen fortgesetzt, durch einen Verfahrenskompromiß in der Schutzklauselfrage den Weg für die Annahme des MTN-Pakets durch die EL zu ebnen.

3.2.2 Rohstoffe

Während die 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Nairobi sich schwerpunktmäßig mit der Forderung der EL nach Durchsetzung eines integrierten Rohstoffprogramms befaßte, war dieser Bereich bei UNCTAD V in Manila kaum noch kontrovers. Die im März 1979 erzielte Grundsatzvereinbarung über die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds wurde bestätigt. Alle Mitglieder der UNCTAD wurden aufgerufen, die Einzelheiten des Vertragswerks zum Gemeinsamen Fonds so schnell wie möglich auszuarbeiten.

Die bisherigen Rohstoffverhandlungen und -gespräche im Rahmen der UNCTAD haben bei den EL zunehmend die Erkenntnis reifen lassen, daß preisstabilisierende Maßnahmen allein keine ziel- und sachgerechte Lösung des Rohstoffproblems bringen, sondern erlösstabilisierende Maßnahmen hinzutreten müssen.

Daher wurde bei UNCTAD V mit den Stimmen der EL und einiger IL — auch der Bundesrepublik Deutschland — eine Resolution verabschiedet, in der das UNCTAD-Sekretariat aufgefordert wird, Maßnahmen zur weltweiten Erlösstabilisierung als ergänzendes rohstoffpolitisches Instrument zu untersuchen. Dabei wurde klargestellt, daß die Studie auch den Vorschlag berücksichtigen müsse, den die Bundesregierung beim Entwicklungsausschuß des IWF und der Weltbank (Development Committee) vorgelegt hat.

Im Zusammenhang mit dem integrierten Rohstoffprogramm soll auch ein Rahmen internationaler Zusammenarbeit geschaffen werden, der sich mit Fragen der zunehmenden Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den EL, mit der Förderung des Exports weiterverarbeiteter Produkte sowie mit Fragen der Forschung, Entwicklung, Marktförderung und horizontalen Diversifizierung von Rohstoffen in EL befassen soll. Die Bundesregierung hat bei UNCTAD V in einigen für sie nicht annehmbaren Punkten der Resolution (z. B. Realwertgarantie und staatliche Beeinflussung der Märkte) eine ihre Haltung klarstellende Erklärung abgegeben.

3.2.3 Finanz- und Währungsfragen

Eine zentrale Forderung der EL richtet sich auf die Erhöhung der von Nord nach Süd fließenden Finanzströme. Wichtig ist den EL vor allem die Steigerung

der öffentlichen Hilfe, deren Umfang vorhersehbar und regelmäßig sein und deren Bedingungen verbessert werden sollen. Nach ihrer Ansicht sollten sich die IL völkerrechtlich verbindlich verpflichten, das 0,7 %-Ziel in festgelegten Etappen zu erreichen und möglichst festzuschreiben. Während der Manila-Konferenz hat sich die Kritik an zu geringen Leistungen nicht nur an die westlichen IL, sondern auch an die Staatshandelsländer gerichtet. Die IL haben den festen politischen Willen erklärt, ihre Entwicklungshilfe effektiv und substantiell zu erhöhen, um sich dem 0,7 %-Ziel anzunähern. Dabei sollen die Anstrengungen um so größer sein, je weiter ein Land von der Zielerreichung entfernt ist. Die IL wurden aufgefordert, jährlich ihre Pläne für die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe bekanntzugeben, und zwar für einen möglichst langen Zeitraum, mindestens jedoch für eine Drei-Jahres-Periode.

In bezug auf die multilaterale Hilfe wurde die Bereitschaft bekräftigt, das Kapital der Weltbank und der Regionalbanken sowie die Mittel der IDA real aufzustocken.

Schließlich wurde der Grundsatz anerkannt, daß ein erhöhter Ressourcentransfer in die EL sowohl ein unverzichtbarer Faktor für die Beschleunigung der Entwicklung der Dritten Welt darstellt als auch dazu beiträgt, das weltwirtschaftliche Wachstum zu stimulieren. Damit ist zum ersten Mal in einer UNCTAD-Resolution ausdrücklich bestätigt worden, daß ein erhöhter Ressourcentransfer sowohl Süd als auch Nord nützt.

Die Bedeutung der privaten Kapitalströme für die EL wurde unterstrichen. In einer deutschen Zusatzerklärung wurde die Notwendigkeit eines geeigneten Investitionsklimas betont und hervorgehoben, daß nationale Investitionsgesetze und Politiken der EL genügend klar und vorhersehbar sein müßten.

Zur Verschuldung konnte in Manila kein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden, weil die EL auf einer Ausweitung der rückwirkenden Konditionenanpassung (Schuldenerlaß) über den Kreis der LLCD hinaus auf alle ärmeren EL beharrten. Dieser Haltung konnten sich die westlichen IL nicht anschließen.

Auch bei den Währungsfragen konnte in Manila keine Einigung erzielt werden. Die von der „Gruppe der 77“ eingebrachte Resolution enthielt die kaum abgeschwächten Maximalforderungen der EL zur Umgestaltung des Weltwährungssystems.

Da die EL auf Abstimmung bestanden, stimmten 17 Länder, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, dagegen (vgl. zu diesem Bereich auch 2.5).

3.2.4 Am wenigsten entwickelte Länder (LLDC)

Während die EL Überlegungen mit Skepsis betrachteten, aus der Differenzierung der EL Schlußfolgerungen zu ziehen, sind sie sich mit den IL einig, daß die von den VN anerkannte Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) besonders gefördert werden soll. In Manila wurde eine Entschliebung für ein entsprechendes Sonderprogramm einstimmig angenommen. Wesentlicher Inhalt dieser

Entschließung ist die von den IL übernommene Verpflichtung, ihre Entwicklungshilfe für die LLDC so schnell wie möglich zu verdoppeln. In der Resolution wird auch die Bedeutung der Technischen Hilfe zur Lösung der Planungs- und Absorptionsprobleme der LLDC unterstrichen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, mehr Warenhilfe zu leisten, mehr in lokaler Währung anfallende Kosten zu übernehmen und die Hilfe lieferungebunden zu vergeben. EL und IL haben sich auch über einen Katalog von Grundbedürfnissen (Ernährung, Gesundheit, Wohnung, Erziehung und Beschäftigung) mit dem Ziel der Erreichung von Minimumstandards verständigt.

3.2.5 Wissenschaft und Technologie

Die Weltwissenschafts- und Technologiekonferenz der Vereinten Nationen (20. bis 31. August 1979 in Wien) hat allen teilnehmenden Staaten verdeutlicht, daß internationale Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie einen wichtigen Beitrag zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles leisten kann. Die Industrieländer erklärten sich bereit, hierzu verstärkt beizutragen. Eine Konfrontation, die nicht im Interesse des Nord-Süd-DIALOGS gelegen hätte, konnte vermieden werden¹⁾.

Das Konferenzergebnis schafft weitere Voraussetzungen für eine bessere Nutzung von Wissenschaft und Technologie: Die EL werden aufgefordert, nationale Wissenschafts- und Technologiepolitiken zu entwickeln und sich um den Ausbau ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazität zu bemühen. Dadurch soll erreicht werden, daß sie die Möglichkeiten des Technologietransfers besser ausschöpfen und für ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme angemessene technologische Lösungen finden.

Auch bei UNCTAD V spielte das Problem der Technologienutzung eine Rolle. Entgegen allgemeiner Erwartung kam es jedoch noch nicht zu einer Einigung über die strittige Frage des Rechtscharakters eines „Verhaltenskodex für Technologietransfer“. Aufgrund der jetzigen Verhandlungslage zeichnet sich jedoch ein Kompromiß ab.

Einstimmig verabschiedet wurde dagegen eine Resolution, die eine Intensivierung der Datensammlung und die Untersuchung des Problems des „umgekehrten Technologietransfers (brain drain)“ vorsieht. Von Forderungen nach Kompensationsleistungen der Industrieländer oder Sondersteuern für den Entzug von Fachkräften wurde abgesehen.

3.2.6 Seerecht

Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen bemüht sich seit 1973 um eine weltweite Gesamtregelung der Nutzungsrechte am Meer und Meeresboden. Ein Schlüsselproblem zwischen IL und EL ist seit mehreren Sessionen (in Genf und New York fand 1979 die 8. Session statt) die Schaffung eines internationalen Regimes für den Tiefseebergbau (Manganknollen). Die EL sehen die Schätze des Meeresbodens als gemeinsames Erbe der Menschheit an und leiten daraus grundsätzlich das ausschließliche

Zugangsrecht einer zu schaffenden internationalen Meeresbodenbehörde ab. Die IL gehen davon aus, daß auch Einzelstaaten und die in ihrem Gebiet ansässigen Unternehmen neben der Behörde ein originäres Zugangsrecht haben (Parallelsystem). Die IL sind bereit, bei gesichertem Zugang zu den Ressourcen der Tiefsee der internationalen Meeresbodenbehörde und dem als operativen Arm dieser Behörde zu schaffenden Unternehmen (Enterprise) den Start zu erleichtern.

Weil sich diese schwierigen Verhandlungen seit langem hinziehen, haben einige westliche IL nationale Gesetzesinitiativen ergriffen (USA, Bundesrepublik Deutschland). Zweck der Initiativen ist es, bis zum Inkrafttreten einer Konvention die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Rohstoffe vom Tiefseeboden vorläufig zu regeln und zu fördern. Damit sollen die unkontrollierte Erforschung und Ausbeutung der Schätze des Meeresbodens verhindert, den Unternehmen eine rechtliche Grundlage für ihre Tätigkeit gegeben und die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der marinen Technologie auch im Interesse der EL geschaffen werden. Vorteile wie Nachteile der Weiterverfolgung einer nationalen Interimsregelung für den Tiefseebergbau bedürfen sorgfältiger Abwägung.

3.2.7 Transnationale Unternehmen

Die Bundesregierung wertet die Zusammenarbeit der privaten Wirtschaft mit EL als einen wesentlichen Beitrag für den wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt dieser Länder. Transnationale Unternehmen (TNU) spielen für den Transfer von Kapital und Technologie eine entscheidende Rolle. Um das Spannungspotential zu verringern, das sich vornehmlich aus der international ausgerichteten Geschäftspolitik und -tätigkeit der TNU und der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der einzelnen EL ergibt, sind die Regierungen bemüht, auf nationaler und internationaler Ebene Rahmenbedingungen für das Wirken von TNU zu schaffen. In der OECD bestehen hierfür seit 1976 drei Instrumente: Leitsätze für multinationale Unternehmen, Grundsätze über die Nicht-Diskriminierung ausländisch kontrollierter Unternehmen sowie über die Anwendung von Investitionsanreizen und -hemmnissen. Im Juni 1979 hat der OECD-Ministerrat die bisherigen Erfahrungen mit diesen Instrumenten positiv beurteilt und beschlossen, das Verfahren zur Durchführung der Leitsätze, die empfehlenden Charakter haben, fortzuentwickeln.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat 1977 in der Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik Grundsätze für Beschäftigung, Ausbildung, Arbeits- und Lebensbedingungen aufgestellt.

Die Grundsätze, die ebenfalls empfehlenden Charakter haben, wenden sich an Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände sowie an multinationale Unternehmen. Einen ersten Bericht der Mitgliedstaaten über die Durchführung der Erklärung erwartet die ILO Ende 1979. In den Vereinten Nationen werden derzeit verschiedene Regelungen erörtert. Im Wirtschafts- und Sozialrat wird ein Ver-

¹⁾ Zu den Ergebnissen der Konferenz vgl. auch 3.1.2, g.

haltenskodex im Zusammenhang mit der Tätigkeit von TNU beraten. Das gleiche Gremium bereitet auch ein internationales Abkommen über „unerlaubte Zahlungen“ vor; in der UNCTAD werden Verhaltensregeln über Technologietransfer und restriktive Geschäftspraktiken erarbeitet.

Die Bundesregierung wirkt in allen diesen Gremien mit dem Ziel mit, die Tätigkeit von TNU transparenter zu machen und wirksame Verhaltensregeln für die Tätigkeit der Unternehmen sowie für die Heimat- und Gastländer zu schaffen. Sie ist sich mit den Regierungen der übrigen IL und der überwiegenden Zahl der EL darin einig, daß künftige Verhaltensregelungen zum Ziel haben, die positiven Wirkungen von TNU und anderen Unternehmen in EL zu stärken und negativen Erscheinungen entgegenzuwirken.

Bei wichtigen Punkten bestehen noch wesentliche Meinungsunterschiede. In den Verhandlungen bemüht sich die Bundesregierung darum, daß die Interessen der Unternehmen und der Empfängerländer ausgewogen berücksichtigt werden. Sie tritt deshalb insbesondere dafür ein, daß die Regierungen transparente und stabile Bedingungen für die Tätigkeit der Unternehmen schaffen und Rechtssicherheit gewährleisten und die Unternehmen nur in Übereinstimmung mit den erklärten Politiken der EL handeln.

Es liegt auch im gemeinsamen Interesse von EL und IL, die Korruption im internationalen Handelsverkehr energisch zu bekämpfen. Leider sind die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung der Korruption beschränkt.

4 Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Dritten Welt

4.1 Leistungsübersicht

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Gesamtleistungen (öffentlichen und privaten Nettoleistungen) von 1,12 % des BSP im Jahre 1977 (13,4 Mrd. DM) und von 1,19 % des BSP im Jahre 1978 (15,3 Mrd. DM) wiederum das 1 %-Ziel übertroffen (vgl. Tabelle 14, 15 und 31 in Anhang VII).

Die Netto-Auszahlungen der bilateralen und multilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe betrugen nach 3,5 Mrd. DM im Jahre 1976 in den Berichtsjahren 3,2 Mrd. DM (1977) und 4,8 Mrd. DM (1978). Der Anteil am BSP belief sich auf 0,31 % (1976), 0,27 % (1977) und 0,38 %¹⁾ (1978).

Die Netto-Leistungen der Wirtschaft haben zunächst von 1976 (9,3 Mrd. DM) auf 1977 (9,5 Mrd. DM) zugenommen, sie stagnierten jedoch im Jahre 1978 (9,5 Mrd. DM). Die wichtigsten Positionen im Jahre 1978 waren:

¹⁾ Ab 1978 schließt sich die Bundesrepublik Deutschland der Mehrheit der DAC-Mitglieder an und weist die Beiträge an internationale Finanzierungsinstitutionen bei Hinterlegung der Schuldscheine als ODA-Leistung aus. Betrag der 1978 hinterlegten Schuldscheine: 859,6 Millionen DM. Nach dem bisherigen statistischen Verfahren (d. h. ohne im Jahr 1978 neu hinterlegte Schuldscheine) betrüge der ODA-Anteil am BSP 0,31 %.

Kredite von inländischen Banken	3,2 Mrd. DM
Direktinvestitionen	2,1 Mrd. DM
Anleihen der Weltbank und sonstiger multilateraler Finanzierungsinstitutionen am deutschen Kapitalmarkt	1,6 Mrd. DM
Garantierte Exportkredite	1,6 Mrd. DM

Das zukünftige Volumen der deutschen Gesamtleistungen läßt sich wegen der ungewissen Höhe der privatwirtschaftlichen Leistungen nicht vorausschätzen. Die öffentliche Entwicklungshilfe wird nach den Planungen der Bundesregierung kontinuierlich zunehmen. Die Bundesregierung hat bei ihren Finanzentscheidungen vom Juli 1979, die im Zeichen einer Einschränkung der öffentlichen Schuldenaufnahme und einer verhältnismäßig geringen Steigerung des Gesamthaushalts standen, die öffentliche Entwicklungshilfe weit überproportional erhöht: Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird nach der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren bis 1983 jährlich um 12,5 % zunehmen gegenüber einem jährlichen Wachstum des Gesamthaushalts von 5,1 % (1980) bzw. 5 % (1981 bis 1983). Damit weist der Entwicklungshilfehaushalt die höchste Steigerungsrate aller Einzelhaushalte auf.

4.2 Instrumente und Verfahren der Zusammenarbeit: Überblick, Verbesserungen, Vereinfachungen

- a) Das Instrumentarium der Zusammenarbeit wurde kontinuierlich neuen Erfordernissen angepaßt, jedoch nicht wesentlich verändert. Die zunehmende Differenzierung der EL wurde auch beim Instrumentarium berücksichtigt (vgl. 4.3.2.). Bei der Entwicklungszusammenarbeit wird zwischen bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit unterschieden. Der Anteil der öffentlichen Zusammenarbeit¹⁾, der über internationale Organisationen abgewickelt wird, beträgt im Schnitt der Jahre 1976 bis 1978 24 % der gesamten öffentlichen Leistungen²⁾. Die multilaterale Zusammenarbeit umfaßt die Beiträge vor allem an die Europäische Gemeinschaft, an das VN-System einschließlich Weltbank und an die regionalen Entwicklungsbanken. Der Anteil der bilateralen Zusammenarbeit an den gesamten öffentlichen Leistungen betrug im Schnitt der Jahre 1976 bis 1978 76 %. Seit 1970 wird in der bilateralen Zusammenarbeit durchschnittlich etwas mehr als die Hälfte der Mittel als Zuschüsse vergeben, der Rest sind Kredite³⁾.

¹⁾ Im wesentlichen Mittel aus dem Einzelplan 23 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), in geringerem Umfang auch aus den Etats anderer Bundesressorts und der Bundesländer.

²⁾ 1978 ohne hinterlegte Schuldscheine.

³⁾ Die Bundesregierung unterscheidet bei den Bedingungen der FZ für die einzelnen Partnerländer folgende Kategorien:

- Die von den VN als am wenigsten entwickelt anerkannten Länder (LLDC) erhalten nicht-rückzahlbare Finanzierungsbeiträge.
- Die von den internationalen Preissteigerungen am meisten betroffenen Länder (MSAC), die nicht gleichzeitig LLDC sind, erhalten Darlehen zu 0,75 %

Der Bundeshaushalt enthält Verpflichtungsermächtigungen, durch die festgelegt wird, bis zu welcher Höhe die Bundesregierung Zusagen machen kann, die entweder in demselben oder in den folgenden Jahren zu Auszahlungen führen, sowie Baransätze, die den Umfang der Ausgaben festlegen, die in Erfüllung früher eingegangener Verpflichtungen zu leisten sind. Dadurch wird die Bundesregierung von dem Zwang befreit, Projekte innerhalb des jeweiligen Haushaltsjahres zu planen, zu prüfen und durchzuführen. Zwischen Zusagen und vollständiger Auszahlung kann ein Zeitraum von zwei bis zehn Jahren verstreichen, weil die Mittel nach Projektfortschritt ausgezahlt werden. Für die Bezeichnung des Verhältnisses zwischen Zusagen und Auszahlungen bedient sich die Fachsprache eines Bildes aus dem Transportbereich; man spricht von der „Pipeline“. Absolut steigt die Pipeline im Rahmen der Zunahme des Zusagevolumens. So ist bei der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit die Pipeline von 1974 auf 1978 absolut um 42 % gestiegen, das Zusagevolumen um 44 %; somit ist die relative Pipeline (Verhältnis von Zusagen zu Auszahlungen) seit 1974 in etwa konstant geblieben. Ende 1978 waren 69 % der von der Bundesregierung zugesagten Darlehen und Zuschüsse ausgezahlt (69 % Ende 1977 und 70 % Ende 1976). Im Vergleich mit anderen Geberländern sind diese Werte günstig.

- b) In den letzten Jahren hat sich auch die internationale Diskussion eingehend mit den Verfahren der Zusammenarbeit befaßt. Dies gilt besonders für den Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD, in dem die wichtigsten westlichen IL einschließlich Japan, Australien und Neuseeland vertreten sind.

Wenn auch eine völlige Angleichung der Verfahren der bilateralen und multilateralen Geber kaum zu erreichen sein wird, so können sich doch schon aus der Vereinfachung der verschiedenen Verfahren erhebliche Erleichterungen für die EL ergeben und allmählich auch eine gewisse Einebnung der Unterschiede. Die Bundesregierung hat damit begonnen, die Verfahren der bilateralen Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit systematisch zu überprüfen. Abgesehen von diesen Arbeiten, die auch Möglichkeiten einer Verkürzung der Pipeline der Finanziellen Zusammenarbeit zum Gegenstand haben, hat sie im Laufe der letzten Jahre schon verschiedene Verfahrensverbesserungen eingeführt. So wurden Leitlinien zur Projektfindung, -vorauswahl, -auswahl und -vorbereitung erarbeitet, um die Tätigkeit in diesem Bereich unter Ausnutzung der Kenntnisse und Erfahrungen der durchführenden

Stellen (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau [KfW], Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit [GTZ]) zu verstärken. Ferner wurden Mittel für Fonds bereitgestellt, aus denen Durchführbarkeitsstudien, Beratungs-, Gutachter- und andere personelle Leistungen zur Vorbereitung von Förderungsmaßnahmen finanziert werden können. Bis Ende 1978 wurden für 21 Länder derartige Fonds mit einem Gesamtvolumen von 72 Millionen DM geschaffen; allein im Jahre 1978 wurden 22,5 Millionen DM hierfür zugesagt. Darüber hinaus wurde die KfW ermächtigt, in eigener Verantwortung Ingenieurberatungsfirmen und sonstige Gutachter zu Lasten von Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit zu beauftragen und fehlende Unterlagen für Projektprüfungen zu beschaffen. Diese Maßnahmen leisten oft auch einen Beitrag zur Stärkung der Durchführungsfähigkeit der EL selbst. Sie erhöhen die Aufnahmefähigkeit der EL und die Wirksamkeit der bilateralen Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung hat unter Berücksichtigung einer ausgewogenen Verteilung der bilateralen Entwicklungshilfemittel auf die EL den Spielraum für die Erteilung von Mehrjahreszusagen voll ausgeschöpft. Derartige Zusagen — meist für einen Zeitraum von zwei Jahren — erleichtern sowohl den Regierungen der EL als auch den zuständigen deutschen Stellen die Planung und Vorbereitung größerer Entwicklungshilfeporhaben. Ein anderer Schritt zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit ist die Eingliederung des Haushaltstitels 686 02 (Bilaterale Bildungshilfe) in den Titel 896 03 (Bilaterale Technische Zusammenarbeit), die im Haushalt 1980 vorgenommen wurde. Dadurch werden Rahmenplanung und Mittelbewirtschaftung vereinfacht; Schwierigkeiten in der Zuordnung von Förderungsmaßnahmen zu dem einen oder anderen Titel werden vermieden, ohne daß dadurch die parlamentarische Kontrolle beeinträchtigt wird.

4.3 Regionale Schwerpunkte

4.3.1 Geographische Verteilung

Die deutsche Entwicklungspolitik ist im System der Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den EL eine wichtige Komponente der deutschen Politik. Dies hat die geographische Verteilung der deutschen Entwicklungshilfe von Anfang an beeinflußt und schon frühzeitig zu einer weltweiten Ausrichtung der öffentlichen Entwicklungshilfe geführt. 1978 wurden in 126 EL Projekte vorbereitet oder durchgeführt, die aus Mitteln des BMZ-Etats unterstützt wurden. Im Jahre 1978 hat die Bundesregierung neue Regierungszusagen in der Finanziellen Zusammenarbeit (Titel 866 01 und 866 03) an 54 Länder und in der Technischen Zusammenarbeit (Titel 896 03) an 75 Länder gemacht (1977: 57 bzw. 74 Länder). Seit Beginn der Entwicklungszusammenarbeit wurden mehr als 14 000 Projekte in Angriff genommen. Davon waren Ende 1978 etwa 8 000 abgeschlossen. Im Anhang IV wird ein Überblick über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit rd. 90 EL gegeben, wobei

Zinsen bei 50 Jahren Laufzeit, davon die ersten zehn Jahre tilgungsfrei.

- EL in fortgeschrittenem Entwicklungsstadium oder mit hohen Devisenerlösen erhalten Darlehen zu 4,5 % Zinsen bei 20 Jahren Laufzeit, davon 5 Jahre tilgungsfrei.
- Die übrigen EL erhalten Darlehen zu 2 % Zinsen bei 30 Jahren Laufzeit, davon 10 Jahre tilgungsfrei.

diese Aufstellung die Höhe der Entwicklungshilfe sowie die Zahl der laufenden Projekte, der Fachkräfte und der Praktikanten nennt, die sektoralen Schwerpunkte der Zusammenarbeit aufzeigt und Angaben zum Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit dem betreffenden EL enthält.

Die breite Streuung der deutschen Entwicklungshilfe ist gelegentlich beanstandet worden. Diese Kritik ist nicht berechtigt. Die weltweite Partnerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit erklärt sich daraus, daß die Bundesrepublik Deutschland keine besonders ausgeprägten — historisch oder politisch bedingten — Präferenzzonen hat, sowie aus der Tatsache, daß sie mit vielen EL wirtschaftlich stark verflochten ist und daß grundsätzlich fast alle EL Entwicklungshilfe nötig haben.

Im übrigen ist die Intensität der Zusammenarbeit nicht mit allen EL gleich groß. Von den Entwicklungshilfemitteln entfiel auch im Berichtszeitraum der größte Teil auf wenige EL: 1977 und 1978 entfielen rd. 50 % der FZ-Regierungszusagen auf 8 bzw. 7 Länder; bei der Technischen Zusammenarbeit auf 19 bzw. 15 EL.

Die entwicklungspolitischen Kriterien für die Verteilung der Mittel sind die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage¹⁾, die außenwirtschaftliche Leistungskraft²⁾, die Eigenanstrengungen, die Aufnahme-fähigkeit für fremdes Kapital und die Bevölkerungszahl. Daneben werden auch wichtige andere politische Anliegen berücksichtigt. Bemerkenswerte Beispiele sind die überproportionalen, nicht allein durch die genannten Kriterien bedingten Hilfeanteile der Nahoststaaten, der Konflikt-Randstaaten im südlichen Afrika, der Türkei und Portugals. In diesen sich politisch in einer besonders schwierigen Phase

befindenden Ländern und Regionen trägt die Bundesregierung durch ihre Entwicklungshilfe mit dazu bei, friedliche Konfliktlösungen und demokratischen Wandel durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage zu ermöglichen bzw. zu festigen (zur regionalen Verteilung der Entwicklungszusammenarbeit vgl. Tabelle 13; vgl. auch Tabelle 19 im Anhang VII).

4.3.2 Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländergruppen

Der Differenzierung der EL trägt die Bundesregierung bei ihrer Entwicklungszusammenarbeit zunehmend Rechnung. Im folgenden wird die Förderungspolitik gegenüber den armen EL und den Schwellenländern näher erläutert, da die Bundesregierung bei der Zusammenarbeit mit diesen Ländergruppen besondere Akzente setzt.

4.3.2.1 Zusammenarbeit mit den armen Entwicklungsländern

Die öffentliche Entwicklungshilfe nimmt bei der Zusammenarbeit mit den armen EL einen hohen Rang ein. Fast die Hälfte aller öffentlichen Entwicklungshilfemittel im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit fließt in diese Länder. Bei der Finanziellen Zusammenarbeit entfielen auf die EL mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (nach der Definition der Weltbank EL mit einem BSP pro Kopf bis 300 US-\$ in Preisen von 1977) 1978 rd. 42 % der gesamten Regierungszusagen (1977: 1233 Millionen DM; 1978: 1304 Millionen DM), bei der Technischen Zusammenarbeit waren es 1978 51 % (1977: 265 Millionen DM, 1978: 389 Millionen DM).

Innerhalb der Gruppe der armen Länder kommt der Hilfe an die 30 „am wenigsten entwickelte Länder“ (LLDC) eine Sonderstellung zu. Die LLDC sind von den Vereinten Nationen als eine besondere Gruppe anerkannt; mehrere VN-Entscheidungen fordern für sie eine bevorzugte Behandlung (so auch UNCTAD V). Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) ist wegen ihrer günstigen finanziellen Bedingungen für die ärmsten Entwicklungsländer von herausragender Be-

¹⁾ Gemessen durch das BSP/Kopf und eine Vielzahl ökonomischer und sozialer Indikatoren.

²⁾ Gemessen durch die Import-/Exportquote, die Schuldenstrategie, die Verfügung über Währungsreserven.

Tabelle 13

Regionale Verteilung der Regierungszusagen der Bundesrepublik Deutschland 1975 bis 1978 (FZ und TZ)¹⁾

Kontinent	1975		1976		1977		1978	
	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%
Europa	283,7	9,7	239,3	8,3	223,2	7,1	385,8	9,9
Afrika	1 246,8	42,6	1 378,2	47,8	1 329,1	42,3	1 733,9	44,6
Lateinamerika	197,0	6,7	231,9	8,0	225,1	7,2	254,4	6,5
Asien (einschließlich Ozeanien)	1 176,1	40,2	1 007,4	35,0	1 345,7	42,8	1 504,3	38,6
Überregional	22,1	0,8	25,6	0,9	19,4	0,6	15,1	0,4
Insgesamt	2 925,7	100	2 882,4	100	3 142,5	100	3 893,5	100

¹⁾ Finanzielle Zusammenarbeit: Titel 686 01 und 686 03

Technische Zusammenarbeit: Titel 896 03

Quelle: BMZ

deutung, weil privates Kapital in diese Länder in nur geringem Maße fließt.

Die Bundesregierung hat der schwierigen wirtschaftlichen Lage, den besonderen Problemen und dem niedrigen Entwicklungsstand dieser Länder sowohl durch den Umfang der öffentlichen Finanzleistungen als auch durch deren Konditionen Rechnung getragen. Bei der Finanziellen Zusammenarbeit wurde der Anteil der LLDC an den gesamten Regierungszusagen von 1972 bis 1978 etwa verdoppelt (1977: 545 Millionen DM; 1978: 610 Millionen DM = 20 %), bei der Technischen Zusammenarbeit wurde der Anteil der LLDC im gleichen Zeitraum von 25 % auf etwa ein Drittel gesteigert (1977: 209 Millionen DM; 1978: 245 Millionen DM = 32 %).

Die Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit, die den LLDC von 1972 bis 1977 als Darlehen zu 0,75 % Zinsen, 50 Jahren Laufzeit bei 10 tilgungsfreien Jahren zur Verfügung gestellt wurden, werden seit 1978 als Zuschüsse gewährt.

Außerdem hat die Bundesregierung im März 1978 beschlossen, den LLDC Zinsen und Tilgungen aus früher zugesagten Krediten der Finanziellen Zusammenarbeit auf Antrag und nach Prüfung des einzelnen Falles zu erlassen. Bis zum 1. November 1979 hat die Bundesregierung mit 16 Ländern Abkommen über die Umwandlung von Darlehen in Höhe von 3,1 Mrd. DM einschließlich Zinsen (geschätzt 470 Millionen DM) in Zuschüsse geschlossen (Bangladesch, Benin, Botsuana, Burundi, Gambia, Guinea, AR Jemen, Lesotho, Malawi, Mali, Niger, Nepal, Obervolta, Ruanda, Somalia, Sudan). Die Bundesregierung kommt mit diesen Maßnahmen der auch von ihr angenommenen Entschließung 165 (S-IX) des Rates der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 10. März 1978 nach, in der sich die IL verpflichtet haben, die Bedingungen für in der Vergangenheit zugesagte Darlehen an ärmere EL, insbesondere an die LLDC, den heute üblichen günstigeren Bedingungen anzupassen oder andere gleichwertige Maßnahmen zu treffen, um den Netto-Hilfezufluß an diese Länder zu erhöhen.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren bevorzugt Maßnahmen gefördert, die dazu beitragen, eine Mindestversorgung der armen Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Leistungen in dieser Ländergruppe zu sichern. Sie hat im übrigen ihre besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung der Planungs- und Organisationsfähigkeit zugewendet und u. a. bis 1978 für acht dieser Länder insgesamt neun Studien- und Expertenfonds mit einem Gesamtbetrag von 17,7 Millionen DM bereitgestellt.

4.3.2.2 Zusammenarbeit mit Schwellenländern

Als Schwellenländer werden die EL auf einer verhältnismäßig hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe bezeichnet. Ihre Volkswirtschaften sind gekennzeichnet durch einen vergleichsweise hohen Grad der Diversifizierung, durch schnelles industrielles Wachstum und durch eine zunehmende Integration in die Weltwirtschaft. Vielfach hat in diesen Ländern die gesellschaftliche und soziale Entwicklung mit der wirtschaftlichen nicht Schritt gehalten. Die Bundesregierung ist bemüht, ihre Zusam-

menarbeit mit den Schwellenländern verstärkt auf deren besondere Bedürfnisse auszurichten.

Eine international abgestimmte Liste der Schwellenländer existiert bisher nicht. Es zählen hierzu etwa 20 bis 30 fortgeschrittene EL (typische Beispiele: Argentinien, Brasilien, Mexiko, Korea, Malaysia, Singapur).

Die öffentliche Zusammenarbeit setzt gezielt an sektoralen und regionalen Engpässen der Entwicklung an. Prioritäre Bereiche der Zusammenarbeit mit Schwellenländern sind die Sozialentwicklung (z. B. die Unterstützung armer Bevölkerungsschichten), die Stadtentwicklung und Raumordnung, die Industrie und der Umweltschutz. Maßgebliche Beiträge zur Entwicklung der Schwellenländer leistet auch die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die die Bundesregierung mit den Mitteln ihres Forschungs- und Entwicklungshaushaltes auf verschiedenen Gebieten, insbesondere der Energietechnologie und der Biotechnik, fördert.

Neben dem traditionellen entwicklungspolitischen Instrumentarium erlangen die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit und der Grenzbereich zwischen privatwirtschaftlicher und öffentlicher Kooperation immer größere Bedeutung. Wichtige Instrumente der Zusammenarbeit mit Schwellenländern sind u. a.:

Die Förderung von Privatinvestitionen durch die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in den EL durch Niederlassungskredite; Mischfinanzierungen; Technische Zusammenarbeit gegen Entgelt; Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften; angepaßte personelle Kooperation (z. B. integrierte Fachkräfte); ferner die Gewährung von Bundesgarantien und -bürgschaften sowie der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Wichtige Aufgaben der Zusammenarbeit mit Schwellenländern werden mit Unterstützung der Bundesregierung auch von nichtstaatlichen Trägern wie den Kirchen, politischen Stiftungen und Entwicklungsdiensten wahrgenommen. Sie bemühen sich insbesondere um eine wirtschaftliche wie soziale Integration derjenigen Gruppen, an denen das industrielle Wachstum ihres Landes vorbeigegangen ist.

4.4 Fachliche Schwerpunkte

4.4.1 Sektorale Verteilung

Bei der Verteilung der Mittel der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit mit den EL werden zunehmend auch fachliche Schwerpunkte in besonderen entwicklungspolitischen Aufgabenbereichen (z. B. ländliche Entwicklung einschließlich Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, Energieversorgung) gesetzt. Dies ist zum Teil schwierig und kann nur in Abstimmung mit dem jeweiligen EL erfolgen. Nicht immer sehen beide Seiten dieselben entwicklungspolitischen Prioritäten. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren den Spielraum für deutlichere fachliche Schwerpunkte vergrößert. Dabei kommt es neben der Intensivierung der Projektfindung und der verstärkten Hilfe zur Verbesserung der Planungs- und Durchführungsfähigkeit vor allem auf länger-

fristig orientierte Abstimmung mit den Partnerregierungen über die zukünftigen Kooperationsfelder an. Zahlen über die sektorale Verteilung können einen ersten Einblick in die fachlichen Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Praxis vermitteln. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß zahlreiche Schwerpunkte übersektoraler Art sind (z. B. Grundbedürfnisse) oder das Zusammenwirken von Maßnahmen in verschiedenen Sektoren erfordern (z. B. muß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion häufig mit einer Verbesserung der materiellen Infrastruktur in der entsprechenden Region einhergehen).

Innerhalb der staatlichen Technischen Zusammenarbeit stehen regelmäßig mit 35 bis 40 % der Mittel Maßnahmen im Bereich Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei im Vordergrund (vgl. Tabelle 14). Bei der Einbeziehung nicht-staatlicher Organisationen und eines Teils der Maßnahmen der auswärtigen Kulturpolitik liegt ein weiterer Schwerpunkt wie bisher mit ca. 45 % der Mittel im Bereich Bildung, Ausbildung und Wissenschaft (vgl. Tabelle 15).

Bemerkenswert ist das Wachstum des Bereichs Wirtschaftsplanung und öffentliche Verwaltung. Hierin kommt das Bemühen zum Ausdruck, die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Selbsthilfe und ihre Aufnahmefähigkeit für Hilfe von außen zu stärken.

Bei der Finanziellen Zusammenarbeit liegt der Schwerpunkt traditionell mit ca. der Hälfte des Gesamtvolumens bei Maßnahmen im Bereich der materiellen Infrastruktur (vgl. Tabelle 16). Steigende Anteile sind im Bereich Land- und Forstwirtschaft so-

wie Fischerei festzustellen; dieser Trend ist auch in den jüngsten Planungszahlen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit erkennbar. Der besonders hohe Anteil dieses Bereichs für 1977 beruht darauf, daß 1977 mehrere Darlehensverträge über schon länger vorbereitete größere landwirtschaftliche Vorhaben abgeschlossen wurden.

4.4.2 Bekämpfung der absoluten Armut

4.4.2.1 Inhalt des Grundbedürfniskonzepts und Förderungspolitik

Rasches Wachstum des Bruttosozialprodukts hat in vielen Ländern Armut und Einkommensungleichheit nicht verringert. Deshalb werden verstärkt nationale und internationale Bemühungen zur Erfüllung der Grundbedürfnisse gefordert. Der Entwicklungshilfesausschuß der OECD verabschiedete im Oktober 1977 eine Erklärung „über eine dem Wirtschaftswachstum und der Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse dienende Entwicklungskooperation“; er befaßt sich seither intensiv mit den Möglichkeiten, eine grundbedürfnisorientierte Entwicklungspolitik zu verwirklichen. Die Bundesregierung richtet seit 1978 die Entwicklungshilfe in verstärktem Maße auf die unmittelbare Bekämpfung der Armut aus. Dabei ist die Förderung der Frauen als einer besonders benachteiligten Gruppe besonders wichtig.

Entsprechend der Definition der Weltbeschäftigungskonferenz von 1976 umfassen die Grundbedürfnisse

— den laufenden Mindestbedarf des einzelnen und seiner Familie an Ernährung, Unterkunft und Kleidung,

Tabelle 14

Aufteilung der Mittel für die staatliche Technische Zusammenarbeit¹⁾ nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)

Förderungsbereich	1975		1976		1977		1978	
	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%
1. Wirtschaftsplanung und öffentliche Verwaltung	40,2	6,4	38,2	7,2	46,4	8,0	44,3	5,4
2. Materielle Infrastruktur (Verkehrswesen, Energieversorgung etc.)	89,7	14,4	88,0	16,0	97,5	16,9	163,3	20,0
3. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ...	225,4	36,1	200,3	36,4	219,6	38,1	293,9	36,0
4. Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft ..	65,4	10,5	71,1	12,9	50,4	8,7	117,9	14,4
5. Dienstleistungen (Handel, Banken, Tourismus)	18,0	2,9	0,7	0,1	10,6	1,8	8,5	1,0
6. Bildung, Ausbildung, Wissenschaft	103,5	16,6	76,1	13,9	84,3	14,6	100,5	12,3
7. Gesundheit, Bevölkerungsplanung	25,2	4,0	13,2	2,4	17,1	2,9	15,3	1,8
8. Soziale Infrastruktur und Sozialfürsorge	11,4	1,8	5,7	1,0	9,1	1,5	6,9	0,8
9. Mehrzweckprojekte	38,3	6,1	47,9	8,7	32,4	5,6	38,1	4,6
10. Sonstige Maßnahmen	6,6	1,1	8,2	1,5	7,8	1,3	26,9	3,3
Insgesamt	623,6	100	549,5	100	575,3	100	816,1	100

¹⁾ Titel 686 01 bzw. 896 03 und 686 02

**Aufteilung der Mittel für die Technische Zusammenarbeit insgesamt
nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)**

Förderungsbereich	1975		1976		1977		1978	
	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%
1. Wirtschaftsplanung und öffentliche Verwaltung	41,3	3,0	41,1	3,5	91,2	6,5	90,8	5,2
2. Materielle Infrastruktur (Verkehrswesen, Energieversorgung etc.)	95,4	7,0	90,2	7,7	102,6	7,3	170,4	9,8
3. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ...	259,7	19,1	214,2	18,2	249,2	17,8	324,4	18,7
4. Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft ..	68,4	5,0	78,8	6,7	61,9	4,4	126,0	7,3
5. Dienstleistungen (Handel, Banken, Tourismus)	25,1	1,9	4,2	0,4	28,0	2,0	32,7	1,9
6. Bildung, Ausbildung, Wissenschaft	599,7	44,2	525,0	44,8	653,8	46,7	753,7	43,5
7. Gesundheit, Bevölkerungsplanung	60,8	4,5	28,9	2,5	58,3	4,2	36,8	2,1
8. Soziale Infrastruktur und Sozialfürsorge	46,6	3,4	23,7	2,0	27,2	1,9	26,6	1,5
9. Mehrzweckprojekte	51,0	3,8	58,8	5,0	42,6	3,0	62,1	3,6
10. Sonstige Maßnahmen	109,3	8,1	108,4	9,2	86,2	6,2	111,4	6,4
Insgesamt	1 357,1	100	1 173,2	100	1 401,5	100	1 735,1	100

— lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen, insbesondere Trinkwasser, sanitäre Anlagen, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Das Grundbedürfniskonzept ist produktivitätsorientiert, denn es geht um die Mobilisierung der Selbsthilfefähigkeit der armen Bevölkerung. Eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse steigert mittelbar die Arbeitsfähigkeit, die Arbeitsbereitschaft und damit die Arbeitsproduktivität und schafft damit Grundlagen für ein nachhaltiges, eigenständiges Wirtschaftswachstum. Wesentlich ist, daß grundbedürfnisorientierte Maßnahmen den in absoluter Armut lebenden Massen unmittelbar zugute kommen und daß die Betroffenen an Vorbereitung und Durchführung der Projekte beteiligt werden.

Entsprechend dem Katalog der Grundbedürfnisse wird sich eine dem Grundbedürfniskonzept verpflichtete Entwicklungspolitik auch in einer Erhöhung des Anteils bestimmter Förderbereiche niederschlagen, namentlich der Sektoren Land- und Forstwirtschaft, kommunale und ländliche Wasserversorgung, Kleinindustrie und Handwerk, Gesundheitswesen, soziale Infrastruktur und Sozialfürsorge sowie Primärerziehung. Daher hat die Bundesregierung zur Umsetzung des Grundbedürfniskonzeptes in die Rahmenplanung 1979 und 1980 verstärkt Projekte in den genannten Sektoren aufgenommen.

Wirksame Maßnahmen zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse setzen aber auch voraus, daß die EL die Bekämpfung der absoluten Armut zu ihrem eigenen vordringlichen Anliegen machen. Die EL sind dem Grundbedürfniskonzept bisher vorwiegend mit Skepsis begegnet. Sie erblicken darin zu Unrecht eine Ablenkung von den Zielen der „Neuen

Weltwirtschaftsordnung“, eine Behinderung der Industrialisierung und einen Eingriff in ihre inneren Angelegenheiten. Die IL haben stets betont, daß die Befriedigung der Grundbedürfnisse eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum darstellt.

Die Einwände der EL sind in Teilbereichen geringer geworden, während die Schwierigkeiten bei der Durchführung sich als erheblich herausgestellt haben. (Von der Bundesregierung wird vornehmlich Hilfe bei der Industrialisierung erwartet; unterentwickelte Planungs- und Durchführungskapazitäten der EL in grundbedürfnisorientierten Bereichen, höhere Anforderungen an die Projektvorbereitung in der Bundesrepublik Deutschland.)

4.4.2.2 Förderung der Frau in Entwicklungsländern

Da Frauen und Kinder von den Folgen von Unter- und Fehlentwicklung am härtesten betroffen sind und die Frauen weitgehend die Familien versorgen, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren eine Reihe von Maßnahmen zugunsten von Frauen eingeleitet. Bei allen Regierungsverhandlungen über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit wird die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung erklärt, zukünftig verstärkt Vorhaben zu fördern, die gezielt den Frauen zugutekommen. Für die Durchführung wurde 1979 erstmals ein gesonderter Betrag von 3 Millionen DM bereitgestellt, um Maßnahmen zu identifizieren und zu finanzieren, die in erster Linie zur Verbesserung der Lage von Frauen und Kindern beitragen sollen. Pilotvorhaben werden in Mali, Obervolta, Gambia, Benin, Jordanien und im Jemen durchgeführt. Außerdem werden gegenwärtig über 100 laufende Vorhaben daraufhin untersucht, wie

Tabelle 16

**Aufteilung der Mittel für die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit
nach Förderungsbereichen 1975 bis 1978 (Zusagen)¹⁾**

Förderungsbereich	1975		1976		1977		1978	
	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%
1. Wirtschaftsplanung und öffentliche Verwaltung	-	-	-	-	10,0	0,5	-	-
2. Materielle Infrastruktur (Verkehrswesen, Energieversorgung etc.)	538,0	45,4	988,1	61,4	1 126,0	53,1	1 058	51,9
3. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ...	26,6	2,2	78,7	4,9	301,0	14,2	120,1	5,9
4. Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft ..	293,2	24,7	207,2	12,9	315,5	14,9	430,6	21,1
5. Dienstleistungen (Handel, Banken, Tourismus)	221,6	18,7	237,4	14,7	279,6	13,2	278,0	13,7
6. Bildung, Ausbildung, Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Gesundheit, Bevölkerungsplanung	-	-	6,0	0,4	6,0	0,3	29,0	1,4
8. Soziale Infrastruktur und Sozialfürsorge	71,0	6,0	77,8	4,8	10,0	0,5	9,9	0,5
9. Mehrzweckprojekte	35,0	3,0	14,0	0,9	70,0	3,3	112,0	5,5
10. Sonstige Maßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Projektgebundene Finanzielle Zusammenarbeit insgesamt	1 185,4	100	1 609,2	100	2 118,3	100	2 037,7	100
Projektungebunden	677,4		369,8		145,6		637,0	
Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit (ohne Umschuldungen)	1 862,8		1 979,0		2 264,0		2 674,7	
Umschuldungen	452,3		478,5		133,0		139,0	
Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit insgesamt	2 315,1		2 457,5		2 397,0		2 813,8	

¹⁾ abgeschlossene Darlehensverträge (= Zusagen im Sinne des DAC) bei Krediten

die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen, die in einigen Ländern bis zu 80 % der Nahrungsmittel erzeugen, durch ergänzende Maßnahmen verbessert werden kann. Künftig sollen mit Hilfe von Projektprüfungskriterien bereits in der Planungsphase eines Projektes die Belange von Frauen und Kindern stärker als in der Vergangenheit berücksichtigt werden.

4.4.2.3 Projektbeispiele

Im Anhang III, 4 sind Beispiele zu grundbedürfnisorientierten Projekten sowie zur Förderung der Frau in Entwicklungsländern ausführlich dargestellt.

Zum Grundbedürfnisbereich Wohnen hat die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU vom 30. Oktober 1979 betreffend „Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe für das Siedlungs- und Wohnungswesen“ ausführlich Stellung genommen (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3309 vom 30. Oktober 1979).

4.4.3 Ausgewählte Sektoren: Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme und Projektbeispiele

Im Anhang III wird die Förderungspolitik für drei wichtige Sektoren der entwicklungspolitischen Zu-

sammenarbeit näher beschrieben: Landwirtschaft und Ökologie, Energie und Industrie.

4.5 Personelle Zusammenarbeit

4.5.1 Grundsätze und Probleme

Der Einsatz von Fachleuten aus IL in der Dritten Welt bleibt auch in Zukunft ein wichtiges Element der Entwicklungszusammenarbeit. Die Anstrengungen von IL und EL im Bildungsbereich haben zwar das Potential an einheimischen Fach- und Führungskräften in den EL erheblich vergrößert, nach wie vor sind jedoch ausländische Experten notwendig. Heute befinden sich mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte aus EL in den IL als umgekehrt Fachkräfte aus den IL in den EL. Dieser Abfluß intellektuellen Potentials — als brain drain bezeichnet — hat vielfältige Ursachen und läßt sich nur langfristig verringern. Soweit es sich um einen zeitlich befristeten Aufenthalt in den IL handelt, kann sogar ein positives Element darin gesehen werden, als Dauererscheinung dagegen wäre dies ein schweres Entwicklungshemmnis. Die EL fordern von den IL deshalb Maßnahmen gegen den sog. „umgekehrten Technologietransfer“. Aber selbst wenn der brain drain aus EL in IL gestoppt würde, bliebe die Entsendung von Experten

mit Spezialkenntnissen aus IL in EL nötig und wünschenswert.

Die Bundesregierung läßt sich von zwei Prinzipien leiten:

- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sollten soweit wie möglich vor Ort, d. h. im gegebenen sozialen und kulturellen Raum stattfinden. Nur in den Fällen, wo keine oder nur unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten in der Region vorhanden sind, sollte an eine Ausbildung in IL gedacht werden.
- Der Einsatz von Fachleuten aus den IL muß nach dem Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs gestaltet werden. Rücksicht auf soziale und kulturelle Gegebenheiten der Gastländer ist geboten. Entsprechende Vorbereitung sowie eine Einbindung in die arbeitgebende Institution vor Ort dienen diesem Ziel.

Der Erfolg der Entwicklungsanstrengungen hängt davon ab, ob beide Seiten die erforderlichen personellen Voraussetzungen schaffen. Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren bemüht, eine angemessene Anzahl deutscher Fachkräfte zur Verfügung zu stellen (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17

Deutsche Auslandsfachkräfte der wichtigsten deutschen personalentsendenden Organisationen

Auslandsfachkräfte deutscher Personaldienste in Übersee	1977	1978
	(Stand jeweils zum Jahresende)	
Deutscher Entwicklungsdienst (DED)	744	745
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)	266	244
Dienste in Übersee (DU)	189	180
Weltfriedensdienst	9	16
Internationaler Christlicher Friedensdienst (EIRENE)	53	45
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	1 107	1 196
Konrad-Adenauer-Stiftung	44	49
Friedrich-Ebert-Stiftung	98	106
Friedrich-Naumann-Stiftung	41	53
Hanns-Seidel-Stiftung	1	3
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	117	160
Physikalisch-Technische Bundesanstalt	6	7
Summe	2 675	2 804

Für Fachkräfte wird zunehmend höhere Qualifikation, langjährige Berufserfahrung und stärkere Spezialisierung verlangt. Dies erfordert große Anstrengungen der personalentsendenden Institutionen. Wegen der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland sind insbesondere qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte oft nicht bereit, einen sicheren Arbeitsplatz zugunsten eines zeitlich begrenzten Einsatzes in einem EL aufzugeben. Auch die hohe Vergütung für Experten reicht häufig als Anreiz nicht aus. Die Bundesregierung setzt daher gemeinsam mit den personalentsendenden Organisationen die Gespräche mit Arbeitgebern, mit der öffentlichen Hand und mit der Wirtschaft fort, um für zeitweilige Freistellung und Rückgliederung von Fachkräften bestmögliche Bedingungen zu erreichen. Gerade staatliche Stellen können durch großzügige Beurlaubungsregelungen für öffentliche Bedienstete einen wichtigen Beitrag hierzu leisten:

4.5.2 Ausbildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen für eine Tätigkeit im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Die Bundesregierung bemüht sich, deutsche Nachwuchskräfte durch Aus- und Fortbildungsangebote zur Auseinandersetzung mit den Problemen der Dritten Welt anzuregen und zu einer praktischen Tätigkeit zu befähigen. Die Maßnahmen der Bundesregierung können allerdings die notwendigen Eigenanstrengungen der deutschen Bildungseinrichtungen, für die bilaterale und für die internationale Zusammenarbeit besonders geeignete Fachkräfte auszubilden, lediglich in einigen besonders wichtigen Bereichen ergänzen und verstärken. Eine begrenzte Anzahl von Nachwuchskräften kann ein einjähriges Auslandspraktikum in deutschen Entwicklungshilfeprojekten und Partnereinrichtungen als Projektassistenten absolvieren. Bei entwicklungspolitisch tätigen Sonderorganisationen der VN fördert die Bundesregierung den Einsatz deutscher Nachwuchskräfte als „Beigeordnete Sachverständige“ (84 im Jahre 1977; 125 im Jahre 1978). Drei- bis sechsmonatige Arbeits- und Studienaufenthalte (sog. ASA-Programm) in EL werden für rd. 85 Jungakademiker pro Jahr angeboten.

Vor dem ersten Auslandseinsatz in der Entwicklungszusammenarbeit wird den Fachkräften und Entwicklungshelfern eine spezielle länderkundliche und sprachliche Vorbereitung vermittelt.

4.5.3 Integrierte Fachkräfte

Die personelle Unterstützung kann ohne einen freien Fluß qualifizierter Arbeitnehmer in die Länder der Dritten Welt nicht wesentlich verbessert werden. Deshalb hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum ihre Bemühungen fortgesetzt, neben dem Einsatz von Fachkräften durch deutsche personalentsendende Organisationen das Instrument der integrierten Fachkräfte zu entwickeln und zu erproben. Dabei handelt es sich um deutsche Fachkräfte, die ein Arbeitsverhältnis unmittelbar mit ihrer Einsatzstelle im EL begründen und wegen der entwicklungspolitischen Bedeutung der Aufgabe deutscherseits Zuschüsse zum meist unzureichenden örtlichen Entgelt und zur sozialen Sicherung erhalten. Das Modell, das

besonders dem Bedarf der fortgeschrittenen EL entspricht, hat in den 1975 verabschiedeten und Anfang dieses Jahres verbesserten „Richtlinien für die Förderung von Entwicklungsländern durch Zuschüsse an integrierte Fachkräfte“ eine vorläufige Form für die praktische Arbeit erhalten. In den beiden Berichtsjahren wurden durchschnittlich etwa 200 integrierte Fachkräfte durch die zuschußvergebenden Stellen GTZ, ZAV und DAAD gefördert (zur Bewertung dieses Instruments vgl. Anhang III, 5 a).

4.5.4 Entwicklungshelfer

Die fünf nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz anerkannten Träger des Entwicklungsdienstes (AGEH, DED, DÜ, EIRENE, Weltfriedensdienst) mobilisieren junge Deutsche mit Berufserfahrung für den freiwilligen Dienst als Entwicklungshelfer. Auch die Entwicklungsdienste müssen der stetig zunehmenden Nachfrage der Entwicklungsländer nach berufserfahrenen Fachkräften mit Fachschul- und Universitätsausbildung (Anteil z. B. beim DED jetzt ca. 50 %) Rechnung tragen. Der Anpassungsprozeß hat dazu geführt, daß das Durchschnittsalter der Mitarbeiter aller Dienste zusammengekommen gegenwärtig bei über 30 Jahren liegt und die Zahl der verheirateten Mitarbeiter zunimmt.

Trotz der gestiegenen fachlichen Anforderungen bleibt die ideelle Motivation der Entwicklungshelfer, die gegen ein Unterhaltsgeld und eine spätere Wiedereingliederungsbeihilfe einige Jahre in EL arbeiten und ihre dort gewonnenen Erfahrungen nach ihrer Rückkehr in die entwicklungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland einbringen, ein wesentliches Merkmal für diese Form der personellen Zusammenarbeit.

4.5.5 Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern durch DSE, CDG und OBS

Die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Entwicklungsländer ist als Bestandteil der Technischen Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor bei der Vermittlung von know-how. Neben der Förderung von Personal für die Projekte der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit werden Stipendien vergeben. Schwerpunkte sind der gewerblich-technische und landwirtschaftliche Bereich. Es gehört zu den Grundsätzen der Ausbildungsförderung, in EL auszubilden, soweit dort Kapazitäten vorhanden sind. In der Bundesrepublik Deutschland soll vor allem Wissen zur Spezialisierung und auf höherem Niveau vermittelt werden. Dies schlägt sich in einer Ausweitung des fremdsprachlichen Angebots von Kurzzeitmaßnahmen nieder, da qualifizierte Teilnehmer nur für kürzere Zeiträume abkömmlich sind. 1978 wurden insgesamt rd. 9 100 Fachkräfte fortgebildet.

Die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) führt seit dem Jahre 1959 Aus- und Fortbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte aus EL durch. Außerdem obliegen ihr die Planung und Durchführung von Konferenzen, Tagungen, Seminaren und Expertengesprächen, die dem Erfahrungsaustausch zwischen Führungskräften verschiedener Nationen dienen. Die Tätigkeit der DSE ist schwerpunktmäßig auf folgende Bereiche ausgerichtet:

Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation; Wirtschafts- und Sozialentwicklung; Auslandskunde; Gewerbliche Berufsförderung; Ernährung und Landwirtschaft; Öffentliche Verwaltung, staatliche Finanzkontrolle. Die im In- und Ausland durchgeführte, vom Bundesrechnungshof (BRH) fachlich getragene Aus- und Fortbildung des Personals der staatlichen Finanzkontrolle verbessert die Leistungsfähigkeit der Öffentlichen Verwaltung in den EL im Sinne des Beschlusses des Wirtschafts- und Sozialrats der VN vom 27. Juli 1979. Deshalb arbeiten BRH und DSE mit den internationalen und regionalen Organisationen der obersten Finanzkontrollbehörden der EL eng zusammen.

Neben den langfristigen beruflichen Ausbildungsprogrammen hat die DSE im Jahre 1978 für 3 300 ausländische Teilnehmer Seminare, Tagungen und Expertengespräche durchgeführt. Außerdem wurden 410 deutsche Fachkräfte und deren Ehefrauen auf ihren Einsatz im Ausland vorbereitet. Der DSE wurden im Jahre 1979 Programm- einschließlich Verwaltungsmittel in Höhe von rd. 45 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Die Carl-Duisberg-Gesellschaft fördert im Jahr rd. 4 000 Angehörige der EL fachpraktisch und theoretisch vorwiegend in den gewerblich-technischen Bereichen Exportförderung, Tourismus, Massenmedien und Gesundheit. Hierbei handelt es sich häufig um fremdsprachliche Kurzzeitprogramme von ca. 6 Wochen bis 3 Monate. Einschließlich der Kurzzeitmaßnahmen in EL wird etwa ein Viertel der Teilnehmer in ihren Heimatländern oder benachbarten Drittländern aus- und fortgebildet. Der Carl-Duisberg-Gesellschaft wurden dafür 1979 rd. 47 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Die Otto-Benecke-Stiftung führt ein Sonderprogramm für Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika durch, die in der Bundesrepublik Deutschland und in afrikanischen Drittländern in erster Linie handwerklich ausgebildet werden. Bis zum Ende des Jahres 1979 werden voraussichtlich 500 bis 600 Flüchtlinge gefördert sein. Für das Sonderprogramm sind während des Zeitraums 1978 bis 1982 etwa 50 Millionen DM vorgesehen.

4.5.6 Reintegrationshilfen für Ausbildungsabsolventen und qualifizierte Arbeitnehmer aus Entwicklungsländern

Die Reintegrationsförderung ist ein wesentlicher Bestandteil der personellen Kooperation geworden. Sie verbessert die Voraussetzungen für die aktive Mitarbeit zurückkehrender Fachkräfte am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau ihrer Herkunftsländer. Sie nutzt gezielt die Gesamtinvestition einer hier mehrjährig gewährten Aus-, Fort- oder Weiterbildung oder aber die Kenntnisse und Erfahrungen aus einem qualifizierten Beschäftigungsaufenthalt in Deutschland.

Die Bundesregierung hat ihre Programme auf den Gebieten Information, Beratung, Berufsvorbereitung (Weiterbildung, Spezialisierung) und Planungshilfen verstärkt, um rückkehrentschlossenen Arbeitnehmern und qualifizierten Fachkräften bei ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Wiedereingliederung oder bei der Verwirklichung wirtschaftlicher Selbst-

hilfsvorhaben in der Heimat behilflich zu sein. Von den 1978 etwa 3 000 Hochschulabsolventen aus EL, die in ihre Heimat zurückkehrten, erhielten rd. 600 gezielte Reintegrationshilfen. Damit wirkt die Bundesregierung dem brain drain entgegen.

Unverändert großes Gewicht kommt dem Förderungsprogramm für türkische Arbeitnehmergesellschaften in Form von Beratung, Kredit und Planungshilfen zu. Die Zahl der in der Türkei errichteten oder geplanten Unternehmen, in denen türkische Arbeitnehmer einen Teil ihrer Ersparnisse aus Deutschland anlegen, ist auf über 160 gewachsen. Eine Vereinbarung mit der griechischen Regierung über die gezielte Förderung vergleichbarer Selbsthilfeinitiativen griechischer Arbeitnehmer wird vorbereitet.

Die Bundesregierung anerkennt auf diese Weise die bedeutsame Rolle rückwandernder Arbeitnehmer als Investoren in ihren Herkunftsländern und unterstützt deren Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Produktivkraft.

4.6 Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus Inspektions- und Evaluierungsberichten

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit überprüft durch Inspektion und Evaluierung laufend die Wirksamkeit der deutschen Förderungsmaßnahmen in den EL. Inspektionen sind umfassende systematische Untersuchungen laufender oder abgeschlossener Projekte und Programme unter allen entwicklungspolitisch und fachlich wichtigen Gesichtspunkten. Die Untersuchungen werden vom Inspektionsreferat des BMZ, einer nicht an der Planung und Durchführung von Projekten beteiligten Arbeitseinheit, durchgeführt. Seit 1971 sind 63 Inspektionen abgeschlossen worden, wobei externe Fachgutachter in den jeweiligen Inspektionsgruppen mitwirkten.

Evaluierungen — jährlich etwa 20 — sind Untersuchungen von Projekten oder Programmen, die durch andere Referate des BMZ vorgenommen werden. Inspektionen und Evaluierungen dienen dazu, den entwicklungspolitischen Wert des einzelnen Projektes zu beurteilen, über das Ergebnis der Einzeluntersuchung hinaus zu allgemeinen Projektprüfungskriterien zu gelangen und die fachlichen Leitlinien (Sektorpapiere) für die einzelnen Projekttypen weiterzuentwickeln.

Daneben prüft der Bundesrechnungshof Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit deutscher Förderungsmaßnahmen in EL. Die Ergebnisse dieser Prüfung tragen ebenfalls dazu bei, die Wirkung der entwicklungspolitischen Instrumente zu verbessern und Erkenntnisse für Planung und Durchführung künftiger Maßnahmen zu gewinnen.

Mit jeder Prüfung eines Projektes wird daher aber auch die Frage nach dem Modellcharakter für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Partnerland gestellt. Die wesentlichen Erkenntnisse und Empfehlungen aus den Überprüfungen geben die Grundlage für die Planung ähnlicher Projekte und stellen zugleich Orientierungsrichtlinien für die Auswahl zukünfti-

ger Projekte dar. Die Ergebnisse der Inspektionen und Evaluierungen sollen auch dazu beitragen, Steuerung und Management der laufenden Projekte zu verbessern.

Um den Ergebnissen einen stärker allgemeingültigen Charakter zu geben, werden die Projekte und Programme nach Möglichkeit in einem Serienzusammenhang untersucht. Es werden verschiedene Maßnahmen eines vergleichbaren Projekttyps evaluiert, um mit größerer Sicherheit allgemeine Schlußfolgerungen ziehen und in Sonderberichten (z. B. sektorbezogene Querschnittsanalyse) vorlegen zu können.

In den Jahren 1978 und 1979 wurden die folgenden Serienuntersuchungen durchgeführt oder eingeleitet: Projekteinsätze von Entwicklungshelfern, Technische und Finanzielle Zusammenarbeit in Fernmeldeprojekten, Ernährungssicherungsprogramme, Förderungsmaßnahmen in den Bereichen Massenmedien, Druckereiwesen und Bergbau.

Die zur Inspektion oder Evaluierung vorgeschlagenen Projekte werden in einem jährlichen Programm zusammengefaßt. Da es sich in der Regel um „Problemprojekte“ oder um solche Projekte handelt, denen Modellcharakter zugesprochen wird oder aus deren Analyse grundsätzliche Erkenntnisse für die Planung neuer Vorhaben erwartet werden, kann das Ergebnis solcher Untersuchungen nicht als repräsentativ für die Gesamtheit der Projekte der deutschen Entwicklungshilfe angesehen werden. Diese Auswahl führt insbesondere dazu, daß gut laufende Projekte nur selten in die Evaluierungsprogramme aufgenommen werden.

In den Jahren 1977 und 1978 wurden insgesamt 33 Untersuchungen (davon zwölf Inspektionen) durchgeführt¹⁾. Von den Untersuchungen wurden sieben zur Fortsetzung, 18 zur Erweiterung, zehn zur Veränderung (modifizierten Weiterführung) und vier zur Beendigung vorgeschlagen. Die Inspektionen und Evaluierungen haben ergeben, daß die Projekte der deutschen Hilfe durchaus dem internationalen Vergleich standhalten. Es hat sich aber auch gezeigt, daß es in der für den Erfolg des Projekts wichtigen Planungsphase noch Ansätze für Verbesserungen gibt.

Die Ergebnisse der Untersuchungen, die Anlaß zu Verbesserungsvorschlägen gegeben haben, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Mängel beim eingesetzten Projektpersonal können unbefriedigende Projektergebnisse verursachen. In der Regel ist das deutsche Projektpersonal — gemessen an vergleichbaren Positionen in der Bundesrepublik Deutschland — in fachlicher Hinsicht überdurchschnittlich qualifiziert. Gelegentlich festgestellte Lücken didaktisch-pädagogischer Art deuten auf die Notwendigkeit einer noch sprgfältigeren Vorbereitung vor der Ausreise hin.
- b) Die unvollständige Einlösung finanzieller, materieller und personeller Partnerschaftsleistungen ist oft ein Hindernis für den geplanten Projektverlauf. So reicht in manchen Fällen die Finanzkraft der Trägerinstitution nicht aus, die im Pro-

¹⁾ Vgl. Liste der Projekte in Anhang III, 5 c.

jektabkommen festgelegten lokalen Projektkosten auch tatsächlich zu übernehmen, oder das einheimische Projektpersonal wird nicht rechtzeitig und in der erforderlichen Qualifikation zur Verfügung gestellt.

- c) Beanstandungen bei Materiallieferungen (schleppende Bearbeitung, Lieferung von unpassendem Material) geben Anlaß, noch mehr als bisher auf eine bessere Anpassung des Materials an die jeweiligen Bedürfnisse des Partnerlandes hinzuwirken, das Material insbesondere für Ersatzteillieferungen besser zu standardisieren und die Gesamtbeschaffungsplanung rechtzeitig zwischen Projektleiter und Zentrale der durchführenden Stelle abzustimmen.
- d) Die institutionelle Verankerung des Projekts — auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der Trägerstruktur — sowie die wirtschaftliche Durchführbarkeit (unter Einschluß der Folgekosten für das Partnerland) müssen nach den Erfahrungen der Inspektionen und Evaluierungen in der Planungsphase stärker beachtet werden. Absprachen zwischen BMZ und den Durchführungsinstitutionen KfW und GTZ über eine Verbesserung der Projektabwicklung berücksichtigen diesen Aspekt.
- e) In mehreren Projekten wurden die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen zu wenig berücksichtigt. Wegen der wachsenden Bedeutung dieser Faktoren für die Wirksamkeit der Projekte wird bei Projektplanung und -prüfung in Zukunft größeres Gewicht auf die Behandlung dieser Gesichtspunkte gelegt. Der Projekterfolg kann nur durch die volle Integration des Projektes in die landesspezifische Umwelt dauerhaft gesichert werden.

Im Anhang III, 5 werden zwei Beispiele zur Inspektion und Evaluierung ausführlich dargestellt.

4.7 Dialog mit der Öffentlichkeit

a) Informations- und Bildungsarbeit der Bundesregierung

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Entwicklungspolitik ist gestiegen. Die vom BMZ 1975 in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage ergab, daß 58 % der Erwachsenen die Entwicklungspolitik grundsätzlich befürworten. Diese Umfrage wurde 1977 wiederholt: Die Zustimmung war auf 62 % gestiegen.

Hervorzuheben ist auch die Tatsache, daß die Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Dialog in der Berichterstattung der Medien eine immer wichtigere Rolle spielen. Das BMZ hat im Berichtszeitraum u. a. über eine umfassende Anzeigenkampagne den Kontakt zu einem Millionen-Publikum aufgenommen. Es gelang, Bevölkerungsschichten zu informieren, die früher kaum erreichbar waren: Jugendliche, Nicht-Akademiker, ältere Menschen. Das Informationsangebot wurde von der Bevölkerung stark genutzt: Allein die vom BMZ beantworteten Informationsanfragen beliefen sich im Berichtszeitraum auf annähernd 100 000; etwa

15 000 Besucher nutzten die Gelegenheit, im BMZ entwicklungspolitische Fragen zu diskutieren.

Mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit soll das Verständnis der Bevölkerung für die Situation in den EL und ein partnerschaftliches Verhältnis zur Dritten Welt gefördert werden. Seit 1979 steht für diese Maßnahmen ein besonderer Haushaltstitel zur Verfügung. Unter anderem werden daraus Programme in der Jugend- und Erwachsenenbildung, im gewerkschaftlichen Bereich und in der schulischen Bildung unterstützt. Ein vereinfachtes Verfahren zur finanziellen Unterstützung von entwicklungspolitischen Aktionen („Tausend-Mark-Programm“) hat sich bewährt. Das BMZ hat sich auch an Maßnahmen im Zusammenhang mit dem internationalen Jahr des Kindes beteiligt.

Die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland wird vom Bundespresseamt im Zusammenwirken mit dem BMZ und dem Auswärtigen Amt durchgeführt. Damit sollen vor allem Führungskräfte und Multiplikatoren in EL und bei internationalen Organisationen über die Leistungen und Ziele der deutschen Entwicklungspolitik sowie die deutsche Position im Nord-Süd-Dialog informiert werden.

b) Entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung durch gesellschaftliche Gruppen

Die Bundesregierung kann ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn engagierte Privatpersonen, Organisationen und Institutionen mithelfen, in der Öffentlichkeit das Verständnis der Nord-Süd-Problematik zu fördern und die Bereitschaft zum Engagement zu wecken.

Die Bundesregierung wertet die Anfang 1979 von den beiden Kirchen gemeinsam veranstaltete entwicklungspolitische Konferenz als einen besonders wichtigen Beitrag. Die Kirchen haben damit eine Plattform zum Meinungsaustausch zwischen vielen gesellschaftlichen Kräften einschließlich der politischen Parteien geschaffen.

Auch die Gewerkschaften befassen sich immer stärker mit der Entwicklungspolitik. Die „Entwicklungscharta des internationalen Bundes freier Gewerkschaften“ ist ein beachtenswertes Dokument und zeigt die Entschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung, Verantwortung bei der Lösung dieser internationalen Sozialfrage zu übernehmen.

In der „Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen“ haben unter Leitung von Willy Brandt Persönlichkeiten aus Industrie- und Entwicklungsländern nach Möglichkeiten des Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd gesucht.

Auch die Anhörungen des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben eine ähnliche Funktion. Die Anhörung im April 1979 zur Nord-Süd-Verflechtung ließ die übereinstimmende Ansicht der Experten deutlich werden, daß die Steigerungen der öffentlichen Entwicklungs-

leistungen auch positive Rückwirkungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik haben und daß die Aufnahmefähigkeit der EL keineswegs erschöpft ist, sondern daß Spielraum für beträchtliche zusätzliche Investitionen vorhanden ist.

4.8 Bund-Länder-Kooperation in der Entwicklungshilfe

Entwicklungspolitik ist als Teil der auswärtigen Beziehungen Angelegenheit des Bundes. Die Bundesländer haben aber bereits in Beschlüssen der Jahre 1961 und 1962 ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an dieser Aufgabe ausgedrückt. Seitdem haben sich vielseitige, durch Einzelvereinbarungen abgedeckte Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Etwa die Hälfte der von den Ländern aufgebrachten Mittel wird für Maßnahmen der Aus- und Fortbildung, einschließlich der Förderung von Hochschülern, zur Verfügung gestellt. Während die Vergabe von Stipendien und Stipendienbeihilfen für Hochschüler als reines Länderprogramm durchgeführt wird, erfolgt die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften weitgehend im Rahmen eines gemeinsamen Bund-Länder-Programms.

Nachdem die Gesamtleistungen der Länder in den Jahren 1974 bis 1976 rückläufig waren, ist seit 1977 ein Aufwärtstrend zu verzeichnen (Steigerung von 39,8 Millionen DM 1977 auf 47 Millionen DM 1978; vgl. Tabelle 18). In den Ansätzen für das laufende Jahr sind Erhöhungen vor allem von Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Hessen vorgenommen worden.

4.9 Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen

4.9.1 Grundsätze

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder der Dritten Welt und der Erfolg der staatlichen

Maßnahmen hängen entscheidend von der Bereitschaft zur Selbsthilfe der Menschen in diesen Ländern ab. Diese Bereitschaft und die Eigenanstrengungen werden von gesellschaftlichen Gruppen der EL aktiviert und getragen — von Kirchen, Gewerkschaften, Bauern- und Landarbeiterorganisationen, Genossenschaften, Unternehmervereinigungen, Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen. Mit solchen Organisationen als Partnern arbeiten deutsche nichtstaatliche Organisationen zusammen. Ihre gemeinsamen Programme spielen vielfach eine komplementäre Rolle zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Dies gilt beispielsweise in bezug auf Zielgruppen, die für staatliche Maßnahmen nicht erreichbar sind. Nichtstaatliche Träger erreichen durch ihre Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen des EL die Bevölkerung unmittelbar. Dabei streben sie insbesondere an, die wirtschaftliche Produktivität der Kleinbetriebe zu stärken und deren bisher nicht genutzte Reserven zu mobilisieren. Mit diesen Maßnahmen soll die Masse der Armen darin unterstützt werden, selbst ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, ohne dabei von einer wohlfahrtsorientierten Hilfe von außen abhängig zu werden.

Die von den nichtstaatlichen Organisationen selbst aufgebrachten finanziellen Mittel sind in den letzten Jahren laufend gestiegen; sie beliefen sich im Jahre 1978 auf etwa 570 Millionen DM. Die Bundesregierung unterstützte die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen im Jahre 1978 mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt rd. 250 Millionen DM.

4.9.2 Kirchen

Zur Unterstützung kirchlicher Entwicklungsvorhaben hat die Bundesregierung 1978 115 Millionen DM aufgewandt und so die Eigenanstrengungen der Kirchen, die im Jahre 1978 rd. 485 Millionen DM betragen, wirkungsvoll ergänzt.

Tabelle 18

Übersicht über die Entwicklungshilfeleistungen der Bundesländer 1962 bis 1978

Land	1962 bis 1973	1974	1975	1976	1977	1978
1. Baden-Württemberg ...	105 894 955	11 270 800	10 228 559	9 923 105	10 230 422	11 202 519
2. Bayern	27 640 534	3 131 584	3 661 433	3 117 109	3 476 234	3 855 702
3. Berlin	110 588 402	6 565 332	5 293 720	4 795 693	6 939 269	5 525 369
4. Bremen	2 782 229	646 709	666 063	1 095 349	1 518 608	1 959 920
5. Hamburg	44 007 291	6 090 655	6 406 947	6 533 939	6 145 003	6 354 348
6. Hessen	52 198 201	1 994 000	1 681 646	1 316 659	1 184 665	4 540 892
7. Niedersachsen	12 766 068	1 873 966	2 357 380	2 270 491	2 777 636	6 253 199
8. Nordrhein-Westfalen ..	85 349 162	6 935 851	7 195 941	6 937 338	5 946 603	5 343 750
9. Rheinland-Pfalz	10 092 198	688 875	528 775	553 481	656 423	660 755
10. Saarland	6 168 419	652 054	664 736	532 480	768 375	1 231 100
11. Schleswig-Holstein	4 923 445	347 730	266 356	262 268	206 500	231 360
Insgesamt	462 400 904	40 197 556	38 951 556	37 387 112	39 849 738	47 158 914

Quelle: BMZ

Tabelle 19

Regionalstruktur der Direktinvestitionsbestände der

	Europa			Afrika		
1978		Millionen DM	%		Millionen DM	%
Anteil an den Gesamtinvestitionen in %	Total ¹⁾	5 043,8	100,0	Total ²⁾	1 732,6	100,0
	davon:			davon:		
	Spanien			Libyen	359,0	20,7
	einschließlich			Nigeria	220,9	12,7
	Kanarische Inseln	3 978,5	78,0	Algerien	216,9	12,5
				Liberia	160,0	9,2
		29,7			10,2	
1977		Millionen DM	%		Millionen DM	%
Anteil an den Gesamtinvestitionen in %	Total ¹⁾	4 794,7	100,0	Total ²⁾	1 628,4	100,0
	davon:			davon:		
	Spanien			Libyen	355,2	21,8
	einschließlich			Nigeria	208,4	12,8
	Kanarische Inseln	3 787,6	78,8	Algerien	199,4	12,2
				Liberia	158,1	9,7
		30,4			10,4	
1974		Millionen DM	%		Millionen DM	%
Anteil an den Gesamtinvestitionen in %	Total ¹⁾	3 833,0	100,0	Total ²⁾	1 060,0	100,0
	davon:			davon:		
	Spanien			Libyen	319,7	30,2
	einschließlich			Nigeria	146,8	13,8
	Kanarische Inseln	3 405,2	88,8	Liberia	136,8	12,9
		35,5			9,8	

¹⁾ einschließlich Kanarische Inseln²⁾ ohne Kanarische Inseln

Quelle: BMWi

Der kirchlichen Hilfe kommt zugute, daß sie sich auf einheimische Partner vor Ort stützen kann, die die Projekte weitgehend selbständig planen und fast ausschließlich mit einheimischem Personal durchführen. Wie in den vergangenen Jahren wurden die Mittel vor allem zur landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung, für die schulische und außerschulische Bildung sowie für das Gesundheitswesen eingesetzt.

Im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit führen die Kirchen seit 1977 ein Dialogprogramm mit besonders wichtigen gesellschaftlichen

Gruppierungen der Bundesrepublik Deutschland durch, z. B. mit politischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmern und Bauernverbänden. Bisheriger Höhepunkt dieses Dialogs war der entwicklungspolitische Kongreß im Januar 1979 in Bonn, der mit einer eingehenden Diskussion über Grundsatzfragen der Entwicklungspolitik breite Resonanz in der Öffentlichkeit fand.

4.9.3 Politische Stiftungen

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Kon-

Tabelle 19

Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern

Asien			Lateinamerika			Entwicklungs- länder insgesamt
	Millionen DM	%		Millionen DM	%	Millionen DM
Total	2 191,8	100,0	Total	8 008,1	100,0	16 982,0
davon:			davon:			
Israel:	584,9	26,7	Brasilien	4 463,5	55,7	
Iran	528,3	24,1	Niederl. Antillen .	1 047,4	13,1	
Indien	179,1	8,2	Mexiko	766,0	9,6	
			Argentinien	649,7	8,1	
	12,9			47,2		100,0
	Millionen DM	%		Millionen DM	%	Millionen DM
Total	1 943,1	100,0	Total	7 354,8	100,0	15 725,2
davon:			davon:			
Israel	592,6	30,5	Brasilien	4 039,2	54,9	
Iran	417,6	21,5	Niederl. Antillen .	996,4	13,5	
Indien	174,6	9,0	Mexiko	740,5	10,1	
			Argentinien	590,3	8,0	
	12,4			46,8		100,0
	Millionen DM	%		Millionen DM	%	Millionen DM
Total	1 166,5	100,0	Total	4 738,6	100,0	10 800,3
davon:			davon:			
Israel	402,2	34,5	Brasilien	2 424,4	51,2	
Indien	174,3	14,9	Niederl. Antillen .	625,0	13,2	
Iran	156,3	13,4	Argentinien	563,4	11,9	
			Mexiko	443,1	9,4	
	10,8			43,9		100,0

rad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung) mit ihren jeweiligen Partnern in den EL konzentriert sich auf die Unterstützung derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die für eine demokratische Gesellschafts- und Gemeinwesenentwicklung von Bedeutung sind (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenverbände, Genossenschaften und Selbsthilfebewegungen). Ziel ist dabei, die Partizipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Daneben spielt die Zusammenarbeit mit gesellschaftspolitisch relevanten Institutionen (z. B. wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Ausbildungsstätten im Medienbereich) eine große Rolle. In einigen Fällen hat sich auch die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen als zweckmäßig erwiesen. Die Vorhaben

werden von den politischen Stiftungen gemeinsam mit ihren Partnern in den EL geplant und durchgeführt. 1978 erhöhte sich die Zahl der Projekte auf 283. Die Bundesregierung unterstützte 1978 das Engagement der politischen Stiftungen mit rd. 123 Millionen DM.

4.9.4 Andere private Träger

Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung mit anderen privaten Trägern konzentrierte sich im Jahre 1978 auf insgesamt 16 deutsche Fachorganisationen (darunter: Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Volkshochschulverband, Deutsche Welthungerhilfe, EIRENE,

Tabelle 20

Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer in

Branche Herkunftsland Anlageland	Landwirtschaft	Bergbau	Erdöl	verarbeitende		
				insgesamt	davon	
					Nahrungs-/ Genuß- mittel	Chemie
	1	2	3	4	5	6
Bundesrepublik Deutschland (Ende 1977)⁸⁾						
Industrieländer	0,8	2,2	4,5	70,8	5,9	26,5
Entwicklungsländer	0,6	1,3	6,3	63,3	3,8	25,9
USA (Ende 1976)²⁾						
Industrieländer ³⁾	4,7	23,4	49,1	8,3	18,7
Entwicklungsländer ³⁾	7,9	9,9	39,1	8,6	25,0
Lateinamerikanische Republiken	6,8	9,7	50,5	8,7	24,3
sonstiges Asien und Pazifik	2,8	43,1	28,3	9,1	25,7
Großbritannien (Ende 1975)⁴⁾						
Industrieländer	1,4	7,4	...	62,9	25,3	19,2
Entwicklungsländer	12,3	4,1	...	47,5	33,1	16,7
Afrika	7,3	5,2	...	37,8	29,2	12,8
Lateinamerika	10,3	0,9	...	61,3	43,3	12,0
sonstiges Asien (ohne Nahost)	23,3	4,4	...	42,4	28,5	...
Japan (31. 3. 1977)⁵⁾						
Industrieländer ⁶⁾	1,4	19,6	...	19,9	7,9	13,3
Entwicklungsländer ⁷⁾	2,6	32,8	...	40,5	4,1	18,9
Afrika	4,0	51,7	...	8,4	12,3	1,5
Lateinamerika	3,0	18,0	...	54,0	4,2	22,7
sonstiges Asien (ohne Nahost)	2,8	39,4	...	40,6	4,5	9,2

¹⁾ sonstige umfaßt alle Branchen, die nicht aufgeführt sind oder für die keine separaten Zahlen verfügbar waren

²⁾ Spalte 7: Metallerzeugung und -verarbeitung

³⁾ die europäischen Entwicklungsländer nach DAC-Definition zählen hier zur Gruppe der Industrieländer

⁴⁾ die Sektoren Erdöl, Banken und Versicherungen sind in den Gesamtzahlen (= 100 %) nicht enthalten

⁵⁾ seit 1951 kumulierte Genehmigungswerte

⁶⁾ Europa, Nordamerika, Ozeanien

⁷⁾ Asien, Afrika, Lateinamerika

⁸⁾ kumulierte Nettotransaktionswerte seit 1952

Quellen: Krägenau: Internationale Direktinvestitionen in EL 1978/79, Hamburg 1979; BMWi

Internationales Kolpingwerk, Kübel-Stiftung, ORT-Deutschland, Terre des Hommes und Weltfriedensdienst). Etwa die Hälfte der Maßnahmen dient der ländlichen Entwicklung; ca. 80 % der gemeinsam mit der Bundesregierung durchgeführten Projekte kamen den LLDC und MSAC zugute. Die Bundesregierung hat die Aktivitäten dieser Organisationen 1978 mit insgesamt 16,2 Millionen DM unterstützt. Die von den Trägern aufgebrachtten Eigenmittel beliefen sich im gleichen Jahr auf ca. 90 Millionen DM. Ihren Erfahrungsaustausch untereinander und mit der Bundesregierung sowie die Abstimmung ihrer Programme in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik Deutschland haben die privaten Träger durch regelmäßige Zusammenkünfte ihres „Bensheimer Kreises“ verstärkt.

4.10 Förderung der privaten Wirtschaftstätigkeit in EL

4.10.1 Grundsatz

Wertvolle Beiträge zum wirtschaftlichen Fortschritt der EL kann die private Wirtschaft auch durch Direktinvestitionen leisten (vgl. zum Volumen und zur Struktur von Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in EL Tabelle 19 und 20). Die Bundesregierung geht dabei davon aus, daß es Sache der EL ist, die Bedingungen für die Zulassung von Privatinvestitionen im Rahmen ihrer Wirtschaftsordnung selbst festzulegen. Die Ausgestaltung dieser Bedingungen sowie die tatsächliche Behandlung ausländischer Privatinvestitionen bestimmen jedoch das Investitionsklima und damit die Attraktivität eines Landes für

Entwicklungsländern: Verteilung nach Branchen

Tabelle 20

Industrie						Handel	Banken, Versiche- rungen	sonstige ¹⁾	insgesamt
davon									
Metall- erzeug- nisse	Maschinen- bau	Elektro- industrie	Transport- aus- rüstung	Textil etc.	sonstige ¹⁾				
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
14,7	11,5	15,1	8,2	3,8	14,5	1,4	11,0	9,3	100
8,2	10,9	17,5	14,3	3,2	16,1	1,0	8,9	18,6	100
5,8	28,7	...	17,1	...	21,4	9,8	8,8	4,1	100
8,1	24,3	...	10,9	...	23,1	11,1	20,6	11,3	100
...	22,6	...	13,5	...	31,0	12,4	11,3	9,4	100
4,4	38,0	...	2,9	...	19,9	11,0	5,4	9,3	100
...	9,3	11,2	...	6,8	28,2	16,5	...	11,8	100
...	3,7	10,5	...	7,9	28,1	17,7	...	18,4	100
...	0,4	7,3	...	6,2	44,1	26,0	...	23,7	100
...	5,1	6,6	...	(1,1)	31,9	13,6	...	13,9	100
...	0,7	16,1	1,2	4,4	49,1	11,0	...	18,9	100
18,8	9,8	14,5	5,6	6,3	23,8	25,9	12,5	20,7	100
14,4	6,6	10,0	8,2	23,3	14,4	3,7	4,2	16,1	100
23,1	...	6,2	...	50,8	4,6	0,3	0,1	35,3	100
17,9	10,4	7,5	12,3	14,8	10,3	6,6	7,9	10,6	100
12,2	4,4	13,2	6,1	32,3	18,2	3,2	3,2	10,7	100

ausländische Investoren. Die Bundesregierung ist deshalb bemüht, durch weiteren Abschluß von Investitionsförderungsverträgen zur Sicherung eines günstigen Investitionsklimas in den EL beizutragen.

4.10.2 Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG)

Die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH (DEG) fördert Investitionen der deutschen Wirtschaft in EL, indem sie insbesondere Beteiligungen an Unternehmen in EL übernimmt oder beteiligungsähnliche Darlehen gewährt. Dieses Instrument zur Förderung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit hat in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde 1977 um 100 Millionen DM und 1978 um 300 Millionen DM erhöht. Es beläuft sich zur Zeit auf 1 Mrd. DM. Bis Ende 1978 hatte die DEG für 233 Unternehmensgründungen und -erweiterungen 687 Millionen DM an Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Darlehen zugesagt (vgl. Tabelle 26 im Anhang VII). Überwiegend finanziert die DEG solche Projektgesellschaften in EL mit, deren deutsche Fachpartner mittlere Unternehmen sind. Diese bevorzugen im Investitionsland als lokalen Partner wiederum mittlere Unternehmen. 26 % der

DEG-Mittel sind in Gemeinschaftsunternehmen mit Großunternehmen investiert worden.

In den Geschäftsjahren 1977 und 1978 erhielten 42 Unternehmen erstmals eine Zusage. Bei 37 Unternehmen stockte die DEG ihre bereits eingegangenen Engagements auf. Die Finanzierungsbeiträge, die von der DEG im Berichtszeitraum bereitgestellt wurden, beliefen sich auf 223 Millionen DM. Insgesamt konnte damit eine Investitionssumme von rd. 1,5 Mrd. DM mobilisiert werden.

4.10.3 Entwicklungsländer-Steuergesetz (EntwLStG) 1979

Das EntwLStG wurde 1979 erneut novelliert.

Das EntwLStG gewährt wesentliche Liquiditäts- und Ertragsvorteile bei Kapitalanlagen in EL. Das EntwLStG 1979 differenziert steuerliche Vergünstigungen je nach EL oder Investitionsart. Es sieht folgende Änderungen vor:

- Verstärkte Förderung von Kapitalanlagen in den LLDC durch Verlängerung der Auflösungsfrist für die steuerfreie Rücklage von sechs auf zwölf Jahre,
- Verstärkte Förderung von Kapitalanlagen im Rohstoff- und Energiebereich in den übrigen EL durch Erhöhung der steuerfreien Rücklage von

40 % auf 60 % und durch Verlängerung der Auflösungsfrist von sechs auf zwölf Jahre,

- Erleichterte Förderung von Kapitalanlagen im Bereich der Gewinnung von Bodenschätzen durch Herabsetzung der Mindestbeteiligung für die Begünstigung beteiligungsähnlicher Darlehen von 15 % auf 5 %,
- Ausdehnung der Vergünstigungen des Gesetzes auf Kapitalanlagen, die unter Zwischenschaltung von Holdinggesellschaften vorgenommen werden.

Um eine Kontrolle der Auswirkungen des EntwLStG zu ermöglichen, ist die Durchführung einer Bundesstatistik über die Inanspruchnahme der steuerfreien Rücklage nach dem EntwLStG angeordnet worden. Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, ihm bis zum 31. Dezember 1982 einen Bericht über die Auswirkungen des EntwLStG vorzulegen.

4.10.4 Niederlassungskredite

Ein weiteres Instrument zur Förderung von Investitionen deutscher Unternehmen in EL sind die Niederlassungskredite. Bis Ende 1978 sind aus dem ERP-Sondervermögen Darlehen in Höhe von rund 246 Millionen DM vergeben worden, davon rd. 18,4 Millionen DM im Berichtszeitraum. 1979 hat die Bundesregierung ein verbessertes Programm zur Förderung der Niederlassungen deutscher Unternehmen in EL beschlossen, das aus Mitteln des Haushalts des BMZ finanziert wird. Dieses Programm soll mit günstigeren Konditionen dazu beitragen, daß mehr kleine und mittlere Unternehmen in der Dritten Welt investieren. Im Haushalt 1979 sind hierfür 25 Millionen DM vorgesehen. Aus Mitteln des Programms können auch vorbereitende Investitionsstudien gefördert werden.

4.10.5 Unterrichtung der deutschen Wirtschaft über Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit

Zur Vertiefung der Kenntnisse über Märkte und Investitionsbedingungen in EL tragen Veröffentlichungen und Informationen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA) bei. 1978 ist das Verfahren zur Unterrichtung der deutschen Wirtschaft über Entwicklungshilfeporhaben verbessert worden, insbesondere werden erste Informationen über Vorhaben der FZ zu einem früheren Zeitpunkt als bisher veröffentlicht.

4.10.6 Weitere Maßnahmen

Für Maßnahmen zur Ausweitung der Exporte der EL, insbesondere für Vermarktung, Absatzförderung sowie Entwicklung weiterer exportfähiger Erzeugnisse hat die Bundesregierung zwischen 1964 und 1978 14,6 Millionen DM aus dem Haushalt des BMZ zur Verfügung gestellt. 1979 stehen dafür 3,2 Millionen DM bereit.

Im Auftrag des Bundes kann die Hermes-Kredit-Versicherungs-AG Garantien und Bürgschaften für Exportkredite und gebundene Finanzkredite deutscher Unternehmen übernehmen (1978 Übernahme von 32,5 Mrd. DM). Vom Gesamtobligo entfielen 1978 ca. 78 % auf EL.

Für förderungswürdige Kapitalanlagen in EL (Beteiligungen, beteiligungsähnliche Darlehen) können Garantien zur Absicherung des politischen Risikos übernommen werden, wenn ein hinreichender Schutz der Kapitalanlage im Anlageland sichergestellt ist. Das Garantievolumen betrug Ende des Jahres 1978 rund 3,5 Mrd. DM.

5 Europäische Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

5.1 Allgemeine Tendenzen

Der Schwerpunkt der Politik der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit EL ist nach wie vor regional ausgerichtet. Dies gilt vor allem für die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit, die die EG in Ergänzung zu den Leistungen ihrer Mitgliedstaaten einsetzt, aber auch für die Gewährung besonderer Handelsvorteile, für welche die Gemeinschaft allein zuständig ist.

Im Mittelpunkt steht der afrikanische Kontinent. Die Zusammenarbeit mit fast allen Staaten südlich der Sahara ist besonders ausgeprägt. Aber auch zur Mittelmeerregion wurden enge vertragliche Beziehungen geknüpft. Die Ursprünge dieser Prioritäten erklären sich aus dem historischen Erbe einiger EG-Mitgliedstaaten. Heute gründet sich dieser besondere Rang auf die Verantwortung der gesamten Gemeinschaft für die Lage der Menschen im südlichen Nachbarkontinent und auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen der EG einerseits und der afro-arabischen Region andererseits.

Das System der Kooperationsinstrumente erlaubt der EG, die wichtigsten Bereiche des Entwicklungsprozesses zu fördern. Es hat sich aber in der Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Gemeinschaft auch gezeigt, daß z.B. handelspolitisch gefährdet werden kann, was in anderen Feldern der Entwicklungszusammenarbeit erreicht wurde. Entwicklungspolitisch geförderte Industrialisierungsanstrengungen der EL sind bedroht, wenn es nicht gelingt, die europäischen Märkte auch dann offenzuhalten, wenn deren Halb- und Fertigzeugnisse hier konkurrenzfähig geworden sind (vgl. dazu ausführlich 2.2.3).

Die Bundesregierung hat sich ihrer liberalen Handelsstradition entsprechend im EG-Rahmen dafür eingesetzt, Handelsmaßnahmen zu verhindern, die kurz- oder langfristig protektionistisch gewirkt hätten.

In wachsendem Maße tritt die Gemeinschaft den EL als Sprecherin ihrer Mitgliedstaaten in den Konferenzen des Nord-Süd-Dialogs gegenüber. In der EG erarbeitete Standpunkte werden immer häufiger zu Kompromißpositionen der westlichen IL insgesamt.

5.2 Zusammenarbeit der EG mit den AKP-Ländern

Bei der Zusammenarbeit mit derzeit 58 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Länder) ist die Politik vertraglicher Zusammenarbeit am weitesten entwickelt worden. Sowohl materiell als auch formal stellt das Abkommen von Lomé und auch die neue Konvention die umfassendste partner-

schaftliche Zusammenarbeit zwischen einer IL- und EL-Gruppe dar. Da die AKP-Staaten der Gemeinschaft geschlossen gegenüberstehen, fördert dieses Abkommen auch die Zusammenarbeit der AKP untereinander. Im Gegensatz zu der fast ausschließlich auf das französischsprachige Afrika begrenzten Zusammenarbeit der Gemeinschaft in den früheren Abkommen von Jaunde hat das Lomé-Abkommen einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der im Kolonialzeitalter geschaffenen sprachlichen Teilung Afrikas geleistet. Es ist zu einem wesentlichen Faktor der Afrikapolitik geworden, die darauf abzielt, die wirtschaftliche und außenpolitische Eigenständigkeit und die Zusammenarbeit der Staaten dieses Kontinents zu fördern.

5.2.1 Durchführung des Abkommens von Lomé

Das Abkommen von Lomé ist seit dem 1. April 1976 in allen seinen Teilen voll in Kraft und hat sich in der Praxis insgesamt bewährt. Die Teilerfahrungen der einzelnen Kooperationsfelder lassen sich folgendermaßen skizzieren:

a) Handelsbereich

Den vertraglich vereinbarten, fast völlig freien Zugang von AKP-Produkten zum EG-Markt muß man als ein zukunftsorientiertes Angebot betrachten. Die noch schwach industrialisierten AKP-Länder konnten bisher von diesem Angebot nur bedingt und unterschiedlich Gebrauch machen. Die Struktur des Handels zwischen der EG und den AKP-Staaten hat sich im Anwendungszeitraum nicht verändert. Nach wie vor besteht der Export der AKP-Staaten in die Gemeinschaft zu über 90 % aus Rohstoffen, der Export in die AKP-Länder dagegen zu über 80 % aus Industrieprodukten. Während in den Jahren 1976 und 1977 der Exportwert der AKP-Länder in die Gemeinschaft jeweils um annähernd 20 % gestiegen ist, trat 1978 ein Rückgang um 4,8 % (von 12,5 auf 11,9 Mrd. ERE¹⁾) ein, der aus verschiedenen Hauptexportgruppen herrührt. Der Export der EG-Staaten in die AKP-Länder stieg dagegen 1978 im Vergleich zu 1977 um 2,1 %. Die Gemeinschaft erzielte damit erstmals einen geringen Handelsbilanzüberschuß (ca. 0,8 Mrd. ERE) gegenüber den AKP-Staaten. Bis 1976 konnten die AKP-Staaten noch regelmäßig einen Devisenüberschuß aus dem Handel mit der EG erzielen, 1977 war die Bilanz erstmals ausgeglichen. Prognosen für 1979 deuten auf eine Verbesserung zugunsten der AKP infolge gestiegener Rohölpreise (Nigeria, Gabun) und gestiegener Kupferpreise (Sambia, Zaire, Papua-Neuguinea) hin.

Die AKP-Staaten hatten eine günstigere Handelsentwicklung von der Lomé-Konvention erwartet. Sie beklagen insbesondere die Verringerung ihres Präferenzvorsprungs im Vergleich zu anderen EL infolge der Weiterentwicklung des Allgemeinen Präferenzsystems und der Mittelmeerabkommen. Die Analyse der Handelsströme zeigt zwar, daß die Produkte der AKP-Staaten nicht

durch Konkurrenten aus anderen EL verdrängt wurden. Es könnte jedoch sein, daß sich der Export von gewerblichen Gütern in die EG bei einer Art Präferenzmonopol der AKP-Staaten besser entwickelt hätte.

Die Gewährung eines solchen Monopols kann und will die Gemeinschaft allerdings nicht zusichern. Sie kann nur darauf achten, daß das Vertrauen in die Vertragszusagen und den so gegebenen Industrialisierungsimpuls erhalten bleibt. Kritisch müssen Bestrebungen in der EG gesehen werden, von den AKP-Ländern beim Textilexport in die Gemeinschaft Selbstbeschränkungsabkommen zu verlangen. Die AKP-Länder halten dies wegen ihrer geringen Textilexporte in die EG für ungerechtfertigt. (Zur Problematik des Zuckerprotokolls im Rahmen des Lomé-Abkommens vgl. 2.2.3.)

b) Erlösstabilisierung aus dem Rohstoffexport

Das sog. Stabex-System hat in vielen Fällen Exporterlösrückgänge ausgeglichen und die Deviseneinnahmen von AKP-Ländern stabilisiert. Für die Jahre 1976 und 1977 wurde die vorgesehene Jahrestranche (75 Millionen ERE) infolge der günstigen Erlössituation nur etwa zur Hälfte in Anspruch genommen. Dagegen war für das Jahr 1978 sogar ein Vorgriff auf künftige Jahrestanchen nötig. (Übersicht über Stabex-Transfers siehe Tabelle 36/III im Anhang VII.)

c) Industrielle Kooperation

Im Bereich der industriellen Kooperation entsprechen die bisher erreichten Ergebnisse noch nicht den hohen Erwartungen der AKP-Partner. Dies liegt daran, daß die Schaltstelle dieser Kooperation, das Zentrum für industrielle Zusammenarbeit in Brüssel, zunächst eingerichtet werden mußte. Die Kontaktaufnahme von europäischen Investoren und AKP-Interessenten erfordert Zeit, zumal in der Regel Vorstudien zur Konkretisierung von Investitionswünschen notwendig sind. Es zeichnen sich jedoch erste Erfolge von gemeinsamen Investitionsprojekten ab.

d) Finanzielle und Technische Zusammenarbeit

Der Einsatz der 3,5 Mrd. ERE (einschließlich Krediten der Europäischen Investitionsbank) für die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit verläuft weitgehend programmgemäß. Vorübergehend aufgetretene Schwierigkeiten beim Abfluß der Mittel sind überwunden. Mitte 1979 waren 1,9 Mrd. ERE in Form von Finanzierungsabkommen verbindlich zugesagt, etwa ein Drittel hiervon war zu diesem Zeitpunkt ausgezahlt. Der in den Indikativprogrammen festgelegte Schwerpunkt für ländliche Entwicklung wurde bei den Projektbeschlüssen verwirklicht.

In Fällen besonders gravierender Menschenrechtsverletzungen ist es nicht zuletzt dank der konsequenten Haltung der Bundesregierung gelungen, Projektzusagen auf solche Fälle zu beschränken, in denen gewährleistet werden konnte, daß die Mittel der notleidenden Bevölkerung zugute kommen.

¹⁾ ERE = Europäische Rechnungseinheit; ihr täglich ermittelter Wert lag am 1. Oktober 1979 bei ca. DM 2,48.

5.2.2 Verhandlungen über eine neue AKP-EG-Konvention

Am 31. Oktober 1979 wurde in Lomé eine neue AKP-EG-Konvention unterzeichnet. Das neue Abkommen enthält alle positiven Strukturelemente der ersten Lomé-Konvention. In einigen Bereichen wurden Verbesserungen ausgehandelt; einige Elemente sind neu.

Für die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit stehen ca. 65 % mehr Mittel zur Verfügung als im Rahmen der Lomé-Konvention von 1975. Zwischen 1980 und 1985 sind unter Einschluß von Darlehen der Europäischen Investitionsbank und der Kosten für die EG-Delegationen in den AKP-Ländern 5,6 Mrd. ERE vorgesehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereit erklärt, 28,3 % — statt 25,95 % beim 4. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) — zu den Mitteln des 5. EEF in Höhe von 4,54 Mrd. ERE beizutragen.

Das Stabex-System für agrarische Rohstoffe wurde um einige neue Produkte (insbesondere Kautschuk) erweitert. Für die fünfjährige Laufzeit stehen nunmehr zum Ausgleich von Erlösschwankungen 550 Millionen ERE zur Verfügung.

Wichtigste Neuerung ist die Schaffung eines mit 280 Millionen ERE ausgestatteten „Mineralienkrisenfonds“. Diese Mittel sollen für schnell wirksame Projekthilfen verwendet werden, wenn Produktion und Absatz infolge technischer oder politischer Schwierigkeiten die Rentabilität von Unternehmen gefährden und die Exporterlöse dadurch zurückgehen. Erfasst sind sieben Mineralien, darunter vor allem Kupfer. Die Bundesregierung hatte angesichts der besonderen Probleme einiger AKP-Länder, deren Exporterlöse nahezu ausschließlich auf Kupfer beruhen, eine entsprechende Initiative im EG-Kreis ergriffen.

Als weitere Neuerung wird ein Zentrum zur Förderung der Agrarproduktion geschaffen.

Aus der Sicht der Bundesregierung ist das AKP-EG-Abkommen nach wie vor die konkreteste Antwort auf die im globalen Nord-Süd-Dialog behandelten Probleme. Bei den EG-internen Verhandlungsvorbereitungen hatte sich die Bundesregierung gegen alle Vorschläge gewandt, die den Handel der AKP-Staaten mit der Gemeinschaft hätten erschweren können. Eine Reihe von Forderungen der AKP-Staaten, wie z. B. die völlige Marköffnung auch für Agrarmarkordnungsprodukte, eine Verdreifachung der Mittel des Entwicklungsfonds, eine Kompensation für Präferenzverluste oder auch die Schaffung eines besonderen — von den AKP-Staaten zu verwaltenden — Industrialisierungsfonds, konnte die Gemeinschaft nicht erfüllen.

5.3 Mittelmeerpolitik der EG

Die von der Pariser Gipfelkonferenz der EG-Staats- und -Regierungschefs 1972 angestrebte globale Mittelmeerpolitik ist inzwischen in die Tat umgesetzt worden. Nach dem Vorbild des Vertrages mit den AKP-Ländern schloß die Gemeinschaft mit fast allen Mittelmeeranrainerstaaten Globalverträge ab, die sowohl auf unbegrenzte Zeit abgeschlossene Handelsvereinbarungen als auch — bis Oktober 1981 — begrenzte Finanzprotokolle enthalten. Der partner-schaftliche Charakter kommt auch in den in allen

Abkommen vorgesehenen Kooperationsräten zum Ausdruck. Im Unterschied zur Lomé-Konvention handelt es sich bei den Mittelmeerabkommen nicht um Vereinbarungen mit einer Staatengruppe. Die EG hat mit jedem Staat einzeln einen von der Struktur her ähnlichen Vertrag abgeschlossen: Die Maghreb-Abkommen mit Marokko, Algerien und Tunesien; die Maschrek-Abkommen mit Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon und die Abkommen mit europäischen Mittelmeerstaaten. Unter Einschluß von Israel, Griechenland, der Türkei, Portugal, Zypern und Malta sind 13 Staaten der Mittelmeerregion mit der EG durch Kooperationsverträge verbunden¹⁾. Die Handelszugeständnisse gehen nicht so weit wie beim Lomé-Abkommen. Darin spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Produktionsstruktur einiger EG-Mittelmeerländer der der nordafrikanischen Mittelmeerstaaten ähnlich ist und somit Interessenkonflikte auftreten. Die Bedingungen der Finanziellen Zusammenarbeit sind der fortgeschrittenen ökonomischen Situation dieser Länder angepaßt. Sie erhalten in größerem Maße zumeist zinsvergünstigte Kredite der Europäischen Investitionsbank. Insgesamt stehen bis 1981 ca. 1,6 Mrd. ERE zur Verfügung.

Die Abkommen sind 1976 und Anfang 1977 unterzeichnet worden. Sie traten mit Ausnahme der vorzeitigen Anwendung der Handelsbestimmungen erst zum 1. November 1978 in Kraft. Die späte Ratifikation hat die volle Entfaltung dieser Zusammenarbeit verzögert. Zu einer Belastung hat auch die Krise im Textilbereich geführt. Die von der Gemeinschaft 1977 kurzfristig angewandten Schutzmaßnahmen konnten zwar aufgehoben werden; Marokko und Tunesien mußten allerdings Selbstbeschränkungen mit der EG vereinbaren. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist dieser Vorgang auch deshalb als besonders problematisch anzusehen, weil die Importbeschränkungen Produkte und Unternehmen betreffen, die mit öffentlichen und privaten europäischen Investitionen aufgebaut worden sind.

Infolge der innerarabischen Probleme ist der euro-arabische Dialog 1979 praktisch zum Stillstand gekommen. Er hätte als übergreifendes politisches Instrument eine wichtige Rolle zur Ergänzung der EG-Mittelmeerabkommen spielen können. Die Erfahrungen mit dem im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit vereinbarten euro-arabischen Dialog haben allerdings gezeigt, daß die Erwartungen der arabischen Seite auf sehr weitgehende politische, wirtschaftliche und technologische Abmachungen die Möglichkeiten der Gemeinschaft überschreiten. Dennoch wäre eine Wiederbelebung dieses Dialogs im wohlverstandenen Interesse beider Seiten zu begrüßen.

5.4 Weltweite EG-Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

5.4.1 Nahrungsmittelhilfe

Das älteste Instrument der weltweiten Zusammenarbeit mit EL ist die Nahrungsmittelhilfe. Für die

¹⁾ Mit Jugoslawien wird über ein Kooperationsabkommen verhandelt.

Lieferung von 1 287 000 t Getreide, 150 000 t Magermilchpulver und 45 000 t Butteröl und anderen Grundnahrungsmitteln standen im Haushaltsjahr 1979 324,7 Millionen ERE zur Verfügung. Die Nahrungsmittelhilfe der EG hat insbesondere zum Ziel, das Ernährungsniveau der begünstigten Bevölkerung zu heben, in Notsituationen einzugreifen und zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer beizutragen (vgl. Tabelle 37 im Anhang VII).

5.4.2 Finanzhilfe und Technische Hilfe

Über ihren Anteil in Höhe von 385 Millionen US-\$ an der von der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit 1977 beschlossenen Sonderaktion in Höhe von einer Mrd. US-\$ zugunsten der ärmeren EL haben die EG-Staaten eine Vereinbarung mit der Weltbanktochter IDA getroffen, die Anfang 1979 in Kraft getreten ist.

Neben dieser einmaligen Aktion vergibt die Gemeinschaft seit 1976 über den EG-Haushalt auch Finanzielle und Technische Hilfe an die „nichtassoziierten Entwicklungsländer“. Die Finanzmittel stiegen von 20 Millionen im Jahre 1976 auf 110 Millionen ERE im Haushaltsjahr 1979. Die Mittel werden vor allem für ländliche Projekte im südlichen Asien verwandt. Zu erwähnen ist ferner, daß die EG seit 1976 auch die entwicklungspolitische Arbeit privater Träger (Nichtregierungsorganisationen) fördern kann. 1979 sind dafür 7,5 Millionen ERE vorgesehen.

Insgesamt ist der Impuls für eine globale Entwicklungshilfe der Gemeinschaft geringer gewesen, als man sich dies bei der Gipfelkonferenz 1972 vorgenommen hatte. Eine Aufgabenverschiebung von den Mitgliedsländern zur Gemeinschaft hätte größere Integrationsfortschritte bei gleichzeitigem finanziellen Spielraum vorausgesetzt.

5.4.3 Allgemeine Zollpräferenzen

Einer UNCTAD-Empfehlung an die IL folgend hat die Gemeinschaft 1971 als erste das System der Allgemeinen Zollpräferenzen angewandt. Das System ist seither jährlich verbessert worden. Die Begünstigung durch Zollpräferenzen wurde in den Rechtsrahmenerklärungen im Schlußpaket der sog. Tokio-Runde erstmals als Ausnahme von der Meistbegünstigung im GATT vertraglich anerkannt. Weitgehend aufgrund deutscher Initiativen hat die Gemeinschaft in den letzten Jahren schrittweise zugestanden, daß die LLDC grundsätzlich alle Industrieprodukte unbegrenzt zollfrei in die EG liefern können. Auch für die Liste der über 300 präferenzierten Agrarwaren werden diese Länder zusätzlich in Form der Zollfreiheit begünstigt.

Im Zuge dieser Verbesserungen sind auch die deutschen Präferenzeinfuhren laufend gestiegen. Von 800 Millionen DM im ersten vollen Kalenderjahr der Anwendung (1972) kletterten die begünstigten Einfuhren auf über 4 Mrd. DM im Jahre 1978 und werden 1979 fast 5 Mrd. DM erreichen. Der damit verbundene Effekt ist nahezu eine Verdoppelung des Anteils der EL an der Gesamteinfuhr industrieller Fertigwaren von 3,6% im Jahre 1971 auf 7% für das

Jahr 1978. Zur besseren Ausnutzung der Zollpräferenzen organisiert die EG im Rahmen ihrer Handelsförderung regelmäßig Informationsseminare für Exporteure der EL. 1980 endet der auf zehn Jahre befristete Anwendungszeitraum des ersten Schemas. Die EG ist grundsätzlich bereit, eine solche Präferenzregelung fortzusetzen.

5.4.4 Nichtpräferentielle vertragliche Handelsbeziehungen

Die Beziehungen der EG zu den ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) haben sich weiter intensiviert. Besondere Bedeutung messen beide Seiten dem Abschluß eines Kooperationsabkommens bei. Der EG-Rat hat Ende Oktober der Kommission ein Verhandlungsmandat für ein derartiges Abkommen erteilt, das sich auf die Bereiche Handel, Wirtschaft, Rohstoffe, technologische und finanzielle Zusammenarbeit sowie Entwicklungsfragen erstrecken soll.

6 Multilaterale Zusammenarbeit

Die Bundesregierung sieht in der multilateralen Zusammenarbeit einen Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik. Sie hat im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Dialog in den letzten beiden Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Bundesrepublik Deutschland stellte 1978 ca. 850 Millionen US-\$ für die multilaterale Zusammenarbeit (einschließlich EG) bereit¹⁾. Die ausführliche Beurteilung der Tätigkeit der multilateralen Institutionen findet sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr.: „Deutsche Entwicklungshilfe in internationalen Institutionen“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3483 vom 11. Dezember 1979).

6.1 Entwicklungsorganisationen im VN-System

In allen VN-Bereichen spielen die Belange der Dritten Welt eine immer größere Rolle (vgl. Kap. 3). Im folgenden wird die Tätigkeit derjenigen VN-Sonderorganisationen dargestellt und bewertet, deren Tätigkeit überwiegend den Entwicklungsproblemen gewidmet ist.

6.1.1 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

UNDP ist die zentrale Planungs-, Koordinierungs- und Finanzierungsorganisation für die multilaterale Technische Zusammenarbeit der VN. In Anerkennung dieser Führungsrolle hat die Bundesregierung ihre Beiträge zur multilateralen Technischen Zusammenarbeit stets auf das UNDP konzentriert. Aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden im Jahre 1978 49,2 Millionen US-\$ und im Jahre 1979 55,2 Millionen US-\$ (= rd. 8% der gesamten Beiträge an UNDP) bereitgestellt. Die Bundesrepublik Deutschland steht damit an vierter Stelle unter den Beitragszahlern.

Grundlage der Projektförderung des UNDP sind fünfjährige Länder-, Regional-, Interregional- und Globalprogramme. Diese Programme werden von den jeweiligen Empfängerländern mit Unterstützung der UNDP-Länderbüros (derzeit 108) in enger Zu-

¹⁾ Einschließlich Schuldscheinhinterlegungen.

Tabelle 21

Synopsis: Politiken und Instrumente der

Politiken/Instrumente Begünstigte EL-Gruppen	Handelspolitik	Rohstofflerlöspolitik
AKP-Länder: umfassendes Kooperations- abkommen von Lomé	<ol style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkter Marktzugang (wenige Ausnahmen: Agrarmarkordnungsprodukte) 2. Vorteilhafte Sonderregelungen insbesondere für Rindfleisch, Zucker, Rum, Bananen 3. Absatzförderung 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Stabilisierung der Exporterlöse für agrarisches Rohstoffe Lomé I: 375 Millionen ERE (1975 bis 1980) Lomé II: 550 Millionen ERE (1980 bis 1985) 2. Mineralienkrisenfonds (neu) für mineralische Produkte Lomé II: 280 Millionen ERE (1980 bis 1985)
Mittelmeerländer: umfassende Einzel-Kooperations- Abkommen mit - Maghreb: Algerien, Marokko, Tunesien - Maschrek: Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien - Griechenland, Portugal, Türkei, Zypern, Malta, Israel	<ol style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkter Marktzugang für gewerbliche Produkte, Ausnahme: sensible Produkte 2. Zollsenkungen für wichtige Agrarprodukte 3. Absatzförderung 	–
Nichtassoziierte EL: weltweite bzw. länderweise Regelungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Marktzugang geregelt im All- gemeinen Präferenzsystem für verarbeitete und einige tropisch-landwirtschaftliche Produkte: mengen- und länder- mäßig beschränkter, zoll- begünstigter Marktzugang 2. Nicht-Präferentielle Handels- bzw. Kooperationsabkommen mit 8 EL 3. Einzelne Produkt-Abkommen (z.B. Jute; Indien, Bangladesch, Pakistan) 4. Sonderregelung für Textilien: Selbstbeschränkungsabkommen im Rahmen des Multifaser- Abkommens 5. Absatzförderung 6. Einrichtung von Dialogen, ins- besondere EG-Lateinamerika 	–

Daneben hat die EG eine Koordinierungsfunktion für die Mitgliedsländer bei internationalen Konferenzen im Nord-Süd-Dialog. Allgemeine außenpolitische Fragen werden im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) koordiniert.

Tabelle 21

entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EG mit Entwicklungsländern

Finanzielle und Technische Zusammenarbeit	Industrielle Kooperation	Nahrungsmittel- hilfe	Sonstiges (1) Förderung regionaler Zusammenarbeit (2) Katastrophenhilfe
<p>1. Finanzmittel insbesondere in Form von Zuschüssen und Sonderdarlehen aus dem EEF; i. d. R. zinsvergünstigte Darlehen von EIB</p> <p>Lomé I: ca. 3,5 Mrd. ERE*) (1975 bis 1980)</p> <p>Lomé II: ca. 5,6 Mrd. ERE*) (1980 bis 1985)</p> <p>2. Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ländliche Entwicklung (z. B. auch Zentrum) - Infrastruktur - Energie 	<p>1. Zentrum für industrielle Entwicklung: Förderung von joint ventures</p> <p>2. Finanzmittel EIB und EEF; insbesondere haftendes Kapital</p> <p>3. Meistbegünstigung bei Investitionsschutz in Lomé II</p>	<p>fallweise nach Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bedarf (für EL mit Pro-Kopf-Einkommen unter 300 US-\$, negativer Zahlungsbilanz) - Katastrophen 	<p>(1) Sondertranche für regionale Vorhaben</p> <p>Lomé II: 600 Millionen ERE (1980 bis 1985)</p> <p>(2) Sondertranche Lomé II: 200 Millionen ERE (1980 bis 1985)</p> <p>(Beides in der Summe von 5,6 Mrd. ERE eingeschlossen)</p>
<p>1. Zuschüsse, Sonderdarlehen, Darlehen der EIB aus Eigenmitteln, festgelegt in Finanzprotokollen 1976/77 bis 1981: ca. 1,6 Mrd. ERE</p> <p>2. Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ländliche Entwicklung - Handelsförderung - industrielle Entwicklung 	<p>1. Finanzmittel insbesondere der EIB</p> <p>2. Ausbildung</p> <p>3. Informationsvermittlung an EG-Industrie</p>		<p>(1) Möglichkeit der Finanzierung regionaler Vorhaben (auch im Rahmen des euro-arabischen Dialogs)</p> <p>(2) fallweise</p>
<p>1. Hilfe für Nichtassoziierte, 1979: 110 Millionen ERE (VE)</p> <p>Schwerpunkt: ländliche Entwicklung bei LLDC</p> <p>2. Zusammenarbeit mit NRO 1979: 12 Millionen ERE</p> <p>Schwerpunkt: Grundbedürfnisse</p> <p>3. EG-Sonderaktionen (Cheysson-Fonds, KIWZ)</p>	<p>1. Informationsvermittlung an EG-Industrie</p> <p>2. Veranstaltung von Seminaren, z. B. Investitionsforum ASEAN</p>		<p>(1) - weltweit und im Rahmen der Hilfe für Nichtassoziierte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung von Dialogen (insbesondere EG-ASEAN) <p>(2) fallweise; weltweit und im Rahmen der Hilfe an Nichtassoziierte</p>

*) unter Einschluß der Mittel für Rohstofflerlösstabilisierung

sammenarbeit mit den Fachorganisationen der VN ausgearbeitet und vom Verwaltungsrat der UNDP gebilligt. Bei diesen Programmen gewinnt die Förderung der Technischen Zusammenarbeit der EL untereinander an Bedeutung.

Zur Finanzierung der laufenden Programme und für Planungen bis 1981 sind Ausgaben in Höhe von 3,462 Mrd. US-\$ vorgesehen. Diese Mittel stammen größtenteils aus freiwilligen Beiträgen. UNDP mobilisiert in steigendem Maße auch Finanzierungsbeiträge der Empfängerländer und anderer EL. UNDP hat sich 1978 an 3 500 Projekten finanziell beteiligt. In der Regel werden etwa 40 % der Kosten eines Projektes aus UNDP-Mitteln gedeckt; die Restkosten trägt das Empfängerland.

Vorrangig werden die Bereiche Landwirtschaft, Planung, Industrie, Bildung, Gesundheit und Sozialdienste gefördert (1978: 81 % der Gesamtausgaben). Der überwiegende Teil der Programme (1978: 92 %) wird von den Fach- und Sonderorganisationen der VN durchgeführt.

UNDP hat seine Maßnahmen in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Es bleiben jedoch Problem-bereiche, um deren Lösung sich die Bundesregierung als ständiges Mitglied des Verwaltungsrates und als einer der Hauptbeitragszahler in Abstimmung mit anderen großen Gebern bemüht: Verbesserung der Verwaltung und Begrenzung der durch die umfassende Aufgabenstellung und die allgemeinen VN-Aufgaben bedingten relativ hohen Verwaltungskosten; Erhöhung der Effizienz des Programms durch verstärkte Kontroll- und Evaluierungsinstrumente; Stärkung der auf den Prinzipien freiwilliger Dotierung, konzeptioneller Überzeugungskraft, entwicklungs-politischer Prioritätensetzung sowie intensiver Ko-operation und auf dem Erfahrungsaustausch mit Empfängerländern und Fachorganisationen des VN-Systems beruhenden zentralen Rolle des UNDP. Die Bundesregierung widersetzt sich allen organisato-rischen Ausuferungstendenzen des VN-Systems.

Eine Sonderstellung nimmt der eng mit UNDP ver-bundene Bevölkerungsfonds der VN (UNFPA) ein. Seit der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (1974) sind die Anträge auf Unterstützung durch UNFPA sprunghaft gestiegen. In mehr als 80 EL ist Familienplanung heute Bestandteil der nationalen Entwicklungsplanung. Das Finanzvolumen (Bewilli-gungsrahmen) des Fonds ist von 53 Millionen US-\$ im Jahre 1974 auf 105 Millionen US-\$ im Jahre 1978 und auf etwa 118 Millionen US-\$ im Jahre 1979 ge-stiegen. Die Bundesregierung hat den Fonds seit seiner Gründung (1966) unterstützt; 1978 hat sie dafür 11,5 Millionen US-\$ und 1979 12,5 Millionen US-\$ bereitgestellt.

6.1.2 VN-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO)

Die Bundesregierung beteiligt sich seit Jahren an der Gestaltung der Politik der UNIDO, deren Aufgabe in der Förderung der Industrialisierung der EL, ins-besondere im mittleren und kleinindustriellen Be-reich, besteht.

Bei der Verwirklichung wesentlicher Forderungen der EL, die im Jahre 1975 bei der 2. UNIDO-General-konferenz in Lima im „Lima Aktionsplan“ ihren

Niederschlag gefunden haben, hat die Bundesregie-rung eine aktive Rolle gespielt:

- a) An den Sektorkonsultationen in entwicklungs-politisch wichtigen industriellen Bereichen — wie Eisen und Stahl, Düngemittel, Petrochemie — hat sie in Zusammenarbeit mit Industrie, Verbänden und Gewerkschaften mitgewirkt.
- b) Ebenso beteiligte sie sich bei der Ausarbeitung der Statuten für die Umwandlung der UNIDO in eine VN-Sonderorganisation.
- c) Das Industrie-Kooperationsprogramm wird durch eine Finanzierungszusage für die Startphase des Investitionsförderungsbüros in Köln unterstützt.
- d) Am Programm und an den Projekten des In-dustrial Development Fund (IDF), der 1978 ein Gesamtvolumen von 10 Millionen US-\$ erreicht, beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland mit 1,2 Millionen US-\$ in Form von zweckgebundenen Beiträgen. Dadurch erweitern sich die durch un-sere Mitgliedschaft im Rat für Industrielle Ent-wicklung gegebenen Möglichkeiten der Mitgestal-tung von multilateralen Maßnahmen zur Förde-rung der industriellen Entwicklung. Hierbei wer-den vornehmlich Vorhaben in den LLDC berück-sichtigt.

Nach mehr als dreijährigen Verhandlungen konnten die Beratungen über die UNIDO-Statuten im Früh-jahr 1979 abgeschlossen werden. Damit ist die Grund-lage geschaffen, UNIDO in eine eigenständige VN-Sonderorganisation umzuwandeln.

6.1.3 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Die Bundesregierung ist nach wie vor der Auffas-sung, daß die Weltagrarprobleme nur durch inter-national koordinierte Anstrengungen gelöst werden können. Die fachlich zuständige Sonderorganisation der Vereinten Nationen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft ist die im Jahre 1945 gegründete FAO. Im Jahre 1975 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen zusätzlich den Welternäh-rungsrat als oberstes Leit- und Koordinierungsorgan für Ernährung und Landwirtschaft im System der Vereinten Nationen eingesetzt. Die in der Satzung der FAO niedergelegten Hauptleitlinien für ihre Arbeit sind: weltweite Hebung des Ernährungs- und Lebensstandards; Steigerung der Agrarproduktion und deren bessere Verteilung; Schaffung günstigerer Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung; damit Beitrag zur Entwicklung der Weltwirtschaft und zur Verringerung des Hungers in der Welt.

In den letzten Jahren wurde die Arbeit der FAO stärker auf praxisorientierte Maßnahmen ausgerich-tet. Es wurden Programme entwickelt, um mit Hilfe bilateraler und multilateraler Geldgeber Maßnah-men in EL einzuleiten und zum Teil auch durchzu-führen. Ferner werden Entwicklungshilfeprojekte im Auftrag anderer internationaler Institutionen, vor allem UNDP und Weltbankgruppe, durchgeführt. Im Jahre 1978 standen der FAO z. B. 200 Millionen US-\$ für die praktische Entwicklungsarbeit zur Verfügung. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA und Japan mit 9,52 % drittgrößter Beitragszahler (1978: 10,06 Millionen US-\$).

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Gründung des VN/FAO-Welternährungsprogramms (WEP) im Jahre 1962 einer der wichtigsten Beitragszahler. Im Jahre 1978 wurden für dieses Programm von deutscher Seite 18,0 Millionen US-\$ zur Verfügung gestellt (Gesamtvolume 1962 bis 1978: 268,8 Millionen DM). Das WEP unterstützt Programme der EL, bei denen Nahrungsmittel zur Entlohnung von Arbeitskräften bei arbeitsintensiven Selbsthilfeprojekten eingesetzt werden (z. B. Verbesserung landwirtschaftlicher Anbaumethoden, ländlicher Straßenbau, Bewässerungskanäle, Deiche und Verbesserung der ländlichen/dörflichen Infrastruktur). Daneben fördert das WEP Speisungsprogramme für besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen. Mit Hilfe der internationalen Notstandsreserve und Programmmitteln in Höhe von 45 Millionen US-\$ pro Jahr wird außerdem in besonderen Notsituationen, die durch Naturkatastrophen oder kriegerische Konflikte hervorgerufen wurden, die Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln versorgt.

6.1.4 Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Ende 1977 nahm der IFAD als jüngste Sonderorganisation der Vereinten Nationen in Rom seine Arbeit auf. Er war auf Empfehlung der Welternährungskonferenz 1974 zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Steigerung der Agrarproduktion, die Verbesserung der Ernährung und die Bekämpfung ländlicher Armut, vor allem in den ärmeren EL, gegründet worden, wobei die Unterstützung von Kleinbauern und Landlosen im Vordergrund steht.

Die von den IL, OPEC-Staaten und EL im Verhältnis 57 : 42 : 1 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1,01 Mrd. US-\$ (deutscher Beitrag 55 Millionen US-\$) sollen im Zeitraum 1978 bis 1980 überwiegend als Darlehen zu äußerst günstigen Bedingungen vergeben werden.

Da der Fonds bis jetzt nur Kofinanzierungen mit anderen multilateralen Finanzierungsinstitutionen durchgeführt hat, ist eine Beurteilung, ob er bei der Durchführung eigener Projekte seinem Auftrag gerecht wird, noch nicht möglich.

6.1.5 Zusammenarbeit mit anderen VN-Organisationen

Die Förderung entwicklungspolitisch vordringlicher Einzelmaßnahmen und Programme anderer VN-Organisationen wurde im Berichtszeitraum ausgebaut. In den Jahren 1978 und 1979 standen Mittel in Höhe von 16 Millionen DM bzw. 24 Millionen DM zur Verfügung. Zu nennen sind das WHO-Programm zur Erforschung von Tropenkrankheiten und zur Kontrolle der Rinderschlafkrankheit, Vorhaben im Bereich der Gesundheitsdienste, der ländlichen Infrastruktur, ferner Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge in Afrika, Südostasien und 1979 auch in Nicaragua, das ILO-Programm zur Förderung öffentlicher Beschäftigungsvorhaben und schließlich die von UNICEF durchgeführten Immunisierungsprogramme für Kinder in Ägypten, Sudan und Nicaragua, mit denen ein Beitrag zum Internationalen Jahr des Kindes geleistet wurde.

Ebenso wurde die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Handelszentrum (ITC) UNCTAD/GATT in den letzten drei Jahren laufend intensiviert, so daß die Bundesrepublik jetzt zu dem Kreis der größten Geberländer für Treuhandmittel gehört (1975 bis 1979: rd. 2,2 Millionen DM).

6.2 Multilaterale Finanzierungsinstitutionen

Sowohl die weltweit arbeitende Weltbankgruppe als auch die regionalen Entwicklungsbanken gliedern sich organisatorisch in je einen bankmäßig arbeitenden Teil und in rechtlich und wirtschaftlich selbständige Fonds, die Finanzmittel zu „weichen“ Konditionen zur Verfügung stellen. Beide Finanzierungsinstrumente werden gemeinsam verwaltet. Während sich die Banken überwiegend auf den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren, werden die Sonderfonds aus Beiträgen von Mitgliedsländern gespeist und regelmäßig aufgestockt.

6.2.1 Weltbankgruppe (Weltbank, IDA, IFC)

Die Weltbankgruppe umfaßt drei Organisationen: die International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank), die International Development Association (IDA) und die International Finance Corporation (IFC).

Die Leistungen (Auszahlungen) von Weltbank und IDA beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 1978/1979 auf rd. 4,8 Mrd. US-\$ und lagen damit um 25 % über den Auszahlungen des Vorjahres.

Von den drei Organisationen der Gruppe hat die Weltbank das größte Finanzvolumen. Im Geschäftsjahr 1978/79 bewilligte sie 142 neue Darlehen in Höhe von rd. 7 Mrd. US-\$. Die Landwirtschaft mit einem Anteil von 22 % und der Verkehr mit einem Anteil von 21 % waren wiederum Schwerpunktssektoren.

Die Darlehensgewährungen für den Energiesektor, die bisher weniger als 1 % aller Zusagen betrug, sollen in den nächsten Jahren erheblich ausgedehnt werden. Dabei will die Weltbank erstmals auch Kredite für Explorationsvorhaben, vor allem für Versuchsbohrungen nach Erdgas, Erdöl und Kohle, bereitstellen. Einen wesentlichen Anstoß hierzu gaben die Beschlüsse des Bonner Wirtschaftsgipfels im Jahre 1978.

Nach der 1977 in Kraft getretenen selektiven Erhöhung des Grundkapitals der Bank von 27 Mrd. US-\$ (in US-\$ zum Feingoldgehalt von 1944) auf 34 Mrd. US-\$ wird nunmehr eine weitere allgemeine Kapitalerhöhung um 40 Mrd. US-\$ vorbereitet. Durch die Verdoppelung des Kapitals soll die Bank auch in den nächsten Jahren ihr Ausleihenvolumen jährlich real steigern können. Die allgemeine Erhöhung des Kapitals schließt eine selektive Kapitalerhöhung einiger Olländer sowie einiger IL (Japan, Frankreich) ein. Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kapitalanteil nach Abschluß der Zeichnungen wird rd. 5 % betragen. Die Bundesrepublik Deutschland wird damit hinter den USA (rd. 20 %) und Großbritannien (rd. 8 %) weiterhin drittgrößter Anteilseigner der Weltbank sein.

Der deutsche Kapitalmarkt war im Geschäftsjahr 1978/79 wieder eine ergiebige Quelle für die Mittelaufnahmen der Bank. Schätzungen zufolge entfielen Mitte 1979 von den gesamten Anleiheverbindlichkeiten der Bank (rd. 26,3 Mrd. US-\$) 25 % auf Anleger aus der Bundesrepublik Deutschland, die damit an die erste Stelle rückte vor den USA (22 %), der Schweiz (16 %), Japan (13 %) und Saudi-Arabien (6 %).

Die Bundesregierung hat sich nachdrücklich für das Zustandekommen der Kapitalerhöhung der Weltbank eingesetzt. Dadurch soll die Weltbank die notwendige Grundlage erhalten, um auch in Zukunft Finanzmittel von den privaten Kapitalmärkten an die fortgeschrittenen EL zu vermitteln. Diese Maßnahme wird dazu beitragen, die knappen öffentlichen Haushaltsmittel weiter auf die armen EL zu konzentrieren. Diese Konzentration hat bei den multilateralen Finanzierungsinstitutionen schon jetzt ein beachtliches Maß erreicht: im Jahre 1977 gingen 76,6 % aller in multilateralen Finanzierungsinstitutionen eingesetzten öffentlichen Mittel an EL mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter 400 US-\$.

Im Geschäftsjahr 1978/79 hat die IDA 105 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3,022 Mrd. US-\$ bewilligt. Sie vergibt Kredite mit einer Laufzeit von 50 Jahren (davon zehn tilgungsfreie Jahre) und einer Kreditgebühr von 0,75 % pro Jahr an die EL, deren durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen zur Zeit weniger als 580 US-\$ (in Preisen von 1977) beträgt. Schwerpunkt war — wie im letzten Jahr — mit 32 % der Zusagen die Landwirtschaft. Auf die ärmsten Mitgliedsländer (unter 296 US-\$ Pro-Kopf-Einkommen in Preisen von 1977) entfielen 79 % aller Zusagen. Die Mittel der IDA sind von ursprünglich 1 Mrd. US-\$ bisher fünfmal auf insgesamt 18,4 Mrd. US-\$ aufgefüllt worden. Eine weitere Wiederauffüllung der IDA wird zur Zeit verhandelt (IDA VI). Die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem Anteil von 10,9 % nach den USA zweitgrößter Finanzier der IDA. Sie wird sich auch an der bevorstehenden Wiederauffüllung der IDA beteiligen.

Die IFC, die ähnliche Ziele verfolgt wie die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG), erteilte im abgelaufenen Geschäftsjahr 48 Finanzierungszusagen in 33 EL in Höhe von 425 Millionen US-\$. Sektoraler Schwerpunkt war weiterhin der industrielle Bereich. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis und mit dem Ziel einer stärkeren entwicklungspolitischen Ausrichtung, insbesondere auf die am wenigsten entwickelten Länder im afrikanischen Raum, wurde Ende 1977 eine erhebliche Kapitalerhöhung der IFC von 110 Millionen US-\$ auf 650 Millionen US-\$ genehmigt. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an dieser Kapitalerhöhung mit rd. 30 Millionen US-\$ beteiligen.

6.2.2 Regionale Entwicklungsbanken

Für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den regionalen Entwicklungsbanken und an den ihnen angeschlossenen Entwicklungsfonds ist die Leistungsfähigkeit dieser Institute im Hinblick auf die besonderen Probleme der jeweiligen Region entscheidend.

Die Bedeutung der Regionalbanken läßt sich am Volumen der von ihnen zugesagten Finanzierungsmittel ermessen. 1978 hat die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) 1,87 Mrd. US-\$ zugesagt, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) 1,16 Mrd. US-\$, die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) 428 Millionen US-\$ (jeweils einschließlich der Zusagen aus Sonder- und Spezialfonds; vgl. Tabelle 35 im Anfang VII).

In der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der ältesten der regionalen Finanzinstitutionen, ist die Bundesrepublik Deutschland seit drei Jahren Mitglied. Sie stellte für diesen Zeitraum den Exekutivdirektor einer der beiden nichtregionalen Mitglieder- und Stimmrechtsgruppen. Ihr derzeitiger geringer Stimmrechtsanteil von 0,62 % erklärt sich aus der vorsichtigen Öffnung der Bank gegenüber außerregionalen Mitgliedern, denen bei einer Stimmenmehrheit der lateinamerikanischen EL (56,2 %) und den traditionellen Stimmenanteilen der USA (34,9 %) sowie Kanadas (4,7 %) mit 4,2 % nur wenige Stimmen verbleiben. Bei der Refinanzierung der Bank mit privaten Kapitalmarktmitteln ist die deutsche Position bedeutend stärker. Die deutsche Beteiligung an der Kapitalausstattung des Sonderfonds beträgt zur Zeit 1,07 %.

Besonderheiten der IDB sind ihre qualitativ wie quantitativ ausgeprägte Ausrichtung auf arme Bevölkerungsgruppen, ihr vielseitiges Programm technischer Zusammenarbeit und ihr originelles System der komplementären Projektfinanzierung mit Mitteln des privaten Kapitalmarktes.

Der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) gehört die Bundesrepublik Deutschland seit 1966 als Gründungsmitglied an; ihre Anteile von 5,56 % am Grundkapital und 6,57 % an der Finanzierung des Sonderfonds sind Ausdruck dieses frühzeitigen Engagements und erlauben eine ständige Vertretung im Direktorium der Bank. An der langfristigen Refinanzierung der ADB beteiligt sich der private deutsche Kapitalmarkt in erheblichem Maße.

Bemerkenswerte Züge der Ausleihpolitik der Bank sind die verhältnismäßig starke Berücksichtigung des land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Sektors sowie der konsequente Einsatz der Mittel des aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Fonds für Technische Zusammenarbeit in projektvorbereitende und -durchführende Maßnahmen.

Die Mitgliedschaft in der 1963 gegründeten Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) stand satzungsgemäß bisher nur unabhängigen afrikanischen Staaten offen. Zur Verbreiterung ihrer Kapitalbasis und im Interesse eines besseren Zugangs zu den Kapitalmärkten der IL beschloß die Bank im Mai 1979 ihre Öffnung für nichtregionale Mitglieder. Bei den Beitrittsverhandlungen, in denen die Bundesrepublik Deutschland die Sprecherrolle der nichtregionalen Staaten innehatte, erklärten sich 21 außerafrikanische Staaten zum Beitritt zur AfDB bereit. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, einen Anteil von 10,5 % der nichtregionalen Beteiligung zu erwerben. Mit dieser Beteiligungsquote wird sie unter den nichtregionalen Mitgliedstaaten der Bank die dritte Stelle hinter den USA und Japan einnehmen.

Dem 1973 gegründeten Afrikanischen Entwicklungsfonds ist die Bundesrepublik Deutschland als Gründungsmitglied beigetreten. Sie hat rd. 10 % der Fondsmittel aufgebracht. Der Fonds hat sich zügig entwickelt. Mit 31 Darlehenszusagen in Höhe von

186 Millionen US-\$ betrug im Jahre 1978 sein Anteil an den Zusagen der gesamten AfDB-Gruppe 44 %. Die Kreditgewährungen des Fonds sind auf die ärmeren Mitgliedsländer beschränkt. Die Darlehenskonditionen entsprechen denen der IDA.

Anhang zum Vierten Entwicklungspolitischen Bericht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	
I. Abkürzungsverzeichnis	51
II. Definition der im Bericht verwendeten Ländergruppen	54
III. Förderungspolitik für ausgewählte Sektoren	58
1 Landwirtschaft, Ernährung und Ökologie	58
1.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme	58
1.2 Projektbeispiele	58
a) Landwirtschaftlicher Beratungsdienst und Molkerei Myabi-sindu/Ruanda	58
b) Integrierte Sanierung eines Wassereinzugsgebietes/Nepal	59
c) Aufforstung/Obervolta	59
2 Energie	60
2.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme	60
2.2 Projektbeispiele	60
a) Untersuchung kleiner und mittlerer Kohlevorkommen in Entwicklungsländern	60
b) Energieplanung/Kolumbien	61
c) Solares Kühlhaus in der Test- und Anpassungsphase/Ägypten	61
d) Windkraftanlagen in der Auswahlphase/Haiti	61
e) Biomassenutzung in der Vorbereitungsphase/Kamerun	61
3 Industrie	62
3.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme	62
3.2 Projektbeispiele	62
a) Düngemittelfabrik Abuqir/Ägypten	62
b) Deutsch-koreanisches Berufsbildungszentrum Busan/Korea (Rep.)	62
c) Industrial Finance Corporation of India (IFCI) und Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI)	63
4 Projektbeispiele zu grundbedürfnisorientierten Maßnahmen und zur Förderung der Frau	63
a) Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für die „Pueblos Jóvenes“ von Lima/Peru	63
b) Siedlungsprogramm für untere Einkommensschichten in South Lunzu, Blantyre/Malawi	63
c) Regionalentwicklung in der Nordwest-Provinz Sambias	64
d) Pilotvorhaben zur Förderung der Frauen in der Kerak-Region/Jordanien	64
e) Pilot-Projekt mit spezifischer Grundbedürfnisausrichtung/Sri Lanka	64
f) Umsiedlungsprojekt/Obervolta	65
5 Beispiele zur Inspektion und Evaluierung	65
a) Inspektion „Integrierte Experten als Instrument der deutschen Entwicklungspolitik“	65
b) Evaluierung der deutschen Hilfe an Senegal	66
c) Liste der 1977 und 1978 durchgeführten Projektinspektionen und -evaluierungen	66
IV. Übersicht über die bilaterale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Entwicklungsländern	68
V. Rahmenabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit	81
VI. Thesen für die Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	83
VII. Tabellenteil	86

I. Abkürzungsverzeichnis

1. Internationale Einrichtungen

ADB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
ASEAN	Association of South-East-Asian Nations for Regional Cooperation (Vereinigung südostasiatischer Staaten für regionale Zusammenarbeit)
BCIE	Banco Centroamericano de Integración Económica (Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration)
CDB	Caribbean Development Bank (Karibische Entwicklungsbank)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungshilfesausschuß der OECD)
ECA (VN)	Economic Commission for Africa (Wirtschaftskommission für Afrika)
ECOSOC (VN)	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat)
ECWA (VN)	Economic Commission for Western Asia (Wirtschaftskommission für das westliche Asien)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EIB	Europäische Investitionsbank
FAO (VN)	Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie-Organisation)
IBRD (Weltbankgruppe)	International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank)
IDA (Weltbankgruppe)	International Development Association (Internationale Entwicklungsorganisation)
IDB	Interamerican Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
IDF	Industrial Development Fund (Industrieller Entwicklungsfonds)
IFAD (VN)	International Fund for Agricultural Development (Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung)
IFC (Weltbankgruppe)	International Finance Corporation (Internationale Finanzkorporation)
ILO (VN)	International Labour Office (Internationales Arbeitsamt)
ITC	International Trade Centre (Internationales Handelszentrum)
IWF/IMF	Internationaler Währungsfonds/International Monetary Fund
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation der ölexportierenden Länder)
OPI (VN)	Office of Public Information (Presse- und Informationsbüro der VN)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der VN für Handel und Entwicklung/Welt handels- und Entwicklungskonferenz)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der VN)
UNEP	United Nations Environment Programme (Umweltprogramm der VN)

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der VN)
UNFDAC	United Nations Fund for Drug Abuse Control (VN-Fonds für Drogenkontrolle)
UNFPA	United Nations Fund for Population Activities (Bevölkerungsfonds der VN)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Der Hohe Flüchtlingskommissar der VN)
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization (VN-Organisation für industrielle Entwicklung)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der VN)
UN(O)	United Nations (Organization) — s. VN
UNRWA	United Nations Reliefs and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge der VN)
VN	Vereinte Nationen
WEP	Welternährungsprogramm
WHO (VN)	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)

2. Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland

AA	Auswärtiges Amt
AGEH	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe
BfA	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BRH	Bundesrechnungshof
CDG	Carl-Duisberg-Gesellschaft
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DEG	Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DSE	Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung
DU	Dienste in Übersee
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
OBS	Otto-Benecke-Stiftung
ORT	Organization for Rehabilitation through Training (internationale Entwicklungshilfeorganisation)
ZAV	Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit

3. Sonstige Abkürzungen

AKP	Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, die mit der Europäischen Gemeinschaft die beiden Abkommen von Lomé geschlossen haben
ASA-Programm	Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
c.i.f.	cost, insurance, freight (im Handelsbereich: frei von Kosten für Verladung, Versicherung, Fracht)
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
ECDC	Economic Cooperation Among Developing Countries (Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Entwicklungsländer)
EL	Entwicklungsländer
EntwLStG	Entwicklungsländer-Steuergesetz
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit

ERE	Europäische Rechnungseinheit
ERP	European Recovery Programme (Europäisches Wiederaufbauprogramm/„Marshallplan“)
FAC	Food Aid Convention (Nahrungsmittelhilfe-übereinkommen)
f.o.b.	free on board (im Handelsbereich: frei an Bord)
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GATE	German Appropriate Technology Exchange („Deutsches Zentrum für Entwicklungstechnologien“ bei der GTZ)
ICICI	Industrial Credit and Investment Corporation of India
IFCI	Industrial Finance Corporation of India
IL	Industrielländer
KIWZ	Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit
LLDC	Least Developed Countries (am wenigsten entwickelte Länder)
MSAC	Most Seriously Affected Countries (von den Preissteigerungen an den Weltmärkten „am schwersten betroffene Länder“)
MTN	Multilateral Trade Negotiations („Tokio-Runde“)
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu vergünstigten Bedingungen)
PLO	Palestine Liberation Organisation (Palästina Befreiungsorganisation)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (engl. COMECON)
SITC	Standard International Trade Classification (Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel)
Stabex	System der Stabilisierung von Exporterlösen der AKP-Länder im Lomé-Abkommen
SWAPO	South West African People's Organization (Befreiungsbewegung in Namibia)
SZR	Sonderziehungsrechte
TCDC	Technical Cooperation among Developing Countries (Technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer)
TNU	Transnationale Unternehmen
TZ	Technische Zusammenarbeit
ULG	Überseeische Länder und Gebiete
VE	Verpflichtungsermächtigung

II. Definition der im Bericht verwendeten Ländergruppen

1 Westliche Industrieländer und Staatshandelsländer

— (Westliche) Industrieländer¹⁾:

OECD-Mitgliedsländer²⁾ ohne Griechenland, Portugal, Spanien und Türkei

— DAC (Development Assistance Committee)-Mitgliedsländer:

(Westliche) Industrieländer ohne Irland, Island und Luxemburg

— Staatshandelsländer¹⁾:

Albanien, Bulgarien, VR China³⁾, Deutsche Demokratische Republik, Korea (Demokratische Volksrepublik³⁾, Kuba³⁾, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn

2 Entwicklungsländer

2.1 Umfassende Entwicklungsländergruppen

Es gibt keine einheitliche internationale Liste der Entwicklungsländer. Im vorliegenden Bericht erscheinen als umfassende Entwicklungsländergruppen:

— Entwicklungsländer nach der Definition des DAC

Für die Anerkennung von Entwicklungshilfeleistungen ist das Verzeichnis der Entwicklungsländer und -gebiete des DAC maßgebend. Dieses Verzeichnis umfaßt alle Länder und Gebiete

- in Afrika, außer der Republik Südafrika,
- in Amerika, außer den Vereinigten Staaten und Kanada,
- in Asien, außer Japan,
- in Ozeanien, außer Australien und Neuseeland,
- und in Europa die Länder und Gebiete Gibraltar, Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei und Zypern.

(Eine Liste der Entwicklungsländer nach der Einteilung des DAC befindet sich auf Seite 10)

— „Gruppe der 77“:

Der Zusammenschluß von Entwicklungsländern zur „Gruppe der 77“ erfolgte 1967 in Algier („Charta von Algier“) und geht zurück auf die

erste Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD I), die 1964 in Genf stattfand. Damals zählte die Gruppe 77 Mitglieder, zur Zeit gehören ihr an:

alle Entwicklungsländer im Sinne der DAC-Liste

- außer Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei, St. Lucia, St. Vincent und den Grenadinen, Israel, Kiribati, Nauru, Tuvalu und China,

- zuzüglich Rumänien und PLO.

— „Blockfreie“:

Die Gruppe der „non-aligned countries“, der sog. Blockfreien, ist der politische Zusammenschluß von mehr als 90 Ländern und Befreiungsbewegungen. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist, keinem militärischen Bündnis anzugehören. Die Gruppe hat zur Zeit folgende Mitglieder:

alle Entwicklungsländer im Sinne der DAC-Liste,

- außer Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei, Bahamas, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, Birma, Guatemala, Haiti, Honduras, St. Vincent und den Grenadinen, Chile, Kolumbien, Paraguay, Israel, China, Korea (Rep.), Philippinen, Thailand und sämtlichen Ozeanienstaaten;

- zuzüglich PLO, SWAPO und Patriotische Front von Zimbabwe.

Beobachterstatus haben die Länder Barbados, Brasilien, Ecuador, El Salvador, Mexiko, St. Lucia, Uruguay und Venezuela.

2.2 Entwicklungsländergruppen nach verschiedenen Merkmalen

— LLDC (least developed countries):

Die erste Liste der LLDC mit 25 Ländern wurde am 18. November 1971 von der VN-Vollversammlung beschlossen. Die VN stützen sich bei der Klassifikation eines Entwicklungslandes als LLDC auf drei Indikatoren: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Anteil der industriellen Produktion am BIP und Alphabetisierungsquote. Für diese Indikatoren wurden folgende Schwellenwerte festgesetzt, unterhalb derer ein Land als LLDC angesehen wird: 100 US-\$ BIP pro Kopf (in US-\$ von 1971), 10 %-iger BIP-Anteil der industriellen Produktion, 20 % Alphabetisierungsquote (der Altersgruppe über 15 Jahre). Nach mehreren Erweiterungen der ursprünglichen Liste gelten seit 1978 30 Entwicklungsländer als LLDC.

— MSAC (most seriously affected countries):

Diese Staatengruppe wurde vom VN-Generalsekretariat festgelegt, nachdem die 6. Sondergeneralversammlung im Mai 1974 ein „Special Programme“ für die von der wirtschaftlichen Krise

¹⁾ Nach Einteilung der Weltbank.

²⁾ OECD-Mitgliedsländer: Australien, Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei und Vereinigte Staaten.

³⁾ Nach DAC sind die VR China, Kuba und Korea (DVR) Entwicklungsländer.

am meisten betroffenen Länder beschlossen hatte. Im „Special Programme“ sind folgende Kriterien zur Identifizierung der MSAC genannt: niedriges Pro-Kopf-Einkommen; scharfer Preisanstieg bei wichtigen Importen im Vergleich zu den Exporten; gestiegene Transport- und Transitzkosten; Schwierigkeiten, ausreichende Exporterlöse zu erzielen; hoher Schuldendienst; niedrige Währungsreserven; relativ große Bedeutung des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß.

Ursprünglich standen 28 Länder in der MSAC-Liste; die Zahl stieg später auf 33 bzw. 42 und im Jahre 1976 auf 45.

— OPEC-Mitglieder:

Die OPEC (Organization of Petroleum Exporting Countries) wurde im Jahre 1960 gegründet; sie ist der Zusammenschluß der Ölausfuhrländer.

— Olexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß:

Von der Weltbank verwendete Kategorie.

— AKP-Länder:

Am 20. Februar 1975 unterzeichneten Vertreter der neun Mitgliedsländer der EG und von 46 Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (nach den Anfangsbuchstaben der Regionen „AKP-Länder“ genannt) in der togolesischen Hauptstadt die Konvention von Lomé. Das Abkommen trat am 1. April 1976 in Kraft und läuft Ende Februar 1980 aus.

Am 31. Oktober 1979 wurde (wiederum in Lomé) das Nachfolgeabkommen mit inzwischen 58 Staaten unterzeichnet.

Die zu den jeweiligen Gruppen zählenden Länder sind aus der folgenden Übersicht zu ersehen:

Liste der Entwicklungsländer nach der Einteilung des Entwicklungshilfe-Ausschusses (DAC) der OECD¹⁾

Erdteil/Land	LLDC	MSAC	OPEC	Olexp. L. mit Kap.-bilanzüb.	AKP
Europa					
Griechenland					
Jugoslawien					
Malta					
Portugal					
Spanien					
Türkei					
Zypern					
Afrika					
Nördlich der Sahara					
Ägypten		x			
Algerien			x		
Libyen			x	x	
Marokko					
Tunesien					
Südlich der Sahara					
Angola					
Äquatorialguinea					x
Äthiopien	x	x			x
Benin	x	x			x
Botsuana	x				x
Burundi	x	x			x
Dschibuti					x
Elfenbeinküste		x			x
Gabun			x		x
Gambia	x	x			x
Ghana		x			x
Guinea	x	x			x
Guinea-Bissau		x			x
Kamerun		x			x
Kap Verde	x	x			x
Kenia		x			x
Komoren	x				x

Erdteil/Land	LLDC	MSAC	OPEC	Uexp.L. mit Kap.bilanzüb.	AKP
Kongo					X
Lesotho	X	X			X
Liberia					X
Madagaskar		X			X
Malawi	X				X
Mali	X	X			X
Mauretanien		X			X
Mauritius					X
Mosambik		X			
Niger	X	X			X
Nigeria			X		X
Obervolta	X	X			X
Ruanda	X	X			X
Sambia					X
São Tomé und Príncipe					X
Senegal		X			X
Seschellen					X
Sierra Leone		X			X
Somalia	X	X			X
Sudan	X	X			X
Swasiland					X
Tansania	X	X			X
Togo					X
Tschad	X	X			X
Uganda	X	X			X
Zaire					X
Zentralafrikanische Republik	X	X			X
Amerika					
<i>Nord- und Mittelamerika</i>					
Bahamas					X
Barbados					X
Costa Rica					
Dominica					X
Dominikanische Republik					
El Salvador		X			
Grenada					X
Guatemala		X			
Haiti	X	X			
Honduras		X			
Jamaika					X
Kuba					
Mexiko					
Nicaragua					
Panama					
St. Lucia					X
St. Vincent und die Grenadinen					
Trinidad und Tobago					X
<i>Südamerika</i>					
Argentinien					
Bolivien					
Brasilien					
Chile					
Ecuador			X		
Guyana		X			X
Kolumbien					
Paraguay					
Peru					
Surinam					X

Erdteil/Land	LLDC	MSAC	OPEC	Olexp.L. mit Kap.-bilanzüb.	AKP
Uruguay					
Venezuela			x		
Asien					
<i>Naher und Mittlerer Osten</i>					
Bahrein					
Irak			x		
Iran			x		
Israel					
Jemen (Arabische Republik)	x	x			
Jemen (Demokratische Volksrepublik)	x	x			
Jordanien					
Katar			x	x	
Kuwait			x	x	
Libanon					
Oman				x	
Saudi-Arabien			x	x	
Syrien					
Vereinigte Arabische Emirate ²⁾			x	x	
<i>Südasien</i>					
Afghanistan	x	x			
Bangladesch	x	x			
Bhutan	x				
Birma		x			
Indien		x			
Malediven	x				
Nepal	x	x			
Pakistan		x			
Sri Lanka		x			
<i>Ostasien</i>					
China					
Indonesien			x		
Kamputschea		x			
Korea (Demokratische Volksrepublik)					
Korea (Republik)					
Laos	x	x			
Malaysia					
Philippinen					
Singapur					
Thailand					
Vietnam					
Ozeanien					
Fidschi					x
Kiribati					x
Nauru					
Papua-Neuguinea					x
Salomonen					x
Samoa	x	x			x
Tonga					x
Tuvalu					x

1) ohne abhängige Gebiete

2) Abu Dhabi, Dubai, Sharja, Ajman, Umm al-Qaiwain, Fujairah, Ras al-Khaimak

III. Förderungspolitik für ausgewählte Sektoren

1 Landwirtschaft, Ernährung und Ökologie

1.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme

Durch die Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (Juli 1979 in Rom) ist die Notwendigkeit einer verstärkten Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt noch einmal nachdrücklich unterstrichen worden. Projekte der ländlichen Entwicklung erfordern eine vergleichsweise lange Planung und Vorbereitung.

Im Bereich der pflanzlichen Erzeugung zielt die deutsche Förderungspolitik sowohl auf die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der EL ab, als auch auf die verstärkte Produktion von Verkaufserträgen für aufnahmefähige Märkte im In- und Ausland. Zielgruppe der deutschen Förderungspolitik sind die kleinbäuerlichen Betriebe. Durch Förderung von Kredit- und Beratungsdiensten, bessere Versorgung mit Produktionsmitteln (u. a. verbessertes Saat- und Pflanzgut), Erprobung angepaßter Mechanisierung und Entwicklung geeigneter Pflanzenschutzmethoden wird angestrebt, die Anbaumethoden zu intensivieren und zu verbessern.

Im Pflanzenschutz und in der Schädlingsbekämpfung wird ein besonderes Gewicht der Entwicklung umweltschonender Bekämpfungsmaßnahmen und der Klärung von Rückstandsfragen beigemessen.

Hauptgegenstand der deutschen Förderung der tierischen Produktion ist die Leistungsverbesserung (höhere Fleischleistung, Bekämpfung von Tierkrankheiten, höhere Reproduktion). Neuerdings richtet sich das Interesse in verstärktem Maße auch auf die kleinen Wiederkäuer (Schafe, Ziegen) sowie auf andere lokale Tierarten. Von besonderer Bedeutung bleibt noch auf absehbare Zeit die Bekämpfung der Rinderschlafrkrankheit (Trypanosomiasis) in Afrika. Die Internationale Agrarforschung sowie die Förderung der nationalen Agrarforschung der Entwicklungsländer wird für diese Bereiche grundlegend bleiben und eher noch an Bedeutung gewinnen. Die Bundesregierung hat sich daher in wachsendem Maße der Förderung der Agrarforschung angenommen.

In der Forstwirtschaft fördert die Bundesregierung verstärkt solche forstliche Projekte, die um Elemente der ländlichen Entwicklung angereichert worden sind. Damit entspricht sie der Rolle der Forstwirtschaft in EL, die nicht nur Nutzholz produzieren muß, sondern auf dem Lande wichtigster Energielieferant ist, Wasser und Böden schützt und damit die landwirtschaftliche Produktion und den ländlichen Lebensraum sichert.

In der Fischerei unterstützt die Bundesregierung die EL bei ihren Bemühungen, die durch Inanspruchnahme von 200-sm-Wirtschaftszonen neu gewonnenen Fischereiressourcen rationell zu nutzen.

Im Rahmen der öffentlichen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wurden den EL 1977 insgesamt

520,6 Millionen DM und 1978 insgesamt 414,0 Millionen DM für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei zugesagt. Dies entspricht im Durchschnitt der Jahre 1977/78 etwa 15 % der gesamten bilateralen Zusammenarbeit.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der 5. Sitzung des Welternährungsrates (September 1979 in Ottawa) unterstützt die Bundesregierung alle Anstrengungen der EL, den Ernährungsfragen höhere Priorität einzuräumen und nationale Ernährungssektorstrategien zu entwickeln. Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum wieder jährlich 25 Millionen DM für Projekte der Ernährungssicherung zur Verfügung gestellt. Damit werden in erster Linie der Aufbau und die Unterhaltung nationaler Getreidereserven gefördert.

Im notwendigen Umfang wird weiterhin Nahrungsmittelhilfe geleistet (vergleiche Tabelle 24 im Anhang VII), jedoch darf dies nicht zum Erlahmen der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer führen. Von ihnen muß der wesentliche Impuls zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung ausgehen. Im Rahmen des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens (FAC) liefert die Bundesregierung jährlich 148 000 t Getreide und finanziert ergänzende Maßnahmen. (Zum Beitrag an das Welternährungsprogramm siehe Seite 47 im Hauptteil.)

Der Schutz der natürlichen Ressourcen hat in den letzten Jahren in der Dritten Welt außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Vor allem in ökologischen Problemgebieten (z. B. Bergregionen, Trockengebiete, Regenwaldgebiete) hat die durch wachsenden Bevölkerungsdruck übermäßige Beanspruchung der Ökosysteme zur Entwaldung, zu Störungen des Wasserhaushalts und zu Erosionen sowie in Trockengebieten zur Entstehung von Wüste (Desertifikation) und zur Verknappung von Brennstoffen geführt. Derartige ökologische Schäden beeinträchtigen oft auch die benachbarten Regionen; z. B. wirken sich Ökosystem-Störungen im Himalaya über die von dort entwässernden Flußsysteme auf weite Landstriche Indiens, Pakistans und Bangladeschs aus.

Die Bundesregierung hat die zunehmende Bedeutung des Ressourcenschutzes zum Anlaß genommen, Maßnahmen zur Rehabilitierung und zum Schutz von Bergregionen und semiariden Gebieten zu fördern, um hier Erfahrungen für ein künftig verstärktes Engagement zu sammeln.

1.2 Projektbeispiele

a) Landwirtschaftlicher Beratungsdienst und Molkerei Myabisindu/Ruanda

In Ruanda wurde 1969 ein bilaterales Agrarprojekt begonnen, das eine Molkereiförderung und die Verbesserung des Veterinärdienstes zum Ziel hatte. Nach kurzer Projektlaufzeit gelangte man

zu der Auffassung, daß auch die Verbesserung der Futtergrundlage für das Milchvieh mit in die Projektförderung einbezogen werden sollte, was 1973 realisiert wurde. In der Folge zeigte sich, daß der Futterbau nicht isoliert betrieben werden konnte, sondern mit anderen Maßnahmen zur Verbesserung des traditionellen Pflanzenbaus verbunden werden mußte. 1975 wurde deshalb das Projekt erneut in seiner Zielsetzung erweitert. Insbesondere das Problem der Erosion und des Ressourcenschutzes spielt in dieser Projektphase eine bedeutende Rolle. Heute schließt es die Organisation der Milchsammlung und Vermarktung und den Tiergesundheitsdienst ebenso wie eine umfassende Anbauberatung mit dem Ziel der Erhaltung und Stabilisierung der Bodenfruchtbarkeit ein. Dazu gehört die Erprobung von Systemen des ökologisch angepaßten Landbaus, Vermehrung und Verteilung von Futterpflanzen und Forstpflanzen zur Eindämmung der Erosion, Verbreitung des Obstanbaus sowie die Förderung integrierter Viehhaltung. Demonstrationsflächen und Modellbetriebe sind mit Unterstützung des in Ruanda üblichen kommunalen Arbeitsdienstes geschaffen worden. Neuerdings sind auch Verarbeitungsanlagen für Rohzucker und Soja eingerichtet worden. Flankierend werden einheimische Beratungskräfte und Bauern ausgebildet.

Das geschilderte Vorhaben zeigt deutlich, daß isolierte Projekte mit einer sehr begrenzten Zielsetzung nur selten den Erfordernissen gerecht werden. Den häufig sehr komplexen Entwicklungserfordernissen im Agrarbereich entsprechen eher Projekte mit einem integrierten Ansatz.

Ferner gibt es für integrierte ländliche Entwicklung kein Modell, sondern in jedem Land, in jeder Region muß eine individuelle Lösung gefunden werden. Dies erfordert einen entsprechend höheren Planungs- und Vorbereitungsaufwand. Schließlich spielt bei dem Versuch, traditionelle Landnutzungsformen in intensivere Nutzungssysteme umzuwandeln, der Schutz der natürlichen Ressourcen eine sehr wichtige Rolle.

b) *Integrierte Sanierung eines Wassereinzugsgebietes/Nepal*

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung dringt die landwirtschaftliche Produktion in Nepal auf immer steilere Hänge, auf Grenzstandorte vor. Die Vermehrung des Viehbestandes und der zunehmende Bedarf an Brenn- und Nutzholz führen zu einer schnellen Zerstörung der Wälder und der natürlichen Vegetation. Störungen des Wasserhaushalts (abwechselnd Dürren und Sturzfluten) und Bodenverfrachtung durch Wind und Wasser sind die Folgen, nicht nur im entwaldeten Gebiet selbst, sondern in weiten angrenzenden Gebieten.

Das Projekt, das 1978 angelaufen ist, verfolgt das Ziel, durch eine sorgfältige Analyse der verschiedenen Ursachen der Erosion zu einer Strategie für ihre Bekämpfung zu gelangen, die alle wichtigen Faktoren erfaßt. Die Ausgangssituation der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft, die ethnologischen und

sozioökonomischen Verhältnisse sowie der nichtlandwirtschaftliche Bereich werden in einer sogenannten „base line study“ erfaßt. Gleichzeitig werden in Modellversuchen praktische Lösungsmöglichkeiten für bestimmte Probleme (z. B. Erosionsbekämpfung, Aufforstung, Fluß- und Bachregulierung) erprobt.

Sowohl die Problemanalyse als auch die parallel geschalteten praktischen Versuche sollen eine sichere Basis schaffen für die zweite Phase des Vorhabens, in der das gesamte Wassereinzugsgebiet des Tinao Khola (Projektgebiet) mit dem in der ersten Phase konzipierten und modellhaft erprobten Entwicklungsprogramm erfaßt werden wird. Ziel ist, die Land- und Viehwirtschaft zu integrieren und gleichzeitig den Druck auf die Vegetation zu verringern, um die Erosionen einzudämmen.

Dieses ungewöhnliche Vorhaben hat wegen seines multisektoralen Ansatzes bei allen Beteiligten zunächst große, vor allem administrative Schwierigkeiten hervorgerufen. Inzwischen sind diese Probleme jedoch weitgehend gelöst; ein wachsendes Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit auf der Seite des Partnerlandes sind unverkennbar. Man kann davon ausgehen, daß dieses Vorhaben wichtige Informationen über die Lösung ökologischer Probleme in Bergregionen liefern wird.

c) *Aufforstung/Obervolta*

Die Dürrekatastrophe 1973/74 im Sahel lenkte die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf das Ausmaß, das die Versteppung und Desertifikation südlich der Sahara bereits angenommen hatte. Zwar war die Komplexität der Ursachen den Fachleuten bereits bekannt; die unmittelbar nach der Katastrophe konzipierten Entwicklungsprogramme verfolgten jedoch noch den traditionellen, sektoralen Ansatz. Im konkreten Fall des Forstprojektes Obervolta waren nur rein forstliche Maßnahmen vorgesehen: Aufforstungen zur Produktion von Nutz- und Brennholz, Anlage von Baumschulen, forstliche Beratung (v. a. zur Schaffung einer besseren institutionellen Basis für eine geregelte Forstwirtschaft). Ziel des Projektes war, durch diese Maßnahmen den Druck auf die vorhandene Waldvegetation zu verringern und dadurch die Bodenerosion zu bekämpfen. Eine vorsorglich dem Projekt parallelschaltete projektbegleitende Forschung durch die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Hamburg, ergab im Laufe der Projektdurchführung (seit 1974), daß der Maßnahmenkatalog des Vorhabens für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Desertifikation zu eng gefaßt war. Entsprechend den bis 1978 erarbeiteten Ergebnissen der projektbegleitenden Forschung wurde die Basis des Vorhabens verbreitert: Neue Elemente (z. B. Holzverkohlungen, Entwicklung und Verbreitung eines angepaßten Ofentyps zur Einsparung von Brennholz, Erprobung von Modellen der Agro-Forstwirtschaft) werden dem Projekt angegliedert. Im Gegensatz zu dem Projekt in Nepal, das von Anfang an multisektoral geplant wurde, ist dieses Vorhaben erst im Laufe seiner

Durchführung zu einem umfassenderen Konzept gelangt. Das Projekt führte zu wertvollen Erkenntnissen darüber, welche Maßnahmenbündel notwendig sind, um über die Erhaltung und Restaurierung der Vegetation zu einer wirkungsvollen Bekämpfung der Desertifikation beizutragen. Ergebnis dieser Erfahrung wird sein, daß in Zukunft breiter angelegte forstliche Maßnahmen in dieser Region gefördert werden.

2 Energie

2.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme

In den letzten Jahrzehnten ist die Energieversorgung der EL zunehmend abhängiger vom Erdöl geworden (vgl. hierzu S. 10f.). Da sich die Vorteile des Energieträgers Öl bei den früher sehr niedrigen Ölpreisen voll auswirkten, hat die internationale entwicklungspolitische Zusammenarbeit, einschließlich der deutschen Entwicklungspolitik, im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit zunächst Kraftwerke und Transportsysteme auf Ölbasis gefördert.

Bei den inzwischen stark gestiegenen Ölpreisen kommt es wesentlich darauf an, daß die EL durch bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit bei der Nutzung ihrer eigenen Energiequellen verstärkt unterstützt werden. Zumindest innerhalb der nächsten 5–10 Jahre dürften wesentliche Entlastungen der Energiesituation der EL nur aus Investitionen bei konventionellen Energieträgern zu erzielen sein. Diesem Erfordernis trägt die Bundesregierung Rechnung. Zur Erschließung der Vorkommen an Kohlenwasserstoffen unterstützt sie neben Peru, Malaysia und Philippinen vor allem Burma und Bangladesch. Die Kohle spielte bisher nur bei wenigen EL eine zentrale Rolle, z. B. in Indien und in der Türkei, wo die Bundesrepublik Deutschland insbesondere größere Vorhaben des Abbaus und der Verstromung von Braunkohle fördert. Da viele EL über Kohlevorkommen verfügen, wird mit einem höheren Stellenwert der Kohle gerechnet. Große Reserven bestehen jedoch auch bei der Wasserkraft. Planung und Bau von Wasserkraftwerken stellen daher einen langfristigen Schwerpunkt der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit dar, der seit der Ölpreisexposition noch verstärkt worden ist.

Die Förderung des konventionellen Energiesektors ist bereits bisher ein wichtiger Bereich der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit den EL. Die Zusagen weisen eine steigende Tendenz auf: 1977 321 Millionen DM, 1978 417 Millionen DM, 1979 452 Millionen DM. Das sind rd. 15 % des Gesamtvolumens der FZ. 1980 ist eine weitere Verstärkung der Maßnahmen — auf rd. 680 Millionen DM — in diesem Sektor geplant.

Auch bei der Technischen Zusammenarbeit (TZ), mit der die Energieplanung, vorbereitende Untersuchungen, Durchführbarkeitsstudien und Ausbildungsmaßnahmen unterstützt werden, ist die Tendenz steigend, von 7 Millionen DM im Jahr 1977 auf voraussichtlich 25 Millionen DM im Jahr 1980, das sind rd. 3 % des Gesamtvolumens der TZ.

Die Energienachfrage in EL läßt sich besonders gut auch durch neue Technologien zur Nutzung nicht-

erschöpflicher Energiequellen befriedigen, vor allem in den weiten ländlichen Räumen, in denen der Energiebedarf noch relativ bescheiden ist. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß Maßnahmen in diesem Bereich erst langfristig zu Buch schlagen. Das große Angebot an nichterschöpflichen Energiequellen in EL fordert zu neuen technologischen Lösungen heraus. Neue Energieversorgungsmodelle können in EL — in jeweils unterschiedlichen Kombinationen — die in der Regel hohe Sonneneinstrahlung, das vielerorts regelmäßige Windaufkommen oder das große Angebot an Biomasse nutzen. Technologien der direkten thermischen und mechanischen Nutzung nichterschöpflicher Energiequellen werden gegenüber der Elektrizitätserzeugung leichter und eher eine wirtschaftliche Verbreitung finden.

Die Bundesregierung hat in ihren „Thesen für die Politik der Zusammenarbeit mit den EL“ vom 30. Mai 1979 beschlossen, ihr bisheriges Engagement auf dem Gebiet neuer Technologien zur Nutzung nichterschöpflicher und neuer Energiequellen im Rahmen eines besonderen Programms wesentlich zu verstärken. In den Jahren 1975 bis 1979 sind für insgesamt 42 Vorhaben mehr als 60 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Bei der Rahmenplanung für Finanzielle und Technische Zusammenarbeit im Jahre 1980 sind in Erfüllung obiger Zusage weitere Mittel in Höhe von mehr als 70 Millionen DM bereitgestellt worden.

Auch im Rahmen der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit EL werden Energietechnologien gefördert. Hierbei gewinnen die nichterschöpflichen Energiequellen zunehmend an Bedeutung. Im Jahr 1980 werden für nichtnukleare Energieforschung für EL insgesamt 35 Millionen DM bereitgestellt.

2.2 Projektbeispiele

a) Untersuchung kleiner und mittlerer Kohlevorkommen in Entwicklungsländern

Bisher nicht beachtete kleine und mittelgroße Kohlevorkommen von zumeist minderer Qualität könnten angesichts rasch steigender Ölpreise für eine Reihe von bisher nicht als Kohleproduzenten hervorgetretene EL neue Alternativen für die Deckung lokaler oder regionaler Energiedefizite eröffnen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wurde daher im Jahre 1978 mit einer Auswertung der vorhandenen Unterlagen beauftragt, um Prioritäten für Folgemaßnahmen zu identifizieren. Bisher wurden die Informationen über 40 EL ausgewertet.

In einer ersten Prioritätsgruppe wurden Länder eingestuft, die eine negative Energiebilanz aufweisen, über ein geringes Potential kurzfristig mobilisierbarer Alternativen zur Energieversorgung und über ein Potential an festen fossilen Brennstoffen in vertretbarer Entfernung zu den Verbrauchszentren verfügen. Zu dieser Gruppe zählen Haiti, Jordanien und Niger. Mit Anschlußvorhaben der Technischen Zusammenarbeit wurde in Haiti (Kohlebecken Maissade) und Jordanien (Olschiefernutzung) begonnen. Eine zweite Gruppe von Ländern, darunter Somalia, Mali,

Zentralafrikanische Republik und Malawi, zeichnet sich ebenfalls durch negative Energiebilanz und unzureichende alternative Energiequellen aus, weist aber bisher nur Indikationen von Kohlevorkommen auf. Anschließend Felduntersuchungen sollen die Nutzungsmöglichkeiten in Mali und Somalia konkretisieren.

Weitere 20 ölimportierende EL sollen in einer 1979 eingeleiteten Projekterweiterung auf ihr Kohlepotential untersucht werden, um weitere Ansatzpunkte für Felduntersuchungen auszuwählen.

b) *Energieplanung/Kolumbien*

Im Jahr 1975 begannen die Arbeiten an diesem ehrgeizigen Vorhaben, das u. a. auf Anregung der Weltbank an die Stelle isolierter Entscheidungen über einzelne Kraftwerke — so z. B. mehrere Kraftwerke auf Ölbasis im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in den Jahren 1970 bis 1974 — eine fundierte Ausbauplanung unter bevorzugter Berücksichtigung des großen Wasserkraftpotentials setzen sollte. Wichtigste Bestandteile waren ein Wasserkraftkataster, eine Ausbauplanung für Potentiale über 100 MW und Vorschläge für institutionelle Verbesserungen. Das Vorhaben wurde in enger Zusammenarbeit eines von der GTZ beauftragten Consultingteams mit kompetenten kolumbianischen Fachleuten unter Verantwortung des nationalen Planungsteams von Kolumbien begonnen. Der Mangel an ausreichend gesicherten hydrologischen Daten sowie organisatorische und personelle Schwierigkeiten auf kolumbianischer und deutscher Seite führten zu Verzögerungen und erheblichen Kostensteigerungen. Mit einem Aufwand von über 15 Millionen DM liegt nunmehr jedoch eine gesicherte, auf kolumbianischer und internationaler Seite anerkannte Entscheidungsgrundlage für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung vor. Neben Durchführbarkeitsstudien für vordringliche Wasserkraftprojekte beantragte die kolumbianische Regierung nunmehr eine Erweiterung der Planungsberatung auf die ganze Bandbreite aller Energieträger (einschließlich Kohle, neue und erneuerbare Energiequellen). Damit wird im Jahr 1980 begonnen.

Gemeinsam mit der Weltbank wurde aus Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit (80 Millionen DM) eine 500 KV-Verbundleitung zwischen den Wasserkraftwerken im Hochland und der Karibikküste finanziert, um weitere sonst erforderliche Ölkraftwerke einzusparen und somit der veränderten Energiesituation Kolumbiens — seit 1974 Nettoölimporteur — auch im Bereich der Investitionen Rechnung zu tragen.

c) *Solares Kühlhaus in der Test- und Anpassungsphase/Ägypten*

In Kairo wurde im Rahmen eines technologischen Pilotprojektes des BMZ gemeinsam mit dem Sonnenenergielabor des ägyptischen Nationalen Forschungszentrums ein solares Kühlhaus errichtet. Zur Zeit wird der Betrieb dieses Kühlhauses erprobt. Mit den gewonnenen Erkenntnissen sollen

in nächster Zeit Kühlhäuser in verbesserter Weise errichtet werden, die einen Betrieb ausschließlich mit Sonnenenergie ermöglichen. In dem Kühlhaus in Kairo kann ein Warenvolumen von 10 m³ bei einer Temperatur von + 3° C gelagert werden. Dabei wird bei Tag durch die Sonne so viel Kühlleistung erzeugt, daß auch nachts diese niedrige Temperatur gehalten werden kann.

d) *Windkraftanlagen in der Auswahlphase/Haiti*

Im Nordosten Haitis wird eine Reihe verschiedener Windpumpsysteme errichtet. Diese Windmühlen sollen Grundwasser für die Trinkwasserversorgung und Flußwasser zur Bewässerung der Felder fördern. Die Bewässerungslandwirtschaft leidet besonders unter den steigenden Ölpreisen. Dieselmotoren fallen wegen Treibstoffmangels oft aus. Die Windmühlen sollen zunächst schon vorhandene Dieselpumpen entlasten.

Ziel des Projektes ist die Auswahl der für die Verhältnisse in Haiti am besten geeigneten Windmühle. Unterschiedliche Windpumpsysteme im niedrigsten Leistungsbereich, etwa 1 KW bei geringer Windgeschwindigkeit, wurden ausgewählt. So werden ein klassisches amerikanisches Windrad, eine Segelwindmühle mit neuartigen Auftriebsflügeln und eine Dreiecksegelwindmühle aus dem Mittelmeerraum erprobt. Fast alle deutschen Hersteller dieses Leistungsbereichs werden mit einem Typ vertreten sein.

In einer Montagewerkstatt, die im Zuge des Projekts eingerichtet wird, soll später der ausgewählte Typ in kleinen Serien montiert werden. Dabei ist die Beteiligung eines deutschen Herstellers denkbar.

e) *Biomassenutzung in der Vorbereitungsphase/Kamerun*

In Kamerun wird zur Zeit versucht, zwei unterschiedliche Arten der Energiegewinnung aus Biomasse zu verbreiten. Es sind dies die Verfahren der Biogasgewinnung und der Pyrolysegasgewinnung (Holzgas).

Biogasanlagen sollen mit einfachen Mitteln in Kamerun gebaut werden. In erster Linie sollen sie tierische und menschliche Abfälle, aber auch sonstige organische Materialien verwerten. Unter Abschluß von Luft wird dieses organische Material auf biologischem Wege durch Methanbakterien abgebaut. Dabei entsteht eine Mischung aus Methangas und Kohlendioxyd, bekannt als Biogas. Außerdem entsteht ein Schlamm, der weitgehend keimfrei wegen seines Nährstoffreichtums als organischer Dünger verwendet werden kann. Biogas kann genutzt werden zum Kochen, Beleuchten und Kühlen. In Indien und China hat diese Technologie, die vor über 50 Jahren in Deutschland erstmals in Kläranlagen angewendet wurde, eine weite Verbreitung gefunden. Rund um Duala, der größten Hafenstadt des Landes, sollen ebenfalls zahlreiche Biogasanlagen entstehen.

Die Biogastechnologie ist ein typisches Beispiel für die Möglichkeit der Technischen Zusammenarbeit zwischen EL. Um diese zu fördern, wurde

vom 16. bis 20. Mai 1979 in Bremen ein Internationaler Biogasworkshop veranstaltet, bei dem ein von indischen und deutschen Biogasexperten erarbeitetes umfangreiches Handbuch vorgestellt wurde.

Das Projekt zur Vorbereitung von Pyrolysegas-Generatoren zielt auf die Nutzung von verholzten Rest- und Abfallstoffen zur Energieerzeugung ab. Solche verholzten Materialien kommen in Kamerun, aber auch in vielen anderen EL, in großer Menge vor. Bei der Rodung von Urwald fallen große Mengen Abfallholz an. Aber auch Kokosnußschalen, Erdnußschalen, Baumwollstengel, Gras, Bagasse und Maisstroh (letzteres zu Briketts gepreßt), können genutzt werden. In Kamerun wird mit einem Pyrolysegasgenerator demonstriert, wie diese Materialien zur Stromerzeugung verwendet werden können. Eine deutsche Firma, die das während und nach dem 2. Weltkrieg angewandte Verfahren der Holzvergasung aufgegriffen und stark verbessert hat, lieferte die Anlage. Zahlreiche Anfragen aus EL liegen mittlerweile vor.

3 Industrie

3.1 Entwicklungspolitische Zielsetzung, Probleme

Entsprechend ihrer Haltung zu den Beschlüssen der zweiten Generalkonferenz der VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Lima 1975 unterstützt die Bundesregierung die Entwicklungsländer beim Auf- und Ausbau der verarbeitenden Industrie. Im Rahmen der öffentlichen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wurden den EL 1977 insgesamt 365,9 Millionen DM und 1978 insgesamt 548,5 Millionen DM für den Bereich Industrie, einschließlich Bergbau, zugesagt. Dies entspricht im Durchschnitt der Jahre 1977/78 etwa 14 % der gesamten bilateralen Zusammenarbeit.

Dieser Zusagerahmen, dessen Erweiterung — wirtschaftlich sinnvolle Projekte vorausgesetzt — diskutabel erscheint, ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu werten, daß die Unterstützung der EL beim Aufbau ihrer Industrie wesentlich durch eine Zusammenarbeit mit der privaten deutschen Wirtschaft erfolgt.

Es dürfte wohl kaum erreichbar sein, bis zum Jahre 2000 den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion auf 25 % (von z. Z. etwa 10 %) zu steigern. Für das kommende Jahrzehnt kann jedoch mit hohen Zuwachsraten der Industrieproduktion gerechnet werden. Diese setzen allerdings nicht nur einen beträchtlichen Zustrom von ausländischem Kapital, sondern auch ein günstiges Investitionsklima voraus. Durch Kontinuität in der Gesetzgebung und im wirtschaftspolitischen Handeln sowie durch eine klare Abgrenzung von staatlichem und privatem Industriesektor können die EL die entscheidenden Voraussetzungen für den Zufluß von Kapital und technischem Know-how verbessern.

Die Bundesregierung unterstützt mit öffentlichen Mitteln vorrangig die Bildung von Klein- und Mittelbetrieben, die Industrialisierung ländlicher Regionen und die Beseitigung von Absatz- und Kreditengpäs-

sen sowie die industrielle Berufsbildung. Ferner wird das Meß-, Normen- und Materialprüfwesen ausgebaut. Die Bundesregierung bietet verstärkt Beratung auf dem Gebiet der Auswahl geeigneter Technologien an. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat mit GATE (German Appropriate Technology Exchange) eine spezielle Informationsstelle geschaffen. Schließlich stellt die Bundesregierung Entwicklungsbanken Mittel zur Verfügung, insbesondere zur Förderung industrieller Infrastrukturmaßnahmen und der Klein- und Mittelindustrie.

Die Bundesregierung wird auch künftig alle vertretbaren Anstrengungen unternehmen, die Entwicklungsländer bei ihren Bestrebungen um Industrialisierung zu unterstützen.

3.2 Projektbeispiele

a) Düngemittelfabrik Abuqir/Ägypten

Ägypten hat einen hohen Einfuhrbedarf für Stickstoff-Düngemittel, nachdem durch den Bau des Assuân-Dammes die Nilschlamm Düngung weggefallen ist. Auf Antrag der ägyptischen Regierung leistet die Bundesregierung deshalb Unterstützung bei der Errichtung einer Harnstoff-Düngemittelfabrik von 500 000 t Kapazität jährlich.

Als Rohstoff dient einheimisches Erdgas. Der Dünger soll im Nildelta verteilt werden, während die Produktion der zweiten großen, im Bau befindlichen Fabrik in Talkha — von der Weltbank finanziert — für Mittelägypten bestimmt ist.

Das Vorhaben führt zu erheblichen Devisenersparnissen und sichert einen wesentlichen Teil des Düngemittelbedarfs. Außerdem werden Rohstoffvorkommen (Erdgasfeld Abuqir) einer sinnvollen Nutzung zugeführt. Die in Devisen anfallenden Investitions- und Anlaufkosten des Projekts belaufen sich bisher auf ca. 300 Millionen DM. Daran hat sich die Bundesregierung durch Darlehen in Höhe von insgesamt 149,2 Millionen DM beteiligt. Außerdem sind 119,0 Millionen DM verbürgte Exportkredite für das Projekt eingesetzt worden.

Im September 1979 hat die Fabrik die Produktion aufgenommen. Für die Betreuung der Anlage sind in der Anlaufphase ausländische Fachkräfte erforderlich. Anlaufschwierigkeiten beim Abtransport des Düngers werden nicht auszuschließen sein.

b) Deutsch-koreanisches Berufsbildungszentrum Busan, Korea (Rep.)

In der Ausbildungsstätte werden seit 1973 jährlich 190 Jugendliche internatsmäßig in einer 2 bis 2½-jährigen Ausbildung zu Facharbeitern in Metall- und Elektroberufen ausgebildet. Daneben werden in Abendkursen Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene angeboten. Die Jugendlichen stammen, obgleich Busan eine Großstadt mit 2,7 Millionen Einwohnern ist, etwa zur Hälfte aus bäuerlichen Familien. Das väterliche Einkommen entspricht bei knapp Zweidritteln der Auszubildenden maximal dem eines ungelernten Arbeiters (360 DM/Monat). Die Ausgebildeten erreichen ein

Anfangseinkommen von 410 DM/Monat und verdienen nach ca. sechs Berufsjahren entsprechend der Arbeitsmarktlage etwa 750 DM/Monat. Beschäftigungsschwierigkeiten bestehen nicht. Für einen Ausbildungsplatz bewerben sich aufgrund der günstigen Einkommensmöglichkeiten durchschnittlich neun Bewerber.

Die Kosten für einen zweijährigen Ausbildungsgang belaufen sich auf etwa 6 800 DM je Ausgebildeten, die Investitionskosten je Ausbildungsplatz (ohne deutsche Personal- und Counterpart-Ausbildungskosten) auf 27 500 DM. Für den Ausgebildeten persönlich zahlt sich die Berufsausbildung im Vergleich zur Aufnahme einer ungelernten Tätigkeit ab dem vierten Jahr nach Ausbildungsabschluß aus. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann davon ausgegangen werden, daß die Ausbildungskosten sechs Jahre nach Ausbildungsende amortisiert sind.

Die gesamten investiven Ausgaben für das Projekt betragen 18,3 Millionen DM. Davon wurden deutscherseits 12,1 Millionen DM (einschließlich Counterpart-Ausbildung) aufgebracht. Die laufenden Kosten (1,2 Millionen DM pro Jahr) werden vom koreanischen Partner getragen. Die z. T. in der Bundesrepublik Deutschland fortgebildeten koreanischen Ausbilder führen das Projekt, das 1977 übergeben wurde, jetzt selbständig weiter.

c) *Industrial Finance Corporation of India (IFCI) und Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI)*

Im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung in vielen EL die dortigen Entwicklungsbanken. So hat sie zum Beispiel der indischen Regierung bisher insgesamt 337 Millionen DM zur Weiterleitung an die vorgenannten Banken als Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Entwicklungsbanken verwenden diese Darlehen insbesondere zur Finanzierung von Investitionen kleiner und mittlerer privater Betriebe mit einer Bilanzsumme bis zu 23 Millionen DM und einem Umsatz bis zu 46 Millionen DM. Die Banken orientieren ihre Aktivitäten an den Entwicklungsprioritäten der indischen Regierung; so sind fast die Hälfte der Projekte der IFCI mittelbar dem Agrarsektor zuzurechnen (Produktion landwirtschaftlicher Inputs, Verarbeitung von Agrarprodukten). Etwa die Hälfte der Mittel floß in besonders rückständige Gebiete. In den letzten drei Jahren wurde die Schaffung von 118 000 Arbeitsplätzen finanziert. Beide Institutionen leisten Ausbildungsarbeit für eigenes Personal und das der Kreditnehmer, fördern die technische Beratung der Kreditnehmer und stellen Kleinunternehmen finanzielle Mittel zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung. Zum Beispiel unterstützte die IFCI das Management Development Institute, die Technical Services Organisation und die Risk Capital Foundation, die Kleinunternehmen zinslose beteiligungsähnliche Darlehen gewährt.

4 Projektbeispiele zu grundbedürfnisorientierten Maßnahmen und zur Förderung der Frau
(zur Förderungspolitik siehe S. 28 ff.)

a) *Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für die „Pueblos Jóvenes“ von Lima/Peru*

Bei dem seit 1976 mit einem Darlehen der Finanziellen Zusammenarbeit von 30 Millionen DM finanzierten Programm der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für die „Pueblos Jóvenes“ von Süd-Lima (einfache Stadtrand-Ansiedlungen) lassen sich bereits während der Bauphase positive sozioökonomische Wirkungen feststellen.

Bei den Arbeiten wird die zu begünstigende Bevölkerung beteiligt. Ihre Mitarbeit erfolgt gegen Bezahlung durch die beauftragten Bauunternehmer zum gesetzlichen Mindestlohn, wodurch wenigstens zeitweise ein Minimum-Einkommen zum Unterhalt vieler Familien erzielt wird. Damit wird auch eine Identifikation der Bevölkerung mit den Maßnahmen herbeigeführt. Die mitfinanzierten Einrichtungen (darunter mehr als 40 000 Hausanschlüsse) dürften von etwa 450 000 Einwohnern genutzt werden.

Bei Einordnung in die entwicklungspolitischen Prioritäten des Landes ist allerdings zu bedenken, daß ein solches Programm naturgemäß nicht vorbeugend zu einer Vermeidung von Landflucht bzw. zur Nutzung von Entwicklungsmöglichkeiten in bisher vernachlässigten/zurückgebliebenen Landesteilen beiträgt, sondern lediglich bisher eingetretenen Realitäten Rechnung trägt. Bei geeigneten Rahmenbedingungen (z. B. bessere landwirtschaftliche Einkommens- und damit auch Entwicklungsmöglichkeiten über höhere Preise) und über gezielte öffentliche Investitionsprogramme ließe sich zwar erreichen, daß die Entwicklung anderer Landesteile erfolgreicher verläuft und damit die Landflucht und die Entstehung von Elendssiedlungen sich vermindert, eine damit verbundene Verteuerung der Grundnahrungsmittel in den Städten dürfte innenpolitisch allerdings nur schwer und allmählich durchsetzbar sein.

b) *Siedlungsprogramm für untere Einkommenschichten in South Lunzu, Blantyre/Malawi*

Die malawische Regierung erwartet, daß die rasch wachsende Einwohnerzahl von Blantyre zur Bildung umfangreicher Slumgebiete führt. Seit 1972 führt die Malawi Housing Corporation daher im Auftrag der malawischen Regierung in South Lunzu, einem nördlich des Stadtzentrums von Blantyre gelegenen Gelände, ein Siedlungsprogramm durch: Etwa 20 000 Grundstücke sollen für rd. 100 000 Einwohner erschlossen, mit der nötigen technischen und sozialen Infrastruktur versehen und an das örtliche Straßennetz angebunden werden. Die Grundstücke werden Interessenten zur Verfügung gestellt, die ihre Häuser in voller Eigenleistung erstellen.

Im Rahmen des deutschen FZ-Projektes werden zusätzlich 5 100 Parzellen bebaut. Auf diesen Par-

zellen kann bei durchschnittlich fünf Personen je Grundstück etwa ein Viertel der zu erwartenden Einwohnerzahl von South Lunzu untergebracht werden. Die Grundstücke haben eine maximale Größe von rd. 370 Quadratmetern. Wohnwege und Wohnstraßen werden angelegt. Die Wasserversorgung der Bevölkerung erfolgt durch Verkaufskioske, die nicht weiter als 400 Meter von jedem Grundstück entfernt sind. Jedes Grundstück wird mit einem Trockenabort versehen. Ferner wird eine rd. 10 Kilometer lange bituminierte Straße als Hauptzubringer nach Lima und Blantyre finanziert.

Zielgruppe des Siedlungsprogramms South Lunzu sind Haushalte mit einem Jahreseinkommen unter 1 350,— DM, für die Häuser mit in Blantyre üblichen Jahresmieten von mehr als 350 DM zu teuer sind. Die gegenwärtigen Wohnverhältnisse dieser Zielgruppe genügen den einfachsten Anforderungen nicht. Für das Projekt wurde ein Kredit in Höhe von 9,4 Millionen DM bereitgestellt, der in der Zwischenzeit in einen Zuschuß umgewandelt wurde.

c) *Regionalentwicklung in der Northwest-Provinz Sambias*

Mit dem Projekt wird die Belegung der wirtschaftlichen Aktivitäten in der bisher stark zurückgebliebenen Northwest-Provinz Sambias und deren Integration in die Gesamtwirtschaft des Landes angestrebt. Damit soll zugleich ein Beitrag zur Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in der Region geleistet und der derzeitigen Landflucht entgegengewirkt werden. Diese Ziele sollen durch die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, die Ansiedlung von Verarbeitungsbetrieben, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Dienstleistungen, die Förderung des lokalen Handwerks sowie die Beseitigung infrastruktureller Engpässe erreicht werden.

Im Rahmen des seit 1977 laufenden, zunächst auf den Kabompo-Distrikt beschränkten Projektes sind bis zu acht Fachkräfte entsandt worden, die in Anlehnung an die sambische regionale Entwicklungsplanung in der Northwestprovinz einen Operationsplan erstellt haben, der mit Hilfe eines Verfügungsfonds aus TZ-Mitteln und möglichst starker Selbsthilfekomponente realisiert werden soll. Die Förderungsmaßnahmen sollen dabei vor allem an schon bestehende lokale Initiativen anknüpfen.

In der Landwirtschaft besteht die Zielgruppe aus ca. 10 000 Klein- und Kleinstbetrieben, die zum Teil auch Bienenzucht und Fischerei betreiben. Gegenwärtig wird durch einen Kurzzeitexperten eine vertiefte Untersuchung der Struktur sowie der Bedürfnisse dieser Zielgruppe durchgeführt. Das bisher bestehende staatliche Vermarktungs- und Kreditsystem erfaßt diese Betriebe nicht, die deshalb auf dem Subsistenzniveau verharrten. Förderungsmaßnahmen sind landwirtschaftliche Beratung und Ausbildung, der Bezug landwirtschaftlicher Produktionsmittel, die Bereitstellung von Kredit sowie die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Es ist vorgesehen, daß sich

jeweils zehn bis fünfzehn Betriebe auf freiwilliger Basis in Selbsthilfegruppen zusammenschließen, die einen Teil dieser Funktionen auf Dorfebene übernehmen sollen. Die Produktion von Gebrauchsgütern und landwirtschaftlichen Geräten durch das ländliche Handwerk soll vor allem durch die Förderung von Handwerker-genossenschaften gesteigert werden.

Für das Projekt wurden bisher rd. 16 Millionen DM bereitgestellt. Zur Verstärkung der Wirkungen des Projekts sind flankierend mehrere FZ-Projekte im Bereich der Infrastruktur auf die Northwest-Provinz konzentriert worden. Der dafür bereitgestellte Gesamtbetrag beläuft sich auf 56 Millionen DM.

d) *Pilotvorhaben zur Förderung der Frauen in der Kerak-Region/Jordanien*

Bei dem Vorhaben handelt es sich um die Erarbeitung einer Studie über die zukünftige Förderung der Frauen in der Kerak-Region in Jordanien einschließlich der Planung und Durchführung von Folgemaßnahmen. Infolge der Abwanderung männlicher Arbeitskräfte in benachbarte Länder hat sich die ökonomische und soziale Situation der Frauen und Kinder in der ländlichen Kerak-Region zunehmend verschlechtert. Weitgehend allein auf sich gestellt sind Frauen vor Ort für die Versorgung der Familie zuständig.

Da bislang keine zuverlässigen Informationen über diese Region vorliegen, ist eine Studie zur Identifizierung konkreter Projektansätze in Auftrag gegeben worden. Die Studie soll durch eine Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten die Beschäftigungsgrundlagen in den Bereichen Gemeindeentwicklung, Kleinhandwerk und Nahrungsmittelproduktion erfassen und als Ergebnis der Analyse Beschäftigungs- und Einkommensfelder aufzeigen. Die Maßnahmen sollen in erster Linie Frauen zugute kommen, die bislang weder eigene Einkommensmöglichkeiten hatten noch von anderer Seite ausreichend versorgt wurden.

Die Untersuchung wird von dem jordanischen Institut für Sozialarbeit durchgeführt. Das Projekt ist auf eine Initiative der jordanischen Regierung zurückzuführen und eine Reaktion auf das verstärkte Engagement der Bundesrepublik Deutschland in frauenrelevanten Bereichen.

e) *Pilot-Projekt mit spezifischer Grundbedürfnisausrichtung in Sri Lanka*

Für dieses Projekt hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1979 2,6 Millionen DM sowie Gegenwertmittel (aus Mineraldüngertiefen) in Höhe von 1,2 Millionen DM bewilligt. Ziel des Projektes ist es, die ärmeren Teile der Bevölkerung einer Projektregion durch Hilfe zur Selbsthilfe in die Lage zu versetzen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Besonderheiten des Vorhabens sind:

— Ausschließliche Ausrichtung auf die von den Betroffenen selbst als dringend empfundenen Bedürfnisse, deren Feststellung Bestandteil des Projekts ist.

- Enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Bevölkerungsteilen, Behörden und Selbsthilfeorganisationen in jeder Projektphase, d. h. von der Feststellung der Bedürfnisse bis zur Identifizierung und Durchführung von Projektmaßnahmen und Eigenanstrengungen.
- Die Maßnahmen-Identifizierung ist Projektbestandteil.
- Mit der Durchführung erster Maßnahmen braucht nicht bis zum Vorliegen eines Gesamtprogramms gewartet zu werden.
- Praxisnähe und administrative Flexibilität durch Delegation von Entscheidungsbefugnissen in das Projekt.

Der Entwurf der Projektvereinbarung liegt der Regierung von Sri Lanka vor.

f) Umsiedlungsprojekt/Obervolta

Das folgende Beispiel soll verdeutlichen, wie wichtig die verstärkte Berücksichtigung sozialer Fragestellungen gegenüber rein ökonomischen Gesichtspunkten ist.

Im Rahmen eines großen Umsiedlungsprojekts der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurden in Familien, die bislang primär Selbstversorger waren, Land sowie die dazu erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung gestellt, um Grundnahrungsmittel und Marktfrüchte anzubauen.

Sehr bald stellte sich heraus, daß viele Frauen mit den neuen Lebensbedingungen unzufrieden waren und mit ihren Kindern in die alten Dörfer zurückfahren wollten.

Eine Studie zeigte, daß der ökonomische Erfolg des Projekts zunächst unbestritten war, sich aber gleichzeitig die Lebensbedingungen von Frauen und Kindern verschlechtert hatten. Dies war primär darauf zurückzuführen, daß sich für Frauen trotz Mehrarbeit durch eine vergrößerte landwirtschaftliche Nutzfläche eine gravierende Einkommensverminderung ergeben hatte. Darüber hinaus wurde die ungenügende Infrastruktur im neuen Siedlungsgebiet, was z. B. Mühlen, Brunnen, Märkte und Entbindungsstationen betraf, kritisiert. Alle Frauen besaßen nämlich vor der Umsiedlung ein eigenes Feld, das sie zusätzlich zu den Arbeiten, die sie auf dem Familienfeld zu verrichten hatten, bewirtschafteten. Viele der Frauen betrieben darüber hinaus nebenbei Kleintierhaltung und stellten handwerkliche Produkte her sowohl für Eigenbedarf als auch für den lokalen Markt. Dies sicherte ihnen ein kleines, aber regelmäßiges Einkommen. In den neuen Dörfern hatten die Frauen keine eigenen Felder mehr, mußten aber auf den viel größeren Familienfeldern intensiver mitarbeiten, was ihnen weniger Zeit für landwirtschaftliche Nebenarbeit (z. B. Handwerksarbeit) ließ. Da ihnen die wirtschaftliche Basis eines selbständigen Einkommens entzogen war, wuchs ihre Abhängigkeit von den Männern. Letztere bestanden jedoch darauf, daß die Frauen ihre traditionellen Aufgaben (z. B. Kauf von Medikamenten) nach wie vor auch

finanziell erfüllen. Gleichzeitig investierten die Männer ihr erhöhtes Einkommen nicht selten in Luxusgüter.

Um das Projekt vor einem Mißerfolg zu bewahren, ergriff die Projektleitung noch rechtzeitig eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehörten die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, landwirtschaftliche Beratungsprogramme, um Frauen eine ökonomische Einteilung von Zeit und Kraft nahezubringen und — als wichtigste Maßnahme — die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Nutzflächen ausschließlich für Frauen.

Die Unkenntnis der Projektverantwortlichen über die traditionelle Rolle der Frau und der Zwang, unter allen Umständen die Produktionsziele zu erreichen bei maximalem Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, was den Nebenerwerb der Frauen (Kleintierhaltung, Handwerk, Vermarktung) blockierte, hätten bei fehlender Projektanpassung nicht nur eine Verschlechterung der Familiensituation zur Folge gehabt. Letztlich hätte die Abwanderung der Frauen die ökonomische Rentabilität des Projekts in Frage stellen können.

5 Beispiele zur Inspektion und Evaluierung

a) Inspektion „Integrierte Experten als Instrument der deutschen Entwicklungspolitik“

Mit dieser Anfang 1979 abgeschlossenen Untersuchung wurde die Serienuntersuchung über Formen der personellen Zusammenarbeit mit EL fortgesetzt.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß das Instrument des integrierten Experten einen wirksamen Beitrag zur Deckung des Bedarfs der EL an qualifizierten Arbeitsleistungen erbringt, wenn die entwicklungspolitische Relevanz des Einsatzes durch eine klare Aufgabenstellung des Experten in der arbeitgebenden Institution gewährleistet ist. Das Ergebnis der Analyse der Wirksamkeitsbedingungen ist, daß bei dieser Voraussetzung grundsätzlich kein Unterschied zum entsandten Experten besteht, daß als Vorteile die geringeren Kosten, die geringere administrative Belastung und die Förderung der Eigenständigkeit des Partners anzusehen ist. Das Instrument, so die Empfehlung des Untersuchungsberichts, sollte als ergänzende Maßnahme der personellen Hilfe bei genauer Prüfung der jeweiligen entwicklungspolitisch relevanten Einsatzmöglichkeit des Experten weiter ausgebaut werden.

Die Erkenntnisse aus der Untersuchung haben das BMZ Mitte 1979 veranlaßt, eine Anschlußuntersuchung über Art und Ausmaß der funktionalen Einbindung entsandter Fachkräfte zu veranlassen und damit die Serienuntersuchung über die personelle Hilfe abzuschließen.

Es handelt sich dabei um Fachkräfte, die in die arbeitgebende Institution des Partnerlandes voll integriert sind, jedoch arbeitsvertraglich mit der Entsende-Institution verbunden bleiben.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung, deren Ergebnisse im Frühjahr 1980 erwartet werden, steht die Frage: Welche Formen und welche Wirksamkeitsvoraussetzungen lassen sich für den Einsatz entsandter funktional integrierter Experten identifizieren und wie muß das Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumentarium verändert werden, um die Effizienz dieses Expertentyps zu steigern?

Den Hintergrund dafür bildet die sich immer deutlicher abzeichnende Tendenz in den Ländern der Dritten Welt vom klassischen Projekt mit „Vollsteuerung“ zu einem Projekttyp der Technischen Hilfe, bei dem die Projektziele von der entsendenden Stelle weder ergebnisorientiert quantifiziert noch konkret beschrieben werden können, bzw. bei dem die Zieldefinition wesentlich über das hinausgeht, was mit Hilfe des deutschen Beitrags erreicht werden kann.

Aus dem Vergleich zwischen dieser Studie und der Studie über die vertragsintegrierten Experten erwartet das BMZ einen verbesserten Katalog von Kriterien für die Bestimmung des optimalen Einsatzes von Mitteln der personellen Hilfe.

b) *Evaluierung der deutschen Hilfe an Senegal*

Im Jahre 1979 hat das BMZ in seiner Inspektionsarbeit das Untersuchungsfeld erweitert: Über die Evaluierung von Projekten und über bestimmte Formen und Instrumente der Hilfe in Einzel-, Serien- oder Querschnittsuntersuchungen hinaus wird erstmalig das gesamte Hilfeprogramm an ein EL einer Prüfung unterzogen.

Ein aus Sachverständigen unterschiedlicher Fachrichtungen zusammengesetztes Team geht der Frage nach, welche Wirkung die Projekte der deutschen Hilfe auf die sozio-ökonomische Entwicklung des Senegal seit Beginn der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (1960) hatten und welche Rolle dabei die verschiedenen Hilfeinstrumente und -formen gespielt haben. Die aus bisherigen Untersuchungen gewonnenen methodischen Erfahrungen werden dabei berücksichtigt.

Im Vordergrund dieser Inspektion steht die Prüfung der Signifikanz der deutschen Hilfemaßnahmen (einschließlich der der Zuwendungsempfänger), jeweils bezogen auf einen bestimmten Sektor oder ein bestimmtes Entwicklungsprogramm der senegalesischen Regierung.

Weiterhin soll die Effektivität der Maßnahmen (Methoden und Arbeitsweisen der Planung, Durchführung und Kontrolle der Maßnahmen einschließlich der administrativen Abwicklung) Gegenstand der Untersuchung sein, wobei jedoch nur die Projekte mit besonders hoher entwicklungspolitischer Relevanz eingehend geprüft werden.

Das BMZ erwartet aus dieser ersten Länderprogramm-Evaluierung neben konkreten Vorschlägen für die künftige senegalesisch-deutsche Zusammenarbeit auch Hinweise auf eine Verbesserung der Kriterien länderbezogener Hilfeprogrammierung und des Einsatzes und der Koordination des Hilfeinstrumentariums.

Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit eines Vergleichs mit der EG-Hilfe, die zur Zeit im Senegal ebenfalls einer Überprüfung nach den gleichen Untersuchungskriterien unterzogen wird.

c) *Liste der 1977 und 1978 durchgeführten Projektinspektionen und -evaluierungen*

1. Inspektionen

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung des Projektes	Land
1	Bekämpfung der Wasserschnecke	Sudan
2	Beratung der Forst- und Holzwirtschaft Südsudan	Sudan
3	Mitarbeit von Entwicklungshelfern des DED	Botsuana
4	Lagerstätten-Exploration Apolo	Bolivien
5	Sachverständigengruppe für Bergbauplanung Lima	Peru
6	Fernmeldewesen	Korea
7	Auf- und Ausbau des Rundfunks Sana'a	Jemen
8	Beratung der Zellstofffabrik Sylhet	Bangladesch
9	Landwirtschaftliche Entwicklung des Staates Amazonas	Brasilien
10	Fernmeldesachverständige bei ANTELCO	Paraguay
11	Integrierte Experten als Instrument der deutschen Entwicklungspolitik	
12	Querschnittsanalyse Massenmedien	Überregional

2. Evaluierungen

13	Berater für Tourismus Nairobi	Kenia
14	Ausbildung von Journalisten durch die Friedrich-Naumann-Stiftung	Tunesien
15	Querschnittsanalyse Industrieentwicklung (I) + (II)	Afrika
16	Gesellschaftspolit. Beraterprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung	Afrika
17	Förderung der Erwachsenenbildung der Communication Foundation for Asia durch die Konrad-Adenauer-Stiftung	Philippinen
18	Gewerbeförderung in Zusammenarbeit mit dem „Metal Industry Research and Development Centre (MIRDC)“	Philippinen
19	Entsendung von Hydrogeologen und Geologen zur ESCAP/Bangkok	Thailand
20	Regionalplanung Santa Cruz	Bolivien
21	Ausbau des Rundfunks	Obervolta
22	Ausbau des Rundfunks Kigali	Ruanda
23	Ausbau des türkischen Fernsehens (Verlaufskontrolle)	Türkei
24	Nationales Studien- und Entwicklungsbüro (Société d'Etudes pour le Développement de l'Afrique — SEDA —)	Kamerun

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung des Projektes	Land
25	Landwirtschaftsschule Mushweshwe	Zaire
26	Beratung des Metal Industry Development Centre, Bandung	Indonesien
27	Saatgutvermehrungszentrum Soropadan	Indonesien
28	Fernsehausbildungsstätte Djakarta	Indonesien
29	Hörfunkausbildungsstätte Djakarta	Indonesien
30	Beratung der Maritime Industry Authority — MARINA —	Philippinen

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung des Projektes	Land
31	Querschnittsanalyse Land- technik	—
32	Herausgabe wiss. Fachtexte für Wissenschaftler in Ent- wicklungsländern	
33	Review Mission ECA — African Training and Research Centre for Women/Athiopien und Exkurs zu Möglichkeiten der Frauenpolitik in Tansania, Sambia und Kenia	Überregional

IV. Übersicht über die bilaterale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Entwicklungsländern

Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit rd. 90 Staaten der Dritten Welt. Sie enthält folgende Angaben:

1. Zugehörigkeit zu bestimmten Ländergruppen (LLDC, MSAC, AKP, OPEC, OECD);
2. Schwerpunkte der Zusammenarbeit;
3. Außenhandel des Landes mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1978;
4. Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland. Die Positionen dieser Rubrik enthalten folgende Angaben:

- Letzte Regierungszusagen (Jahreszahl) für Finanzielle Zusammenarbeit (FZ), für staatliche Technische Zusammenarbeit (TZ) und für sonstige Zusammenarbeit (sonst. Z = Mittel für Projekte deutscher nichtstaatlicher Organisationen, Aufwendungen für kulturelle Zwecke, humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe, Ausrüstungshilfe, Aufwendungen der Bundesländer); Stand: 30. September 1979;
- Zahl der in Durchführung befindlichen Projekte (FZ, TZ, freie Träger) sowie der eingesetzten Experten (von GTZ, Consultings und freien Trägern, integrierte Fachkräfte) und Entwicklungshelfer des DED; Stand: 30. September 1979;
- Zahl der Praktikanten, die von 1974 bis 31. Juli 1979 gefördert wurden;
- Höhe der insgesamt zugesagten Mittel im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit („ges. FZ“) sowie der staatlichen Technischen Zusammenarbeit und der sonstigen Zusammenarbeit („ges. TZ und sonst. Z“).

Hinweis: Die Addition der einzelnen Kredite und Zuschüsse liegt wesentlich unter der Höhe der gesamten deutschen Zusagen an die Länder der Dritten Welt, denn in dieser Übersicht sind einige Länder, vor allem jene, die nur geringe Zusagen erhielten, sowie zahlreiche länderübergreifende Regionalprojekte nicht enthalten.

Ägypten (MSAC): Die Arabische Republik Ägypten war von Anfang an ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik. Bis 1976 wurden Kredite vorwiegend für Projekte im Energie- und Verkehrsbereich verwendet (Kraftwerke, Umspannstationen, Brücken, Lastflotte für den Nil); bei der TZ standen Vorhaben der gewerblichen Berufsausbildung (Feinmechaniker-Lehrwerkstatt, Polytechnikum Heluan) sowie die Bilharziose-Bekämpfung im Vordergrund. Seit 1976 sind Baustoffindustrie, Infrastruktur und Landwirtschaft prioritäre Bereiche der Zusammenarbeit.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 273,3 Millionen DM Export, 1 351,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 250 Millionen DM FZ (1979), 13,8 Millionen DM TZ (1978), 18,8 Millionen DM sonst. Z (1979). 65 Projekte, 32 Experten, 512 Praktikanten. Ges. FZ: 1 911,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 439,7 Millionen DM.

Athiopien (LLDC, MSAC, AKP): Dominierender Wirtschaftszweig in diesem ostafrikanischen Staat ist die Landwirtschaft, von der 90 % der Bevölkerung leben. Die deutsche Entwicklungspolitik konzentriert sich sektoral auf Straßenbau, Wasserversorgung, Land- und Forstwirtschaft sowie handwerklich-technische Ausbildung, regional auf die von jahrelanger Dürre besonders betroffenen Gebiete.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 36,3 Millionen DM Export, 91,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10 Millionen DM FZ (1976), 11,5 Millionen DM TZ, 6,2 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 40 Projekte, 13 Experten, 10 DED, 114 Praktikanten. Ges. FZ: 183,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 231,7 Millionen DM.

Afghanistan (LLDC, MSAC): Die Bundesrepublik Deutschland leistet bereits seit Anfang der 60er Jahre umfangreiche Entwicklungshilfe vor allem für die ländliche Entwicklung, den Ausbau der Infrastruktur (Elektrizitäts- und Fernmeldeversorgung), die Deckung von Grundbedürfnissen (Wasserversorgung, Gesundheitswesen) sowie die Berufsausbildung.

In Anbetracht der innenpolitischen Entwicklung des Landes konnten in letzter Zeit allerdings im wesentlichen nur laufende Projekte in Kabul fortgeführt werden. Aufgrund einer Absprache mit dem VN-Drogenkontrollfonds UNFDC wurden im letzten Quartal 1979 20 Millionen DM für ein Bewässerungsvorhaben zugesagt, durch das im Projektgebiet der Anbau von Opium-Mohn zugunsten anderer Früchte verdrängt werden soll.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 99,6 Millionen DM Export, 73,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 25 Millionen DM FZ (1978), 6,7 Millionen DM TZ, 5,1 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 33 Projekte, 13 Experten, 4 DED, 372 Praktikanten. Ges. FZ: 380 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 340,5 Millionen DM.

Algerien (OPEC): Das nordafrikanische Land ist einer der Wortführer der Dritten Welt. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Industrie (u. a. Mitfinanzierung von zwei Zementfabriken, einer Schraubenfabrik und eines Erdgashafens) sowie die Stadtentwicklung und die Landwirtschaft.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2 341,2 Millionen DM Export, 2 551,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 100 Millionen DM FZ (1974), 3,0 Millionen DM TZ, 1,7 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 22 Projekte, 26 Experten, 273 Praktikanten. Ges. FZ: 325,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 152,0 Millionen DM.

Argentinien: Der lateinamerikanische Staat gilt als weiter fortgeschrittenes Entwicklungsland. Deutsche Kredite wurden für den Bau von Kraftwerken und für die Lieferung eines Fischereiforschungsschiffes im Rahmen einer deutsch-argentinischen Fischerei-Kooperation gewährt. Die TZ dient der Entwicklung rückständiger Regionen, der Schließung technologischer Lücken, der Elektrifizierungsplanung sowie der bergbaulichen und volkswirtschaftlichen Beratung, der Bildungshilfe, der angewandten Forschung (Chemie, Forstwirtschaft) sowie der Berufsausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 1 490 Millionen DM Export, 947,9 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 35,0 Millionen DM FZ (1977), 1,6 Millionen DM TZ, 16,3 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 39 Projekte, 6 Experten, 106 Praktikanten. Ges. FZ: 197,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 246,5 Millionen DM.

Bangladesch (LLDC, MSAC): Grundprobleme des Landes sind Überbevölkerung (ca. 600 Einwohner pro Quadratkilometer), unzureichende Nahrungsmittelherzeugung und Mangel an inländischen Ressourcen. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen auf den Gebieten Landwirtschaft, Bevölkerungsplanung, Infrastruktur und Industrie. Dem Volumen nach steht die Bundesrepublik Deutschland an fünfter Stelle der Geber.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 37,8 Millionen DM Export, 142,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 115,0 Millionen DM FZ, 19,5 Millionen DM TZ, 28,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 53 Projekte, 23 Experten, 1 DED, 344 Praktikanten. Ges. FZ: 1 117,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 421,1 Millionen DM.

Benin (LLDC, MSAC, AKP): Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich in den vergangenen Jahren in erster Linie auf die Förderung der Landwirtschaft (einschließlich der Verarbeitung der Produkte), auf den Ausbau der Wasserversorgung, auf den Rundfunk, auf die Lieferung von Medikamenten, medizinischen Instrumenten und Geräten zur Unterstützung der Arbeit des DED im Gesundheitssektor sowie auf die Infrastruktur (Brücke Porto Novo).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 6,2 Millionen DM Export, 41,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 19,2 Millionen DM FZ, 5,0 Millionen DM TZ, 0,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 15 Projekte, 7 Experten, 33 DED, 85 Praktikanten. Ges. FZ:

68,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 78,9 Millionen DM.

Birma (MSAC): Das Schwergewicht der deutschen Entwicklungspolitik liegt bei der Förderung der Düngemittelproduktion, der Mobilisierung einheimischer Ressourcen, beim Aufbau industrieller Fertigungen, beim Ausbau der Infrastruktur und bei der gewerblichen Berufsausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 15,7 Millionen DM Export, 81,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 60,0 Millionen DM FZ, 4,1 Millionen DM TZ, 0,7 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 41 Projekte, 5 Experten, 110 Praktikanten. Ges. FZ: 476,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 119,8 Millionen DM.

Bolivien: Das noch wenig entwickelte Land ist ein bedeutender Partner deutscher Entwicklungspolitik in Lateinamerika. Geförderte Schwerpunktbereiche sind Bergbau, Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft, Berufsausbildung, Planungsberatung sowie in zunehmendem Umfang die ländliche Entwicklung (Bewässerung, Gesundheitswesen).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 44,9 Millionen DM Export, 134 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5,0 Millionen DM FZ, 10,5 Millionen DM TZ, 5,4 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 48 Projekte, 33 Experten, 31 DED, 92 Praktikanten. Ges. FZ: 242,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 195,3 Millionen DM.

Botsuana (LLDC, AKP): Die deutsche Entwicklungshilfe für dieses südafrikanische Land, das zu den sogenannten „Konfliktlandstaaten“ gehört und wirtschaftlich stark von der Republik Südafrika abhängt, zielt auf die Sektoren Infrastruktur, Aufbau der Industrie, Stärkung der Planungs- und Organisationskapazitäten.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 1,5 Millionen DM Export, 2,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 27,0 Millionen DM FZ (1979), 9,3 Millionen DM TZ (1978), 0,4 Millionen DM sonst. Z (1979). 31 Projekte, 34 Experten, 54 DED, 13 Praktikanten. Ges. FZ: 94,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 40,1 Millionen DM.

Brasilien: Der südamerikanische Staat ist ein regional sehr unterschiedlich entwickeltes Land mit erheblichen sozialen Disparitäten unter seiner 110-Millionen-Bevölkerung. Die Entwicklungszusammenarbeit soll den Abbau der regionalen und sozialen Unterschiede fördern sowie die für eine moderne Wirtschaft notwendigen Technologien vermitteln. Demnach wurden Kredite gewährt zur Verbesserung der Infrastruktur (z. B. zwei Kraftwerke im Amazonas-Gebiet) und zur Ansiedlung kleiner und mittlerer Industriebetriebe in rückständigen Regionen, bes. im Nordosten. Das Schwergewicht der TZ liegt auf den

Gebieten Landwirtschaft, Rohstoffprospektion sowie Transfer und Entwicklung von Technologie.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2 299,8 Millionen DM Export, 2 160,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 35,0 Millionen DM FZ, 3,9 Millionen DM TZ, 27,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 137 Projekte, 77 Experten, 34 DED, 239 Praktikanten. Ges. FZ: 758,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 638,0 Millionen DM.

Burundi (LLDC, MSAC, AKP): Die bilaterale Zusammenarbeit mit dem zentralafrikanischen Staat konzentriert sich auf Entwicklungsplanung, Verkehrsinfrastruktur, Energie- und Wasserversorgung. Eines der Hauptprobleme ist die Nahrungsmittelversorgung. Es wird angestrebt, die ländlichen Gebiete in die Entwicklungszusammenarbeit stärker einzubeziehen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 25,1 Millionen DM Export, 26,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5,5 Millionen DM FZ, 3,7 Millionen DM TZ, 1,1 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 34 Projekte, 21 Experten, 136 Praktikanten. Ges. FZ: 65,7 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 61,5 Millionen DM.

Chile: In Chile wird im Rahmen der TZ nur noch ein früher begonnenes Projekt zu Ende geführt. Die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen wird weiterhin unterstützt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 781,2 Millionen DM Export, 383,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 21,7 Millionen DM FZ (1973), 2,6 Millionen DM TZ (1975), 23,7 Millionen DM sonst. Z (1979). Ges. FZ: 311,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 393,7 Millionen DM.

Costa Rica: Die Bundesrepublik Deutschland ist in einer Vielzahl von landwirtschaftlichen, gewerblichen und Infrastrukturvorhaben (Puerto Limón) engagiert. Ferner ist Costa Rica Standort für regionale Vorhaben (Katasterschule, Genbank).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 257,8 Millionen DM Export, 104,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20 Millionen DM FZ (1978), 1,4 Millionen DM TZ, 2,0 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 21 Projekte, 13 Experten, 109 Praktikanten. Ges. FZ: 66,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 84,5 Millionen DM.

Dominikanische Republik: In der Zusammenarbeit mit diesem mittelamerikanischen Land fördert die Bundesrepublik Deutschland das Genossenschaftswesen, den Pflanzenschutz sowie die industrielle Kooperation mit der EG.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 22,3 Millionen DM Export, 59,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ, 0,1 Millionen DM TZ, 0,5 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 14 Projekte, 7 Experten, 17 Praktikanten. Ges. FZ: 17,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 25,7 Millionen DM.

Dschibuti (AKP): Die Bundesrepublik Deutschland hat die Zusammenarbeit mit dem Land am Horn von Afrika im Jahre 1978 aufgenommen. Die bilateralen Hilfsmaßnahmen konzentrieren sich auf Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sowie auf die Erschließung von Grundwasserressourcen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1977: 0,012 Millionen DM Export, 4,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5 Millionen DM FZ, 45 000 DM TZ (beide 1979), 0,4 Millionen DM sonst. Z (1978). 1 Projekt, 2 Experten. Ges. FZ: 5,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 2,4 Millionen DM.

Ecuador (OPEC): Deutsche Entwicklungshilfe wird hauptsächlich für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Infrastruktur und der Berufsausbildung gewährt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 184,4 Millionen DM Export, 412,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20,0 Millionen DM FZ (1978), 4,0 Millionen DM TZ, 5,9 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 33 Projekte, 22 Experten, 34 DED, 133 Praktikanten. Ges. FZ: 105,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 135,2 Millionen DM.

Elfenbeinküste (MSAC, AKP): Bei der deutsch-elfenbeinischen Zusammenarbeit stehen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (Wasserversorgung, ländliche Elektrifizierung, Gesundheit, Hafen San Pedro) und der Landwirtschaft unter Berücksichtigung des regionalen Ausgleichs (Förderung des Nordens und der Südwestregion) im Vordergrund.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 733,7 Millionen DM Export, 250,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 40,0 Millionen DM FZ, 5,8 Millionen DM TZ, 1,7 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 31 Projekte, 17 Experten, 28 DED, 63 Praktikanten. Ges. FZ: 313,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 126,8 Millionen DM.

El Salvador (MSAC): Die Bundesrepublik Deutschland kooperiert mit El Salvador vornehmlich im Bereich der landwirtschaftlichen Bewässerung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 298,7 Millionen DM Export, 115,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ, 1,4 Millionen DM TZ (beide 1978), 2,4 Millionen DM sonst. Z (1979). 11 Projekte, 4 Experten, 77 Praktikanten. Ges. FZ: 35,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 34,1 Millionen DM.

Gabun (OPEC, AKP): Das westafrikanische Land gehört aufgrund seiner natürlichen Ressourcen (Erdöl, Uran, Manganerz, Eisenerz, Holz) nicht mehr zu den bedürftigen Entwicklungsländern. Die Schwerpunkte der bisherigen Zusammenarbeit waren Straßen- und Brückenbau, Forstwirtschaft und Kommunikationswesen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 256,5 Millionen DM Export, 40,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 1,1 Millionen DM FZ (1975), 1,1 Millionen DM TZ (1976), 0,3 Millionen DM sonst. Z (1979). 5 Projekte, 4 Experten, 65 Praktikanten. Ges. FZ: 72,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 23,8 Millionen DM.

Gambia (LLDC, MSAC, AKP): Die entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen Gambias zur Bundesrepublik Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt; im Rahmen der FZ wurde z. B. eine Fährverbindung über den Gambia-Fluß geschaffen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,4 Millionen DM Export, 13,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 6,0 Millionen DM FZ (1978), 3,0 Millionen DM TZ, 1,6 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 11 Projekte, 3 Experten, 42 Praktikanten. Ges. FZ: 26,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 27,3 Millionen DM.

Ghana (MSAC, AKP): Das Land ist ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik. Es konzentriert sich auf die Entwicklung einheimischer Ressourcen, vor allem der Landwirtschaft, um eine Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln und wichtigen industriellen Rohstoffen zu erreichen. Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik sind die Förderung der Landwirtschaft und der Ausbau der Elektrizitäts- und Wasserversorgung in den ländlichen Gebieten sowie des Transportwesens; ferner bestehen im Bildungsbereich Kooperationsbeziehungen mit der Universität Kumasi auf den Gebieten Wissenschaft und Technologie.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 233,2 Millionen DM Export, 300,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 40,4 Millionen DM FZ, 7,5 Millionen DM TZ, 4,5 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 54 Projekte, 32 Experten, 32 DED, 229 Praktikanten. Ges. FZ: 431,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 274,0 Millionen DM.

Griechenland (OECD): Am 1. Januar 1981 wird das südeuropäische Land zehntes Mitglied der EG werden. Griechenland gehört zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Trotz einer wachsenden Industrie ist die Landwirtschaft weitgehend bestimmend; hier liegen auch die besonderen Probleme für den EG-Beitritt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2 187,8 Millionen DM Export, 3 036,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 60 Millionen DM FZ (1976), 1 Million DM TZ (1966), 12,4 Millionen DM sonst. Z (1979). 6 Projekte, 1 Experte, 5 Praktikanten. Ges. FZ: 608,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 273,2 Millionen DM.

Guatemala (MSAC): Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet mit Guatemala im Bereich der Gewerbeförderung (Berufsausbildung) und in der hydroelektrischen Erschließung des Landes zusammen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 254,3 Millionen DM Export, 204,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10 Millionen DM FZ (1977), 0,1 Millionen DM TZ, 5,3 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 36 Projekte, 13 Experten, 121 Praktikanten. Ges. FZ: 26,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 94,0 Millionen DM.

Guinea (LLDC, MSAC, AKP): Nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1958 war Guinea ein bevorzugter Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Die Bundesrepublik Deutschland hatte seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen (1971; Wiederaufnahme 1975) bis 1978 keine neuen staatlichen Entwicklungsprojekte mehr begonnen. Im Juni 1979 wurden Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit getroffen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 63,9 Millionen DM Export, 18,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 3,4 Millionen DM FZ (1968), 1,4 Millionen DM sonst. Z (1979). 7 Projekte, 1 Praktikant. Ges. FZ: 87,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 60,5 Millionen DM.

Guinea (LLDC, MSAC, AKP): Nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1958 war Guinea ein bevorzugter Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Schwerpunkt im Bereich der Infrastruktur und der Nahrungsmittelversorgung. Die FZ ist für den Ausbau der Elektrizitätsversorgung der Stadt Bissau vorgesehen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,2 Millionen DM Export, 8,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5 Millionen DM FZ (1977), 0,6 Millionen DM TZ (1978), 1,3 Millionen DM sonst. Z (1979). 2 Projekte, 3 Experten, 5 DED, 1 Praktikant. Ges. FZ: 5,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 21,4 Millionen DM.

Haiti (LLDC, MSAC): Die Bundesrepublik Deutschland kooperiert mit Haiti im Bereich der regionalen Entwicklung der Gonaïves-Ebene (insbesondere Elektrifizierung und Bewässerung) sowie bei geologischen Untersuchungen, der Förderung industrieller Zusammenarbeit und bei der Zollverwaltung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 5 Millionen DM Export, 24,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 16 Millionen DM FZ, 8,7 Millionen DM TZ, 1,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 23 Projekte, 13 Experten, 18 Praktikanten. Ges. FZ: 41,9 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 62,8 Millionen DM.

Honduras (MSAC): Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit mit diesem mittelamerikanischen Land sind die Bereiche gewerbliche Berufsschulausbildung und genossenschaftliches Agrarkreditwesen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 164,9 Millionen DM Export, 40,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 25,0 Millionen DM FZ, 39 000 DM TZ, 3,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 16 Projekte, 14 Experten, 106 Praktikanten. Ges. FZ: 35,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 58,7 Millionen DM.

Indien (MSAC): Das Land ist, bedingt durch seine hohe Bevölkerungszahl, ein Hauptempfänger der deutschen Entwicklungshilfe. Bei der staatlichen Zusammenarbeit standen in früheren Jahren die Förderung des Aufbaus einer Grund- und Schwerindustrie (Großprojekt: Stahlwerk Rourkela) sowie die Unterstützung im Bereich des höheren technischen Erziehungswesens im Vordergrund. Die neuen Schwerpunkte sind: Landwirtschaft, Kunstdüngerproduktion, Energiesektor, Steinkohlebergbau, Erfassung natürlicher Ressourcen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 764,3 Millionen DM Export, 1 271,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 360*) Millionen DM FZ, 14,1 Millionen DM TZ, 26,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 137 Projekte, 15 Experten, 489 Praktikanten. Ges. FZ: 5 310,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 1 041,3 Millionen DM.

Indonesien (OPEC): Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland liegen in den Bereichen Regionalplanung (Ost-Kalimantan), landwirtschaftliche Entwicklung (West-Sumatra), industrielle Entwicklung und Verbesserung der Beschäftigungssituation (Ost-Java) sowie materielle und soziale Infrastruktur (Straßen, Schifffahrt, Elektrifizierung, Gesundheit). Zur Verbesserung des regionalen wirtschaftlichen Gleichgewichts werden Maßnahmen auf den Außeninseln bevorzugt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 703 Millionen DM Export, 1 018,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 120,0 Millionen DM FZ, 4,0 Millionen DM TZ, 8,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 160 Projekte, 72 Experten, 391 Praktikanten. Ges. FZ: 1 729,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 478,8 Millionen DM.

Irak (OPEC): Die arabische Republik Irak gehört dank großer Erdölvorkommen zu den stärker entwickelten Ländern des arabischen Gebietes. Schwer-

punkt der TZ mit der Bundesrepublik Deutschland ist die gewerbliche Ausbildung (Lehrlingsausbildungsstätte in Bagdad); seit einiger Zeit nur noch TZ gegen Entgelt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 411,5 Millionen DM Export, 1 606,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 0,9 Millionen DM TZ (1972), 1,0 Millionen DM sonst. Z (1979). 1 Projekt, 47 Praktikanten. Ges. FZ: —; ges. TZ und sonst. Z: 26,7 Millionen DM.

Jamaika (AKP): Bei der Entwicklungszusammenarbeit zwischen dem mittelamerikanischen Inselstaat und der Bundesrepublik Deutschland sind von besonderer Bedeutung die Projekte Fischereihafen Kingston und Jamaica Development Bank.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 17,5 Millionen DM Export, 28,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10 Millionen DM FZ (1978), 5 000 DM TZ, 0,5 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 18 Projekte, 8 Experten, 21 DED, 66 Praktikanten. Ges. FZ: 32,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 48,8 Millionen DM.

AR Jemen (LLDC, MSAC): Die Jemenitische Arabische Republik zählt zu den ärmsten Ländern der arabischen Welt; ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung bezieht seinen Lebensunterhalt aus der Subsistenzlandwirtschaft. Der Nordjemen ist ein Schwerpunktland der deutschen Entwicklungspolitik in Nahost. Im Zentrum der bisherigen Zusammenarbeit stand bis 1975 der Ausbau der Infrastruktur (Großprojekte: Straße Sanaa-Taiz, Flughafen Sanaa); seitdem hat die Förderung der ländlichen Entwicklung, der medizinischen Versorgung und der Ausbildung Priorität.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,3 Millionen DM Export, 120,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20,0 Millionen DM FZ, 1,3 Millionen DM TZ, 0,3 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 25 Projekte, 32 Experten, 7 DED, 168 Praktikanten. Ges. FZ: 237,8 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 124,9 Millionen DM.

Jordanien: Die Bundesrepublik Deutschland gehört neben den USA und Saudi-Arabien zu den größten bilateralen Gebern. Schwerpunkte der bisherigen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sind die Bereiche Infrastruktur (Eisenbahn, Hafen, Energiebedarf), Landwirtschaft und Ausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 8,7 Millionen DM Export, 323 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 70 Millionen DM FZ (1978), 1,4 Millionen DM TZ, 3,3 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 50 Projekte, 17 Experten, 149 Praktikanten. Ges. FZ: 485,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 178,2 Millionen DM.

*) Einschließlich 290 Millionen DM aus letztem Quartal 1979.

Jugoslawien: Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ist ein europäisches Entwicklungsland. Die Bundesrepublik gab 1974 Jugoslawien eine Rahmenzusage für 700 Millionen DM FZ, die je zur Hälfte für den Ausbau des Energieverbundnetzes und für Warenhilfe eingesetzt wurde.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 1 861,3 Millionen DM Export, 5 020,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 700,0 Millionen DM FZ (1974), 4,1 Millionen DM sonst. Z (1979). 6 Praktikanten. Ges. FZ: 1 000 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 54,0 Millionen DM.

Kamerun (MSAC, AKP): Die Vereinigte Republik Kamerun gehört zu den Schwerpunktländern der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich früher auf die Beseitigung der gravierenden Engpässe im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Hafen Duala, Eisenbahn); seit 1976 stehen die ländliche Entwicklung, Infrastrukturmaßnahmen (Straßenunterhaltung, Wasserversorgung) und Kleinindustrieförderung im Vordergrund der Entwicklungskooperation. Wichtigste Projekte der letzten Jahre sind die Tsetsefliegenbekämpfung, die Förderung eines landwirtschaftlichen Zentrums und die Beratung des landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 305,6 Millionen DM Export, 127,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 85,0 Millionen DM FZ (1978), 0,2 Millionen DM TZ, 3,2 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 54 Projekte, 54 Experten, 65 DED, 132 Praktikanten. Ges. FZ: 369,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 210,6 Millionen DM.

Kamputschea (MSAC): Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1969 wurden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kamputschea, der ehemaligen Khmer-Republik bzw. Kambodscha, keine entwicklungspolitischen Maßnahmen mehr vereinbart. Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Herrschaft im Land haben zu einer katastrophalen Versorgungssituation geführt. Die Bundesregierung beteiligt sich an internationalen Hilfeleistungen zur Linderung der ersten Notlage der Bevölkerung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,1 Millionen DM Export, 0,04 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 4 Millionen DM FZ (1968), 3,1 Millionen DM TZ (1967), 3 000 DM sonst. Z (1978), Ges. FZ: 24 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 17,3 Millionen DM.

Kap Verde (LLDC, MSAC, AKP): Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland liegt bei der Förderung der Nahrungsmittelproduktion und der Erstellung einer Entwicklungsplanung für die Inseln Togo und Brava; ferner wird die Errichtung einer Butangasabfüllanlage gefördert.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,001 Millionen DM Export, 7,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 9,2 Millionen DM FZ, 3,1 Millionen DM TZ, 7,4 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 4 Projekte, 2 Experten, 4 Praktikanten. Ges. FZ: 16,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 31,0 Millionen DM.

Kenia (MSAC, AKP): Der ostafrikanische Staat ist eines der Schwerpunktländer der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Sie konzentriert sich auf die Sektoren Landwirtschaft, Industrie, Stadtentwicklung. Kirchen und Stiftungen sowie andere private Organisationen sind besonders auf den Gebieten des Ausbildungs-, Genossenschafts- und Gesundheitswesens tätig.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 389,8 Millionen DM Export, 408,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 110 Millionen DM FZ (1978), 0,1 Millionen DM TZ, 3,6 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 120 Projekte, 85 Experten, 28 DED, 308 Praktikanten. Ges. FZ: 468,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 319,3 Millionen DM.

Kolumbien: Die deutsche Entwicklungspolitik in Kolumbien dient vorwiegend dem Ausbau von Energieversorgung, Gesundheitswesen, Klein- und Mittelindustrie, Landwirtschaft sowie der Entwicklung des Primarschulwesens und der beruflichen Ausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 1 204,3 Millionen DM Export, 424,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20,0 Millionen DM FZ (1977), 1,4 Millionen DM TZ, 15,3 Millionen sonst. Z (beide 1979). 56 Projekte, 28 Experten, 220 Praktikanten. Ges. FZ: 295,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 278,1 Millionen DM.

Korea (Republik): Die Republik Korea (Südkorea) zählt zu den weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Schwerpunkte der deutschen Entwicklungshilfe im FZ-Bereich sind infrastrukturelle, industrielle, landwirtschaftliche sowie Gesundheits-Vorhaben; im TZ-Bereich konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Bereiche Aus- und Fortbildung, Technologietransfer, Ökologie sowie Maschinen und Metallprüfwesen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 1 356,5 Millionen DM Export, 1 008,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 25,0 Millionen DM FZ, 1,5 Millionen DM TZ, 7,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 66 Projekte, 25 Experten, 217 Praktikanten. Ges. FZ: 560,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 230,0 Millionen DM.

Lesotho (LLDC, MSAC, AKP): Das Königreich Lesotho ist eines der ärmsten Agrarländer der Welt. Die Bundesrepublik Deutschland fördert die Sektoren ländliche Entwicklung, Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie die gewerbliche und kaufmännisch-administrative Berufsausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2,7 Millionen DM Export, 2,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 36,0 Millionen DM FZ, 2,4 Millionen DM TZ, 0,4 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 17 Projekte, 18 Experten, 10 DED, 64 Praktikanten. Ges. FZ: 73,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 36,1 Millionen DM.

Liberia (AKP): Bestimmender Wirtschaftsfaktor sind die ausländischen Konzessionen mit geringer Außenwirkung (Enklavenwirtschaft); die deutsche Industrie hat in Liberia die zweithöchsten Investitionen in Schwarzafrika getätigt (Eisenerzabbau). Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sind die Förderung der Infrastruktur, der Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 452,6 Millionen DM Export, 242,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 11,0 Millionen DM FZ, 7,5 Millionen DM TZ, 0,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 22 Projekte, 16 Experten, 65 Praktikanten. Ges. FZ: 176,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 95,2 Millionen DM.

Madagaskar (MSAC, AKP): Eine unzureichende Infrastruktur sowie hohe Arbeitslosigkeit sind die größten Entwicklungshemmnisse des Inselstaates. Die Bundesregierung hat daher Schwerpunkte ihrer Unterstützung bei der Infrastruktur sowie bei der Förderung von Projekten in Industrie und Landwirtschaft gesetzt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 54,2 Millionen DM Export, 72,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ, 0,2 Millionen DM TZ, 0,7 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 19 Projekte, 4 Experten, 48 Praktikanten. Ges. FZ: 130,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 68,8 Millionen DM.

Malawi (LLDC, AKP): Der Schwerpunkt der deutschen Unterstützung liegt auf den Gebieten Landwirtschaft/ländliche Regional-Entwicklung und Infrastruktur.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 21,6 Millionen DM Export, 18,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 73,0 Millionen DM FZ, 5 000 DM TZ, 0,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 38 Projekte, 4 Experten, 69 Praktikanten. Ges. FZ: 216,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 87,1 Millionen DM.

Malaysia: Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit dieses südostasiatischen Staates mit der Bundesrepublik Deutschland umfaßt Projekte in der Landwirtschaft, der Industrie und der Infrastruktur. Einige Beispiele: Viehzucht, Veterinärwesen, Fischereientwicklungsbehörde, gewerbliches Ausbildungsinstitut, Berater für Entwicklungsbanken, Technologietransfer, Eisenbahn, Grundwasseruntersuchung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 907,1 Millionen DM Export, 628,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ (1972), 8,3 Millionen DM TZ, 1,5 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 28 Projekte, 16 Experten, 48 DED, 246 Praktikanten. Ges. FZ: 67,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 107,9 Millionen DM.

Mali (LLDC, MSAC, AKP): Das afrikanische Land hat eine sehr ungünstige Verkehrslage ohne direkten Zugang zum Meer. Schwerpunkte seiner Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sind die Bereiche Landwirtschaft, Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und Metallprospektion. Wichtige Projektbeispiele sind der Staudamm Selingué und ein Studienprogramm Landwirtschaft-Wasserwirtschaft.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 26,2 Millionen DM Export, 26,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 56,0 Millionen DM FZ, 20,1 Millionen DM TZ, 2,5 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 51 Projekte, 14 Experten, 1 DED, 83 Praktikanten. Ges. FZ: 260,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 182,2 Millionen DM.

Marokko: Das Königreich Marokko zählt zu den entwickelteren Ländern. Dennoch ist es wegen starker regionaler Ungleichgewichte, Bevölkerungswachstum und Unterbeschäftigung sowie seiner geopolitischen Bedeutung ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungspolitik. Die hauptsächlich geförderten Bereiche liegen dabei in der Landwirtschaft (60 %) sowie in der Industrie.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 407,8 Millionen DM Export, 416,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 160,0 Millionen DM FZ (1978), 1,6 Millionen DM TZ, 3,0 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 34 Projekte, 30 Experten, 142 Praktikanten. Ges. FZ: 1 024,9 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 201,1 Millionen DM.

Mauretanien (MSAC, AKP): Die islamische Republik Mauretanien, ein Bindeglied zwischen Nord- und Schwarzafrika, wurde von der Dürre der vergangenen Jahre schwer getroffen. In der Entwicklungsstrategie für die Dekade 1975 bis 1985 werden die Bereiche Landwirtschaft, Industrie und Infrastruktur favorisiert. Dieser Ausrichtung hat sich die deutsch-mauretanische Zusammenarbeit untergeordnet; wichtige Bereiche sind dabei landwirtschaftliche Entwicklung, Förderung der Klein- und Mittelindustrie, Beratung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 26,1 Millionen DM Export, 38,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 14,0 Millionen DM FZ, 6,1 Millionen DM TZ, 5,0 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 17 Projekte, 3 Experten, 53 Praktikanten. Ges. FZ: 93,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 90,0 Millionen DM.

Mexiko: Die Vereinigten Mexikanischen Staaten gehören zu den fortgeschritteneren Entwicklungsländern. Wegen der starken passiven Zahlungsbilanz und der großen Arbeitslosigkeit bemüht sich die mexikanische Regierung um verstärkte privatwirtschaftliche Zusammenarbeit; auf diese Initiative geht ein deutsches Industriekooperationsprojekt von 1975 zurück.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 413,9 Millionen DM Export, 1 366,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 1,1 Millionen DM TZ (1975), 8,3 Millionen DM sonst. Z (1979). 31 Projekte, 11 Experten, 189 Praktikanten. Ges. FZ: —; ges. TZ und sonst. Z: 131,6 Millionen DM.

Nepal (LLDC, MSAC): Viele Schwierigkeiten, die das Land zu überwinden hat, gehen auf seine natürliche Lage zurück: Abgeschlossen von den Meeren, nur geringe verwertbare natürliche Hilfsquellen, als Bergland von Erosionen bedroht. Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland stehen daher die Sicherung und Erschließung der vorhandenen Ressourcen mit dem Ziel, durch Steigerung vor allem der landwirtschaftlichen Erzeugung zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen. Die Projekte konzentrieren sich auf Landwirtschaft, Erosionsschutz, Düngemittellieferungen, Stadtentwicklung, Wasserkraftnutzung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 9 Millionen DM Export, 7,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 50,0 Millionen DM FZ (1978), 11,9 Millionen DM TZ, 0,3 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 22 Projekte, 13 Experten, 20 DED, 76 Praktikanten. Ges. FZ: 139,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 140,4 Millionen DM.

Nicaragua: Während des Bürgerkrieges wurde die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua fast völlig eingestellt. Nach der Beendigung des Bürgerkrieges hat die Bundesrepublik Deutschland die entwicklungspolitische Zusammenarbeit wieder aufgenommen, wodurch aus früheren Zusagen über 10 Millionen DM reaktiviert wurden. Darüber hinaus bewilligte die Bundesregierung dem durch die Kämpfe schwer beeinträchtigten Land bis Ende 1979 FZ von 26 Millionen DM sowie Zuschüsse von 13 Millionen DM.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 161,1 Millionen DM Export, 54,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20,0 Millionen DM FZ (1979), 0,2 Millionen DM TZ (1978), 3,4 Millionen DM sonst. Z (1979). 15 Projekte, 3 Experten, 60 Praktikanten. Ges. FZ: 78,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 24,7 Millionen DM.

Niger (LLDC, MSAC, AKP): Der Abbau großer Uranvorkommen im Norden des Landes kann in den nächsten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter Umständen wieder etwas vorantreiben. Die Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zu-

sammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland liegen in den Bereichen Wasserver- und -entsorgung, Landwirtschaft und Infrastruktur.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 18,3 Millionen DM Export, 36,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 50,5 Millionen DM FZ, 9,7 Millionen DM TZ, 1,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 41 Projekte, 16 Experten, 8 DED, 94 Praktikanten. Ges. FZ: 238,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 184,8 Millionen DM.

Nigeria (OPEC, AKP): Infolge des Erdölbooms expandierte die Wirtschaft Nigerias sehr stark und zog ausländische Investoren, besonders aus der Bundesrepublik Deutschland, in großer Zahl an. Dadurch entstanden Probleme wie Inflation, Fachkräftemangel, Versorgungsengpässe, Vernachlässigung der Landwirtschaft, Landflucht. Der Schwerpunkt der deutsch-nigerianischen Zusammenarbeit liegt im Ausbildungssektor. Als OPEC-Land erhält Nigeria seit 1974 keine FZ mehr.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2 450,1 Millionen DM Export, 2 873,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 25,0 Millionen DM FZ (1974), 0,5 Millionen DM TZ, 7,1 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 45 Projekte, 24 Experten, 183 Praktikanten. Ges. FZ: 324,8 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 250,8 Millionen DM.

Obervolta (LLDC, MSAC, AKP): Der westafrikanische Binnenstaat ist wegen unzureichender Regenfälle und fortschreitender Desertifikation (Wüstenbildung) besonders benachteiligt. Die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit liegen in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur und Wasserversorgung. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit Frankreich wichtigstes Geberland von Entwicklungshilfe.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 8,7 Millionen DM Export, 23,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 55,0 Millionen DM FZ, 13,4 Millionen DM TZ, 5,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 58 Projekte, 32 Experten, 48 DED, 195 Praktikanten. Ges. FZ: 228,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 180,4 Millionen DM.

Pakistan (MSAC): Durch ein Stabilisierungsprogramm und die Neuformulierung des seit Mitte 1978 laufenden 5. Fünf-Jahresplans soll die wirtschaftliche Lage des Landes verbessert werden. Für die Bundesrepublik Deutschland ist Pakistan ein besonders wichtiger entwicklungspolitischer Partner. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Land- und Forstwirtschaft, Energie, Klein- und Mittelindustrie, Entwicklungsbanken und Berufsschulen. Mehrere größere Bewässerungsvorhaben, Stromübertragungsprojekte, ein größeres integriertes Forstprojekt — einschließlich Erosionsschutz —, Ausbildung von Gewerbelehrern sowie ein integriertes ländliches

Entwicklungsprogramm waren die wichtigsten Vorhaben der jüngeren Zeit.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 227 Millionen DM Export, 418,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 100,0 Millionen DM FZ, 10,4 Millionen DM TZ, 2,9 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 54 Projekte, 6 Experten, 167 Praktikanten. Ges. FZ: 1 855,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 339,6 Millionen DM.

Papua-Neuguinea (AKP): Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland betrifft den Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung. Bis 1977 waren nur die Kirchen und andere Träger in Papua-Neuguinea tätig.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 375,6 Millionen DM Export, 13,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ (1978), 0,3 Millionen DM TZ (1975), 0,2 Millionen DM sonst. Z (1979). 11 Projekte, 21 Experten, 7 DED, 1 Praktikant. Ges. FZ: 10,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 16,9 Millionen DM.

Paraguay: Der südamerikanische Staat bemüht sich um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mit Verarbeitung für den Export, um den Ausbau der ländlichen Infrastruktur (Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Agrarkreditprogramm) sowie um die Förderung der kleinen und mittleren Industrie. Dabei leistet die Bundesrepublik Deutschland Unterstützung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 105,8 Millionen DM Export, 76,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 4,0 Millionen DM FZ, 1,2 Millionen DM TZ, 2,5 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 29 Projekte, 13 Experten, 72 Praktikanten. Ges. FZ: 120,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 88,2 Millionen DM.

Peru: Der südamerikanische Staat ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Im Vordergrund stehen dabei die Unterstützung der Landwirtschaft, der Fischerei, des Energie- und Bergbaubereichs sowie des Ausbildungs- und Erziehungswesens. Die deutsche Hilfe konzentriert sich auf Projekte im Andenhochland und an der Nordküste.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 166,5 Millionen DM Export, 217,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 40 Millionen DM FZ, 8,4 Millionen DM TZ, 9,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 90 Projekte, 56 Experten, 27 DED, 197 Praktikanten. Ges. FZ: 520,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 423,6 Millionen DM.

Philippinen: Der asiatische Inselstaat bemüht sich seit einigen Jahren um eine Diversifizierung seiner wirtschaftlichen Beziehungen; er strebt insbesondere eine Zusammenarbeit mit der EG an. Die Schwer-

punkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland liegen bei der maritimen Infrastruktur, der Energieversorgung, der Steigerung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion, der Industrieförderung sowie der Ausbildung (Fischereifachkräfte).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 655,2 Millionen DM Export, 387,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 20 Millionen DM FZ, 8,7 Millionen DM TZ, 7,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 75 Projekte, 23 Experten, 250 Praktikanten. Ges. FZ: 146,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 186,9 Millionen DM.

Portugal (OECD): Portugal steht zur Zeit mit der EG in Verhandlungen über seinen Beitritt zum Gemeinsamen Markt. Seit dem Rückzug aus seinen Kolonien und der Revolution von 1974 befindet sich das südwesteuropäische Entwicklungsland in einer Phase politischer und wirtschaftlicher Umstrukturierung und Neuorientierung; die Schwerpunkte dabei sind Agrarreform, Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, Ausbau der Industrie und bessere Nutzung eigener Rohstoffquellen. Portugal wurde 1975 von der OECD als Entwicklungsland anerkannt. Die deutsche Entwicklungspolitik fördert vor allem Bewässerungsprojekte (Rio Mondego), den ländlichen Straßenbau, die Landwirtschaft und die regionale Entwicklung sowie technologische Untersuchungen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 696,5 Millionen DM Export, 1 491,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 88,0 Millionen DM FZ, 6,2 Millionen DM TZ, 7,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 21 Projekte, 11 Experten, 7 Praktikanten. Ges. FZ: 517,9 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 67,5 Millionen DM.

Ruanda (LLDC, MSAC, AKP): Hauptproblem in diesem zentralafrikanischen Staat ist die Nahrungsmittelproduktion. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland konzentriert sich auf Landwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur und Energieversorgung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 31,0 Millionen DM Export, 33,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 32,7 Millionen DM FZ, 20,0 Millionen DM TZ, 0,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 42 Projekte, 32 Experten, 15 DED, 145 Praktikanten. Ges. FZ: 141,8 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 139,8 Millionen DM.

Sambia (AKP): Die wichtigsten Wirtschaftszweige Sambias sind Kupferbergbau und Landwirtschaft; die Bundesrepublik Deutschland steht an fünfter Stelle der Kupferabnehmer. Das Land, das zu den „Konflikt-randstaaten“ gehört, ist durch politische Auseinandersetzungen im südlichen Afrika besonders betroffen. Der Schwerpunkt der deutschen Unterstützung liegt auf den Gebieten Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Infrastruktur.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 147,1 Millionen DM Export, 123,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 100,0 Millionen DM FZ, 3,6 Millionen DM TZ, 3,2 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 39 Projekte, 19 Experten, 41 DED, 32 Praktikanten. Ges. FZ: 284,1 Millionen DM, ges. TZ und sonst. Z: 102,7 Millionen DM.

Samoa (LLDC, MSAC, AKP): Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland umfaßt im wesentlichen die Bereiche Schifffahrt (Lieferung eines Frachtschiffes, eine Seefahrtsschule) und Landwirtschaft (Schädlingsbekämpfung und Errichtung eines Landwirtschaftskomplexes als Dienstleistungsstation für Farmer auf der Nebeninsel Savai).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 6,8 Millionen DM Export, 5,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 13,0 Millionen DM FZ (1977), 0,1 Millionen DM TZ, 11 000 DM sonst. Z (beide 1979). 4 Projekte, 2 Experten, 6 Praktikanten. Ges. FZ: 13,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 4,5 Millionen DM.

Senegal (MSAC, AKP): Der wichtigste Wirtschaftszweig des Sahel-Landes Senegal ist die Landwirtschaft, um deren Diversifizierung sich die Regierung bemüht. Die deutsche Entwicklungshilfe konzentriert sich auf die Landwirtschaft, die Wasserversorgung und Straßeninfrastruktur. Wichtigstes Vorhaben der letzten Jahre ist die Straße Tambacounda—Grenze Mali.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 29,2 Millionen DM Export, 65,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 54,0 Millionen DM FZ, 9,4 Millionen DM TZ, 8,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 32 Projekte, 14 Experten, 84 Praktikanten. Ges. FZ: 278,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 110,7 Millionen DM.

Sierra Leone (MSAC, AKP): Die westafrikanische Republik Sierra Leone hat mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die z. T. auf die Erschöpfung der Eisenerzmine Marampa und den Rückgang der Diamantförderung zurückzuführen sind. Sierra Leone, das mit verschiedenen Ländern Umschuldungsarrangements treffen mußte, will künftig der Entwicklung der Landwirtschaft größeres Augenmerk schenken. Der Schwerpunkt der deutsch-sierraleonischen Zusammenarbeit hat sich vom Infrastrukturbereich zur Landwirtschaft (einschließlich Forst- und Holzwirtschaft sowie Fischerei) verlagert.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 25,7 Millionen DM Export, 31,7 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 15,0 Millionen DM FZ (1979), 8,5 Millionen DM TZ (1978), 0,3 Millionen DM sonst. Z (1979). 15 Projekte, 7 Experten, 112 Praktikanten. Ges. FZ: 153,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 59,1 Millionen DM.

Singapur: Der schnell aufstrebende Stadtstaat zählt zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Die Bundesregierung fördert daher in Singapur grundsätzlich nur noch Vorhaben für regionale Zwecke. Die letzte deutsche entwicklungspolitische Zusage betraf ein Ausbildungsinstitut für Industriemeister und Ausbilder.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 559,4 Millionen DM Export, 805,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 1,5 Millionen DM TZ, 0,9 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 10 Projekte, 6 Experten, 89 Praktikanten. Ges. FZ: —; ges. TZ und sonst. Z: 52,6 Millionen DM.

Somalia (LLDC, MSAC, AKP): Hauptwirtschaftszweig in dem ostafrikanischen Staat ist die Landwirtschaft. Die deutsche Entwicklungshilfe konzentriert sich auf die Beseitigung der Folgeschäden der Dürrekatastrophe der Jahre 1974 bis 1976; weitere Schwerpunkte sind die Erschließung von Wasser, Bewässerungsvorhaben sowie umfangreiche Beraterleistungen für die somalische Verwaltung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 0,4 Millionen DM Export, 40,0 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 40,0 Millionen DM FZ, 3,0 Millionen DM TZ, 1,5 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 17 Projekte, 7 Experten, 90 Praktikanten. Ges. FZ: 198,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 143,7 Millionen DM.

Spanien (OECD): Das südeuropäische Entwicklungsland Spanien verhandelt zur Zeit mit der EG über seinen Beitritt zum Gemeinsamen Markt. Es ist ein wirtschaftlich fortgeschrittenes Land, dessen Wachstum aufgrund der weltweiten Rezession der vergangenen Jahre allerdings rückläufig war. Der überwiegende Teil des hohen Außenhandelsdefizits wird durch die Einnahmen aus dem Tourismus und durch die Gastarbeiterüberweisungen ausgeglichen. Spanien hat seit 1970 keine Kredite mehr aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 3 396,8 Millionen DM Export, 3 634,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 0,7 Millionen DM TZ (1971), 25,0 Millionen DM sonst. Z (1979). 9 Projekte, 3 Experten. Ges. FZ: 315,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 289,9 Millionen DM.

Sri Lanka (MSAC): Die deutsche Entwicklungshilfe in Sri Lanka, dem ehemaligen Ceylon, orientiert sich an der vorrangigen Aufgabe des Landes, die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Hierbei stehen Vorhaben der Landwirtschaft (Bewässerung, Förderung des Einsatzes von Düngemitteln, Beratung und Ausbildung), der Agro-Industrie (Düngemittelfabrik) und der Berufsausbildung im Vordergrund. Ferner ist eine Beteiligung an der Nutzbarmachung des Mahaweli Ganga, des größten Flusses des Landes, in Vorbereitung (Wasserkraft, Bewässerung). Hierfür

wurden im letzten Quartal 1979 400 Millionen DM bereitgestellt. In Vorbereitung befindet sich auch ein speziell armutsorientiertes Versuchsprojekt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 74,5 Millionen DM Export, 98,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ, 11,8 Millionen DM TZ, 2,3 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 39 Projekte, 8 Experten, 206 Praktikanten. Ges. FZ: 398,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 256,0 Millionen DM.

Sudan (LLDC, MSAC, AKP): Der Sudan ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungspolitik in Afrika; die vorrangigen Gebiete der Zusammenarbeit sind Infrastruktur, Landwirtschaft und Ausbildung. Wichtigste Vorhaben der letzten Jahre sind die Straßen Nyala—Zalengei und Ed Dleisu—Ratak, ein landwirtschaftliches Pilotprojekt Nuba-Berge und der Basisgesundheitsdienst im Südsudan.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 78,5 Millionen DM Export, 288,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 90,0 Millionen DM FZ, 16,9 Millionen DM TZ, 3,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 49 Projekte, 38 Experten, 5 DED, 350 Praktikanten. Ges. FZ: 666,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 261,5 Millionen DM.

Swasiland (AKP): Die gesunde Wirtschaftslage des Landes sichert die Lebensfähigkeit und ermöglicht Eigenleistungen zur Entwicklung. Die deutschen Unterstützungen zielen auf die industrielle Entwicklung und auf Infrastrukturmaßnahmen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 15,3 Millionen DM Export, 2,3 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 47,6 Millionen DM FZ (1977), 1,4 Millionen DM TZ, 1,2 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 10 Projekte, 3 Experten, 38 Praktikanten. Ges. FZ: 54,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 21,7 Millionen DM.

Syrien: Die deutsch-syrische wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde in den letzten Jahren wesentlich intensiviert. Die Schwerpunkte der bisherigen FZ und TZ liegen in den Bereichen Landwirtschaft, Infrastruktur und Ausbildung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 295,1 Millionen DM Export, 527,5 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 100,0 Millionen DM FZ (1979), 9,5 Millionen DM TZ (1978), 1,2 Millionen DM sonst. Z (1979). 18 Projekte, 19 Experten, 144 Praktikanten. Ges. FZ: 503,4 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 87,3 Millionen DM.

Tansania (LLDC, MSAC, AKP): Der ostafrikanische Staat ist ein Hauptempfängerland deutscher Entwicklungshilfe in Schwarzafrika. Seine Hauptprobleme sind eine unzureichende Infrastruktur und Mangel an Fachkräften. Schwerpunkte der Zusammenarbeit

sind die integrierte ländliche Entwicklung, Infrastruktur und direkt produktive Investitionen (in Industrie und Landwirtschaft).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 166,8 Millionen DM Export, 239,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 110,0 Millionen DM FZ (1978), 1,6 Millionen DM TZ, 3,6 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 130 Projekte, 95 Experten, 75 DED, 295 Praktikanten. Ges. FZ: 484,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 492,9 Millionen DM.

Thailand: Die Bundesregierung fördert in Thailand im Rahmen der FZ schwerpunktmäßig die Energieversorgung vorwiegend ländlicher Gebiete sowie (seit 1977) die landwirtschaftliche Bewässerung. Die TZ konzentriert sich auf den ländlichen Raum (Schädlingsbekämpfung, Förderung von Siedlungsgebieten, Brunnenbau und Förderung der tierischen Produktion), auf die gewerbliche Berufsausbildung, die Einrichtung von Basisgesundheitsdiensten einschließlich Familienplanung, auf geowissenschaftliche Untersuchungen sowie — in Vorbereitung — auf die Bergregionenentwicklung in Nordthailand (Mohnersatzkulturen).

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 765,4 Millionen DM Export, 526,1 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 30,0 Millionen DM FZ, 7,8 Millionen DM TZ, 2,7 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 46 Projekte, 19 Experten, 31 DED, 514 Praktikanten. Ges. FZ: 439,1 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 210,4 Millionen DM.

Togo (AKP): Aufgrund traditioneller Beziehungen hat Togo relativ hohe entwicklungspolitische Leistungen von der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Das Land nahm seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1960 einen beachtlichen Aufstieg; Rückschläge durch die Ölpreisexplosion konnten zeitweilig durch gestiegene Phosphateinnahmen ausgeglichen werden. Durch übermäßige Auslandsverschuldung ist die Wirtschaftslage Togos allerdings schwieriger geworden. Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sind die Verkehrsinfrastruktur (Hafen Lomé, Schifffahrt), die landwirtschaftliche Entwicklung und das Gesundheitswesen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 59,9 Millionen DM Export, 130,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5,0 Millionen DM FZ, 0,4 Millionen DM TZ, 1,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 23 Projekte, 44 Experten, 37 DED, 205 Praktikanten. Ges. FZ: 236,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 191,3 Millionen DM.

Tonga (AKP): Die Aufnahme entwicklungspolitischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Tonga geht zurück auf den „Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit“ vom 1. Juni 1977, der anlässlich der 100. Wiederkehr der Unterzeichnung des deutsch-

tongaischen Freundschaftsvertrages vom 1. November 1876 geschlossen wurde. In enger Kooperation mit anderen Förderern (insbesondere Australien, Neuseeland und EEF) werden seit 1978 ein Pflanzenschutzdienst aufgebaut und ein Schiffsverkehrsprojekt durchgeführt. Die Errichtung einer Seefahrtsschule ist geplant.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 2 Millionen DM Export, 0,08 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 6 Millionen DM FZ, 32 000 DM TZ (beide 1979), 0,1 Millionen DM sonst. Z (1978). 2 Projekte, 2 Experten, 3 Praktikanten. Ges. FZ: 24,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 3,4 Millionen DM.

Tschad (LLDC, MSAC, AKP): Der zentralafrikanische Staat ist eines der ärmsten Länder der Welt, bedingt durch das Fehlen von Rohstoffen sowie von wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Tschad wurde am 12. Juni 1974 eingestellt (Fall des entführten Arztes Dr. Staewen). Seit Wiederaufnahme der Beziehungen 1976 ist die Bundesregierung bestrebt, ihre Unterstützung auf die Sektoren Land-, Vieh- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft und Infrastruktur zu konzentrieren. Wegen des Ausbruchs bürgerkriegsähnlicher Unruhen im Februar 1979 wurde die Zusammenarbeit erneut weitgehend unterbrochen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 14,2 Millionen DM Export, 9 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ, 17 000 DM TZ, 1,6 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 13 Projekte, 2 Experten, 34 Praktikanten. Ges. FZ: 73,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 51,0 Millionen DM.

Türkei (OECD): Die Türkei, mit der EG assoziiert, ist ein fortgeschrittenes Entwicklungsland, aber mit sehr starken Einkommensunterschieden, einem großen regionalen Entwicklungsgefälle und mit hoher Arbeitslosigkeit, ferner mit zunehmendem Defizit der Leistungsbilanz und hoher Auslandsverschuldung. Die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland betreffen insbesondere den Energiebereich (Braunkohletagebau, Wärmekraftwerk Elbistan und Wasserkraftwerk Oymapinar) und die Förderung von exportorientierten Wirtschaftszweigen sowie der Klein- und Mittelindustrie.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 834,6 Millionen DM Export, 1 695,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 510,0 Millionen DM FZ, 1,8 Millionen DM TZ, 15,8 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 55 Projekte, 18 Experten, 532 Praktikanten. Ges. FZ: 2 933,3 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 357,4 Millionen DM.

Tunesien: Der nordafrikanische Staat ist ein Schwerpunktland der deutschen Entwicklungspolitik. Das Land verfügt über relativ gut entwickelte Trägerstrukturen. Die Hauptgebiete der Zusammenarbeit

liegen bei der Land- und Wasserwirtschaft (Staudämme Bou Heurthma und Sidi Salem) sowie der Infrastruktur.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 443,8 Millionen DM Export, 568,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 70,0 Millionen DM FZ (1979), 22,0 Millionen DM TZ (1978), 1,6 Millionen DM sonst. Z (1979). 51 Projekte, 33 Experten, 323 Praktikanten. Ges. FZ: 1 056,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 276,4 Millionen DM.

Uganda (LLDC, MSAC, AKP): Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Uganda, die unter dem Regime Idi Amins stagnierte, wurde 1979 neu belebt. Eine Sofortmaßnahme zur Linderung der größten Not (10 Millionen DM Warenhilfe) wurde noch 1979 eingeleitet. Außerdem sind durch Reaktivierung alter Zusagen und durch Neuzusagen weitere Mittel von insgesamt 14,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden; u. a. ist für die Salzgewinnungsanlage am Katwe-See die Entsendung eines Management-Teams vorgesehen.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 40 Millionen DM Export, 62,8 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 10,0 Millionen DM FZ (1972), 110 000 DM TZ (1975), 2,0 Millionen DM sonst. Z (1979). 25 Projekte, 89 Praktikanten. Ges. FZ: 84,6 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 60,3 Millionen DM.

Uruguay: Der südamerikanische Staat gehört zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Schwerpunktbereiche der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Uruguay sind die Landwirtschaft, die Nahrungsmitteltechnologie sowie die Förderung exportorientierter Klein- und Mittelbetriebe.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 170,8 Millionen DM Export, 128,6 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 9,0 Millionen DM FZ, 2,4 Millionen DM TZ (beide 1978), 3,2 Millionen DM sonst. Z (1979). 12 Projekte, 4 Experten, 17 Praktikanten. Ges. FZ: 21,0 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 59,8 Millionen DM.

Venezuela (OPEC): Infolge seiner günstigen Devisenlage (Erdöl-Exporte) hat Venezuela keine deutschen Kredite erhalten. Im Rahmen der TZ wurden zwei Projekte durchgeführt: Gewerbeschule Maracay im Wege der TZ ohne Entgelt; Beratergruppe für die venezolanische Regierung im Wege der TZ gegen Entgelt bei 50 % venezolanischer Kostenbeteiligung.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 313,1 Millionen DM Export, 1 739 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 97 000 DM TZ (1976), 4,0 Millionen DM sonst. Z (1979); 16 Projekte, 15 Experten, 21 Praktikanten. Ges. FZ: —; ges. TZ und sonst. Z: 134,1 Millionen DM.

Zaire (AKP): Zaire, ehemals Belgisch-Kongo, ist ein wichtiger Ansatzpunkt der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Von außen wirkende Einflüsse wie der zweimalige Einfall in die Kupferprovinz Shaba, die Sperrung der für den Kupfertransport wichtigen Benguela-Bahn durch Angola und das Steigen des Ölpreises haben das Land in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt. Im Rahmen eines international unterstützten Sanierungsplans wird die deutsche Entwicklungshilfe schwerpunktmäßig zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Brückenbau, Straßen, Fähren, Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Straßenbauschule), der Landwirtschaft, für die Ausbildung im Fach- und Hochschulbereich sowie für die Erwachsenenbildung über Rundfunk und Fernsehen eingesetzt.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 254,9 Millionen DM Export, 181,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 45 Millionen DM FZ (1978), 0,2 Millionen DM TZ, 1,1 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 69 Projekte, 37 Experten, 128 Praktikanten. Ges. FZ: 291,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 207,7 Millionen DM.

Zentralafrikanische Republik (LLDC, MSAC, AKP): Die wirtschaftliche Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik wird in starkem Maße durch ihre Binnenlage beeinträchtigt. Mit Vorrang wurde daher in der Vergangenheit die Entwicklung der Infrastruktur (Ausbau der Flotten) gefördert. Die derzeit ausschließlich Technische Zusammenarbeit kon-

zentriert sich auf den Transportsektor und die ländliche Entwicklung. Wichtigste Projekte aus den letzten Jahren sind die Ausbildung von Wartungs- und Instandsetzungspersonal für die Flußschiffahrtsgesellschaft, ein Straßenunterhaltungsprogramm und die landwirtschaftliche Regionalberatung Oñham-Pende.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 3,3 Millionen DM Export, 8,4 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 4,0 Millionen DM FZ (1974), 2,2 Millionen DM TZ, 0,6 Millionen DM sonst. Z (beide 1979). 13 Projekte, 1 Experte, 93 Praktikanten. Ges. FZ: 32,2 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 42,6 Millionen DM.

Zypern: Das europäische Entwicklungsland Zypern ist Mitglied im Europarat und mit der EG assoziiert. Der Ausbau von Bewässerungsvorhaben in ländlichen Gebieten durch Suche und Nutzbarmachung von Wasservorräten ist neben der Beratung für Industrie und Landwirtschaft der Hauptansatzpunkt der deutschen Entwicklungshilfe.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland 1978: 29,7 Millionen DM Export, 140,2 Millionen DM Import.

Entwicklungshilfe (Stand: 30. September 1979): Letzte Zusagen: 5,0 Millionen DM FZ, 0,9 Millionen DM TZ, 0,7 Millionen DM sonst. Z (alle 1979). 10 Projekte, 7 Experten, 94 Praktikanten. Ges. FZ: 67,5 Millionen DM; ges. TZ und sonst. Z: 44,9 Millionen DM.

V. Rahmenabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Land/Art des Abkommens	Inhalt	Stand	Fundstelle
<i>Ägypten</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	paraphiert am 18. Mai 1978	
<i>Argentinien</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 22. Oktober 1969	BGBI. II 1970, S. 5
<i>Brasilien</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 12. August 1969	BGBI. II 1969, S. 2119
<i>Chile</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 23. Oktober 1970	BGBI. II 1971, S. 107
<i>Griechenland</i> BMFT-Koordinations- ministerium	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 30. November 1978	BGBI. II 1979, S. 137
<i>Indien</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 7. März 1974	BGBI. II 1974, S. 998
<i>Indonesien</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	paraphiert am 28. Juni 1978	
<i>Iran</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 21. November 1977	BGBI. II 1978, S. 280
<i>Israel</i> BMFT-Israelischer Nationalrat für Forschung und Ent- wicklung	Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses zur Förderung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung	in Kraft seit 2. September 1973	nicht ver- öffentlicht
<i>Jugoslawien</i> BMFT-Bundesamt für internationale Zusam- menarbeit auf dem Gebiet der Wissen- schaft, Bildung, Kultur und Technologie	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 23. Mai 1975	BGBI. II 1975, S. 921
<i>Mexiko</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 4. September 1975	BGBI. II 1976, S. 223
<i>Pakistan</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 30. November 1972	BGBI. II 1974, S. 68
<i>Spanien</i> Regierungen	Wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung	in Kraft seit 10. März 1971	BGBI. II 1971, S. 1006

Land/Art des Abkommens	Inhalt	Stand	Fundstelle
Venezuela Regierungen	Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit	in Kraft seit 28. Dezember 1978	BGBI. II 1979, S. 777
Die Rahmenabkommen werden durch Einzelvereinbarungen ausgefüllt.			

Quelle: BMFT

VI. Thesen für die Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

Auf seiner Sitzung am 30. Mai 1979 hat das Bundeskabinett 17 Thesen zur Entwicklungspolitik verabschiedet.

1. Bedeutung der Entwicklungspolitik

Für die Bundesregierung hat die Entwicklungspolitik im Rahmen ihrer Gesamtpolitik große Bedeutung. Sie ist sich bewußt, daß das krasse Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Völkern, einschließlich des Wohlstandsgefälles zwischen den Entwicklungsländern selbst, zu den großen Problemen des ausgehenden Jahrhunderts gehört. Die Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Bereich der gemeinsamen Zukunftsaufgaben, die der internationalen Gemeinschaft gestellt sind.

2. Friedenssicherung —

Unabhängigkeit der Entwicklungsländer

Bestimmendes Ziel der deutschen Entwicklungspolitik bleibt die langfristige Friedenssicherung durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Entwicklungsländer. Die Entwicklungspolitik unterstützt die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt. Die Bundesregierung spricht sich gegen die Errichtung von Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt aus.

3. Gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsame Verantwortung

Die zunehmende Verflechtung der Wirtschaften der Industrieländer und der Entwicklungsländer führt zu größerer gegenseitiger Abhängigkeit und zu hoher Empfindlichkeit für Veränderungen in der Weltwirtschaft. Das Wachstum der Industrieländer und das Wachstum der Entwicklungsländer sind unauflösbar miteinander verbunden. Um drohende Krisen abzuwehren, sind erhöhte gemeinsame Anstrengungen in Schwerpunktbereichen, wie Rohstoff- und Energieversorgung, Nahrungsmittelproduktion, Umweltschutz, dringend.

Verknappungen der Ölmenge und übermäßig steigende Ölpreise gefährden die Deckung des für eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung notwendigen Energiebedarfs. Sie beeinträchtigen besonders die Wachstumschancen der von Ölimporten abhängigen Entwicklungsländer. Die Bundesregierung fordert deshalb alle an Ölproduktion, -versorgung und -verbrauch Beteiligten zu verantwortungsbewußtem Handeln auf.

Alle Länder tragen gemeinsam die Verantwortung für internationale Entscheidungen und müssen dieser solidarischen Verantwortung durch Kooperations- und Kompromißbereitschaft Rechnung tragen. Internationale Zusammenarbeit, auch in Entwicklungsfragen, setzt die Respektierung der gegenseitigen Interessen voraus. Es liegt im gemeinsamen Interesse von Industrie-

ländern und Entwicklungsländern, die Korruption im internationalen Handelsverkehr energisch zu bekämpfen.

Die osteuropäischen Staatshandelsländer müssen ihre wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen gegenüber den Entwicklungsländern erheblich erhöhen und ihre Märkte für Produkte der Entwicklungsländer stärker öffnen.

4. Abrüstung und Entwicklung

Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsfragen gewinnen durch die Verbindung mit der Entwicklungspolitik eine neue Dimension. Mittel, die aufgrund von Abrüstungsvereinbarungen eingespart werden, sollten vor allem für Entwicklungsaufgaben verwendet werden. Alle Staaten, auch die Länder der Dritten Welt, sollten ihre Rüstungsausgaben eingrenzen.

5. Eigenleistungen der Entwicklungsländer

Hilfe von außen kann nur dann vollen Nutzen bringen, wenn die Entwicklungsländer entsprechende eigene Anstrengungen unternehmen und die notwendigen Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung schaffen. Sie tun dies in eigener Verantwortung für ihre innere politische, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ordnung. Wesentliche Faktoren einer erfolgreichen Entwicklung sind der Abbau innerer Entwicklungshemmnisse (zum Beispiel die Schaffung eines gerechteren und effektiven Steuersystems und einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung), die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion sowie in vielen Ländern die Eindämmung des besorgniserregenden Bevölkerungswachstums.

6. Differenzierung der Entwicklungsländer

Die Bundesregierung trägt bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der differenzierten Entwicklung der Dritten Welt Rechnung.

Einige Entwicklungsländer sind in ihrer Entwicklung so weit fortgeschritten, daß sie als Schwellenländer bezeichnet werden. Anderen haben Öl- und Erdgasvorkommen ungeahnte Einkommensquellen erschlossen. Wieder andere werden durch Ölpreiserhöhungen ernsthaft in ihrer Entwicklung beeinträchtigt (sog. MSAC = am meisten betroffene Länder). Weitere gehören zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (sog. LLDC). Außerdem gibt es Armutsregionen auch in weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern.

Die Bundesregierung wird die Entwicklungshilfe für die besonders bedürftigen Entwicklungsländer weiter erhöhen. Im Rahmen der Finan-

ziellen Zusammenarbeit erhalten die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) Zuschüsse; früher an sie gewährte Kredite können von Fall zu Fall in Zuschüsse umgewandelt werden. Diesen Ländern soll verstärkt dabei geholfen werden, ihre Entwicklungsvorhaben zu planen und durchzuführen.

Bei der Zusammenarbeit mit den fortgeschrittenen Entwicklungsländern (Schwellenländern) setzt die öffentliche Entwicklungshilfe gezielt an sozialen und wirtschaftlichen Engpässen der Entwicklung an. Privatwirtschaftliche Formen der Zusammenarbeit sind für diese Länder von besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung wird verstärkt das Instrument der Mischfinanzierung einsetzen.

7. *Bekämpfung der absoluten Armut*

Die Bekämpfung der absoluten Armut ist vorrangige Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik. Dazu gibt es vielfältige Ansatzpunkte. Wirksame Maßnahmen und Programme zur Befriedigung der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse (Nahrung, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Wohnen) setzen voraus, daß die Entwicklungsländer die Bekämpfung der absoluten Armut zu ihrem eigenen Anliegen machen.

8. *Handelspolitische Zusammenarbeit*

Die Bundesregierung sieht in der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern den chancenreichsten Weg für deren Integration in die Weltwirtschaft. Bestehende weltwirtschaftliche Probleme können nicht durch Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen, sondern nur durch eine weltoffene Handelspolitik gelöst werden. Erhöhte Einfuhren der Industrieländer aus den Entwicklungsländern, wie die Bundesrepublik Deutschland sie in den letzten Jahren aufgenommen hat, tragen entscheidend dazu bei, daß diese Länder die notwendigen Investitionsgüter für ihre weitere Entwicklung finanzieren können. Der steigende Handel mit den Entwicklungsländern hat aber auch einen positiven Beschäftigungseffekt für die deutsche Wirtschaft.

Im Gegensatz zu den Industrieländern insgesamt hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren aus außereuropäischen nichterdölexportierenden Entwicklungsländern mehr importiert als exportiert. Die Bundesregierung appelliert an die anderen Industrieländer, ihre Märkte auch weiter für die Entwicklungsländer zu öffnen.

Die Bundesregierung wird sich für weitere Verbesserungen des Marktzugangs, insbesondere für ärmere Entwicklungsländer, einsetzen und den unvermeidlichen Strukturwandel im Gefolge vermehrter Einfuhren aus Entwicklungsländern erleichtern. Durch ihre Strukturanpassungspolitik vermeidet die Bundesregierung, daß es dabei zu untragbaren Härten für die unmittelbar Betroffenen kommt; durch ihre Politik trägt sie gleichzeitig zur Erhaltung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

9. *Private Investitionen*

Die Bundesregierung weist mit Nachdruck auf die Bedeutung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer hin. Sie unterstützt dies durch den Ausbau ihres Förderungsinstrumentariums. Sie betont die Notwendigkeit einer ständigen Verbesserung des Investitionsklimas in Entwicklungsländern und wirkt aktiv bei den Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen mit, die Tätigkeit von transnationalen Unternehmen transparenter zu machen und klare Verhaltensregeln für die Tätigkeit dieser Unternehmen sowie für die Heimat- und Gastländer der Investoren zu schaffen.

10. *Angepaßte Technologien*

Die Übertragung technischen und organisatorischen Wissens durch Privatinvestitionen muß ergänzt werden durch die Entwicklung arbeitsintensiver, an die Bedingungen in den Entwicklungsländern angepaßter Technologie- und Organisationsmethoden. Das gilt besonders auch für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang kommt es insbesondere darauf an, den Entwicklungsländern zu helfen, eine eigene wissenschaftlich-technologische Infrastruktur aufzubauen.

11. *Erhöhter Ressourcentransfer*

Ein erhöhter öffentlicher und privater Ressourcentransfer in die Dritte Welt liegt im gemeinsamen Interesse von Nord und Süd und damit auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung wird deshalb bei der Fortschreibung der Finanzplanung bis 1983 ihre öffentliche Entwicklungshilfe über die Ansätze der geltenden Finanzplanung hinaus erhöhen.

12. *Entwicklungspolitik und Rohstoffpolitik*

Die Bundesregierung setzt sich für stabilere Exporterlöse der Entwicklungsländer ein und verfolgt weiter ihre Vorschläge für eine weltweite Stabilisierung von Rohstoffexporterlösen der Entwicklungsländer. Sie will damit gleichzeitig auch zu einer ausreichenden und kontinuierlichen Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen beitragen.

13. *Nichterschöpfliche Energiequellen*

Die Bundesregierung wird die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet neuer Technologien zur Nutzung nichterschöpflicher und neuer Energiequellen (Wind, Sonne, Biomasse, Geothermik) im Rahmen eines besonderen Programms wesentlich verstärken.

14. *Wechselwirkungen zwischen kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung*

Entwicklungsprozesse können in Entwicklungsländern gewachsene soziale Strukturen, Glaubens- und Verhaltensformen gefährden oder zerstören, ohne daß sie gleichwertige neue schaffen. Die Bundesregierung wird sich bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bemühen, möglichen negativen Folgen eines gemeinsam als notwendig erkannten Wandels entgegenzuwirken.

Die Länder der Dritten Welt besinnen sich in zunehmendem Maße auf ihre eigenen kulturellen Werte und Traditionen und versuchen, sie in Einklang zu bringen mit den notwendigen modernen Entwicklungen. Die Bundesregierung fördert in partnerschaftlicher Zusammenarbeit diese Bemühungen und wird sie insbesondere im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik verstärkt unterstützen.

Die Bundesregierung wird sich bei ihrer Entwicklungshilfe darum bemühen, daß auch Frauen in gleicher Weise wie Männer von der Hilfe profitieren.

15. *Südliches Afrika*

Die Bundesregierung tritt für die Überwindung der Rassendiskriminierung im südlichen Afrika ein. Sie unterstützt die Konfliktrandstaaten im südlichen Afrika. Die Bundesregierung ist bereit, solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die auf den friedlichen und demokratischen Aufbau der noch abhängigen Gebiete abzielen.

16. *Gesellschaftliche Gruppen*

Die Bundesregierung begrüßt, daß Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und zahlreiche andere gesellschaftliche Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in den Entwicklungsländern fördern. Sie wecken damit bei weiten Kreisen der Bevölkerung Verständnis und Bereitschaft für die große Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung wird die Arbeit dieser Gruppen verstärkt unterstützen.

17. *Entwicklungspolitische Bildungsarbeit*

Die Bundesregierung wird sich verstärkt bemühen, das Verständnis unseres Volkes für die Lage in den Entwicklungsländern und für die Notwendigkeit erhöhter Entwicklungshilfe weiter zu vertiefen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, die Dringlichkeit der Lösung der Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt und ihre Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft bewußt zu machen.

Insbesondere bei technischen Berufen und für Managementaufgaben gibt es in den Entwicklungsländern einen wachsenden Bedarf an geschulten Fachkräften. Deswegen wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Bereitschaft einzelner Bürger zur beruflichen Tätigkeit in Entwicklungsländern gestärkt wird.

Quelle: Bulletin der Bundesregierung Nr. 73 vom 1. Juni 1979.

VII. Tabellenteil**Inhaltsverzeichnis**

Tabelle	Seite
Globale Übersichten	
1 Welternährungssituation	88
2 Weltimporte und -exporte 1963 bis 1978	90
3 Regionale Verteilung der Weltbergbauproduktion	91
4 Waffenhandel und Rüstungsausgaben	92
Strukturdaten der Entwicklungsländer	
5 Bevölkerung	94
6 Brutto-sozialprodukt, Inflation	97
7 Investitionen, Industrialisierung, Energie	100
8 Außenhandel, Verschuldung	104
9 Gesundheit, Ernährung	108
10 Erziehung	111
11 Beschäftigung	114
Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern	
12 Außenhandel mit einzelnen Entwicklungsländergruppen 1960 bis 1978	117
13 Außenhandel nach Warengruppen 1972 bis 1978	118
Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer	
14 Leistungen 1950 bis 1978 (Übersicht)	119
15 Brutto- und Nettoleistungen 1976 bis 1978	120
16 Einsatz öffentlicher Mittel 1960 bis 1978 (Nettoauszahlungen)	121
17 Einsatz öffentlicher Mittel 1960 bis 1978 (Zusagen)	122
18 Personaleinsatz bei der bilateralen Technischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland 1962 bis 1978	123
19 Regionale Verteilung der bilateralen öffentlichen Zusammenarbeit 1977 und 1978 (Zusagen)	124
20 Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit mit einzelnen Entwicklungsländern und -gebieten (Bruttoauszahlungen 1978)	125
21 Bedingungen der öffentlichen Zusammenarbeit 1965 bis 1978 (Zusagen)	128
22 Multilaterale öffentliche Zusammenarbeit 1976 bis 1978 (Nettoauszahlungen)	129
23 Bundeshaushalt und Einzelplan 23	130
24 Internationale Ernährungssicherung und Nahrungsmittelhilfe der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978	131
25 Öffentliche humanitäre Hilfe 1977 und 1978	132
26 Zusagen der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH 1962 bis 1978	134
27 Bilaterale Leistungen der privaten Wirtschaft 1960 bis 1978	135
Leistungen der DAC-Mitgliedsländer und anderer Geber an Entwicklungsländer	
28 Öffentliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und -gebieten 1976 und 1977 (Nettoauszahlungen)	136
29 Leistungen der DAC-Mitgliedsländer 1978	142
30 Anteil der öffentlichen Mittel der DAC-Mitgliedsländer für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (ODA) am Brutto-sozialprodukt (1962 bis 1978)	141
31 Anteil der Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer am Brutto-sozialprodukt (1962 bis 1978)	144
32 Bedingungen der öffentlichen Zusammenarbeit der DAC-Mitgliedsländer mit Entwicklungsländern 1977 und 1978	145

Tabelle	Seite
33 Daten und Leistungen der OPEC-Länder	146
34 Zusammenarbeit der Staatshandelsländer mit Entwicklungsländern	148
35 Kreditbedingungen multilateraler Institutionen	149
36 Aufbringung und Verteilung der Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)	150
37 Internationale Ernährungssicherung und Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaft 1975 bis 1979	154

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden
- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten ausgewiesenen Einheit
- .. kein Nachweis vorhanden

Vorbemerkung zu den Tabellen 5 bis 11:

Die Daten der Strukturtabellen entstammen offiziellen Quellen (vgl. die Angaben am Schluß jeder Tabelle). Da sie nach verschiedenen Methoden erhoben wurden und teilweise auf Schätzungen beruhen, ist beim länderweisen Vergleich dieser Daten mit Vorsicht zu verfahren.

Tabelle 1

Welternährungssituation

	Nahrungsmittelproduktion 1970 bis 1978 (Steigerungen in % pro Jahr)				Nahrungs- mittel- konsum in % des Bedarfs pro Kopf 1977
	1970 bis 1978		1977 bis 1978		
	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf	
1	2		3		4
Entwickelte Marktwirtschaftsländer insgesamt	2,3		2,8		131
Westeuropa	1,7		4,1		132
Nordamerika	3,0		1,2		135
Ozeanien	4,0		12,6		129
Osteuropa und Sowjetunion	2,4		5,5		136
Entwickelte Länder ⁴⁾ insgesamt	2,3		3,7		133
Entwicklungsländer-Marktwirtschaften insgesamt	2,9	0,3	3,0	0,3	98
Afrika	1,5	- 1,2	4,2	1,3	95
Lateinamerika	3,4	0,7	2,3	- 0,2	108
Westasien ⁵⁾	3,6	0,8	4,0	1,1	109
Ostasien	3,0	0,4	2,7	0,0	94
Asiatische Staatshandelsländer	3,0	1,2	3,1	1,4	104
Entwicklungsländer ⁴⁾ insgesamt	3,0	0,6	3,0	0,7	100
Welt insgesamt	2,6		3,4		110

¹⁾ Schätzung der FAO nach der Methode des Fourth World Food Survey²⁾ N, P₂O₅, K₂O³⁾ bezogen auf ha landwirtschaftliche Nutzfläche⁴⁾ Die im Rahmen der FAO gebräuchliche Einteilung in „Entwickelte Länder“ und „Entwicklungsländer“ stimmt nicht mit der des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD überein.⁵⁾ einschließlich Ägypten, Libyen, Sudan, Türkei und Zypern

noch Tabelle 1

Unterernährte ¹⁾						Düngemittel ²⁾ (Millionen t)				
1975		Trend-Prognose 1990		Trend-Prognose 2000		Produktion		Verbrauch		
absolut Millionen	in % der Bevölke- rung	absolut Millionen	in % der Bevölke- rung	absolut Millionen	in % der Bevölke- rung	1970/71	1976/77	1970/71	1976/77	kg/ha ³⁾ 1976
5		6		7		8		9		
-	-	-	-	-	-	44,7	50,9	37,8	44,9	35,0
-	-	-	-	-	-	19,4	19,8	17,4	18,8	111,7
-	-	-	-	-	-	20,3	26,6	16,3	21,4	43,2
-	-	-	-	-	-	1,2	1,3	1,4	1,6	3,1
-	-	-	-	-	-	19,7	32,5	16,8	27,2	40,8
-	-	-	-	-	-	64,4	83,4	54,6	72,1	37,0
414	22	416	15	287	11	4,3	9,0	8,6	15,4	7,3
68	22	102	21	110	17	0,6	0,9	0,6	1,1	1,3
41	13	31	6	23	4	1,1	2,5	2,9	5,3	7,9
19	11	20	7	22	6	0,5	1,6	1,1	2,6	9,7
286	27	263	16	232	12	2,0	4,0	4,0	6,3	21,2
..	2,8	6,0	4,9	7,1	14,7
..	7,1	15,0	13,5	22,5	8,7
..	71,5	98,4	68,1	94,6	20,8

Quellen: Spalten 2 bis 4: FAO, The State of Food and Agriculture 1979, (C 79/2, August 1979), Tabellen 1, 2 und 6;
 Spalten 5 bis 7: FAO, Agriculture-Toward 2000 (79/24), Tabelle 9.1 und 9.3;
 Spalten 8 und 9: FAO, Annual Fertilizer Review 1977, Rom 1978, Tabellen XIII, XVI und 12.

Tabelle 2

Weltimporte und -exporte 1963 bis 1978¹⁾
 Mrd. US-\$ f. o. b. und Prozentsatz der Weltexporte

Exportierende Gebiete \ Importierende Gebiete	Jahr	westliche Industrieländer		OPEC-Länder		Entwicklungsländer ohne OPEC		Staats-handels-länder		Welt insgesamt ²⁾	
		Mrd. US-\$	%	Mrd. US-\$	%	Mrd. US-\$	%	Mrd. US-\$	%	Mrd. US-\$	%
Westliche Industrieländer	1963	69,28	44,8	3,82	2,5	18,07	11,7	3,49	2,3	99,04	64,0
	1968	116,60	49,0	6,11	2,6	24,84	10,4	6,30	2,6	160,72	67,6
	1970	158,87	50,9	7,61	2,4	31,82	10,2	8,05	2,6	215,79	69,1
	1973	289,02	50,3	15,95	2,8	52,78	9,2	18,05	3,1	391,27	68,1
	1974	368,79	44,1	28,49	3,4	77,35	9,3	25,96	3,1	523,83	62,7
	1975	373,68	42,8	46,64	5,3	82,25	9,4	32,69	3,7	558,46	64,0
	1976	428,60	43,2	52,93	5,3	84,81	8,6	32,93	3,3	622,80	62,8
	1977	484,22	43,2	66,30	5,9	96,70	8,6	33,37	3,0	704,70	62,8
	1978	585	45,0	79	6,1	121	9,3	42	3,2	845	65
OPEC-Länder	1963	6,68	4,3	0,06	0,0	1,95	1,3	0,15	0,1	9,17	5,9
	1968	10,73	4,5	0,10	0,0	2,21	0,9	0,19	0,1	13,91	5,8
	1970	13,53	4,3	0,11	0,0	2,85	0,9	0,24	0,1	17,65	5,7
	1973	31,79	5,5	0,26	0,0	7,95	1,4	0,95	0,2	42,10	7,3
	1974	93,35	11,2	0,52	0,1	22,69	2,7	1,53	0,2	121,30	14,5
	1975	80,89	9,3	0,78	0,1	22,35	2,6	2,14	0,2	111,04	12,7
	1976	97,86	9,9	0,92	0,1	26,73	2,7	2,47	0,2	134,00	13,5
	1977	107,19	9,6	1,17	0,1	29,10	2,6	2,68	0,2	146,70	13,1
	1978	107	8,2	1	0,1	29	2,2	3	0,2	143	11
Entwicklungsländer ohne OPEC-Länder	1963	15,46	10,0	0,40	0,2	4,27	2,8	1,56	1,0	22,68	14,7
	1968	20,51	8,6	0,72	0,3	5,82	2,4	2,04	0,9	29,75	12,5
	1970	26,39	8,5	0,96	0,3	7,04	2,3	2,82	0,9	38,20	12,2
	1973	47,18	8,2	2,34	0,4	12,47	2,2	4,34	0,8	68,30	11,9
	1974	67,24	8,0	4,70	0,6	18,92	2,3	6,35	0,8	100,30	12,0
	1975	62,65	7,2	5,72	0,7	19,13	2,2	7,81	0,8	98,55	11,3
	1976	79,30	8,0	6,45	0,7	21,69	2,2	7,55	0,8	119,10	12,0
	1977	91,51	8,2	8,37	0,7	25,65	2,3	8,80	0,8	138,50	12,3
	1978	108	8,3	10	0,8	31	2,4	9	0,7	169	13
Staats-handels-länder	1963	3,50	2,3	0,17	0,1	2,29	1,5	12,37	8,0	18,72	12,1
	1968	6,11	2,6	0,43	0,2	3,12	1,3	16,64	7,0	26,99	11,3
	1970	7,60	2,4	0,78	0,2	3,53	1,1	19,92	6,4	32,91	10,5
	1973	15,37	2,7	1,26	0,2	5,28	0,9	32,39	5,6	57,20	10,0
	1974	23,39	3,5	2,26	0,3	7,56	0,9	36,35	4,4	71,99	8,6
	1975	24,10	2,8	3,14	0,4	8,21	0,9	47,57	5,5	85,50	9,8
	1976	27,33	2,8	3,17	0,3	9,04	0,9	51,29	5,2	94,00	9,5
	1977	29,40	2,6	3,61	0,3	10,43	0,9	60,14	5,4	109,00	9,7
	1978	34	2,6	7	0,5	14	1,1	69	5,3	130	10
Welt insgesamt ²⁾	1963	98,56	63,7	4,49	2,9	27,23	17,6	17,86	11,5	154,70	100,00
	1968	158,47	66,6	7,42	3,1	37,08	15,6	25,37	10,7	237,80	100,00
	1970	211,74	67,8	9,58	3,1	46,62	14,9	31,32	10,0	312,20	100,00
	1973	394,33	68,7	20,15	3,5	80,94	14,1	56,34	9,8	574,30	100,00
	1974	564,50	67,6	36,53	4,4	130,17	15,6	71,03	8,5	835,60	100,00
	1975	553,84	63,5	57,11	6,5	135,65	15,5	91,11	10,4	872,50	100,00
	1976	646,85	65,2	64,38	6,5	145,53	14,7	93,34	9,4	991,00	100,00
	1977	727,77	64,9	80,38	7,2	165,59	14,8	106,30	9,5	1122,00	100,00
	1978	858	66	99	7,6	195	15	130	10	1300	100,00

¹⁾ Zahlen für 1978 vorläufig

²⁾ einschließlich Australien, Neuseeland, Südafrika (bei den übrigen Ländergruppen nicht berücksichtigt)

Quellen: GATT-Jahrbuch 1977/78; für 1978: GATT, Press Release 1243 vom 4. September 1979

Tabelle 3

Regionale Verteilung der Weltbergbauproduktion
I. Vorräte und Förderung mineralischer Rohstoffe

Rohstoff	Anteile der Ländergruppen an den Weltvorräten mineralischer Rohstoffe (Stand 01.01.1979)				Anteile der Ländergruppen an der Förderung mineralischer Rohstoffe im Jahre 1977 in %		
	insgesamt in 1000 t	davon in % in			westliche Industrieländer ¹⁾	Entwicklungsländer ²⁾	Staats-handels-länder
		westlichen Industrieländern ¹⁾	Entwick-lungs-ländern ²⁾	Staats-handels-ländern			
Kupfer	456300	30,2	58,7	11,1	34,7	46,2	19,1
Blei	174900	60,8	22,0	17,2	44,2	32,3	23,5
Zink	185260	65,4	20,0	14,6	48,3	29,3	22,4
Zinn	10000	8,8	85,1	6,1	7,7	84,0	8,3
Nickel	82030	19,4	69,3	11,3	46,3	34,7	19,0
Eisen	93077000	33,1	34,9	32,0	37,1	35,2	27,7
Mangan	1826700	52,7	9,8	37,5	29,8	30,7	39,5
Chromit	3341000	68,7	30,7	0,6	40,1	28,7	31,2
Antimon	4290	17,3	75,3	7,4	28,6	59,1	12,3
Bauxit	17284000	30,8	67,3	1,9	35,5	52,1	12,4
Flußspat	103700	50,0	41,4	8,6	29,3	48,5	22,2
Phosphat	25820000	26,1	71,0	2,9	43,4	35,8	20,8
Wolfram	2033	22,5	66,9	10,9	23,1	57,4	19,5
Molybdän	7856	50,8	40,5	8,7	75,9	13,8	10,3
Kobalt	3665	10,2	84,3	5,5	21,1	72,5	6,4
Vanadium	9698	21,9	3,3	74,8	65,0	5,0	30,0
Baryt	97976	36,1	51,9	12,0	46,3	40,7	13,0
Asbest	145300	62,6	6,1	31,3	41,8	11,7	46,5

noch Tabelle 3

II. Anteil der wichtigsten Bergbauländer an der Weltförderung ausgewählter mineralischer Rohstoffe^{a)}
im Jahre 1977

Land	Förderung	
	in Millionen t	in %
Sowjetunion	179,2	23,9
Australien	90,2	12,0
Vereinigte Staaten	87,4	11,7
China	38,1	5,1
Kanada	38,0	5,1
Südafrika	28,2	3,8
Insgesamt	461,1	61,6

noch Tabelle 3

III. Entwicklungsländer mit Bergbau (1977) und Vorräten (1979) an ausgewählten mineralischen Rohstoffen³⁾

Erdteil ⁴⁾	Anzahl der Entwicklungsländer				
	Gesamtzahl	mit Bergbau	mit Anteilen an der Weltförderung einzelner Rohstoffe von mehr als 3 %	mit Anteilen an den Weltvorräten einzelner Rohstoffe von	
				mehr als 5 % ⁵⁾	davon mit mehr als 10 %
Europa	7	4	3	—	—
Afrika	50	32	7	8	4
Amerika	30	21	10	8	5
Asien	34	22	10	8	4
Ozeanien	9	7	1	1	1
Insgesamt	130	98	31	25	14

¹⁾ einschließlich Südafrika²⁾ einschließlich Zimbabwe/Rhodesien³⁾ Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Nickel, Eisen, Manganerz, Chromit, Antimon, Bauxit, Flußspat, Phosphat, Wolfram, Molybdän, Kobalt, Vanadium, Baryt, Asbest⁴⁾ Länder wie in Tabelle 5 mit folgenden Abweichungen: Afrika: einschließlich Zimbabwe/Rhodesien; Ozeanien: einschließlich Neukaledonien (Franz.)⁵⁾ Guinea, Marokko, Gabun, Kamerun, Kenia, Sambia, Zaire; Bolivien, Brasilien, Chile, Guyana, Jamaika, Mexiko, Peru; Birma, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand; Neukaledonien (Franz.)

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover; Stand: September 1979

Tabelle 4

Waffenhandel und Rüstungsausgaben

I. Regionale Verteilung des Rüstungstransfers in Entwicklungsländern¹⁾ 1973 bis 1977 nach Lieferländern zu laufenden Preisen

Lieferländer	EL insgesamt		darunter									
			in Ostasien		in Nahost		in Südasien		in Afrika		in Lateinamerika	
	Millionen US-\$	%	Millionen US-\$	%	Millionen US-\$	%	Millionen US-\$	%	Millionen US-\$	%	Millionen US-\$	%
Vereinigte Staaten	21 614	100	7 843	36,3	10 752	49,7	112	0,5	461	2,1	653	3,0
Sowjetunion	16 495	100	1 300	7,9	7 510	45,5	1 485	9,0	3 645	22,1	1 030	6,2
Frankreich	3 360	100	60	1,8	1 355	40,3	245	7,3	705	21,0	475	14,1
Vereinigtes Königreich . Bundesrepublik	2 465	100	380	15,4	1 280	51,9	65	2,6	175	7,1	565	22,9
Deutschland ²⁾	1 925	100	80	4,1	715	37,1	20	1,0	425	22,1	325	16,9
China	860	100	470	54,7	20	2,3	220	25,6	120	14,0	—	—
Sonstige	5 615	100	415	7,4	2 135	38,0	270	4,8	1 585	28,2	510	9,1
Summe	52 334	100	10 548	20,2	23 767	45,4	2 417	4,6	7 116	13,6	3 558	6,8

noch Tabelle 4

II. Relative Belastung der Entwicklungsländer und Industrieländer durch Rüstungsausgaben 1977³⁾

Rüstungs- ausgaben in % des BSP	Bruttosozialprodukt pro Kopf (in US-\$)				
	unter 200	200 bis 499	500 bis 999	1000 bis 3000	über 3000
über 10 %		Ägypten	Korea (DVR) Syrien	Oman Israel Irak Iran Bulgarien	Vereinigte Arabische Emirate Saudi-Arabien Sowjetunion
5 bis 10 %	Somalia Kap Verde Pakistan	China Jemen (DVR) Mauretanien Kongo	Jordanien Peru Korea (Rep.)	Taiwan Polen Singapur Ungarn Türkei Südafrika Rumänien	Kuwait Deutsche Demokratische Republik Tschechoslowakei Vereinigte Staaten
2 bis 4,99 %	Tschad Tansania Äthiopien Mali Birma Indien Mosambik Obervolta Afghanistan Burundi	Zimbabwe/ Rhodesien Sudan Indonesien Thailand Uganda Philippinen Sambia Madagaskar Kenia Togo	Marokko Malaysia Nigeria Guyana Bolivien	Jugoslawien Griechenland Portugal Algerien Uruguay Argentinien	Vereinigtes Königreich Bahrain Frankreich Niederlande Bundesrepublik Deutschland ²⁾ Schweden Belgien Norwegen Spanien Italien Australien Dänemark Schweiz Kanada
1 bis 1,99 %	Malawi Zaire Ruanda Bangladesch Nepal Sierra Leone	Zentral- afrikanische Republik Honduras Senegal Papua- Neuguinea Kamerun Benin Haiti	Nicaragua Ecuador Tunesien Dominik. Republik Elfenbeinküste Paraguay El Salvador	Venezuela Zypern Irland Brasilien	Neuseeland Finnland Libyen Österreich Luxemburg
unter 1 %	Niger Sri Lanka Gambia	Liberia Ghana Botsuana	Guatemala Kolumbien Swasiland Mauritius	Jamaika Mexiko Panama Malta Fidschi Trinidad und Tobago Barbados Costa Rica Surinam	Japan Gabun Island

¹⁾ Zu den EL werden hier auch Albanien, Bulgarien, Mongolei gezählt, während Portugal nicht als EL betrachtet wird.²⁾ Diese Angaben beruhen auf Berechnungen und Definitionen der ACDA und stimmen deshalb nicht notwendigerweise mit der tatsächlichen Lage überein.³⁾ Reihenfolge der Staaten in den einzelnen Feldern nach der Höhe des Anteils der Rüstungsausgaben am BSP.

Quelle: World Military Expenditures and Arms Transfers 1968–1977, U.S. Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), Oktober 1979.

Tabelle 5

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Bevölkerung –**

Region/Land	Bevölkerung Mitte 1977 (in Millionen)	durchschnittl. jährliches Wachstum in %		Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000 (in Millionen)
		1960 bis 70	1970 bis 77	
1	2	3	4	5
Europa				
Griechenland	9,2	0,5	0,7	10
Jugoslawien	21,7	1,0	0,9	26
Malta	0,3 ¹⁾	..	0,3 ²⁾	..
Portugal	9,6	0,0	0,8	11
Spanien	36,3	1,1	1,0	43
Türkei	41,9	2,5	2,5	64
Zypern	0,6 ¹⁾	..	0,1 ²⁾	..
Afrika				
<i>Nördlich der Sahara</i>				
Ägypten	37,8	2,3	2,2	58
Algerien	17,0	2,1	3,5	34
Libyen	2,6	4,0	4,1	5
Marokko	18,3	2,7	2,8	34
Tunesien	5,9	2,0	2,0	9
<i>Südlich der Sahara</i>				
Angola	6,6	1,5	2,4	11
Äquatorialguinea	0,3 ¹⁾	..	2,6 ²⁾	..
Äthiopien*)	30,2	2,4	2,6	52
Benin*)	3,2	2,6	2,9	6
Botsuana*)	0,7 ¹⁾	..	1,9 ²⁾	..
Burundi*)	4,2	2,4	2,0	7
Dschibuti	0,3 ¹⁾	..	3,1 ²⁾	..
Elfenbeinküste	7,5	3,8	5,9	14
Gabun	0,5 ¹⁾	..	1,7 ²⁾	..
Gambia*)	0,5 ¹⁾	..	2,4 ²⁾	..
Ghana	10,6	2,4	3,0	21
Guinea*)	5,0	2,9	3,0	9
Guinea-Bissau	0,9 ¹⁾
Kamerun	7,9	1,8	2,2	13
Kap Verde*)	0,3 ¹⁾	..	0,8 ²⁾	..
Kenia	14,6	3,4	3,8	31
Komoren*)	0,3 ¹⁾	..	3,4 ²⁾	..
Kongo	1,4	2,1	2,5	3
Lesotho*)	1,3	2,2	2,4	2
Liberia	1,7	3,2	3,4	3
Madagaskar	8,1	2,2	2,5	15
Malawi*)	5,6	2,8	3,1	11
Mali*)	6,1	2,4	2,5	11
Mauretanien	1,5	2,5	2,7	3
Mauritius	0,9 ¹⁾	..	1,3 ²⁾	..
Mosambik	9,7	2,2	2,5	17
Niger*)	4,9	3,3	2,8	9
Nigeria	79,0	2,5	2,6	157
Obervolta*)	5,5	1,6	1,6	10
Ruanda*)	4,4	2,6	2,9	8
Sambia	5,1	2,8	3,1	10
São Tomé und Príncipe	0,1 ¹⁾	..	1,0 ²⁾	..
Senegal	5,2	2,4	2,6	9
Seschellen	0,1 ¹⁾	..	2,4 ²⁾	..

noch Tabelle 5

Region/Land	Bevölkerung Mitte 1977 (in Millionen)	durchschnittl. jährliches Wachstum in %		Projektierte Bevölkerung im Jahre 2000 (in Millionen)
		1960 bis 70	1970 bis 77	
1	2	3	4	5
noch Afrika				
Sierra Leone	3,2	2,2	2,5	6
Somalia*)	3,7	2,4	2,3	7
Sudan*)	16,9	2,3	2,6	31
Swasiland	0,5 ¹⁾	..	3,2 ²⁾	..
Tansania*)	16,4	2,7	3,0	32
Togo	2,4	2,7	2,7	4
Tschad*)	4,2	1,9	2,2	7
Uganda*)	12,0	3,7	3,0	23
Zaire	25,7	2,0	2,7	46
Zentralafrikanische Republik*)	1,9	2,2	2,2	3
Amerika				
Nord- und Mittelamerika				
Bahamas	0,2 ¹⁾	..	3,8 ²⁾	..
Barbados	0,3 ¹⁾	..	0,6 ²⁾	..
Costa Rica	2,1	3,4	2,5	3
Dominica	0,1 ¹⁾	..	1,9 ²⁾	..
Dominikanische Republik	5,0	2,9	2,9	9
El Salvador	4,2	2,9	2,9	8
Grenada	0,1 ¹⁾	..	3,0 ²⁾	..
Guatemala	6,4	2,8	2,9	12
Haiti*)	4,7	1,5	1,7	8
Honduras	3,3	3,1	3,3	7
Jamaika	2,1	1,4	1,7	3
Kuba	9,6	2,0	1,6	13
Mexiko	63,3	3,3	3,3	116
Nicaragua	2,4	3,0	3,3	5
Panama	1,8	2,9	2,7	3
St. Lucia	0,1 ¹⁾	..	2,0 ²⁾	..
St. Vincent und die Grenadinen	0,1 ¹⁾	..	2,8 ²⁾	..
Trinidad und Tobago	1,1	2,0	1,2	1
Südamerika				
Argentinien	26,0	1,4	1,3	33
Bolivien	5,2	2,6	2,9	9
Brasilien	116,1	2,9	2,9	200
Chile	10,6	2,1	1,7	14
Ecuador	7,3	3,0	3,0	14
Guyana	0,8 ¹⁾	..	1,8 ²⁾	..
Kolumbien	24,6	3,0	2,1	38
Paraguay	2,8	2,6	2,9	5
Peru	16,4	2,9	2,8	29
Surinam	0,4 ¹⁾	..	2,6 ²⁾	..
Uruguay	2,9	1,1	0,3	3
Venezuela	13,5	3,4	3,4	24
Asien				
Naher und Mittlerer Osten				
Bahrain	0,3 ¹⁾	..	7,1 ²⁾	..
Irak	11,8	3,2	3,4	23
Iran	34,8	2,8	3,0	58
Israel	3,6	3,5	2,8	5
Jemen (Arabische Republik*)	5,0	1,8	1,9	9

noch Tabelle 5

Region/Land	Bevölkerung Mitte 1977 (in Millionen)	durchschnittl. jährliches Wachstum in %		Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000 (in Millionen)
		1960 bis 70	1970 bis 77	
1	2	3	4	5
noch Asien				
Jemen (Demokratische Volksrepublik)*)	1,7	1,9	1,9	3
Jordanien	2,9	3,1	3,3	6
Katar	0,2 ¹⁾	..	11,1 ²⁾	..
Kuweit	1,1	10,3	6,1	2
Libanon	2,9	2,9	2,5	5
Oman	0,8 ¹⁾	..	3,0 ²⁾	..
Saudi-Arabien	7,6	2,6	3,0	14
Syrien	7,8	3,2	3,3	15
Vereinigte Arabische Emirate	0,7 ¹⁾	..	18,2 ²⁾	..
Südasiens				
Afghanistan*)	14,3	2,2	2,2	25
Bangladesch*)	81,2	2,9	2,5	145
Bhutan*)	1,2	2,0	2,2	2
Birma	31,5	2,2	2,2	51
Indien	631,7	2,3	2,1	973
Malediven*)	0,1 ¹⁾	..	4,1 ²⁾	..
Nepal*)	13,3	2,0	2,2	23
Pakistan	74,9	2,8	3,1	139
Sri Lanka	14,1	2,4	1,7	21
Ostasiens				
Indonesien	133,5	2,2	1,8	207
Kamputschea	8,4	2,8	2,5	16
Korea (Demokratische Volksrepublik) ..	16,7	2,8	2,6	27
Korea (Republik)	36,0	2,4	2,0	49
Laos*)	3,2	2,2	1,1	5
Malaysia	13,0	2,9	2,7	20
Philippinen	44,5	3,0	2,7	76
Singapur	2,3	2,4	1,5	3
Thailand	43,8	3,1	2,9	69
Vietnam	50,6	3,1	3,1	87
Ozeanien				
Fidschi	0,6 ¹⁾	..	1,7 ²⁾	..
Kiribati	0,1 ¹⁾	..	1,6 ²⁾	..
Nauru
Papua-Neuguinea	2,9	2,3	2,4	5
Salomonen	0,2 ¹⁾	..	3,2 ²⁾	..
Samoa*)	0,2 ¹⁾	..	1,2 ²⁾	..
Tonga	0,1 ¹⁾	..	2,5 ²⁾	..
Tuvalu

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

1) Angabe für 1976

2) Angabe für 1970 bis 1976

Quellen: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 1 und 17; World Bank Atlas 1978.

Tabelle 6

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Brutto sozialprodukt, Inflation –**

Region/Land	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen			Inflations- rate Jahres- durchschnitt 1970 bis 1977 in %
	1977 Millionen US-\$	pro Kopf der Bevölkerung		
		1977 US-\$	Wachstum (real) Jahres- durchschnitt 1960 bis 1977 in %	
1	2	3	4	5
Europa				
Griechenland	25 980	2 810	6,2	13,6
Jugoslawien	42 550	1 960	5,6	16,5
Malta	560 ¹⁾	1 680 ¹⁾	7,4 ²⁾	..
Portugal	18 060	1 890	6,0	13,9
Spanien	115 660	3 190	5,2	13,9
Türkei	46 640	1 110	4,1	19,9
Zypern	1 170	1 740	4,6 ²⁾	..
Afrika				
<i>Nördlich der Sahara</i>				
Ägypten	12 230	320	2,1	7,0
Algerien	18 950	1 110	2,3	13,7
Libyen	17 620	6 680	6,6	25,1
Marokko	10 100	550	2,2	8,9
Tunesien	5 070	860	4,3	7,2
<i>Südlich der Sahara</i>				
Angola	1 970	300	2,3	22,1
Äquatorialguinea	110	340	1,9 ³⁾	..
Äthiopien*)	3 220	110	1,7	3,3
Benin*)	660	200	0,2	8,5
Botsuana*)	300	440	6,0 ⁴⁾	..
Burundi*)	520	130	2,2	9,9
Dschibuti	160 ¹⁾	580 ¹⁾	9,4 ²⁾	..
Elfenbeinküste	5 180	690	3,3	12,3
Gabun	2 060	3 730	6,7 ²⁾	..
Gambia*)	110	200	3,9 ²⁾	..
Ghana	4 080	380	-0,3	30,9
Guinea*)	1 080	220	1,3	4,9
Guinea-Bissau	150	160
Kamerun	2 650	340	2,9	9,8
Kap Verde*)	40	140
Kenia	3 910	270	2,5	12,4
Komoren*)	70	180	1,4 ²⁾	..
Kongo	700	490	1,1	10,3 ⁵⁾
Lesotho*)	300	240	5,8	11,1
Liberia	710	420	1,8	9,7
Madagaskar	1 960	240	-0,2	10,1
Malawi*)	800	140	3,0	9,2
Mali*)	680	110	1,0	7,6
Mauretanien	410	270	3,6	10,8
Mauritius	690	760	1,3 ²⁾	..
Mosambik	1 470	150	0,9	8,8
Niger*)	770	160	-1,4	5,5 ⁵⁾
Nigeria	33 340	420	3,6	15,2
Obervolta*)	720	130	0,6	6,1
Ruanda*)	580	130	1,0	13,0
Sambia	2 330	450	1,5	4,3
São Tomé und Príncipe	30	420
Senegal	2 240	430	-0,3	12,1 ⁵⁾

noch Tabelle 6

Region/Land	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen			Inflations- rate Jahres- durchschnitt 1970 bis 1977 in %
	1977 Millionen US-\$	pro Kopf der Bevölkerung		
		1977 US-\$	Wachstum (real) Jahres- durchschnitt 1960 bis 1977 in %	
1	2	3	4	5
noch Afrika				
Seschellen	40 ¹⁾	650 ¹⁾	5,0 ²⁾	..
Sierra Leone	610	190	1,3	9,8
Somalia*)	410	110	-0,4	10,2
Sudan*)	4910	290	0,1	4,0
Swasiland	310	580	6,5 ²⁾	..
Tansania*)	3100	190	2,6	12,0
Togo	700	300	3,8	8,6 ⁵⁾
Tschad*)	540	130	-1,0	6,6 ⁵⁾
Uganda*)	3220	270	0,7	18,4
Zaire	3270	130	1,1	22,4
Zentralafrikanische Republik*)	470	250	0,2	8,3 ⁵⁾
Amerika				
Nord- und Mittelamerika				
Bahamas	750	3450	0,6 ²⁾	..
Barbados	440	1760	5,1 ²⁾	..
Costa Rica	2550	1240	3,2	15,6
Dominica	30 ¹⁾	370 ¹⁾	-0,3 ²⁾	..
Dominikanische Republik	4200	840	3,6	8,6
El Salvador	2410	550	1,8	9,3
Grenada	50 ¹⁾	410 ¹⁾	1,9 ²⁾	..
Guatemala	5070	790	2,8	10,4
Haiti*)	1100	230	0,1	13,3
Honduras	1360	410	1,5	6,5
Jamaika	2410	1150	2,1	15,9
Kuba	8700	910	-0,4	..
Mexiko	71010	1120	2,8	16,5
Nicaragua	2010	830	2,5	11,0
Panama	2150	1220	3,5	8,3
St. Lucia	60 ¹⁾	540 ¹⁾	2,8 ²⁾	..
St. Vincent und die Grenadinen	30 ¹⁾	330 ¹⁾	0,2 ²⁾	..
Trinidad und Tobago	2650	2380	1,6	22,8
Südamerika				
Argentinien	45060	1730	2,7	107,3
Bolivien	3230	630	2,3	24,3
Brasilien	157700	1360	4,9	28,7
Chile	12280	1160	1,0	267,8
Ecuador	5800	790	3,1	15,2
Guyana	450	560	1,7 ²⁾	..
Kolumbien	17610	720	2,7	21,4
Paraguay	2040	730	2,4	12,8
Peru	13740	840	2,3	18,3
Surinam	660	1500	2,9 ²⁾	..
Uruguay	4120	1430	0,8	68,3
Venezuela	35940	2660	2,7	12,2
Asien				
Naher und Mittlerer Osten				
Bahrein	1300	3790
Irak	18260	1550	3,8	..

noch Tabelle 6

Region/Land	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen			Inflations- rate Jahres- durchschnitt 1970 bis 1977 in %
		pro Kopf der Bevölkerung		
	1977 Millionen US-\$	1977 US-\$	Wachstum (real) Jahres- durchschnitt 1960 bis 1977 in %	
1	2	3	4	5
noch Asien				
Iran	75 100	2 160	7,9	24,3
Israel	10 300	2 850	4,8	27,5
Jemen (Arabische Republik)*)	2 130	430	..	16,0 ⁵⁾
Jemen (Demokr. Volksrepublik)*)	580	340	-4,8	..
Jordanien	2 040	710	1,8	9,6 ⁵⁾
Katar	2 510	11 670	3,7 ²⁾	..
Kuwait	13 850	12 270	-3,1	31,3 ⁵⁾
Libanon
Oman	2 070	2 520	11,3 ²⁾	..
Saudi-Arabien	46 110	6 040	6,7	32,9 ⁵⁾
Syrien	7 110	910	2,3	18,5
Vereinigte Arabische Emirate	10 810	14 420	12,3 ²⁾	..
Südasiens				
Afghanistan*)	2 760	190	0,2	4,1
Bangladesch*)	7 550	90	-0,4	17,4
Bhutan*)	100	80	-0,2	..
Birma	4 300	140	0,9	15,0
Indien	97 370	150	1,3	8,9
Malediven*)	10 ¹⁾	80 ¹⁾	0,1 ²⁾	..
Nepal*)	1 450	110	0,2	7,7
Pakistan	14 220	190	3,0	15,2
Sri Lanka	2 840	200	2,0	11,8
Ostasien				
Indonesien	40 610	300	3,3	22,0
Kamputschea
Korea (Demokratische Volksrepublik)	11 680	670	5,1	..
Korea (Republik)	29 440	820	7,4	17,4
Laos*)	300 ¹⁾	90 ¹⁾
Malaysia	12 050	930	3,9	7,1
Philippinen	20 150	450	2,5	14,3
Singapur	6 660	2 880	7,5	7,0
Thailand	18 250	420	4,5	9,3
Vietnam	8 350	160
Ozeanien				
Fidschi	720	1 220	3,4 ²⁾	..
Kiribati	40 ¹⁾	720 ¹⁾	0,8 ²⁾	..
Nauru
Papua-Neuguinea	1 410	490	3,4	7,2
Salomonen	50 ¹⁾	250 ¹⁾	-1,0 ²⁾	..
Samoa*)	50 ¹⁾	350 ¹⁾
Tonga	30 ¹⁾	350 ¹⁾	0,2 ²⁾	..
Tuvalu

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

¹⁾ Angabe für 1976²⁾ Angabe für den Zeitraum 1960 bis 1976³⁾ Angabe für den Zeitraum 1962 bis 1976⁴⁾ Angabe für den Zeitraum 1964 bis 1976⁵⁾ Angabe für den Zeitraum 1970 bis 1976Quellen: World Bank Atlas 1978;
World Bank, World Development Indicators,
Washington 1979, Tabelle 1.

Tabelle 7

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Investitionen, Industrialisierung, Energie –**

Region/Land	Anteil der Brutto- investitionen am Brutto- inlands- produkt in % 1977	Beitrag des industriellen Sektors zum BIP in %; 1977		Energie- verbrauch pro Kopf 1976 (kg Stein- kohlen- einheiten)	Durch- schnittliche jährliche Wachstums- rate des Energiever- brauchs in % (1974 bis 1976)	Energie- einfuhr in % der Waren- ausfuhr- erlöse 1976
		insgesamt ⁸⁾	ver- arbeitende Industrie			
1	2	3	4	5	6	7
Europa						
Griechenland	26	31	19	2 250	6,2	48
Jugoslawien	33	45	..	2 016	3,7	22
Malta	25	38	30	1 070
Portugal	25	45	36	1 050	4,6	38
Spanien	23	38	30	2 399	4,1	59
Türkei	24 ¹⁾	25 ¹⁾	20 ¹⁾	743	12,8	58
Zypern	23	25	16	1 500
Afrika						
<i>Nördlich der Sahara</i>						
Ägypten	24	30	24	473	20,3	15
Algerien	49	57	11	729	21,4	2
Libyen	26	71	3	1 589	26,6	1
Marokko	29 ¹⁾	31 ¹⁾	12 ¹⁾	273	2,7	23
Tunesien	32	32	11	456	5,4	23
<i>Südlich der Sahara</i>						
Angola	7	23	3	166	-6,6	2
Äquatorialguinea	94
Äthiopien*)	10 ¹⁾	15	10	27	-10,3	27
Benin*)	17 ¹⁾	15 ¹⁾	10 ¹⁾	49	-11,2	43
Botsuana*)	26 ¹⁾	31 ¹⁾	7 ¹⁾
Burundi*)	11 ¹⁾	14 ¹⁾	10 ¹⁾	11	0,3	..
Dschibuti	727
Elfenbeinküste	25	20 ¹⁾	12 ¹⁾	380	3,9	10
Gabun	61 ¹⁾	64 ¹⁾	5 ¹⁾	1 279
Gambia*)	84
Ghana	6	22	11 ²⁾	157	-4,1	18
Guinea*)	93	1,6	..
Guinea-Bissau	58
Kamerun	22	21	13	98	7,6	10
Kap Verde*)	122
Kenia	21	20 ¹⁾	12 ¹⁾	152	1,2	54
Komoren*)	59
Kongo	21 ¹⁾	34 ¹⁾	9 ¹⁾	142	-2,0	8
Lesotho*)	26	15	2
Liberia	27 ¹⁾	40 ¹⁾	5 ¹⁾	418	-5,1	12
Madagaskar	15	19	14	66	4,4	22
Malawi*)	16 ¹⁾	18 ¹⁾	12 ¹⁾	56	9,8	18
Mali*)	19 ¹⁾	17 ¹⁾	11 ¹⁾	27	5,4	25
Mauretanien	44	37	11	102	2,9	6
Mauritius	33	29 ¹⁾	21 ¹⁾	405
Mosambik	13	12	6	133	0,8	28
Niger*)	17 ¹⁾	6 ⁹⁾	35	8,4	..
Nigeria	31	43	9	94	5,8	..
Obervolta*)	17	14	10 ²⁾	18	5,1	19
Ruanda*)	13 ¹⁾	19 ¹⁾	12 ¹⁾	17	11,3	11
Sambia	26	41	18	548	10,1	5
São Tomé und Príncipe	139

noch Tabelle 7

Region/Land	Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % 1977	Beitrag des industriellen Sektors zum BIP in %; 1977		Energieverbrauch pro Kopf 1976 (kg Steinkohlen-einheiten)	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Energieverbrauchs in % (1974 bis 1976)	Energieeinfuhr in % der Warenausfuhrerlöse 1976
		insgesamt ^{a)}	verarbeitende Industrie			
1	2	3	4	5	6	7
noch Afrika						
Senegal	16 ¹⁾	24 ¹⁾	..	156	5,5	15
Seschellen	32 ¹⁾	15	5	570
Sierra Leone	14	19	6	112	-3,5	10
Somalia*)	47	10,1	13
Sudan*)	14 ²⁾	15 ²⁾	9 ²⁾	143	-2,7	26
Swasiland	14 ³⁾	34 ³⁾	26 ³⁾
Tansania*)	20	16 ¹⁾	10 ¹⁾	68	12,9	22
Togo	32	31	..	85	11,9	19
Tschad*)	15 ¹⁾	14 ¹⁾	10 ¹⁾	23	10,5	27
Uganda*)	6 ¹⁾	8 ¹⁾	7 ¹⁾	48	-6,0	4
Zaire	26 ⁴⁾	25 ¹⁾	8 ¹⁾	62	-6,4	16
Zentralafrikan. Republik*)	17 ⁵⁾	36 ¹⁾	23 ¹⁾	41	7,4	1
Amerika						
Nord- und Mittelamerika						
Bahamas	7 286
Barbados	22 ¹⁾	19 ¹⁾	10 ¹⁾	974
Costa Rica	23	25 ¹⁾	17 ¹⁾	448	2,1	14
Dominica	11	4	207
Dominikanische Republik	25	21	19	653	2,4	24
El Salvador	22	21	15	260	10,1	10
Grenada	13 ⁴⁾	4 ⁴⁾	211
Guatemala	20	257	7,7	15
Haiti*)	11	28	4,3	14
Honduras	24	27	17	264	1,4	12
Jamaika	11	37	19	1 937	4,2	34
Kuba	22 ²⁾	87 ⁹⁾	..	1 225	5,7	39
Mexiko	20	36	28	1 227	1,5	10
Nicaragua	25	26	20	478	5,6	..
Panama	22	23 ¹⁾	14 ¹⁾	885	7,1	..
St. Lucia	44	20	7	366
St. Vincent und die Grenadinen	..	16 ⁸⁾	..	200
Trinidad und Tobago	25	62	14	4 272	16,6	51
Südamerika						
Argentinien	19	45	37	1 804	1,5	14
Bolivien	20	29	13	318	12,4	1
Brasilien	22	37	23	731	7,2	43
Chile	9	29	20	987	-4,7	25
Ecuador	29	36	17	455	15,6	7
Guyana	34 ¹⁾	33 ¹⁾	..	1 072
Kolumbien	21	29	19	685	3,6	2
Paraguay	25	22 ¹⁾	16 ¹⁾	189	7,6	..
Peru	15	31 ¹⁾	19 ¹⁾	642	5,7	..
Surinam	48 ⁴⁾	29 ⁴⁾	5 ⁴⁾	2 406
Uruguay	14	36	29	1 000	2,5	39
Venezuela	32 ¹⁾	17	16	2 838	3,4	..

noch Tabelle 7

Region/Land	Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % 1977	Beitrag des industriellen Sektors zum BIP in %; 1977		Energieverbrauch pro Kopf 1976 (kg Steinkohlen einheiten)	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Energieverbrauchs in % (1974 bis 1976)	Energieeinfuhr in % der Warenausfuhrerlöse 1976
		insgesamt ^{a)}	verarbeitende Industrie			
1	2	3	4	5	6	7
Asien						
<i>Naher und Mittlerer Osten</i>						
Bahrain	11 998
Irak	27 ^{a)}	69 ^{b)}	7 ^{b)}	725	7,5	0
Iran	30 ^{b)}	55	13	1 490	9,8	..
Israel	23	40 ^{b)}	30 ^{b)}	2 541	-1,4	28
Jemen (Arabische Republik*)	27 ^{b)}	14	5	41	38,9	..
Jemen (Demokratische Volksrepublik*)	7 ^{b)}	5 ^{b)}	324	24,4	..
Jordanien	42	23 ^{b)}	11	527	20,8	54
Katar	25 236
Kuwait	8 ^{a)}	78 ^{a)}	5 ^{a)}	9 198	6,1	..
Libanon	20 ^{a)}	20 ^{a)}	..	533	-26,0	4
Oman	39 ^{b)}	75 ^{b)}	0 ^{b)}	696
Saudi-Arabien	23 ^{b)}	83 ^{b)}	5 ^{b)}	1 901	31,4	0
Syrien	30 ^{b)}	14	7	744	18,2	16
Vereinigte Arabische Emirate	32	13 322
<i>Südasiien</i>						
Afghanistan*)	13 ^{b)}	25	..	41	2,9	12
Bangladesch*)	6 ^{b)}	13	7	32	9,7	29
Bhutan*)
Birma	13	11	9	49	0,5	12
Indien	21	25	16	218	7,0	26
Malediven*)
Nepal*)	10 ^{b)}	12	10	11	1,3	..
Pakistan	19	23	16	181	1,0	..
Sri Lanka	17	21	15	106	-1,9	24
<i>Ostasiien</i>						
Indonesien	21 ^{b)}	34	9	218	22,1	5
Kamputschea	16	0	..
Korea (Dem. Volksrepubl.)	3 072	10,6	..
Korea (Republik)	26	35	25	1 020	6,7	23
Laos*)	40	13	3	61	0	..
Malaysia	23	29	18	602	0,4	9
Philippinen	30	35	25	329	7,7	..
Singapur	34	35	25	2 262	3,9	38
Thailand	26	29	20	308	4,4	28
Vietnam	11 ^{a)}	8 ^{a)}	6 ^{a)}	124
Ozeanien						
Fidschi	19	22 ^{a)}	12 ^{a)}	403
Kiribati	5 ^{a)}	53 ^{a)}	..	335
Nauru	6 430
Papua-Neuguinea	18	26	9	289
Salomonen	290
Samoa*)	160
Tonga	23 ^{a)}	8 ^{a)}
Tuvalu

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

¹⁾ Angabe für 1976

²⁾ Angabe für 1974

³⁾ Angabe für 1973

⁴⁾ Angabe für 1975

⁵⁾ Angabe für 1971

⁶⁾ Angabe für 1972

⁷⁾ Angabe für 1970

⁸⁾ Bergbau, industrielle Erzeugung, Bauwirtschaft und die Bereiche Strom, Wasser und Gas

⁹⁾ Angabe für 1969

Quellen: Spalte 2: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tab. 5, und
errechnet aus: UN, Monthly Bulletin of Statistics, August 1979, Tab. 63;
Spalten 3 und 4: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tab. 3, und
errechnet aus: UN, Monthly Bulletin of Statistics, August 1979, Tab. 65;
Spalte 5: UN, Statistical Yearbook 1977, New York 1978, Tab. 142;
World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tab. 7;
Spalten 6 und 7: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tab. 7.

Tabelle 8

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
- Außenhandel, Verschuldung -**

Region/Land	Außenhandel 1977				Öffentliche Ver- schuldung gegenüber dem Ausland Ende 1977 Millionen US-\$ ¹⁴⁾	Schulden- dienst in % der Exporte von Gütern und Dienst- leistungen (Schulden- dienst- quotient) 1977	Öffentliche Ver- schuldung gegenüber der BRD 1979 Millionen US-\$ ¹³⁾
	Exporte f. o. b.		Importe c. i. f. Millionen US-\$	Handels- bilanz- saldo Millionen US-\$			
	Millionen US-\$	Anteil am BSP in %					
1	2	3	4	5	6	7	8
Europa							
Griechenland	2 724	10,5	6 778	-4 054	2 635	9,6	1 133,4
Jugoslawien	5 254	12,4	9 634	-4 380	2 824	6,7	1 813,1
Malta	289	..	513	-224	52	0,4	23,5
Portugal	2 023	11,2	4 963	-2 940	1 455	5,3	809,3
Spanien	10 230	8,9	17 846	-7 616	7 003	4,5	1 180,4
Türkei	1 753	3,8	5 694	-3 941	4 323	11,0	1 562,1
Zypern	318	27,2	622	-304	162	2,7	35,8
Afrika							
<i>Nördlich der Sahara</i>							
Ägypten	1 726	14,2	4 808	-3 082	8 099	22,8	1 477,2
Algerien	5 809	30,7	7 126	-1 317	8 165	15,5	2 852,0
Libyen	9 561 ¹⁾	63,2 ¹⁾	3 212 ¹⁾	6 349 ¹⁾	1 170,7
Marokko	1 300	12,9	3 194	-1 894	3 469	10,9	490,0
Tunesien	928	18,3	1 825	-897	1 943	8,8	599,8
<i>Südlich der Sahara</i>							
Angola	1 227 ²⁾	28,6 ²⁾	625 ²⁾	602 ²⁾	-
Äquatorialguinea	-
Äthiopien*)	333	10,3	349	-16	471	6,3	94,8
Benin*)	31	4,7	246	-215	134	5,9	22,9
Botsuana*)	181	2,0	116,5
Burundi*)	92	17,7	91	1	37	2,8	11,6
Dschibuti	20 ²⁾	11,1 ²⁾	104 ²⁾	-84 ²⁾	-
Elfenbeinküste	2 155	41,6	1 752	403	1 973	12,2	239,6
Gabun	1 096 ⁵⁾	53,2 ⁵⁾	663 ⁵⁾	433 ⁵⁾	1 252	9,5	72,0
Gambia*)	48	43,6	78	-30	23	0,5	13,5
Ghana	811 ¹⁾	21,0 ¹⁾	862 ¹⁾	-51 ¹⁾	785	3,7	272,1
Guinea*)	718	43,5	17,6
Guinea-Bissau	6 ³⁾	..	37 ³⁾	-31 ³⁾	-
Kamerun	705	26,6	784	-79	749	6,6	230,3
Kap Verde*)	17 ⁴⁾	18,9 ⁴⁾	35 ⁴⁾	-18 ⁴⁾	-
Kenia	1 213 ⁶⁾	31,0 ⁶⁾	1 284 ⁶⁾	-71 ⁶⁾	821	4,6	342,7
Komoren*)	37	7,0	-
Kongo	173 ⁵⁾	24,7 ⁵⁾	282 ⁵⁾	-109 ⁵⁾	480	9,6	2,6
Lesotho*)	23	3,3	13,3
Liberia	447	63,0	464	-17	266	5,0	496,3
Madagaskar	275 ¹⁾	15,3 ¹⁾	285 ¹⁾	-10 ¹⁾	203	3,1	64,0
Malawi*)	205	25,6	235	-30	292	5,0	59,2
Mali*)	124	18,2	159	-35	449	4,0	121,4
Mauretanien	157	38,3	208	-51	457	22,6	33,1
Mauritius	312	45,2	442	-130	68	1,6	2,2
Mosambik	129	8,8	278	-149	4,9
Niger*)	134 ¹⁾	19,1 ¹⁾	127 ¹⁾	7 ¹⁾	122	4,0	94,6
Nigeria	11 823	35,5	11 306	517	891	0,8	482,6
Obervolta*)	55	7,6	209	-154	135	3,8	55,5
Ruanda*)	106	18,3	114	-8	78	0,1	24,3

noch Tabelle 8

Region/Land	Außenhandel 1977				Öffentliche Ver- schuldung gegenüber dem Ausland Ende 1977 Millionen US-\$ ¹⁴⁾	Schulden- dienst in % der Exporte von Gütern und Dienst- leistungen (Schulden- dienst- quotient) 1977	Öffentliche Ver- schuldung gegenüber der BRD 1979 Millionen US-\$ ¹³⁾
	Exporte f. o. b.		Importe c. i. f. Millionen US-\$	Handels- bilanz- saldo Millionen US-\$			
	Millionen US-\$	Anteil am BSP in %					
1	2	3	4	5	6	7	8
noch Afrika							
Sambia	897	38,5	680 ¹¹⁾	217	1392	18,5	354,7
São Tomé und Príncipe ...	13 ⁴⁾	32,5 ⁴⁾	10 ⁴⁾	3 ⁴⁾	-
Senegal	482 ¹⁾	22,8 ¹⁾	640 ¹⁾	- 158 ¹⁾	441	8,4	85,1
Seschellen	6 ³⁾	20,0 ³⁾	32 ³⁾	- 26	4,2
Sierra Leone	127	20,8	189	- 62	190	9,8	56,0
Somalia*)	85 ¹⁾	21,3 ¹⁾	167 ¹⁾	- 82 ¹⁾	401	10,7	44,5
Sudan*)	661	13,5	1 060	- 399	1 732	8,7	281,8
Swasiland	55	0,9	33,6
Tansania*)	543 ⁶⁾	17,5 ⁶⁾	748 ⁶⁾	- 205 ⁶⁾	1 005	7,1	253,0
Togo	159	22,7	284	- 125	285	11,8	173,2
Tschad*)	63 ¹⁾	12,6 ¹⁾	116 ¹⁾	- 53 ¹⁾	117	9,3	11,1
Uganda*)	568 ⁶⁾	17,6 ⁶⁾	190 ⁶⁾	378 ⁶⁾	215	3,9	37,5
Zaire	981	30,0	610	371	2 666	10,0	382,5
Zentralafrikanische Republik*)	82 ⁵⁾	17,5 ⁵⁾	63 ⁵⁾	19 ⁵⁾	115	4,5	20,7
Amerika							
Nord- und Mittelamerika							
Bahamas	1 989	265,2	3 053	- 1 064	-
Barbados	95	21,6	272	- 177	46	3,3	12,0
Costa Rica	815	32,0	1 010	- 195	735	9,0	25,3
Dominica	-
Dominikanische Republik .	794	18,9	848 ¹¹⁾	- 54	607	7,0	5,6
El Salvador	973	40,4	942	31	266	5,9	5,0
Grenada	-
Guatemala	1 160	22,9	1 084	76	253	1,3	33,7
Haiti*)	143	13,0	225	- 82	126	7,1	17,1
Honduras	504	37,1	581	- 77	436	6,9	44,7
Jamaika	746	31,0	861	- 115	896	14,8	15,8
Kuba	3 525	40,5	4 188	- 663	14,5
Mexiko	4 162	5,9	5 489	- 1 327	19 208	48,1	277,8
Nicaragua	628	31,2	755	- 127	864	13,8	56,8
Panama	288	10,6	861	- 633	1 349	12,2	0,0
St. Lucia	14 ³⁾	23,3 ³⁾	56 ³⁾	- 42 ³⁾	-
St. Vincent und die Grenadinen	5 ⁴⁾	20,0 ⁴⁾	19 ⁴⁾	- 14 ⁴⁾	-
Trinidad und Tobago	2 180	82,3	1 809	371	252	0,5	0,1
Südamerika							
Argentinien	5 650	12,5	4 162	1 488	4 900	15,0	964,9
Bolivien	641	19,9	618	23	1 361	20,6	163,1
Brasilien	12 055	7,6	13 230	- 1 175	19 221	18,4	7 794,2
Chile	2 152	17,5	2 035	117	3 583	32,4	150,0
Ecuador	1 188	20,5	1 508	- 320	1 157	7,7	117,5
Guyana	260	57,8	337	- 77	402	15,5	7,8
Kolumbien	2 302	13,1	1 563	739	2 622	8,7	277,7
Paraguay	279	13,7	255 ¹¹⁾	24	317	6,2	158,3
Peru	1 433	10,4	1 614	- 181	4 659	30,3	292,7
Surinam	330 ¹⁾	56,9 ¹⁾	266 ¹⁾	64	0,2
Uruguay	608	14,8	730	- 122	707	27,7	6,1
Venezuela	9 548	26,6	8 047 ¹¹⁾	1 501	4 463	7,5	148,3

noch Tabelle 8

Region/Land	Außenhandel 1977				Öffentliche Ver- schuldung gegenüber dem Ausland Ende 1977 Millionen US-\$ ¹⁴⁾	Schulden- dienst in % der Exporte von Gütern und Dienst- leistungen (Schulden- dienst- quotient) 1977	Öffentliche Ver- schuldung gegenüber der BRD 1979 Millionen US-\$ ¹³⁾
	Exporte f. o. b.		Importe c. i. f. Millionen US-\$	Handels- bilanz- saldo Millionen US-\$			
	Millionen US-\$	Anteil am BSP in %					
1	2	3	4	5	6	7	8
Asien							
<i>Naher und Mittlerer Osten</i>							
Bahrein	1 844	141,9	2 029	- 185	65	0,4	29,5
Irak	9 664	52,9	3 898	5 766	761	1,1	447,8
Iran	24 245	32,3	13 750	10 495	6 198	3,2	2 952,8
Israel	2 959	28,7	4 663	- 1 704	6 568	16,1	1 440,6
Jemen (Arab. Rep.)*)	11	0,5	1 040	- 1 029	147	0,2	117,9
Jemen (Demokratische Volksrepublik)*)	177 ¹⁾	37,7 ¹⁾	335 ¹⁾	- 158 ¹⁾	291	0,1	0,3
Jordanien	249	12,2	1 381	- 1 132	645	3,2	299,6
Katar	2 102	83,8	1 225	877	40,2
Kuwait	9 801	70,8	4 485	5 316	214,9
Libanon	497 ⁴⁾	17,8 ⁴⁾	1 224 ⁴⁾	- 727 ⁴⁾	39	0,7	16,1
Oman	1 578 ¹⁾	75,5 ¹⁾	1 102 ¹⁾	476 ¹⁾	553	4,4	109,2
Saudi-Arabien	43 465	94,3	14 651	28 814	5 183,8
Syrien	1 063	15,0	2 657	- 1 594	1 528	6,7	264,9
Vereinigte Arabische Emirate	9 512	88,0	4 493	5 019	305,8
<i>Südasiien</i>							
Afghanistan*)	313	11,3	491	- 178	1 059	8,2	119,2
Bangladesch*)	451	6,0	1 183	- 732	2 291	11,7	474,2
Bhutan*)	-
Birma	226	5,3	309	- 83	500	13,2	350,4
Indien	6 222	6,4	6 593	- 371	14 531	10,5	2 613,3
Malediven*)	-
Nepal*)	71	1,4	17,5
Pakistan	1 149	8,1	2 447	- 1 298	6 772	13,6	1 190,0
Sri Lanka	763	26,9	695	68	787	14,6	190,7
<i>Ostasien</i>							
Indonesien	10 853	26,7	6 230	4 623	11 409	11,9	2 527,2
Kamputschea	10 ⁷⁾	1,1 ⁷⁾	101 ⁷⁾	- 91 ⁷⁾	11,9
Korea (Demokr. Volksrep.)	-
Korea (Republik)	10 047	34,1	10 811 ¹²⁾	- 764	8 472	8,7	975,0
Laos*)	5 ⁴⁾	2,5 ⁴⁾	57 ⁴⁾	- 52 ⁴⁾	75	..	46,9
Malaysia	6 545 ⁸⁾	54,3	4 980 ⁸⁾	1 565 ⁸⁾	2 053	6,6	137,3
Philippinen	3 151	15,6	4 270	- 1 119	2 985	6,4	156,5
Singapur	8 241	123,7	10 471	- 2 230	994	0,8	16,5
Thailand	3 484	19,1	4 635	- 1 151	1 051	3,0	378,8
Vietnam	59 ⁴⁾ 9)	1,8 ⁴⁾	618 ⁴⁾ 9)	- 559 ⁴⁾ 9)	38,2
Ozeanien							
Fidschi	173	24,0	306	- 133	82	2,3	-
Kiribati	36 ³⁾ 10)	..	12 ³⁾ 10)	24 ³⁾ 10)	-
Nauru	-
Papua-Neuguinea	723	51,3	567 ¹¹⁾	156	338	4,3	0,1
Salomonen	23 ¹⁾	46,0 ¹⁾	27 ¹⁾	4 ¹⁾	-
Samoa*)	7 ¹⁾	14,0 ¹⁾	30 ¹⁾	- 23	8,6
Tonga	4 ¹⁾	13,3 ¹⁾	14 ¹⁾	- 10	14,8
Tuvalu	36 ³⁾ 10)	..	12 ³⁾ 10)	24 ³⁾ 10)	-

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

- ¹⁾ Angabe für 1976
- ²⁾ Angabe für 1974
- ³⁾ Angabe für 1975
- ⁴⁾ Angabe für 1973
- ⁵⁾ Ohne Handel zwischen den Mitgliedern der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Zollunion
- ⁶⁾ Ohne Handel innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft
- ⁷⁾ Angabe für 1972
- ⁸⁾ Einschließlich Handel zwischen den malaysischen Bundesstaaten
- ⁹⁾ Angabe für das ehemalige Süd-Vietnam
- ¹⁰⁾ Angabe für Kiribati und Tuvalu
- ¹¹⁾ Importe f. o. b.
- ¹²⁾ Einschließlich Importe ausländischer Hilfe
- ¹³⁾ Öffentliche Entwicklungskredite und bundesverbürgte Kredite mit Laufzeiten über ein Jahr,
Umrechnungkurs: 1 US-\$ = 1,8266 DM (Stand 17. August 1979)

Quellen:

- Spalten 2 und 3: UN, Statistical Yearbook 1977, New York 1978, Tabelle 151; UN, Monthly Bulletin of Statistics, June 1979, Tabelle 52; World Bank Atlas 1974 und 1978;
- Spalten 4 und 5: UN, Monthly Bulletin of Statistics, June 1979, Tabelle 52;
- Spalten 6 und 7: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 13 und 15; World Bank, Annual Report 1979, Tabelle 4 und 5;
- Spalte 8: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 9

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Gesundheit, Ernährung –**

Region/Land	Lebens- erwartung bei der Geburt in Jahren, 1977	Sterblichkeitsziffern (je 1000) ¹⁾		Einwohner je Arzt ¹⁾	Kalorienverbrauch 1974	
		Säuglinge 0 bis 1 Jahre	Kinder 1 bis 4 Jahre		pro Kopf und Tag (kcal)	in % des not- wendigen Bedarfs
1	2	3	4	5	6	7
Europa						
Griechenland	73	23	1	470	3 288	132
Jugoslawien	69	35	2	790	3 462	136
Malta	68/73 ²⁾ 3)	17	..	860	3 081	..
Portugal	69	39	2	800	3 446	141
Spanien	73	11	1	560	3 302	135
Türkei	61	118	10	1 720	2 849	113
Zypern	70/73 ²⁾ 3)	27	..	1 170	2 804	113
Afrika						
<i>Nördlich der Sahara</i>						
Ägypten	54	101	18	1 190	2 637	113
Algerien	56	86	16	5 590	2 138	88
Libyen	55	..	17	1 020	2 761	117
Marokko	55	117	17	11 100	2 611	108
Tunesien	57	63	15	4 800	2 440	104
<i>Südlich der Sahara</i>						
Angola	41	24	34	15 404	2 021	86
Äquatorialguinea	42/45 ²⁾ 3)	53	..	62 000
Äthiopien*)	39	84	37	84 850	1 914	82
Benin*)	46	110	27	34 380	2 007	87
Botsuana*)	42/45 ²⁾ 3)	10 476	2 001	87
Burundi*)	45	138	28	45 430	2 307	99
Dschibuti	2 115
Elfenbeinküste	46	138	27	15 220	2 654	115
Gabun	25/45 ²⁾ 3)	229	..	5 208	2 293	98
Gambia*)	39/42 ²⁾ 3)	18 947	2 332	98
Ghana	48	63	23	10 200	2 318	101
Guinea*)	44	216	30	15 500	1 943	84
Guinea-Bissau	37/40 ²⁾ 3)	47	..	17 667	2 352	..
Kamerun	46	..	27	13 980	2 373	102
Kap Verde*)	48/52 ²⁾ 3)	105	..	19 230	2 258	..
Kenia	53	51	14	8 840	2 117	91
Komoren*)	41/44 ²⁾ 3)	52	..	13 810	2 270	..
Kongo	46	180	27	7 320	2 176	98
Lesotho*)	50	114	21	17 800	2 287	99
Liberia	48	159	23	10 050	2 010	87
Madagaskar	46	53	27	10 780	2 386	105
Malawi*)	46	142	27	48 500	2 397	103
Mali*)	42	120	32	32 460	1 774	75
Mauretanien	42	187	32	14 140	1 663	72
Mauritius	61/65 ²⁾ 3)	40	2 458	108
Mosambik	46	93	27	16 392	1 975	84
Niger*)	42	162	32	42 970	1 827	78
Nigeria	48	163	24	14 810	2 085	88
Obervolta*)	42	182	32	61 800	1 859	78
Ruanda*)	46	133	27	39 350	2 086	90
Sambia	48	259	23	10 370	2 052	90
São Tomé und Príncipe	64	..	6 666
Senegal	42	158	32	16 450	2 309	97
Seschellen	62/68 ²⁾ 3)	35	..	2 857

noch Tabelle 9

Region/Land	Lebens- erwartung bei der Geburt in Jahren, 1977	Sterblichkeitsziffern (je 1000) ¹⁾		Einwohner je Arzt ¹⁾	Kalorienverbrauch 1974	
		Säuglinge 0 bis 1 Jahre	Kinder 1 bis 4 Jahre		pro Kopf und Tag (kcal)	in % des not- wendigen Bedarfs
1	2	3	4	5	6	7
noch Afrika						
Sierra Leone	46	..	27	17 114	2 224	97
Somalia*)	43	..	31	15 544	1 822	79
Sudan*)	46	132	31	9 760	2 074	88
Swasiland	44 ³⁾	7 538	2 068	89
Tansania*)	51	160	20	18 490	2 003	86
Togo	46	121	27	18 360	2 198	96
Tschad*)	43	160	30	41 160	1 781	75
Uganda*)	53	160	17	28 330	2 096	90
Zaire	46	104	27	28 802	1 885	85
Zentralafrikanische Republik*)	46	190	27	29 410	2 305	102
Amerika						
<i>Nord- und Mittelamerika</i>						
Bahamas	64/67 ²⁾ ³⁾	35	..	1 242	2 428	..
Barbados	63/67 ²⁾ ³⁾	28	..	1 446	3 251	..
Costa Rica	70	38	3	1 550	2 537	113
Dominica	57/59 ²⁾ ³⁾	58	..	5 385
Dominikanische Republik ...	60	43	10	1 870	2 213	98
El Salvador	63	58	8	3 460	1 914	84
Grenada	60/66 ²⁾ ³⁾	24	..	4 000
Guatemala	57	77	15	2 500	1 994	91
Haiti*)	51	150	23	11 170	2 026	90
Honduras	57	34	14	3 300	2 041	90
Jamaika	70	22	3	3 510	2 664	119
Kuba	72	23	1	1 100	2 712	117
Mexiko	65	50	6	..	2 727	117
Nicaragua	55	46	17	1 540	2 390	105
Panama	70	47	3	1 270	2 421	105
St. Lucia	55/58 ²⁾ ³⁾	37	..	4 231
St. Vincent und die Grenadinen	58/60 ²⁾ ³⁾	100
Trinidad und Tobago	70	27	3	1 960	2 530	105
<i>Südamerika</i>						
Argentinien	71	59	3	530	3 408	129
Bolivien	52	158	22	2 120	1 849	77
Brasilien	62	..	9	1 650	2 516	105
Chile	67	61	5	2 200	2 825	117
Ecuador	60	70	10	1 570	2 123	93
Guyana	59/63 ²⁾ ³⁾	51	..	3 249	2 361	104
Kolumbien	62	98	9	1 820	2 183	94
Paraguay	63	56	8	1 190	2 723	118
Peru	56	65	16	1 580	2 360	100
Surinam	63/67 ²⁾ ³⁾	30	..	2 030	2 376	..
Uruguay	71	49	3	700	3 080	116
Venezuela	66	46	5	870	2 427	98
Asien						
<i>Naher und Mittlerer Osten</i>						
Bahrein	1 469
Irak	55	104	17	2 530	2 433	101
Iran	52	120	14	2 570	2 368	98
Israel	72	22	1	351	3 143	122

noch Tabelle 9

Region/Land	Lebens- erwartung bei der Geburt in Jahren, 1977	Sterblichkeitsziffern (je 1000) ¹⁾		Einwohner je Arzt ¹⁾	Kalorienverbrauch 1974	
		Säuglinge 0 bis 1 Jahre	Kinder 1 bis 4 Jahre		pro Kopf und Tag (kcal)	in % des not- wendigen Bedarfs
1	2	3	4	5	6	7
noch Asien						
Jemen (Arabische Republik)*)	47	160	31	18 770	1 976	83
Jemen (Demokratische Volksrepublik*)	47	40	31	9 210	2 024	84
Jordanien	56	22	16	2 250	2 214	90
Katar	938
Kuwait	69	39	2	850
Libanon	65	14	6	1 330	2 517	101
Oman	5 033
Saudi-Arabien	48	..	28	2 220	2 476	102
Syrien	57	22	14	2 510	2 597	104
Vereinigte Arabische Emirate	323
Südasiens						
Afghanistan*)	42	269	27	28 290	2 022	83
Bangladesch*)	47	140	23	11 350	2 024	92
Bhutan*)	41	..	28	..	2 078	94
Birma	52	56	15	5 410	2 223	103
Indien	51	122	18	3 140	1 976	89
Malediven*)	24 000
Nepal*)	45	..	23	38 650	2 088	95
Pakistan	51	113	17	3 780	2 146	93
Sri Lanka	69	45	2	6 230	2 019	91
Ostasien						
Indonesien	48	125	19	16 430	2 126	98
Kamputschea	48	127	19	15 297	1 894	85
Korea (Demokratische Volksrepublik)	63	2 641	113
Korea (Republik)	63	38	5	1 680	2 630	112
Laos*)	42	..	27	21 667	2 090	93
Malaysia	67	32	3	4 350	2 574	115
Philippinen	60	65	7	3 150	1 971	87
Singapur	70	12	1	1 340	2 819	122
Thailand	61	68	6	8 460	2 382	107
Vietnam	62	..	6	5 340	2 397	111
Ozeanien						
Fidschi	67/72 ²⁾ 3)5)	41	..	2 070	2 652	..
Kiribati ⁴⁾	57/59 ²⁾ 3)	49	..	2 692
Nauru	19	..	700
Papua-Neuguinea	48	..	19	11 990	2 245	98
Salomonen	52	..	5 135	2 063	..
Samoa*)	61/65 ²⁾ 3)	40	..	2 772	2 217	..
Tonga	21	..	3 333	2 622	..
Tuvalu ⁴⁾	57/59 ²⁾ 3)	49	..	2 692

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

1) jüngste verfügbare Angaben

2) männliche/weibliche Bevölkerung

3) ältere Angabe als 1977

4) Angaben für Kiribati und Tuvalu

5) nur fidschianische Bevölkerung (indianische Bevölkerung: 65/67)

Quellen: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 21 (Spalten 2, 3, 4) und Tabelle 22 (Spalten 5, 6, 7). UN, Demographic Yearbook 1977, New York 1978, Tabelle 22 (Spalte 2). Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1978, Washington 1978, Tabelle 17 (Spalte 3). UN, Statistical Yearbook 1977, New York 1978, Tabelle 19 (Spalte 3) und Tabelle 209 (Spalte 5). FAO, The State of Food and Agriculture 1977, Rom 1978, Ann. Tabelle 13 (Spalten 6 und 7).

Tabelle 10

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Erziehung –**

Region/Land	Anteil der Erwachsenen (über 15 Jahre) mit Lese- und Schreibkennt- nissen in % ¹⁾	Einschulungs- quote im Primar- und Sekundar- bereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Einschulungs- quote im Sekundarbereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 ¹⁾
1	2	3	4	5
Europa				
Griechenland	84	94	83	16
Jugoslawien	85	83	55	20
Malta	67	86	75	5
Portugal	70	91	85	12
Spanien	90	90	40	21
Türkei	60	66	29	7
Zypern	76	65	61	1
Afrika				
<i>Nördlich der Sahara</i>				
Ägypten	44	58	42	14
Algerien	35	56	19	3
Libyen	45	115 ⁵⁾	65	3
Marokko	28	37	16	3
Tunesien	38	58	20	3
<i>Südlich der Sahara</i>				
Angola	3 ²⁾	44	11	1
Äquatorialguinea	46	16	-
Äthiopien*)	10	14	6	0
Benin*)	11	32	10	1
Botsuana*)	33	62	18	1
Burundi*)	10	13	3	0
Dschibuti
Elfenbeinküste	20	53	17	2
Gabun	12 ³⁾	115 ⁵⁾	33	2
Gambia*)	6	21	9	-
Ghana	30	45	50	1
Guinea*)	9	22	14	1
Guinea-Bissau	5	75	6	-
Kamerun	19	69	17	1
Kap Verde*)	37
Kenia	40	69	15	1
Komoren*)	58	30	7	-
Kongo	50	104 ⁵⁾	52	3
Lesotho*)	40	79	15	0
Liberia	9	41	16	2
Madagaskar	50	47	12	1
Malawi*)	25	46	4	0
Mali*)	10	19	7	1
Mauretanien	17	10	3	-
Mauritius	61	72	45	1
Mosambik	11	30	6	0
Niger*)	8	12	3	0
Nigeria	15	32	8	0
Obervolta*)	5	9	2	0
Ruanda*)	23	35	2	0
Sambia	39	65	15	2
São Tomé und Príncipe

noch Tabelle 10

Region/Land	Anteil der Erwachsenen (über 15 Jahre) mit Lese- und Schreibkenntnissen in % ¹⁾	Einschulungsquote im Primar- und Sekundarbereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Einschulungsquote im Sekundarbereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 ¹⁾
1	2	3	4	5
noch Afrika				
Senegal	10	29	11	2
Seschellen	58
Sierra Leone	15	26	11	1
Somalia*)	50	30	8	1
Sudan*)	20	28	13	1
Swasiland	31 ⁴⁾	78	35	2
Tansania*)	66	43	3	0
Togo	16	65	23	1
Tschad*)	15	22	3	0
Uganda*)	35	33	7	1
Zaire	31	53	11	1
Zentralafrikanische Republik*)	7	45	9	0
Amerika				
Nord- und Mittelamerika				
Bahamas	90
Barbados	98	92	78	7
Costa Rica	88	80	43	17
Dominica	59
Dominikanische Republik	67	71	24	9
El Salvador	62	65	21	3
Grenada	76
Guatemala	46	37	11	4
Haiti*)	23	28	6	0
Honduras	57	56	13	5
Jamaika	86	78	58	7
Kuba	96	84	41	11
Mexiko	76	80	37	10
Nicaragua	57	56	21	9
Panama	78	92	53	7
St. Lucia	52
St. Vincent und die Grenadinen	76
Trinidad und Tobago	95	61	36	3
Südamerika				
Argentinien	93	87	56	28
Bolivien	63	66	32	10
Brasilien	76	68	18	10
Chile	88	96	48	17
Ecuador	74	75	42	8
Guyana	87	70	47	3
Kolumbien	81	70	35	8
Paraguay	80	67	20	6
Peru	72	86	49	11
Surinam	84	73	42	..
Uruguay	94	79	62	11
Venezuela	82	73	38	19
Asien				
Naher und Mittlerer Osten				
Bahrain	40

Region/Land	Anteil der Erwachsenen (über 15 Jahre) mit Lese- und Schreibkenntnissen in % ¹⁾	Einschulungsquote im Primar- und Sekundarbereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Einschulungsquote im Sekundarbereich in % der jeweiligen Jahrgänge ¹⁾	Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 ¹⁾
1	2	3	4	5
noch Asien				
Irak	24	72	38	9
Iran	50	73	48	5
Israel	88	82	39	25
Jemen (Arabische Republik)*)	13	15	3	0
Jemen (Demokratische Volksrepublik)*)	27	52	19	1
Jordanien	59	68	49	2
Katar
Kuwait	60	72	60	9
Libanon	79 ⁴⁾	81	38	23
Oman
Saudi-Arabien	2	34	19	3
Syrien	53	79	50	12
Vereinigte Arabische Emirate	21
Südasiien				
Afghanistan*)	12	16	12	1
Bangladesch*)	22	55	23	2
Bhutan*)	6	1	-
Birma	67	53	22	2
Indien	36	53	28	7
Malediven*)
Nepal*)	19	23	12	2
Pakistan	21	32	17	2
Sri Lanka	78	66	55	1
Ostasien				
Indonesien	62	53	20	2
Kamputschea	36	24	9	2
Korea (Demokratische Volksrepublik)
Korea (Republik)	91	85	63	8
Laos*)	28	32	5	0
Malaysia	60	69	45	2
Philippinen	87	87	56	20
Singapur	75	80	55	9
Thailand	82	62	26	4
Vietnam	87	91	51	..
Ozeanien				
Fidschi	64	90	50	3
Kiribati	90
Nauru
Papua-Neuguinea	32	37	12	1
Salomonen
Samoa*)	98
Tonga	100
Tuvalu

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

¹⁾ jüngste verfügbare Angabe²⁾ definiert als Lese- oder Schreibkenntnisse in der portugiesischen Sprache, 1950³⁾ definiert als Lese- oder Schreibkenntnisse in der französischen Sprache, 1960⁴⁾ nur männliche Bevölkerung⁵⁾ In Ländern mit einer umfassenden Grundausbildung können die Bruttorelationen für den Schulbesuch 100% übersteigen, sofern das offizielle Grundschulalter von einigen Schülern unter- oder überschritten wird.

Quellen: Spalte 2: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 1; UNESCO, Statistical Yearbook 1977, Paris 1978, Tabelle 1.3 (Werte aus der Analphabetenquote ermittelt);

Spalten 3

bis 5: UNESCO, Statistical Yearbook 1977, Paris 1978, Tabelle 3.2.

Tabelle 11

**Strukturdaten der Entwicklungsländer
– Beschäftigung –**

Region/Land	Anteil der Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren 1977 in %			Arbeitslosen- quote (nach offiziellen Angaben) ¹⁾ in % ²⁾
	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	
1	2	3	4	5
Europa				
Griechenland	40	27	33	..
Jugoslawien	42	34	24	12
Malta	7	37	56	5
Portugal	27	36	37	8
Spanien	19	42	39	4
Türkei	62	14	24	..
Zypern	27 ³⁾	31 ³⁾	42 ³⁾	3
Afrika				
<i>Nördlich der Sahara</i>				
Ägypten	51	26	23	3
Algerien	35	18	47	..
Libyen	22	27	51	..
Marokko	53	19	28	..
Tunesien	43	23	34	..
<i>Südlich der Sahara</i>				
Angola	61	16	23	..
Äquatorialguinea
Äthiopien*)	81	7	12	..
Benin*)	47	15	38	..
Botsuana*)
Burundi*)	85	5	10	..
Dschibuti
Elfenbeinküste	82	4	14	..
Gabun
Gambia*)
Ghana	54	19	27	..
Guinea*)	83	10	7	..
Guinea-Bissau
Kamerun	74	6	20	..
Kap Verde*)
Kenia	79	9	12	..
Komoren*)
Kongo	36	26	38	..
Lesotho*)	88	4	8	..
Liberia	73	14	13	..
Madagaskar	84	5	11	..
Malawi*)	87	5	8	..
Mali*)	89	5	6	..
Mauretanien	84	5	11	..
Mauritius
Mosambik	68	20	12	..
Niger*)	92	3	5	..
Nigeria	56	18	26	..
Obervolta*)	84	11	5	..
Ruanda*)	92	3	5	..
Sambia	69	11	20	..
São Tomé und Príncipe
Senegal	77	9	14	..

noch Tabelle 11

Region/Land	Anteil der Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren 1977 in %			Arbeitslosen- quote (nach offiziellen Angaben) ¹⁾ in % ²⁾
	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	
1	2	3	4	5
noch Afrika				
Seschellen	21	25	54	..
Sierra Leone	68	18	14	..
Somalia*)	83	7	10	..
Sudan*)	79	10	11	..
Swasiland
Tansania*)	84	6	10	..
Togo	69	14	17	..
Tschad*)	87	6	7	..
Uganda*)	84	6	10	..
Zaire	76	13	11	..
Zentralafrikanische Republik*)	89	4	7	..
Amerika				
<i>Nord- und Mittelamerika</i>				
Bahamas
Barbados	10	25	65	16
Costa Rica	30	29	41	5
Dominica
Dominikanische Republik	58	16	26	..
El Salvador	47	15	38	..
Grenada
Guatemala	57	19	24	..
Haiti*)	70	8	22	..
Honduras	63	15	22	..
Jamaika	24	27	49	24
Kuba	26	31	43	..
Mexiko	34	25	41	..
Nicaragua	44	14	42	7
Panama	30	18	52	9
St. Lucia
St. Vincent und die Grenadinen
Trinidad und Tobago	13	37	50	13
<i>Südamerika</i>				
Argentinien	14	29	57	3
Bolivien	51	23	26	4
Brasilien	42	20	38	..
Chile	21	27	52	13
Ecuador	47	24	29	..
Guyana
Kolumbien	31	23	46	10
Paraguay	51	19	30	3
Peru	40	20	40	6
Surinam
Uruguay	12	32	56	13
Venezuela	21	27	52	5
Asien				
<i>Naher und Mittlerer Osten</i>				
Bahrain
Irak	43	25	32	..
Iran	41	32	27	1

noch Tabelle 11

Region/Land	Anteil der Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren 1977 in %			Arbeitslosen- quote (nach offiziellen Angaben) ¹⁾ in % ²⁾
	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	
1	2	3	4	5
noch Asien				
Israel	8	37	55	4
Jemen (Arabische Republik)*)	76	11	13	..
Jemen (Demokratische Volksrepublik)*)	62	20	18	..
Jordanien	28	39	33	..
Katar
Kuwait	2	34	64	..
Libanon	13	27	60	..
Oman
Saudi-Arabien	63	14	23	..
Syrien	49	23	28	5
Vereinigte Arabische Emirate
Südasiens				
Afghanistan*)	80	8	12	..
Bangladesch*)	78	7	15	..
Bhutan*)	93	2	5	..
Birma	55	19	26	..
Indien	73	11	16	..
Malediven*)
Nepal*)	83	2	5	..
Pakistan	58	20	22	2
Sri Lanka	54	15	31	..
Ostasiens				
Indonesien	60	12	28	..
Kamputschea	75	4	21	..
Korea (Demokratische Volksrepublik)	51	32	17	..
Korea (Republik)	45	33	22	4
Laos*)	80	6	14	..
Malaysia	44	20	36	..
Philippinen	51	15	34	5
Singapur	2	32	66	4
Thailand	77	8	15	0
Vietnam	70	9	21	..
Ozeanien				
Fidschi	47 ³⁾	17 ³⁾	36 ³⁾	..
Kiribati
Nauru
Papua-Neuguinea	84	8	8	..
Salomonen
Samoa*)	61 ³⁾	8 ³⁾	31 ³⁾	..
Tonga	56 ³⁾	9 ³⁾	35 ³⁾	13
Tuvalu

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

¹⁾ Die Angaben liegen z. T. erheblich unter dem Ausmaß der tatsächlichen Arbeitslosigkeit. In Entwicklungsländern werden im allgemeinen lediglich die arbeitslosen Lohnempfänger registriert; der Agrarbereich und der sogenannte „informale Sektor“ (insbesondere Kleingewerbe), die die überwiegende wirtschaftliche Tätigkeit darstellen, werden nicht erfaßt. Immer weniger Länder finden sich bereit, offizielle Arbeitslosenquoten bekanntzugeben.

²⁾ jüngste verfügbare Angabe³⁾ Angabe für 1976

Quellen: Spalten (2) World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 19; ILO; Year Book of Labour bis (4): Statistics, Geneva 1978, Tabelle 2A (Wirtschaftsbereiche wurden zusammengefaßt); Spalte (5): ILO, Year Book of Labour Statistics 1978, Geneva 1978, Tabelle 9 und Tabelle 2A.

Tabelle 12

**Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Entwicklungsländergruppen
(Herstellungs- und Verbrauchsländer) 1960 bis 1978**
– in Mrd. DM, laufende Preise –

Jahr	Außenhandel mit allen Entwicklungsländern ¹⁾			Außenhandel mit den außereuropäischen Entwicklungsländern					
				einschließlich OPEC-Länder ²⁾			ohne OPEC-Länder		
	Ausfuhren	Einfuhren	Saldo ³⁾	Ausfuhren	Einfuhren	Saldo ³⁾	Ausfuhren	Einfuhren	Saldo ³⁾
1960	10,8	10,9	- 0,1	9,0	9,5	- 0,5	7,1	6,6	+ 0,5
1961	11,1	10,9	+ 0,2	9,1	9,4	- 0,3	7,2	6,4	+ 0,8
1962	10,4	11,8	- 1,4	8,2	10,2	- 2,0	6,6	6,8	- 0,2
1963	10,8	12,1	- 1,3	8,4	10,6	- 2,2	6,7	7,1	- 0,4
1964	11,9	13,8	- 1,9	9,2	12,0	- 2,8	7,3	7,7	- 0,4
1965	13,6	15,4	- 1,8	10,3	13,5	- 3,2	8,0	8,8	- 0,8
1966	15,3	16,2	- 0,9	11,2	14,1	- 2,9	8,5	9,1	- 0,6
1967	16,2	15,6	+ 0,6	11,7	13,7	- 2,0	8,9	8,5	+ 0,4
1968	17,7	17,9	- 0,2	12,9	15,6	- 2,7	9,7	9,5	+ 0,2
1969	19,5	20,0	- 0,5	14,0	17,0	- 3,0	10,6	10,7	- 0,1
1970	21,4	21,0	+ 0,4	14,9	17,7	- 2,8	11,4	11,2	+ 0,2
1971	23,4	22,8	+ 0,6	16,3	19,1	- 2,8	12,2	10,9	+ 1,3
1972	24,9	24,2	+ 0,7	17,0	19,6	- 2,6	12,4	11,7	+ 0,7
1973	30,0	29,5	+ 0,5	20,5	23,9	- 3,4	14,5	13,7	+ 0,8
1974	45,1	46,1	- 1,0	32,1	40,2	- 8,1	21,6	16,3	+ 5,3
1975	50,9	43,7	+ 7,2	36,5	36,8	- 0,3	19,6	16,6	+ 3,0
1976	57,0	53,7	+ 3,3	41,8	45,4	- 3,6	21,0	21,0	0,0
1977	62,8	56,6	+ 6,2	46,8	48,1	- 1,3	21,8	24,6	- 2,8
1978	62,6	52,9	+ 9,7	47,5	43,7	+ 3,8	22,9	24,3	- 1,4

¹⁾ Entwicklungsländer nach DAC

²⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate

³⁾ Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+) der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle 13

**Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit außereuropäischen Entwicklungsländern¹⁾
nach Warengruppen 1972 bis 1978 (laufende Preise)**

Warengruppe	1972		1974		1975		1976		1977		1978	
	Millionen DM	Anteil in %	Millionen DM	Anteil in %	Millionen DM	Anteil in %	Millionen DM	Anteil in %	Millionen DM	Anteil in %	Millionen DM	Anteil in %
I. Einfuhr												
Ernährungswirtschaft	5 255	26,8	5 965	14,8	6 508	17,7	8 001	17,6	10 900	22,7	9 872	22,6
Lebende Tiere	6	0,0	6	0,0	6	0,0	8	0,0	8	0,0	8	0,0
Nahrungsmittel ...	3 752	19,1	4 478	11,2	4 906	13,3	5 117	11,3	6 138	12,8	6 238	14,3
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1 030	5,2	664	1,7	582	1,6	725	1,6	779	1,6	862	2,0
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	2 722	13,9	3 814	9,5	4 324	11,7	4 392	9,7	5 359	11,2	5 376	12,3
Genußmittel	1 497	7,6	1 482	3,7	1 596	4,3	2 875	6,3	4 754	9,9	3 626	8,3
Gewerbliche Wirtschaft	14 313	72,9	34 133	84,9	30 209	82,0	37 258	82,0	36 969	76,9	33 571	76,9
Rohstoffe	9 860	50,2	26 385	65,6	22 239	60,4	26 519	58,4	25 208	52,5	20 788	47,6
Halbwaren	1 561	7,9	3 097	7,7	2 124	5,8	2 973	6,5	3 221	6,7	3 453	7,9
Fertigwaren	2 892	14,7	4 651	11,6	5 845	15,9	7 766	17,1	8 540	17,8	9 330	21,4
Vorerzeugnisse .	1 119	5,7	1 189	3,0	1 318	3,6	1 747	3,8	1 978	4,1	2 228	5,1
Enderzeugnisse .	1 773	9,0	3 462	8,6	4 527	12,3	6 019	13,2	6 562	13,7	7 102	16,3
insgesamt ²⁾	19 635	100	40 193	100	36 840	100	45 444	100	48 055	100	43 686	100
II. Ausfuhr												
Ernährungswirtschaft	489	2,9	883	2,8	976	2,7	1 116	2,7	1 733	3,7	1 584	3,3
Gewerbliche Wirtschaft	16 475	96,9	31 163	97,0	35 401	97,1	40 610	97,1	44 908	96,0	45 725	96,3
Rohstoffe	100	0,6	200	0,6	212	0,6	233	0,6	283	0,6	303	0,6
Halbwaren	880	5,2	1 991	6,2	1 601	4,4	1 453	3,5	1 595	3,4	2 023	4,3
Fertigwaren	15 496	91,1	28 973	90,2	33 588	92,1	38 924	93,0	43 031	92,0	43 399	91,4
Vorerzeugnisse .	2 633	15,5	6 908	21,5	5 313	14,6	5 390	12,9	5 944	12,7	6 508	13,7
Enderzeugnisse .	12 863	75,7	22 065	68,7	28 275	77,6	33 535	80,2	37 086	79,3	36 891	77,7
insgesamt ²⁾	17 004	100	32 113	100	36 457	100	41 835	100	46 777	100	47 461	100

¹⁾ Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer

²⁾ in der Gesamtein- bzw. -ausfuhr sind Rückwaren und Ersatzlieferungen enthalten; diese fehlen bei den Angaben für die einzelnen Warengruppen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fachserie 7, Reihe 5.1 „Außenhandel mit den Entwicklungsländern“, 1977, Tabelle 2, und

Reihe 3 „Außenhandel nach Ländern und Warengruppen“, 4. Vierteljahr und Jahr 1978, Tabelle 4.

Tabelle 14

**Übersicht über die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland
an Entwicklungsländer 1950 bis 1978 (Nettoauszahlungen)
in Millionen DM**

Jahr	Öffentliche Zusammenarbeit ¹⁾			Sonstige öffentliche Leistungen			Private Leistungen				Gesamt-leistungen
	bilateral	multi-lateral	zu-sammen	bilateral	multi-lateral	zu-sammen	private Entwicklungs-hilfe ²⁾	Leistungen der Wirtschaft			
								bilateral	multi-lateral ³⁾	zu-sammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1950 bis 1959	2 251,2	537,1	2 788,3	1 213,7	1 600,2	2 813,9	..	6 195,6	261,7	6 547,3	12 059,5
1960	690,8	248,0	938,8	363,0	176,0	539,0	..	1 145,8	14,7	1 160,5	2 638,3
1961	1 169,2	295,0	1 464,2	160,4	848,0	1 008,4	..	926,6	- 10,8	915,8	3 388,4
1962	1 199,1	421,2	1 620,3	257,1	- 12,0	245,1	..	573,7	- 1,7	572,0	2 437,4
1963	1 436,6	119,3	1 555,9	201,4	- 18,1	183,3	..	698,1	45,4	743,6	2 482,8
1964	1 737,1	98,6	1 835,7	- 84,2	- 60,0	- 144,2	..	905,5	228,7	1 134,2	2 825,7
1965	1 674,7	149,4	1 824,1	54,0	6,0	60,0	..	753,0	301,6	1 054,5	2 938,6
1966	1 492,3	185,4	1 677,7	305,9	- 40,0	265,9	..	1 234,5	- 24,1	1 210,4	3 154,0
1967	1 745,1	289,7	2 034,8	176,6	- 24,0	152,6	..	2 415,2	- 21,1	2 394,2	4 581,6
1968	1 787,7	439,9	2 227,6	152,9	-	152,9	..	3 095,7	1 177,4	4 273,1	6 653,6
1969	1 770,2	500,8	2 271,0	62,8	- 265,6	- 202,8	..	4 466,9	1 413,9	5 882,8	7 951,0
1970	1 705,9	496,9	2 202,8	291,3	192,1	483,4	284,6	2 251,3	230,9	2 482,3	5 453,1
1971	1 848,7	714,5	2 563,2	504,0	69,0	573,0	378,1	2 766,5	405,0	3 171,5	6 685,8
1972	1 938,2	666,5	2 604,7	373,5	105,0	478,5	398,4	1 470,8	707,0	2 177,8	5 659,4
1973	2 112,3	828,8	2 941,1	596,8	14,8	611,6	419,5	525,9	324,0	849,9	4 822,1
1974	2 628,5	1 086,7	3 715,2	244,7	3,9	248,6	459,5	3 880,9	- 76,0	3 804,9	8 228,2
1975	2 859,3	1 305,9	4 165,2	- 30,3	52,7	22,4	505,0	6 664,1	870,0	7 534,1	12 226,7
1976	2 628,4	854,7	3 483,1	38,7	69,5	108,2	515,1	6 927,0	2 342,1	9 269,1	13 375,5
1977	2 399,2	818,8	3 218,0	134,2	7,4	141,6	522,3	7 383,4	2 092,8	9 476,2	13 358,1
1978 ⁴⁾	3 134,4	1 710,3	4 844,7	436,7	8,8	445,5	570,3	7 815,9	1 639,2	9 455,1	15 315,6
1950 bis 1978	38 208,9	11 767,5	49 976,4	5 453,4	2 733,7	8 187,1	4 052,8	62 096,6	11 922,7	74 019,3	136 235,6

¹⁾ Entwicklungskredite und Zuschüsse

²⁾ Die Eigenleistungen gemeinnütziger Organisationen für Entwicklungszwecke werden erst seit 1970 ermittelt und in der DAC-Statistik ausgewiesen

³⁾ Anleihen der Weltbank und sonstiger multilateraler Finanzinstitute am deutschen Kapitalmarkt

⁴⁾ einschließlich Schuldscheinhinterlegungen

Quelle: BMZ.

Tabelle 15

Brutto- und Nettoleistungen der Bundesrepublik Deutschland 1976 bis 1978
in Millionen DM

Art der Leistung	1976			1977			1978 ¹⁾		
	Brutto	Rückfl.	Netto	Brutto	Rückfl.	Netto	Brutto	Rückfl.	Netto
I.									
<i>Öffentliche Zusammenarbeit</i>	4 330,1	847,0	3 483,1	4 023,2	805,2	3 218,0	5 566,8	722,1	4 844,7
Bilateral	3 466,9	838,5	2 628,4	3 164,7	765,5	2 399,2	3 822,9	688,5	3 134,4
- Zuwendungen	1 288,4	-	1 288,4	1 378,1	-	1 378,1	1 575,9	-	1 575,9
- Technische Zusammenarbeit	1 113,3	-	1 113,3	1 208,5	-	1 208,5	1 371,1	-	1 371,1
- Sonstige Zuwendungen	175,1	-	175,1	169,6	-	169,6	204,8	-	204,8
- Kredite über ein Jahr (einschließlich Umschuldungen und DEG-Beteiligungen)	2 178,5	838,5	1 340,0	1 786,6	765,5	1 021,1	2 247,0	688,5	1 558,5
Multilateral	863,2	8,5	854,7	858,5	39,7	818,8	1 743,9	33,6	1 710,3
- Beiträge an multilaterale Organisationen	708,0	-	708,0	767,5	-	767,5	616,1	-	616,1
- Zahlungen auf gezeichnetes Kapital	92,9	3,5	89,4	51,1	13,9	37,2	1 111,4	27,0	1 084,4
- Kredite	62,3	5,0	57,3	39,9	25,8	14,1	16,4	6,6	9,8
II.									
<i>Sonstige öffentliche Leistungen</i> ...	1 695,0	1 586,8	108,2	1 559,2	1 417,6	141,6	1 928,0	1 482,5	445,5
Bilateral	1 067,9	1 029,2	38,7	991,4	857,2	134,2	1 319,1	882,7	436,7
- Kredite der KfW (einschließlich Umschuldung)	979,7	952,4	27,3	801,1	797,1	4,0	929,3	753,4	175,9
- Refinanzierungen des BMF ...	49,7	71,9	-22,2	148,9	50,2	98,7	366,4	118,5	247,9
- DEG-Darlehen	38,5	4,9	33,6	41,4	9,9	31,5	23,7	10,8	12,9
Multilateral	627,1	557,6	69,5	567,8	560,4	7,4	608,6	599,8	8,8
III.									
<i>Private Entwicklungshilfe</i>	515,1	-	515,1	522,3	-	522,3	570,3	-	570,3
IV.									
<i>Leistungen der Wirtschaft</i>	22 715,5	13 446,4	9 269,1	23 484,9	14 008,7	9 476,2	21 884,5	12 429,4	9 455,1
Bilateral	20 002,5	13 075,5	6 927,0	20 611,5	13 228,1	7 383,4	19 558,2	11 742,3	7 815,9
- Investitionen und priv. bilat. Kapitalverkehr	12 393,9	7 603,1	4 790,8	14 556,6	7 574,9	6 981,7	14 637,3	8 430,2	6 207,1
- Garantierte Exportkredite (100 %)	7 608,6	5 472,4	2 136,2	6 054,9	5 653,2	401,7	4 920,9	3 312,1	1 608,8
Multilateral	2 713,0	370,9	2 342,1	2 873,4	780,6	2 092,8	2 326,3	687,1	1 639,2
V.									
<i>Gesamte Leistungen</i>	29 255,7	15 880,2	13 375,5	29 589,6	16 231,5	13 358,1	29 949,6	14 634,0	15 315,6
davon:									
bilateral	25 052,4	14 943,2	10 109,2	25 289,9	14 850,8	10 439,1	25 270,8	13 313,5	11 957,3
- öffentlich	4 534,8	1 867,7	2 667,1	4 156,1	1 622,7	2 533,4	5 142,3	1 571,2	3 571,1
- privat	20 517,6	13 075,5	7 442,1	21 133,8	13 228,1	7 905,7	20 128,5	11 742,3	8 386,2
multilateral	4 203,3	437,0	3 266,3	4 299,7	1 380,7	2 919,0	4 678,8	1 320,5	3 358,3
- öffentlich	1 490,3	566,1	924,2	1 426,3	600,1	826,2	2 352,5	633,4	1 719,1
- privat	2 713,0	370,9	2 342,1	2 873,4	780,6	2 092,8	2 326,3	687,1	1 639,2

¹⁾ einschließlich Schuldscheinhinterlegungen

Quelle: BMZ.

Tabelle 16

**Einsatz öffentlicher Mittel für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
mit Entwicklungsländern 1960 bis 1978 (Nettoauszahlungen)
in Millionen DM**

Jahr	bilaterale Zusammenarbeit					Zusammenarbeit über multilaterale Stellen			Gesamt- summe
	Zuwendungen			Kredite	Summe	Zuwen- dungen	Kapital- zeich- nungen und Finanz- hilfen	Summe	
	Technische Zusammen- arbeit ¹⁾	andere Zuwen- dungen	Summe						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1960	67,5	259,5	327,0	363,8	690,8	157,6	90,4	248,0	938,8
1961	116,9	342,3	459,2	710,0	1 169,2	223,0	72,0	295,0	1 464,2
1962	198,1	405,2	503,2	695,8	1 199,1	349,2	72,0	421,2	1 627,5
1963	297,6	310,4	608,0	828,6	1 436,6	47,6	71,7	119,3	1 555,9
1964	342,8	278,3	621,1	1 116,0	1 737,1	58,0	40,6	98,6	1 835,7
1965	374,3	329,1	703,4	971,3	1 674,7	52,3	97,1	149,4	1 824,1
1966	422,8	28,1	450,9	1 041,4	1 492,3	57,5	127,9	185,4	1 677,7
1967	460,4	80,0	540,4	1 204,7	1 745,1	115,8	173,9	289,7	2 034,8
1968	515,5	118,1	633,6	1 154,1	1 787,7	216,0	223,9	439,9	2 227,6
1969	583,2	230,2	813,4	956,8	1 770,2	285,4	215,4	500,8	2 271,0
1970	695,6	207,0	902,6	803,3	1 705,9	309,5	187,4	496,9	2 202,8
1971	721,1	251,9	973,0	875,7	1 848,7	408,9	305,6	714,5	2 563,2
1972	774,1	206,2	980,3	957,9	1 938,2	383,4	283,1	666,5	2 604,7
1973	798,7	281,0	1 079,7	1 032,6	2 112,3	442,7	386,1	828,8	2 941,1
1974	985,6	225,6	1 211,2	1 417,3	2 628,5	623,5	463,2	1 086,7	3 715,2
1975	1 156,3	213,1	1 369,4	1 489,9	2 859,3	787,6	518,3	1 305,9	4 165,2
1976	1 113,3	175,1	1 288,4	1 340,0	2 628,4	708,0	146,7	854,7	3 483,1
1977	1 208,5	169,6	1 378,1	1 021,1	2 399,2	767,5	51,3	818,8	3 218,0
1978 ²⁾	1 371,1	204,8	1 575,9	1 558,5	3 134,4	616,1	1 094,2	1 710,3	4 844,7

¹⁾ Unter technischer Zusammenarbeit ist zu verstehen: Leistungen für Studenten, Praktikanten, Fachkräfte und Entwicklungshelfer; die Lieferung von Ausrüstungen und Material für Forschungs-, Ausbildungs- und Demonstrationszwecke; sonstige Zusammenarbeit wie technische Unterstützung und Beratungsdienste auf vertraglicher Basis.

²⁾ einschließlich Schuldscheinhinterlegungen

Quelle: BMZ.

Tabelle 17

**Einsatz öffentlicher Mittel für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
mit Entwicklungsländern 1960 bis 1979 (Zusagen)¹⁾**
in Millionen DM

Jahr	bilaterale Zusammenarbeit					Zusammenarbeit über multilaterale Stellen			Gesamt- summe
	Zuwendungen			Kredite ein- schließ- lich Umschul- dungen	Summe	Zuwen- dungen	Kapital- zeich- nungen und Kredite	Summe	
	Techn- nische Zusam- men- arbeit ¹⁾	andere Zuwen- dungen	Summe						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1960	161,7	249,9	411,6	272,1	683,7	—	—	293,2	976,9
1961	184,8	315,0	499,8	823,6	1 323,4	72,0	359,5	431,5	1 754,9
1962	303,2	300,0	603,2	1 010,7	1 613,9	42,3	72,0	114,3	1 728,2
1963	364,4	288,4	652,8	1 908,4	2 561,2	52,4	40,8	93,2	2 654,4
1964	407,8	348,4	756,2	923,0	1 679,2	241,2	96,0	337,2	2 016,4
1965	438,1	321,8	759,9	1 202,4	1 962,3	283,6	118,0	401,6	2 363,9
1966	473,0	23,9	496,9	1 342,9	1 839,8	315,5	211,2	526,7	2 366,5
1967	582,8	26,5	609,3	1 315,3	1 924,6	289,5	260,4	549,9	2 474,5
1968	632,7	27,0	659,7	1 143,5	1 803,2	195,8	430,6	626,4	2 429,6
1969	594,3	158,1	752,4	1 222,4	1 974,8	338,1	168,0	506,1	2 480,9
1970	735,3	168,0	903,3	1 337,9	2 241,2	382,2	352,3	734,5	2 975,7
1971	787,5	290,7	1 078,2	1 467,7	2 545,9	399,8	373,2	773,0	3 318,9
1972	921,6	245,4	1 167,0	1 626,9	2 793,9	392,4	443,8	836,2	3 630,1
1973	1 004,1	313,9	1 318,0	1 943,9	3 261,9	499,3	532,0	1 031,3	4 293,2
1974	1 518,0	250,4	1 768,4	3 151,9	4 920,2	752,6	554,9	1 307,5	6 227,7
1975	1 357,3	251,5	1 608,8	2 315,1	3 923,9	874,9	551,7	1 426,6	5 350,5
1976	1 174,0	268,0	1 442,0	2 443,6	3 885,6	948,4	800,3	1 748,7	5 634,3
1977	1 401,6	204,1	1 605,7	2 397,0	4 002,7	1 082,0	863,9	1 945,9	5 948,6
1978	1 735,1	363,0	2 098,1	2 813,8	4 911,9	984,4	909,3	1 893,7	6 805,6

¹⁾ Erfäßt sind als Zusagen bei den bilateralen Krediten die abgeschlossenen Darlehensverträge und bei den bilateralen Zuwendungen ab 1972 die Bewilligungen und von 1960 bis 1971, mit Ausnahme der Kirchen und der Technischen Zusammenarbeit (Titel 89604 bzw. 89603), die Baransätze. Bei den Zusagen über multilaterale Stellen sind gemäß Bestimmungen OECD/DAC die Haushaltsausgaben des jeweils folgenden Jahres erfäßt worden und bei den mehrjährigen vertraglichen Leistungen der entsprechende Teilbetrag. Die Übersicht enthält die Zahlenangaben über die Zusagen, wie sie jeweils dem DAC (Entwicklungshilfe-Ausschuß der OECD) gemeldet wurden.

Quelle: BMZ.

Tabelle 18

**Personaleinsatz bei der bilateralen Technischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
1962 bis 1978**

Jahr	Zahl ¹⁾ der bilateral eingesetzten			Zahl ¹⁾ der bilateral geförderten		
	Experten	Entwicklungshelfer	Summe	Studenten	Praktikanten ²⁾	Summe
1	2	3	4	5	6	7
1962	–	–	611	–	–	7 846
1963	–	–	928	–	–	8 549
1964	–	–	1 357	–	–	7 610
1965	1 667	893	2 560	5 181	15 836	21 017
1966	2 114	1 566	3 680	5 183	17 960	23 143
1967	3 972	1 650	5 622	4 838	18 794	23 632
1968	3 981	1 744	5 725	5 489	16 713	22 202
1969	3 902	1 758	5 660	7 174	21 483	28 657
1970	4 570	1 774	6 344	8 018	24 309	32 327
1971	4 839	1 724	6 563	7 944	27 409	35 353
1972	5 401	1 834	7 235	5 391	23 920	29 311
1973	5 538	1 579	7 117	5 523	32 953	38 476
1974	5 248	1 548	6 796	5 964	51 104	57 068
1975	5 127	1 720	6 847	5 836	33 552	39 388
1976	4 320	1 409	5 729	4 789	23 080	27 869
1977	4 842	1 513	6 355	4 823	23 867	28 690
1978	5 028	1 442	6 470	5 114	26 123	31 237

¹⁾ Einschließlich Personal aller nichtstaatlichen Organisationen, soweit sie aus Mitteln des Bundes und der Länder gefördert werden.

1962 bis 1964: Zahl der an einem Stichtag eingesetzten bzw. geförderten Personen

1965 bis 1978: Gesamtzahl der im Berichtsjahr eingesetzten bzw. geförderten Personen

²⁾ Bis 1975 einschließlich Praktikanten mit einer Ausbildungsdauer unter einem Monat, ab 1976 ohne Praktikanten mit einer Ausbildungsdauer von weniger als einem Monat.

Quelle: BMZ

Tabelle 19

**Regionale Verteilung der bilateralen öffentlichen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
mit Entwicklungsländern 1977 und 1978
(Zusagen¹⁾)**

Erdteil	Technische Zusammenarbeit				Finanzielle Zusammenarbeit				Gesamte bilaterale öffentliche Zusammenarbeit			
	1977		1978		1977		1978		1977		1978	
	in Millionen DM	in %	in Millionen DM	in %	in Millionen DM	in %	in Millionen DM	in %	in Millionen DM	in %	in Millionen DM	in %
Europa	105,7	7,5	128,7	7,4	165,0	6,9	380,0	13,5	273,0	6,8	517,3	10,5
Afrika	502,9	35,9	689,9	39,7	938,6	39,1	1 086,8	38,6	1 498,6	37,5	1 883,3	38,4
Amerika	295,5	21,1	317,2	18,3	310,6	13,0	68,0	2,4	613,8	15,3	392,8	8,0
Asien	349,5	24,9	434,9	25,1	982,8	41,0	1 258,0	44,7	1 393,5	34,8	1 843,7	37,5
Ozeanien	7,8	0,6	3,5	0,2	—	—	21,0	0,8	7,8	0,2	37,5	0,8
Überregional ...	140,2	10,0	160,9	9,3	—	—	—	—	216,0	5,4	237,3	4,8
Insgesamt	1 401,6	100	1 735,1	100	2 397,0	100	2 813,8	100	4 002,7	100	4 911,9	100

¹⁾ Zusagen nach DAC (bei Krediten der FZ: abgeschlossene Darlehensverträge)

Quelle: BMZ.

**Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
mit einzelnen Entwicklungsländern und -gebieten**

Bruttoauszahlungen 1978 in 1 000 DM ¹⁾

Land	Kredite	Zuschüsse	Summe
<i>Mittelmeerraum</i>			
Griechenland	19 791	19 028	38 819
Israel	149 406	11 570	160 976
Jugoslawien	3 501	4 740	8 241
Malta	17 918	756	18 674
Portugal	5 559	15 721	21 280
Spanien	787	36 487	37 274
Türkei	279 631	35 525	315 156
Zypern	6 158	3 914	10 072
Insgesamt	482 751	127 741	610 492
<i>Afrika südlich der Sahara</i>			
Äthiopien*)	9 531	19 066	28 597
Angola	—	449	449
Benin*)	3 385	6 345	9 730
Botsuana*)	6 539	5 912	12 451
Burundi*)	3 967	8 742	12 709
Dschibuti	—	370	370
Elfenbeinküste	26 787	10 962	37 749
Gabun	14 184	1 099	15 283
Gambia*)	5 669	3 659	9 328
Ghana	2 248	25 464	27 712
Guinea*)	—	956	956
Guinea-Bissau	—	4 909	4 909
Kamerun	49 534	25 153	74 687
Kap Verde*)	—	5 856	5 856
Kenia	53 209	29 536	82 745
Kongo	—	2 040	2 040
Lesotho*)	—	7 331	7 331
Liberia	9 758	9 612	19 370
Madagaskar	838	3 203	4 041
Malawi*)	12 258	12 486	24 744
Mali*)	23 711	21 182	44 893
Mauritius	—	618	618
Mosambik	—	704	704
Niger*)	10 869	22 477	33 346
Nigeria	93	7 854	7 947
Obervolta*)	6 778	27 249	34 027
OMVS - Sahelzone	3 461	183	3 644
Ruanda*)	6 411	18 319	24 730
Sambia	16 383	18 660	35 043
São Tomé und Príncipe	—	56	56
Senegal	1 593	10 118	11 711
Seschellen	—	1 583	1 583
Sierra Leone	3 293	7 559	10 852
Somalien*)	28 323	13 340	41 663
Swasiland	23 187	2 544	25 731
Tansania*)	68 153	44 932	113 085
Togo	63 592	17 835	81 427
Tschad*)	3 161	3 843	7 004
Uganda*)	2 174	4 001	6 175
Zaire	11 054	22 832	33 886
Zentralafrikanische Republik*)	1 363	7 136	8 499
Zimbabwe/Rhodesien	—	2 606	2 606
Insgesamt	471 506	438 781	910 287

noch Tabelle 20

Land	Kredite	Zuschüsse	Summe
<i>Arabische Staaten</i>			
Ägypten	110 875	42 436	153 311
Algerien	46 238	12 206	58 444
Bahrain	–	14	14
Irak	–	816	816
Jemen (Arabische Republik)*)	3 968	15 512	19 480
Jemen (Demokr. Volksrepublik)*)	–	330	330
Jordanien	35 421	11 488	46 909
Katar	–	34	34
Kuwait	–	324	324
Libanon	–	5 060	5 060
Libyen	–	128	128
Marokko	60 794	16 846	77 640
Mauretanien	23 529	8 951	32 480
Oman	–	31	31
Saudi-Arabien	–	579	579
Sudan*)	28 264	48 365	76 629
Syrien	10 899	13 560	24 459
Tunesien	98 033	16 157	114 190
Vereinigte Arabische Emirate	–	19	19
Insgesamt	418 021	192 856	610 877
<i>Mittlerer Osten</i>			
Afghanistan*)	5 682	16 322	22 004
Bangladesch*)	67 131	49 315	116 446
Birma	25 886	7 611	33 497
Indien	315 554	56 479	372 033
Iran	–	18 088	18 088
Malediven*)	–	54	54
Nepal*)	1 632	14 761	16 393
Pakistan	167 625	13 960	181 585
Sri Lanka	46 717	26 245	72 962
Insgesamt	630 227	202 835	833 062
<i>Ferner Osten</i>			
Fidschi	–	712	712
Hongkong (Brit.)	–	1 493	1 493
Indonesien	53 013	35 525	88 538
Kamputschea	–	4	4
Korea (Republik)	12 681	20 944	33 625
Laos*)	21 488	2 274	23 762
Malaysia	145	9 732	9 877
Papua-Neuguinea	–	1 238	1 238
Philippinen	5 424	18 856	24 280
Samoa*)	–	1 620	1 620
Singapur	–	3 600	3 600
Taiwan	–	11 910	11 910
Thailand	6 174	17 771	23 945
Tonga	–	372	372
Vietnam	–	17 059	17 059
Insgesamt	98 925	143 110	242 035
<i>Lateinamerika</i>			
Argentinien	949	19 859	20 808
Bahamas	–	24	24
Barbados	–	26	26
Bolivien	5 829	19 737	25 566

noch Tabelle 20

Land	Kredite	Zuschüsse	Summe
noch Lateinamerika			
Brasilien	43 890	48 690	92 580
Chile	36	24 611	24 647
Costa Rica	10 502	5 862	16 364
Dominikanische Republik	–	2 837	2 837
Ecuador	3 842	13 791	17 633
El Salvador	–	3 817	3 817
Guatemala	25	8 414	8 439
Guyana	–	26	26
Haiti*)	12 624	5 800	18 424
Honduras	–	6 908	6 908
Jamaika	1 151	4 861	6 012
Kolumbien	7 933	27 702	35 635
Kuba	–	52	52
Mexiko	–	15 720	15 720
Nicaragua	1 126	2 483	3 609
Niederländische Antillen	–	230	230
Panama	881	894	1 775
Paraguay	3 301	6 838	10 139
Peru	52 885	37 685	90 570
Surinam	–	1 013	1 013
Trinidad und Tobago	–	161	161
Uruguay	355	5 557	5 912
Venezuela	–	11 026	11 026
Westindische Inseln (Brit.)	–	1 246	1 246
Insgesamt	145 329	275 870	421 199
Überregional	232	194 676	194 908
Gesamte bilaterale Leistungen	2 246 991	1 575 869	3 822 860

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

1) gesamte bilaterale öffentliche Zusammenarbeit, einschließlich Leistungen, die nicht aus dem Einzelplan 23 finanziert werden

Quelle: BMZ.

Tabelle 21

**Bedingungen der öffentlichen Zusammenarbeit
der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern 1965 bis 1978
(Zusagen³⁾)**

Jahr	durchschnittliches Zuschuß- element der öffentlichen Zusammen- arbeit in % ¹⁾	Anteil der Zuschüsse a. d. öffentl. Zusammen- arbeit in %	Bedingungen der bilateralen Kredite				
			durchschnittliches Zuschuß- element in % ¹⁾	Durchschnitts- zinssatz in %	durchschnittliche Laufzeit Jahre	durchschnittliche Freijahre	Anteil der Liefer- bindung in %
1	2	3	4	5	6	7	8
1965	–	53	–	–	–	–	25
1966	–	40	–	3,3	21,8	5,9	35
1967	–	45	–	3,2	23,5	6,2	57
1968	–	52	–	3,0	23,9	7,3	40
1969	77	51	53	3,2	26,0	7,6	34
1970	84	56	58	2,9	28,2	8,5	28
1971	86	64	59	2,7	29,6	8,0	28
1972	85	57	64	2,2	31,3	9,0	36
1973	86	58	66	2,1	32,0	9,4	39
1974 ²⁾	85	51	69	1,8	32,9	9,9	6
1975 ²⁾	88	61	69	1,8	33,6	9,9	3
1976 ²⁾	87	61	66	1,9	33,7	9,1	1
1977 ²⁾	86	60	65	2,1	33,7	8,8	10
1978 ²⁾	87	60	69	1,8	37,9	9,1	18

¹⁾ Das Zuschußelement gibt an, in welchem Maße auf Gegenleistungen verzichtet wird, auf denen kommerziell orientierte Gläubiger bestehen würden. Bei einem reinen Zuschuß wird völlig auf Gegenleistungen (Tilgung, Verzinsung) verzichtet, ein Kredit mit den Konditionen 50 Jahre Laufzeit, 10 Freijahre, 0,75% Zinsen (IDA-Konditionen) weist ein Zuschußelement von 83% auf.

²⁾ ohne Umschuldungen

³⁾ Zusagen nach DAC bei Krediten der FZ: abgeschlossene Darlehensverträge

Quelle: BMZ.

Tabelle 22

**Multilaterale öffentliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
1976 bis 1978**

Nettoauszahlungen in Millionen DM

Art der Leistung	1976	1977	1978 ¹⁾
1. Beiträge an internationale Organisationen	708,0	767,5	616,1
a) VN-Sonderorganisationen und Sonderfonds	191,8	239,3	274,0
– UNDP	79,0	91,0	104,0
– Bevölkerungsfonds	18,0	18,0	25,0
– Sonderfonds	13,2	13,9	15,9
– UNICEF	8,0	8,0	8,5
– UNRWA	8,0	7,0	9,5
– UNHCR	2,0	2,1	2,5
– Welternährungsprogramm	32,8	30,0	36,3
– FAO	1,5	1,4	1,7
– IFAD	–	38,9	33,4
– WHO-Malaria-Ausrottung u. a.	12,6	12,5	13,2
– UNESCO	3,8	4,0	3,2
– IAEA	3,3	2,1	4,3
– UNEP	–	–	4,5
– andere VN-Beiträge	9,6	10,4	12,0
b) EG	504,2	514,2	309,3
– Europäischer Entwicklungsfonds	352,5	311,4	100,9
– Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der EG	117,4	176,2	177,3
– Zinssubventionen (EIB)	1,1	1,1	1,0
– sonstige Beiträge	33,2	25,5	29,9
c) Sonstige Einrichtungen	12,0	14,0	32,8
– Internationale Agrarforschung	12,0	14,0	15,0
– Zinssubvention über IWF	–	–	17,8
2. Kapitalanteile/Subskriptionen	89,4	37,2	1084,4
a) Weltbankgruppe	–	–7,3	921,7
– Weltbank (IBRD)	–	–7,3	90,3
– IDA	–	–	818,9
– IFC	–	–	12,5
b) Interamerikanische Entwicklungsbank (Grundkapital und Sonderfonds)	19,5	13,4	63,4
c) Asiatische Entwicklungsbank (Grundkapital und Sonderfonds)	41,7	5,6	82,0
d) Afrikanischer Entwicklungsfonds	28,2	25,5	17,3
3. Kredite an EIB sowie CDB und BCIE	57,3	14,1	9,8
Summe multilateraler Zusammenarbeit	854,7	818,8	1710,3²⁾
Anteil der multilateralen öffentlichen Zusammenarbeit an der ODA in %	24,5	25,4	35,3³⁾

¹⁾ einschließlich Schuldscheinhinterlegungen, vgl. Tabelle 30, Fußnote 1

²⁾ ohne Anrechnung der Schuldscheinhinterlegungen: 850,7 Millionen DM

³⁾ ohne Anrechnung der Schuldscheinhinterlegungen: 21,3%

Quelle: BMZ.

Tabelle 23

Bundeshaushalt und Einzelplan 23
1962 bis 1980

Jahr	Bundeshaushalt		Einzelplan 23				
	Ist ¹⁾		Soll (ursprünglich) ²⁾		Ist		
	Mrd. DM	Steigerungs- rate in %	Millionen DM	Steigerungs- rate in %	Millionen DM	Steigerungs- rate in %	Anteil am Bundes- haushalt in %
1	2	3	4	5	6	7	8
1962	50,0	16,3	380,0	—	317,7	—	0,6
1963	54,7	9,4	866,0	127,9	751,6	136,6	1,4
1964	57,8	5,7	718,5	17,0	749,9	-0,2	1,3
1965	64,0	10,7	865,7	20,5	962,4	28,3	1,5
1966	66,7	4,2	1 552,3	79,3	1 425,1	48,1	2,1
1967	74,3	11,4	1 656,7	6,7	1 621,4	13,8	2,2
1968	75,3	1,3	2 064,4	24,6	2 032,0	25,3	2,7
1969	81,6	8,4	2 190,4	6,1	2 163,1	6,5	2,7
1970	89,0	9,1	2 247,3	2,6	2 018,0	-6,7	2,3
1971	98,1	10,2	2 478,1	10,3	2 316,5	14,8	2,4
1972	109,7	11,8	2 427,7	-2,0	2 280,3	-1,6	2,1
1973	121,8	11,0	2 799,2	15,3	2 588,9	13,5	2,1
1974	133,3	9,4	2 992,6	6,9	2 938,4	13,5	2,2
1975	160,1	20,1	3 558,6	18,9	3 547,3	20,7	2,2
1976	161,7	1,0	3 004,5	-15,6	3 077,9	-13,2	1,9
1977	170,9	5,7	3 217,9	7,1	3 061,0	-0,5	1,8
1978	189,2	10,7	3 989,7	24,0	3 511,4	14,7	1,9
1979	203,9 ³⁾	..	4 557,9	14,2	2,2 ³⁾
1980	215,3 ⁴⁾	5,6	5 127,7	12,5	2,4 ⁴⁾

¹⁾ Ausgaben des Bundes; ohne Tilgung von Krediten am Kreditmarkt, ohne Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge der Vorjahre, ohne haushaltstechnische Verrechnungen, einschließlich Zuführung an Rücklagen

²⁾ nachträgliche Kürzungen des Solls wurden nicht berücksichtigt

³⁾ Haushalts-Soll

⁴⁾ Regierungsentwurf (Soll)

Quelle: BMZ

Tabelle 24

**Internationale Ernährungssicherung und Nahrungsmittelhilfe der Bundesrepublik Deutschland
1970 bis 1978**

Netto in Millionen DM

Leistungsart / Leistungsempfänger	1970	1973	1976 .	1977	1978
Gesamte Nahrungsmittelhilfe	122,9	246,4	227,9	306,9	318,6
– Nahrungsmittelhilfeabkommen (FAC) (Menge in 1000 t)	79,8 (226,7)	84,6 (191,4)	51,3 ¹⁾ (144,0)	76,3 ¹⁾ (147,25)	77,6 ¹⁾ (147,8)
– Beteiligung am Welternährungs- programm (WEP)	12,2	33,7 ¹⁾	32,8	30,0	36,3
– Beteiligung an der Nahrungsmittel- hilfe der EG	25,9	111,5	117,4	176,2	177,4
– Ernährungssicherungsprogramm der Entwicklungsländer	5,0	16,6	26,4	24,4	27,3
Anteil der Nahrungsmittelhilfe an der öffentlichen Zusammenarbeit (ODA) in %	5,6	8,4	6,5	9,5	8,0

¹⁾ einschl. Sonderleistungen an WEP und andere VN-Organisationen

Quelle: BMZ

Tabelle 25

**Öffentliche humanitäre Hilfe der Bundesrepublik Deutschland
an Entwicklungsländer und -gebiete 1977 und 1978
(in 1 000 DM)**

Land/Region	Anlaß/Art der Hilfsmaßnahmen	1977	1978
<i>Europa</i>			
Türkei	Erdbeben	1 739,3	113,6
	Malariabekämpfung	53,5	-
<i>Afrika</i>			
Ägypten	Medizinische Versorgung (Rehabilitation)	126,1	-
Algerien	Flüchtlingsbetreuung	-	200,0
Angola	Flüchtlingsbetreuung	265,3	150,0
Athiopien	Dürrekatastrophe	-	1 653,2
	Flüchtlingsbetreuung	280,0	194,5
	LKW's	-	427,2
Benin	Brandkatastrophe	-	30,0
Botsuana	Flüchtlingsbetreuung	100,0	-
Burundi	Medizinische Versorgung	-	44,5
Dschibuti	Flüchtlingsbetreuung	230,4	370,0
Kenia	Flüchtlingsbetreuung	221,5	-
Mali	Medizinische Versorgung	-	23,6
Mauretanien	Dürrekatastrophe	111,4	-
	Kfz-Werkstatt	-	1,5
Mosambik	Überschwemmungskatastrophe	30,0	300,4
	Bergwerkunglück	50,0	-
	Flüchtlingsbetreuung	500,0	-
Obervolta	Medizinische Versorgung	14,2	27,9
	Wassererschließung	-	14,3
Ruanda	Cholera-Epidemie	-	23,7
Sambia	Überschwemmungskatastrophe	-	87,2
	Flüchtlingsbetreuung	-	3 000,0
Somalia	Flüchtlingsbetreuung	1 234,6	1 319,7
Sudan	Flutkatastrophe	-	627,7
	Medizinische Versorgung	44,4	885,0
Tansania	Flutkatastrophe	-	29,8
Togo	Medizinische Versorgung	-	0,4
Tschad	Dürrekatastrophe	300,7	1,6
	Medizinische Versorgung	-	117,3
	Flüchtlingsbetreuung	-	75,0
Zaire	Invasionsfolgen	4 535,2	45,0
	Cholera-Epidemie	-	95,3
	Flüchtlingsbetreuung	-	200,0
Zimbabwe/Rhodesien	Medizinische Versorgung	-	20,0
Nicht aufteilbar	Flüchtlingsbetreuung	-	2 000,0
<i>Amerika</i>			
Argentinien	Erdbeben	-	4,2

noch Tabelle 25

Land/Region	Anlaß/Art der Hilfsmaßnahmen	1977	1978
noch: Amerika			
Bolivien	Überschwemmungskatastrophe	13,0	-
Brasilien	Medizinische Versorgung	1,1	-
Chile	Flüchtlingsbetreuung	254,1	0,9
Guatemala	Wiederaufbauprojekt	400,0	-
Nicaragua	Flüchtlingsbetreuung	-	50,0
Panama	Flutkatastrophe und Medizinische Versorgung	-	17,0
Peru	Altersheimausstattung	10,0	-
Asien			
Afghanistan	Überschwemmungskatastrophe	36,1	50,0
Bangladesch	Flüchtlingsbetreuung	-	2000,0
Indien	Überschwemmungskatastrophe	-	1121,5
	Medizinische Versorgung	-	3,5
	Sturmkatastrophe	1994,7	-
Iran	Erdbebenkatastrophe	-	60,0
Jemen (Arab. Republik) .	Medizinische Versorgung	-	5,0
	Cholera-Epidemie	4,5	-
Jordanien	Medizinische Versorgung	0,6	-
Korea	Explosionsunglück	45,4	-
Laos	Dürrekatastrophe	200,0	-
Libanon	Überschwemmungskatastrophe	-	264,2
	Medizinische Versorgung und Betreuung .	4,7	1826,7
Malaysia	Flüchtlingsbetreuung	-	500,0
Nepal	Medizinische Versorgung	26,3	4,2
Oman	Taifunkatastrophe	21,8	-
Philippinen	Brandkatastrophe	9,9	28,4
	Taifunkatastrophe	18,7	-
Sri Lanka	Rassenunruhen	100,0	-
	Wirbelsturm	-	117,9
Thailand	Medizinische Versorgung und Betreuung .	510,0	1009,5
	Flutkatastrophe	-	40,0
	Hungersnot	-	5,3
Vietnam	Medizinische Versorgung und Betreuung	1,5	2071,7
Ozeanien			
Tonga	Erdbebenkatastrophe	30,0	-
Überregional	Flüchtlingsbetreuung	-	225,4
	Katastrophenhilfe	-	176,0
	insgesamt	13519,0	21659,8

Quelle: BMZ

Tabelle 26

**Zusagen der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit
(Entwicklungsgesellschaft) mbH, 1962 bis 1978**

Branche	Anzahl der Unter- nehmen	Investitionssumme (Millionen DM)			Gesamt ¹⁾
		DEG	deutsche und andere Partner aus Industrie- nationen	Partner aus Ent- wicklungs- ländern	
1	2	3	4	5	6
Leder, Textil, Bekleidung	40	102	268	221	895
Maschinen-, Fahrzeugbau	31	68	98	68	630
Entwicklungsinstitutionen	38	189	111	62	332
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren	27	50	54	66	271
Tourismus	7	21	27	54	120
Chemische Industrie	14	32	64	32	232
Nahrungs-, Genußmittel	17	59	236	204	570
Metallerzeugung, -verarbeitung Steine und Erden, Feinkeramik, Glas	8	41	53	37	292
Holz, Papier, Druck	14	19	47	39	172
Kunststoff, Gummi, Asbest	17	59	157	118	432
Landwirtschaft	5	8	17	14	43
Handel, sonstige Dienstleistungen	6	19	26	18	98
Verkehr	7	10	29	17	70
	2	10	17	20	137
Gesamt	233	687	1 204	970	4 294

¹⁾ In der Gesamtsumme sind auch die fremdfinanzierten Investitionen enthalten.

Quelle: DEG

Tabelle 27

**Bilaterale Leistungen der privaten Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
1960 bis 1978 netto
in Millionen DM**

Jahr	Direktinvestitionen			bilaterale Wert- papier- investi- tionen	garantierte Exportkredite			Sonstige bilaterale Kredite	Gesamt leistung
	neue Investi- tionen	reinve- stierte Gewinne	Summe		ein bis fünf Jahre Laufzeit	über fünf Jahre Laufzeit	Summe		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1960	154,3	168,0	322,3	7,0	671,0	145,5	1 145,8
1961	173,1	160,0	333,1	26,6	38,3	290,1	328,4	238,5	926,6
1962	307,0	176,0	483,0	9,2	- 361,3	522,0	160,7	- 79,2	573,7
1963	84,1	170,0	254,1	11,4	143,7	143,3	287,0	145,6	698,1
1964	155,0	205,0	360,0	21,2	37,4	449,7	487,1	37,2	905,5
1965	238,8	220,0	458,8	16,9	33,9	199,3	233,2	44,1	753,0
1966	356,0	248,0	604,0	27,0	18,4	391,6	410,0	193,5	1 234,5
1967	412,0	284,0	696,0	142,4	384,1	1 068,3	1 452,4	124,7	2 415,2
1968	435,9	332,0	767,9	581,2	498,8	521,8	1 020,6	726,0	3 095,7
1969	520,7	395,0	915,7	468,3	545,7	412,6	958,3	2 124,6	4 466,9
1970	671,9	490,0	1 161,9	13,8	284,4	401,0	685,4	390,2	2 251,3
1971	700,1	550,0	1 250,1	- 88,3	441,3	997,8	1 439,1	165,6	2 766,5
1972	1 327,5	610,0	1 937,5	- 205,7	- 571,0	372,4	- 198,6	- 62,5	1 470,8
1973	1 449,9	650,0	2 099,9	- 15,6	- 45,1	- 787,7	- 832,8	- 725,6	525,9
1974	1 116,2	700,0	1 816,2	3,2	1 336,8	724,7	3 880,9
1975	1 309,6	700,0	2 009,6	16,6	2 476,8	2 161,1	6 664,1
1976	1 226,6	700,0	1 926,6	369,3	2 136,2	2 494,9	6 927,0
1977	1 364,2	600,0	1 964,2	1 233,5	401,7	3 784,0	7 383,4
1978	1 508,7	550,0	2 058,7	804,0	1 608,8	3 344,4	7 815,9

Quelle: BMZ

Tabelle 28

Öffentliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und -gebieten 1976 und 1977
(Nettoauszahlungen) in Millionen US-\$

Kontinent/Land/Gebiet	Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit der DAC-Länder		Leistungen multilateraler Stellen ¹⁾		Insgesamt aus allen Quellen ²⁾		
	1976	1977	1976	1977	1976	1977	1977 pro Kopf der Bevölkerung US-\$
1	2	3	4	5	6	7	8
Europa insgesamt	151,44	203,88	142,91	134,29	309,25	343,17	3
Gibraltar (Brit.)	2,95	4,45	-	-	2,95	4,45	148
Griechenland	- 15,10	5,38	2,50	1,18	- 12,60	6,56	1
Jugoslawien	29,56	4,96	1,64	2,00	31,20	6,96	0
Malta	26,16	19,07	2,39	0,71	30,25	19,78	60
Portugal	57,32	88,69	5,33	20,88	62,65	109,57	11
Spanien	- 7,43	1,39	0,98	0,25	- 6,45	1,64	0
Türkei	31,31	24,90	93,01	62,58	137,52	92,48	2
Zypern	19,88	49,33	37,06	46,58	56,94	95,91	143
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	6,79	5,71	-	0,11	6,79	5,82	
Afrika insgesamt	3 137,45	3 685,60	1 435,97	2 316,99	6 109,08	7 430,93	18
<i>Überregional</i>	42,00	71,07	0,09	14,08	44,49	87,15	
<i>Nördlich der Sahara insgesamt</i>	867,36	1 064,13	416,49	1 186,87	2 361,96	3 231,64	
Ägypten	428,05	616,99	348,19	1 113,00	1 798,69	2 611,71	67
Algerien	128,82	112,73	11,32	14,61	141,14	123,03	7
Libyen	6,41	5,28	3,86	5,74	10,27	11,02	4
Marokko	147,41	158,67	15,89	35,13	206,77	278,62	16
Tunesien	150,49	164,24	37,11	18,33	198,79	200,98	34
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	6,18	6,22	0,12	0,06	6,30	6,28	
<i>Südlich der Sahara insgesamt</i>	2 228,09	2 550,40	1 019,33	1 116,04	3 702,63	4 112,14	
Angola	10,64	7,92	7,02	39,73	38,41	47,65	8
Äquatorialguinea	-	-	0,42	0,90	0,42	0,90	3
Äthiopien*)	72,94	58,99	67,74	55,06	140,68	114,05	4
Benin*)	27,49	26,61	23,41	21,88	54,45	49,09	15
Botsuana*)	40,81	37,89	7,03	9,18	47,84	47,07	68
Burundi*)	25,85	28,75	18,56	18,95	44,51	48,11	12
Dschibuti	28,07	32,69	-	3,53	28,07	46,22	165
Elfenbeinküste	75,63	75,17	32,52	31,09	108,15	106,26	15
Gabun	30,29	23,57	2,23	3,96	34,02	27,53	50
Gambia*)	5,41	12,80	4,39	6,87	11,90	21,59	39
Ghana	34,04	51,97	29,98	39,14	64,03	91,11	9
Guinea*)	4,39	5,07	7,14	14,43	11,73	22,11	5
Guinea-Bissau	11,81	26,10	6,91	11,40	22,22	37,50	40
Kamerun	87,99	122,46	44,18	43,99	134,17	175,54	23
Kap Verde*)	6,82	15,75	16,81	10,16	24,93	27,21	87
Kenia	135,28	124,90	24,68	40,31	159,97	165,21	11
Komoren*)	8,37	1,79	13,64	7,64	25,60	12,01	33
Kongo	45,98	32,73	22,89	12,40	73,04	48,48	35
Lesotho*)	18,01	20,69	12,13	18,00	30,14	38,69	30
Liberia	21,19	21,65	5,72	11,81	26,91	33,46	20
Madagaskar	29,21	32,56	33,94	27,56	63,15	61,12	7
Malawi*)	46,99	54,80	17,09	25,11	64,08	79,91	14
Mali*)	53,26	60,85	32,73	40,58	88,99	112,59	19
Mauretanien	17,81	24,81	36,30	33,79	180,30	164,55	108
Mauritius	10,68	12,52	6,40	9,72	17,09	22,24	24

Kontinent/Land/Gebiet	Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit der DAC-Länder		Leistungen multilateraler Stellen ¹⁾		Insgesamt aus allen Quellen ²⁾		
	1976	1977	1976	1977	1976	1977	1977 pro Kopf der Bevölke- rung US-\$
1	2	3	4	5	6	7	8
noch Afrika							
Mayotte (Franz.)	-	6,90	-	-	-	6,90	230
Mosambik	34,26	65,92	35,64	14,29	71,50	80,26	8
Niger*)	80,05	59,38	45,30	33,83	129,41	96,10	20
Nigeria	46,17	28,28	7,11	13,62	53,28	41,90	1
Obervolta*)	60,08	71,69	22,98	39,60	84,06	110,29	17
Réunion (Franz.)	300,96	317,00	6,90	1,98	307,86	318,98	650
Ruanda*)	56,60	61,44	22,31	29,73	79,01	95,68	22
Sambia	55,55	95,49	6,56	12,86	62,11	108,40	21
St. Helena (Brit.)	2,82	4,14	-	-	2,82	4,14	414
São Tomé und Príncipe	0,75	1,57	10,96	1,57	11,71	3,14	39
Senegal	81,63	89,29	36,09	31,31	126,82	122,60	23
Seschellen	6,91	10,23	0,49	0,49	7,44	10,89	181
Sierra Leone	7,48	12,04	7,46	14,01	15,14	26,05	8
Somalia*)	20,07	25,24	51,47	49,50	104,88	255,39	70
Sudan*)	54,37	55,80	89,70	68,97	368,79	220,45	13
Swasiland	9,55	19,99	6,13	7,56	15,68	27,55	52
Tansania*)	212,04	257,29	54,97	75,57	267,01	339,78	22
Togo	20,49	42,40	19,99	21,17	43,03	64,11	27
Tschad*)	43,17	49,57	17,69	33,47	62,28	83,04	20
Uganda*)	9,42	3,64	10,49	15,33	24,95	21,90	2
Zaire	148,73	170,94	44,92	89,64	193,65	260,58	10
Zentralafrikanische Republik*)	25,68	30,16	12,42	11,81	38,10	41,97	22
Zimbabwe/Rhodesien	6,17	6,69	0,10	-	6,27	6,69	1
Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ...	19,17	6,70	-	-	19,17	6,70	
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	77,01	145,52	35,85	12,93	112,06	132,75	
Amerika insgesamt	1 262,47	1 244,06	479,65	510,42	1 769,73	1 754,48	5
<i>Überregional</i>	<i>53,33</i>	<i>49,15</i>	<i>19,40</i>	<i>20,11</i>	<i>72,73</i>	<i>69,26</i>	
Nord- und Mittelamerika insgesamt	727,10	727,88	263,15	285,20	990,36	1 013,08	
Bahamas	0,14	0,16	0,45	0,45	0,59	0,61	3
Barbados	4,03	3,20	3,52	2,56	7,55	5,76	23
Belice (Brit.)	8,53	5,81	3,11	3,74	11,64	9,55	73
Bermuda (Brit.)	0,03	0,03	-	0,05	0,03	0,08	2
Costa Rica	11,69	14,50	12,84	10,19	24,53	24,69	12
Dominica	2,41	3,52	2,23	1,39	4,64	4,91	61
Dominikanische Republik	19,94	10,49	13,05	22,44	32,99	32,93	7
El Salvador	12,77	20,00	17,25	24,69	30,02	44,69	10
Grenada	1,36	2,05	1,36	1,29	2,73	3,34	30
Guadeloupe (Franz.)	162,55	157,59	3,97	0,60	166,52	158,19	494
Guatemala	43,65	37,18	21,62	24,60	65,37	61,78	10
Haiti*)	32,13	39,55	39,63	46,76	71,76	86,31	18
Honduras	23,00	22,87	17,05	34,06	40,05	56,93	19
Jamaika	17,21	22,65	8,27	10,04	25,48	32,69	16
Kuba	26,01	29,66	9,90	15,49	35,91	45,15	5
Martinique (Franz.)	187,30	201,70	7,29	0,42	194,59	202,12	632
Mexiko	9,89	5,75	53,39	43,32	63,28	49,07	1
Nicaragua	18,56	18,72	20,60	17,69	39,16	36,41	15
Niederländische Antillen	44,65	39,54	4,64	2,03	49,29	41,57	166
Panama	27,38	22,88	14,56	12,13	41,94	35,01	20

noch Tabelle 28

Kontinent/Land/Gebiet	Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit der DAC-Länder		Leistungen multilateraler Stellen ¹⁾		Insgesamt aus allen Quellen ²⁾		
	1976	1977	1976	1977	1976	1977	1977 pro Kopf der Bevölke- rung US-\$
1	2	3	4	5	6	7	8
noch Amerika							
St. Lucia	5,18	2,70	2,20	1,70	7,38	4,40	40
St. Pierre und Miquelon (Franz.)	13,87	19,80	-	-	13,87	19,80	1980
Trinidad und Tobago	2,50	0,69	2,25	4,95	4,75	5,64	5
Westindische Inseln (Brit.) ³⁾ ..	22,45	19,96	3,97	4,61	26,42	24,57	63
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	29,87	26,88	-	-	29,87	26,88	
Südamerika insgesamt	482,04	467,03	215,10	205,11	706,64	672,14	
Argentinien	6,64	8,92	24,28	19,18	30,92	28,10	1
Bolivien	45,68	57,56	21,01	35,81	71,19	93,37	16
Brasilien	78,13	57,76	32,41	21,65	110,54	79,41	1
Chile	4,57	2,17	3,63	8,78	8,20	10,95	1
Ecuador	37,22	22,88	38,56	31,94	75,78	54,82	7
Falkland-Inseln (Brit.)	2,69	1,95	-	-	2,69	1,95	..
Französisch-Guayana	61,84	85,09	1,68	0,20	63,52	85,29	1421
Guyana	9,61	7,07	2,36	4,84	16,97	11,91	15
Kolumbien	57,65	31,35	18,98	17,07	76,63	48,42	2
Paraguay	17,47	25,19	23,86	22,80	41,33	47,99	18
Peru	54,29	72,43	19,80	23,82	74,09	96,25	6
Surinam	101,47	87,33	2,37	2,82	103,84	90,15	205
Uruguay	2,92	2,10	9,93	5,85	12,85	7,95	3
Venezuela	-16,55	-10,44	16,23	10,35	-0,32	-0,09	-
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	18,41	15,67	-	-	18,41	15,67	
Asien insgesamt	3 698,43	3 683,45	1 495,08	1 564,77	7 995,74	7 012,28	5
Überregional	40,35	15,27	11,19	1,88	51,54	17,15	
Naher und Mittlerer Osten insgesamt	837,31	1 133,71	169,75	208,38	2 344,50	2 595,44	
Bahrain	0,70	0,87	0,72	0,94	149,04	36,33	107
Irak	5,80	69,67	3,39	4,16	9,19	71,91	6
Iran	-16,36	25,76	3,71	9,36	-12,59	35,12	1
Israel	640,85	797,01	2,50	0,41	643,35	797,42	226
Jemen (Arabische Republik)*)	11,25	34,15	48,77	40,71	250,60	249,33	45
Jemen (Demokratische Volksrepublik*)	9,04	6,89	20,93	29,59	165,06	99,63	55
Jordanien	118,87	106,92	23,52	24,10	503,94	456,62	159
Katar	0,92	0,18	0,85	1,35	1,77	1,53	7
Kuwait	0,17	0,44	1,77	2,31	1,94	2,75	3
Libanon	13,31	28,00	11,91	25,30	33,33	68,05	20
Oman	0,74	0,57	1,72	7,81	48,22	58,83	72
Saudi-Arabien	0,49	2,17	7,15	14,44	7,64	16,61	2
Syrien	38,26	45,62	27,82	34,42	514,78	639,57	81
Vereinigte Arabische Emirate	0,54	1,28	0,52	2,60	1,06	36,68	49
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	12,73	14,18	14,44	10,88	27,17	25,06	
Südasien insgesamt	1 633,39	1 428,66	1 028,82	1 062,45	4 043,64	2 910,21	
Afghanistan*)	34,78	27,60	29,07	51,10	78,52	100,19	7
Bangladesch*)	319,84	383,97	201,28	213,65	532,06	762,63	9
Bhutan*)	1,03	0,62	2,18	2,28	3,21	2,90	2
Birma	39,22	54,63	31,73	46,97	70,95	101,60	3

noch Tabelle 28

Kontinent/Land/Gebiet	Bilaterale öffentliche Zusammenarbeit der DAC-Länder		Leistungen multilateraler Stellen ¹⁾		Insgesamt aus allen Quellen ²⁾		
	1976	1977	1976	1977	1976	1977	1977 pro Kopf der Bevölke- rung US-\$
1	2	3	4	5	6	7	8
noch Asien							
Indien	725,31	481,56	595,76	483,01	1 820,62	1 128,35	2
Malediven*)	0,57	1,21	0,89	1,04	4,30	2,39	17
Nepal*)	29,18	37,44	20,80	37,76	50,08	79,67	6
Pakistan	352,24	321,75	102,95	164,41	1 276,49	545,22	7
Sri Lanka	94,92	119,42	39,16	62,23	166,11	186,80	13
Indus-Becken	33,00	- 3,00	-	-	33,00	- 3,00	..
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	3,30	3,46	5,00	-	8,30	3,46	
Ostasien insgesamt	1 187,38	1 105,81	285,32	292,06	1 556,06	1 489,48	
Brunei (Brit.)	0,07	0,05	0,04	0,03	0,11	0,08	1
Hongkong (Brit.)	2,49	2,00	0,16	0,07	2,68	2,07	0
Indonesien	523,81	399,18	144,99	85,82	668,92	514,26	4
Kamputschea	0,49	0,24	0,23	0,06	0,72	0,30	0
Korea (Republik)	181,11	171,69	36,96	44,78	218,07	237,24	7
Laos*)	24,04	26,68	4,43	5,95	28,47	32,27	9
Malaysia	57,18	58,59	3,46	3,75	62,14	69,88	5
Philippinen	161,01	143,94	25,81	37,71	186,82	181,65	4
Singapur	9,98	11,28	2,35	1,84	12,33	13,12	6
Taiwan	- 20,62	- 16,92	- 0,16	- 0,16	- 20,78	16,70	1
Thailand	70,79	84,04	22,78	47,60	169,17	131,90	3
Timor	0,45	-	-	-	0,45	-	-
Vietnam	160,84	200,01	18,61	47,63	185,56	247,64	6
Mekong-Delta-Projekt	0,34	0,34	-	-	0,34	0,34	
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	15,40	24,69	25,66	17,34	41,04	42,03	
Ozeanien insgesamt	552,08	594,55	19,77	33,82	571,85	628,37	137
Cook-Inseln (Neuseeland)	6,49	7,26	0,45	0,23	6,94	7,49	375
Fidschi	20,92	19,43	2,42	3,32	23,34	22,75	39
Französisch-Polynesien	77,05	83,00	0,59	0,23	77,64	83,23	5,95
Kiribati	3,79	6,01	0,27	0,16	4,06	6,17	103
Neue Hebriden (Brit./Franz.) ..	30,49	12,56	0,49	1,98	30,98	14,54	145
Neukaledonien (Franz.)	46,48	76,62	-	1,44	46,48	76,62	511
Niue (Neuseel.)	2,75	3,29	0,12	0,11	2,87	3,40	..
Papua-Neuguinea	232,94	242,67	8,30	13,75	241,24	256,42	88
Pazifik-Inseln (Amerik.)	89,09	91,09	0,56	0,57	89,65	91,66	705
Salomonen	18,92	16,00	0,98	0,76	19,90	16,76	84
Samoa*)	7,30	111,09	4,37	9,39	11,67	20,48	137
Tokelau-Inseln (Neuseel.)	1,20	1,14	-	0,02	1,20	1,16	..
Tonga	3,64	4,89	1,06	1,78	4,70	6,67	67
Tuvalu	2,91	2,35	0,04	0,03	2,95	2,38	238
Wallis und Futuna (Franz.)	4,75	3,60	0,12	0,05	4,87	3,65	365
Sonstige und nicht aufgeschlüsselt	3,36	13,55	-	-	3,36	13,55	
Entwicklungsländer und -gebiete, nicht aufgeschlüsselt	702,53	672,25	275,19	399,37	1 148,11	1 761,82	
Alle Entwicklungsländer und -gebiete	9 504,70	10 083,79	3 866,57	4 959,66	17 903,76	18 931,05	9

Tabelle 28

*) gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC)

1) einschließlich der von arabischen und OPEC-Ländern mit Kapital dotierten Stellen

2) ohne bilaterale Leistungen der Staatshandelsländer

3) Anguilla, Antigua, Cayman-Inseln, Montserrat, St. Kitts-Nevis, St. Vincent (seit Oktober 1979 unabhängig), Turks- und Caicos-Inseln, Jungfern-Inseln

Quellen: Spalte 2 bis 7: DAC Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabelle D1 bis D3;
Spalte 8: in Verbindung mit UN, Monthly Bulletin of Statistics, July 1979, Tabelle 1.

Tabelle 30

**Anteil der öffentlichen Mittel der DAC-Mitgliedsländer für die Zusammenarbeit
mit Entwicklungsländern (ODA) am Bruttosozialprodukt 1962 bis 1978**
Nettoauszahlungen in %

Land	1960	1964	1968	1970	1972	1974	1976	1977	1978 ¹⁾	
									I	II
Australien	0,37	0,48	0,57	0,59	0,59	0,55	0,42	0,45	0,45	0,54
Österreich		0,08	0,14	0,07	0,09	0,18	0,12	0,24	0,27	0,29
Belgien	0,88	0,46	0,42	0,46	0,55	0,51	0,51	0,46	0,55	0,55
Kanada	0,19	0,17	0,26	0,42	0,46	0,47	0,46	0,50	0,52	0,52
Dänemark	0,09	0,11	0,23	0,38	0,45	0,55	0,56	0,60	0,74	0,75
Finnland				0,07	0,15	0,17	0,18	0,17	0,17	0,17
Frankreich	1,35	0,90	0,67	0,66	0,67	0,59	0,62	0,60	0,57	0,57
Bundesrepublik Deutschland	0,31	0,44	0,41	0,32	0,31	0,37	0,31	0,27	0,31	0,38
Italien	0,22	0,09	0,19	0,16	0,09	0,14	0,13	0,10	(0,07)	(0,07)
Japan	0,24	0,14	0,25	0,23	0,21	0,25	0,20	0,21	0,23	0,23
Niederlande	0,31	0,29	0,49	0,61	0,67	0,63	0,82	0,85	0,79	0,82
Neuseeland			0,21	0,23	0,25	0,31	0,41	0,39	0,34	0,34
Norwegen	0,11	0,15	0,29	0,32	0,43	0,57	0,70	0,82	0,90	0,90
Schweden	0,05	0,18	0,28	0,38	0,48	0,72	0,82	0,99	0,90	0,90
Schweiz	0,04	0,07	0,14	0,15	0,21	0,14	0,19	0,19	0,20	0,20
Vereinigtes Königreich	0,56	0,53	0,40	0,36	0,38	0,37	0,38	0,37	0,39	0,48
Vereinigte Staaten	0,53	0,56	0,37	0,31	0,29	0,24	0,25	0,22	0,23	0,27
Alle DAC-Länder	0,51	0,48	0,37	0,34	0,33	0,33	0,33	0,31	0,32	0,35

¹⁾ Bis zum Berichtsjahr 1977 verfahren die DAC-Länder bei der Anrechnung der an multilaterale Institutionen gegebenen Schuldscheine auf die ODA-Leistung unterschiedlich; ein Teil berücksichtigte die Schuldscheine bereits bei Hinterlegung, ein anderer erst bei Einlösung.

Spalte I gibt den ODA-Anteil am BSP für das Jahr 1978 nach dem bisherigen Verfahren der einzelnen Länder an. Die Werte in Spalte II zeigen für alle DAC-Länder den ODA-Anteil unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr hinterlegten Schuldscheine.

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabellen I 1 und A 3.

Tabelle 29

Leistungen der DAC-Länder 1978 (Nettoauszahlungen)
(Millionen US-\$)

	DAC Mit- glieder insgesamt	Austra- lien	Oster- reich	Belgien	Kanada	Däne- mark	Finn- land
Gesamte öffentliche und private Nettoleistungen (I + II + III + IV)	71 384,9	710,5	500,6	2 794,4	2 192,6	637,9	133,9
In Prozent des BSP	1,26	0,65	0,86	2,85	1,08	1,24	0,43
I. Nettobetrag der öffentlichen Zusammenarbeit (A + B)	19 881,8	587,5	165,8	536,1	1 059,0	387,6	54,8
In Prozent des BSP	0,35	0,54	0,29	0,55	0,52	0,75	0,17
A. Nettobetrag der bilateralen öffentliche Zusammenarbeit (1 + 2)	13 122,6	419,5	112,8	310,4	648,2	217,3	27,9
1. Zuschüsse und zuschuß- artige Beiträge	9 400,2	418,1	33,7	279,7	626,8	138,9	17,1
Technische Zusammenarbeit	3 779,6	48,2	31,1	190,1	54,7	68,5	13,4
Nahrungsmittelhilfe	742,6	33,1	2,3	5,4	126,1	3,4	0,1
Schuldenerlaß	658,2	0,0	0,0	0,0	203,3	0,0	0,0
Sonstige Zuschüsse	4 220,2	336,8	0,3	84,1	242,7	67,1	3,6
2. Entwicklungskredite u. a. Kapitalgewährung, netto ... davon neue Entwicklungs- kredite	3 722,4	1,3	79,1	30,7	21,4	78,4	5,8
	2 855,1	1,3	79,1	30,7	20,5	78,4	5,8
B. Nettoleistungen an multi- laterale Stellen (1 + 2 + 3)	6 759,3	168,1	53,0	225,7	411,7	170,3	31,9
1. Zuschüsse	2 434,4	34,5	20,9	93,6	195,5	112,7	12,8
davon UN-Stellen	1 596,5	23,3	18,1	53,7	158,3	100,1	9,8
2. Zahlungen auf Kapital- zeichnungen u. ä.	4 303,6	133,6	32,1	131,7	215,1	57,6	19,1
3. Vergünstigte Kredite	21,2	0,0	0,0	0,5	1,1	0,0	0,0
II. Sonstige öffentliche Nettoleistungen (A + B)	5 214,3	45,4	- 27,6	55,5	359,9	121,1	- 4,3
A. Sonstige bilaterale öffentliche Nettoleistungen	5 057,6	44,2	- 27,6	52,4	276,1	122,4	0,0
davon öffentl. Exportkredite ¹⁾	3 497,9	44,0	- 27,6	0,0	359,8	117,3	0,0
B. Nettoleistungen an multi- laterale Stellen zu marktüb- Bedingungen	156,7	1,3	0,0	3,1	- 16,2	- 1,3	- 4,3
III. Private Nettoleistungen zu markt- üblichen Bedingungen (1 + 2 + 3 + 4)	44 623,2	39,3	347,8	2 171,3	685,8	121,1	77,3
1. Direktinvestitionen	11 439,4	68,1	19,9	137,8	452,0	0,0	6,1
2. Bilaterale Wertpapierinvesti- tionen und sonstige Kredite	20 971,8	4,0	0,0	1 173,0	313,0	0,0	0,0
3. Wertpapierinvestitionen bei multilateralen Stellen	2 515,1	0,0	0,0	- 5,7	- 12,0	50,8	0,0
4. Garantierte priv. Exportkred.	9 697,0	- 32,9	327,9	866,1	- 67,2	70,3	71,2
IV. Nettozus. priv. Hilfsorganisationen Nachrichtlich	1 665,5	38,3	14,6	31,5	87,0	8,1	6,2
1. Empfangene Zinszahl. auf öffentl. Entwicklungskredite	1 076,4	1,3	0,0	3,4	1,7	0,0	0,5
2. Empfangene Zinszahl. auf sonstige öffentliche Leistungen	882,3	4,4	0,0	5,4	113,9	13,6	0,0
3. Verwaltungsausgaben	217,9	9,1	3,9	8,3	24,9	0,0	2,2

¹⁾ einschließl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabelle A 12.

Tabelle 29

Frankreich	Bundesrepublik Deutschland	Italien	Japan	Niederlande	Neuseeland	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigtes Königreich	Vereinigte Staaten
7 929,2 1,68	7 632,0 1,19	3 157,1 1,21	10 703,5 1,09	2 691,7 2,06	96,4 0,59	632,6 1,60	1 337,5 1,53	3 729,4 4,24	10 343,4 3,35	16 162,5 0,77
2 705,3 0,57	2 418,4 0,38	175,4 0,07	2 215,4 0,23	1 073,5 0,82	54,9 0,34	355,4 0,90	782,6 0,90	173,3 0,20	1 472,4 0,48	5 663,5 0,27
2 350,6	1 560,7	22,3	1 531,0	789,2	44,9	192,8	473,0	100,7	852,5	3 474,0
2 049,5	784,6	51,1	383,4	709,8	45,2	192,8	708,2	93,5	807,8	2 060,0
1 389,5	682,7	40,9	221,2	234,6	16,0	34,5	87,2	6,1	294,0	367,0
24,1	52,2	6,0	14,0	44,7	0,0	1,7	17,1	12,6	28,7	371,0
0,0	13,2	0,0	0,0	164,4	0,0	0,0	262,1	0,0	15,2	0,0
636,0	36,5	4,2	148,2	266,1	29,2	156,6	341,8	75,2	469,8	1 322,0
301,1	776,0	-28,8	1 147,6	79,4	-0,3	0,0	-235,1	7,2	44,7	1 414,0
271,4	688,5	-40,6	1 134,4	57,4	-0,3	0,0	-235,1	4,4	46,2	713,0
354,7	857,7	153,1	684,4	284,3	10,0	162,6	309,6	72,5	619,9	2 189,5
147,9	312,9	134,9	113,9	212,6	6,4	121,0	199,5	53,7	21,3	480,0
28,5	136,4	21,8	100,4	142,2	3,8	108,1	174,7	44,1	103,2	370,0
204,8	540,0	46,8	577,9	70,7	3,6	41,7	105,8	15,0	408,7	1 699,5
2,0	4,9	1,4	-7,4	1,1	0,0	0,0	4,0	3,8	-0,1	10,0
462,9	221,8	378,2	2 152,6	20,1	13,2	0,8	19,5	-2,3	109,2	1 288,0
462,9	217,4	366,0	1 990,2	20,1	13,2	6,7	18,8	-2,3	109,2	1 288,0
462,9	151,9	218,9	1 286,5	0,0	13,2	0,0	11,1	0,0	0,0	890,0
0,0	4,4	12,1	162,4	0,0	0,0	-5,9	1,1	0,0	0,0	0,0
4 741,1	4 707,8	1 603,2	6 316,7	1 542,6	22,4	250,5	490,7	3 507,3	8 711,5	8 287,0
413,4	1 025,1	71,1	1 318,3	443,5	10,5	30,2	115,0	174,1	1 535,5	5 619,0
2 047,9	1 578,7	-10,5	3 696,2	917,5	0,0	13,6	174,7	1 440,4	6 231,6	3 391,7
286,6	816,1	0,0	890,1	-5,1	0,0	0,0	-0,4	1 062,6	0,0	-568,0
1 993,2	1 787,9	2 542,7	412,1	186,7	22,9	206,8	201,4	830,2	944,3	-155,7
19,9	284,0	0,3	18,9	55,5	5,9	25,9	44,3	51,1	50,2	924,0
88,5	199,3	15,7	259,5	30,6	0,2	0,0	17,5	0,1	70,4	388,0
95,5	61,9	0,0	0,0	2,5	0,0	0,0	0,6	0,0	7,5	577,0
61,3	19,2	0,0	0,0	42,6	0,0	0,0	25,3	0,0	21,2	0,0

Tabelle 31

Anteil der Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer am Bruttosozialprodukt 1962 bis 1978
Nettoauszahlungen in %

Land	1960	1964	1968	1970 ¹⁾	1972	1974	1976	1977	1978 ²⁾	
									I	II
Australien	0,37	0,57	0,73	1,15	0,98	0,69	0,57	0,65	0,57	0,65
Österreich	0,09	0,24	0,63	0,67	0,55	0,61	0,94	1,04	0,84	0,86
Belgien	1,59	1,06	1,16	1,19	1,16	1,12	1,83	1,61	2,85	2,85
Kanada	0,37	0,30	0,47	0,77	0,96	1,11	1,29	1,22	1,08	1,08
Dänemark	0,64	0,35	0,67	0,54	0,57	0,68	1,26	1,05	1,23	1,24
Finnland				0,24	0,36	0,30	0,24	0,24	0,43	0,43
Frankreich	2,17	1,47	1,35	1,24	1,06	1,22	1,53	1,37	1,68	1,68
Bundesrepublik Deutschland	0,87	0,67	1,23	0,79	0,68	0,83	1,19	1,12	1,13	1,19
Italien	0,85	0,43	0,73	0,73	0,58	0,28	0,87	1,02	1,21	1,21
Japan	0,57	0,36	0,73	0,92	0,93	0,65	0,72	0,80	1,09	1,09
Niederlande	2,12	0,69	0,73	1,34	1,59	1,31	1,96	1,96	2,03	2,06
Neuseeland			0,26	0,38	0,38	0,40	0,46	0,56	0,52	0,52
Norwegen	0,23	0,36	0,65	0,59	0,38	0,81	1,49	1,53	1,60	1,60
Schweden	0,36	0,36	0,50	0,74	0,66	1,15	1,53	1,98	1,53	1,53
Schweiz	1,83	0,86	1,39	0,67	0,58	0,75	2,31	6,20	4,24	4,24
Vereinigtes Königreich	1,22	0,98	0,80	1,01	0,95	1,23	0,98	2,76	3,27	3,35
Vereinigte Staaten	0,75	0,83	0,68	0,63	0,63	0,31	0,72	0,63	0,73	0,77
Alle DAC-Länder	0,89	0,79	0,79	0,78	0,75	0,64	0,97	1,08	1,23	1,26

¹⁾ ab 1970 einschl. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen aus Eigenmitteln

²⁾ vgl. Tabelle 30, Fußnote 1

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabelle I 2 und Tabelle A 2.

Tabelle 32

Bedingungen der öffentlichen Zusammenarbeit der DAC-Länder mit Entwicklungsländern 1977 und 1978¹⁾
– Zusagen –

Land	Anteil der Zuschüsse (in % der Zusagen)		Durchschnittliche Bedingungen der öffentlichen Entwicklungskredite								Durchschnittl. Zinsfußelement (insgesamt) in %		Anteil der Zusagen ²⁾ am BSP in %	
			Laufzeit in Jahren		Zinssatz in %		Freijahre		Zinsfußelement in %					
	1977	1978	1977	1978	1977	1978	1977	1978	1977	1978	1977	1978	1977	1978
1	2		3		4		5		6		7		8	
Australien	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	100,0	0,58	0,58
Österreich	53,1	48,8	12,1	16,8	4,9	4,9	5,0	9,2	30,6	33,1	67,5	65,8	0,27	0,27
Belgien	90,0	92,2	30,0	30,0	0,4	0,3	9,8	10,1	81,4	81,7	98,3	98,6	0,74	0,62
Kanada	76,9	78,0	49,3	46,8	0,1	0,5	9,9	9,0	89,1	84,7	97,5	96,6	0,67	0,65
Dänemark	85,6	73,0	32,1	35,0	0,2	0,1	9,2	9,0	81,4	82,2	97,3	95,2	0,67	0,93
Finnland	89,9	96,8	25,0	25,0	0,7	0,8	7,0	7,0	70,0	70,0	97,0	99,0	0,20	0,24
Frankreich	85,2	87,7	21,5	(21,3)	3,5	(3,7)	9,0	(6,1)	52,5	(37,2)	93,0	(92,3)	0,73	0,74
Bundesrepublik Deutschland .	58,9	58,0	33,5	37,8	2,1	1,8	8,8	9,1	65,0	68,0	85,6	86,6	0,49	0,52
Italien	94,2	96,7	23,0	(30,0)	2,6	(2,6)	9,1	(9,7)	60,4	(61,9)	97,7	98,7	0,15	0,15
Japan	37,7	48,1	26,1	25,7	3,3	3,3	5,2	8,4	52,1	52,2	70,2	75,2	0,38	0,33
Niederlande	77,3	82,3	33,2	32,7	2,6	2,4	8,4	8,3	60,7	62,1	91,1	93,3	1,10	1,12
Neuseeland	99,7	100,0	25,0	-	3,0	-	7,0	-	52,6	-	99,8	100,0	0,32	0,35
Norwegen	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	100,0	0,89	0,99
Schweden	98,1	99,3	50,0	50,0	0,0	0,0	10,0	10,0	90,0	90,0	99,8	99,9	1,27	0,64
Schweiz	93,8	86,4	19,1	15,4	1,8	2,6	11,5	8,9	60,5	49,4	97,5	93,1	0,24	0,20
Verein. Königreich	94,6	86,1	18,9	..	0,7	..	5,8	..	40,6	49,2	96,8	92,9	0,42	0,62
Vereinigte Staaten	67,8	68,5	36,9	36,0	2,8	2,7	9,7	10,1	65,5	66,3	88,9	89,4	0,33	0,33
alle DAC-Länder	72,1	73,4	32,2	..	2,7	..	10,0	..	61,5	61,5	89,3	89,8	0,45	0,44

) einschließlich Umschuldungen

) ohne Umschuldungen

Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabelle B 1 und B 2.

Tabelle 33

Daten und Leistungen der OPEC-Länder

Land	Fläche		Einwohner 1977	
	in 1000 km ²	davon Ackerland und Dauerkulturen, %	in Millionen	jährliche Wachstumsrate 1970 bis 1977, %
1	2		3	
Algerien	2 382	2,9	17,0	3,5
Ecuador	284	13,5	7,3	3,0
Gabun	268	0,5	0,5 ⁴⁾	1,7 ⁵⁾
Indonesien	1 904	10,2	133,5	1,8
Irak	435	11,5	11,8	3,4
Iran	1 648	9,8	34,8	3,0
Katar	22	0,1	0,2 ⁴⁾	11,1 ⁵⁾
Kuwait	18	0,1	1,1	6,1
Libyen	1 760	1,5	2,6	4,1
Nigeria	924	23,6	79,0	2,6
Saudi-Arabien	2 150	0,4	7,6	3,0
Venezuela	912	5,8	13,5	3,4
Vereinigte Arabische Emirate	90	0,1	0,7 ⁴⁾	18,2 ⁵⁾
Gesamt	12 797		309,6	

Quellen: Spalte 2: Statistisches Bundesamt, Internat. Monatszahlen 1978;
 Spalte 3: World Bank, World Development Indicators, Washington 1979, Tabelle 1 und 17;
 Spalte 4: IMF, Internat. Financial Statistics, May 1979;
 Spalte 5: Weltbank, World Bank Atlas 1978 und Weltentwicklungsbericht 1979;
 Spalte 6: IMF, Internat. Financial Statistics, May 1979.

Land	Erdölförderung				Erdölvorräte
	1977 in Millionen t	in % der Welt- förderung	1978 in Millionen t	in % der Welt- förderung	in Millionen t
	7				
Algerien	54,6	1,8	59,0	1,9	822
Ecuador	8,7	0,3	9,5	0,3	154
Gabun	11,2	0,4	11,0	0,4	272
Indonesien	83,8	2,8	82,0	2,7	1 388
Irak	112,1	3,7	115,0	3,8	4 307
Iran	282,2	9,3	255,0	8,3	7 916
Katar	21,0	0,7	23,5	0,8	528
Kuwait	99,4	3,3	110,0	3,6	9 117
Libyen	99,5	3,3	95,0	3,1	3 191
Nigeria	103,3	3,4	95,0	3,1	2 456
Saudi-Arabien	458,5	16,0	410,0	13,4	22 581
Venezuela	116,6	3,8	108,0	3,5	2 570
Vereinigte Arabische Emirate	95,8	3,2	88,0	2,9	4 113
Gesamt		52,0		47,8	

Quellen: Spalte 7: Esso AG, Oeldorado 1978;
 Spalte 8: Esso AG, Oeldorado 1978;
 Spalte 9: DAC, Chairman's Report for 1979, DAC (79) 21, Statistical Annex, Tabelle G2.

1) 1977

2) bei gleichbleibender Jahresfördermenge 1978

3) vorläufige Schätzungen

4) 1976

5) 1970 bis 1976

Öleinnahmen			Bruttosozialprodukt pro Kopf in US-\$		Währungsreserven in Millionen US-\$	
in Millionen US-\$		in % der Gesamt- exporte 1978				
1977	1978			1976	1977	Ende 1977
4			5		6	
5 696	5 561	91,7	1 010	1 110	1 917	2 233
478	520	39,1 ¹⁾	700	790	671	688
899	..	78,6 ¹⁾	3 780	3 730	10	23
7 298	..	67,2 ¹⁾	280	300	2 516	2 636
9 517	10 863	98,6	1 390	1 550	6 995	..
23 624	21 780	97,1	2 060	2 160	12 266	12 152
1 948	2 311	98,9	11 640	11 670	162	206
7 079	7 132	90,6	13 960	12 270	2 990	2 616
8 539	8 312	99,9	5 970	6 680	4 891	4 216
10 520	9 445	91,2	400	420	4 259	1 917
41 408	38 791	99,7	4 420	6 040	30 034	19 407
9 116	8 650	94,8	2 540	2 660	8 214	6 517
9 135	8 715	..	14 480	14 420	824	838
135 257	..				75 749	

1978		Öffentliche Leistungen an EL (Nettoauszahlungen)					
in % der Welt- vorräte	Reichweite in Jahren 2)	1976		1977		1978 ³⁾	
		in Millionen US-\$	in % der BSP	in Millionen US-\$	in % der BSP	in Millionen US-\$	in % der BSP
8		9					
0,9	14	53,6	0,33	46,7	0,24	43,1	0,18
0,2	16	-		-		-	
0,3	25	-		-		-	
1,6	17	-		-		-	
4,8	37	231,7	1,44	56,0	0,29	144,2	0,66
8,9	31	752,5	1,13	251,2	0,30	213,2	(0,26)
0,6	22	195,0	7,95	194,3	7,83	100,8	3,48
10,2	87	614,3	4,35	1 442,0	10,08	855,3	4,53
3,6	34	93,6	0,63	109,6	0,62	141,5	0,77
2,8	26	82,9	0,25	63,6	0,16	37,9	0,07
25,4	56	2 407,1	5,73	2 400,8	4,30	1 453,6	2,31
2,9	24	102,8	0,33	51,5	0,14	94,6	0,23
4,6	47	1 060,2	11,02	1 229,4	10,67	616,5	5,37
66,8		5 593,7	2,27	5 845,1	1,96	3 700,7	1,11

Tabelle 34

Zusammenarbeit der Staatshandelsländer mit Entwicklungsländern

a) *Entwicklung der öffentlichen Zusammenarbeit der Staatshandelsländer mit Entwicklungsländern
(Zusagen) 1970 bis 1978¹⁾
in Millionen US-\$*

Land	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Sowjetunion	253,0	1 383,9	1 237,0	536,6	998,55	1 393,3	790,6	1 980,1	300,0
China	696,1	508,24	708,9	490,15	379,3	1 057,1	112,35	51,5	237,2
Rumänien	24,65	90,0	485,1	51,0	300,0	235,0	260,0	244,0	558,0
DDR	264,1	52,4	22,0	-	95,4	159,0	110,0	235,0	405,0
Ungarn	60,0	47,0	145,0	36,3	177,5	136,2	37,4	143,0	53,6
Jugoslawien	100,3	82,5	12,0	65,1	161,5	87,7	86,2	108,7	166,5
Tschechoslowakei	3,0	44,0	141,4	347,9	-	107,0	60,5	193,0	274,9
Polen	20,0	61,1	152,0	286,5	140,0	-	-	10,7	54,7
Sonstige	64,8	91,5	56,4	51,5	86,0	12,8	10,9	184,8	49,8
Insgesamt	1 485,95	2 360,64	2 959,80	1 865,05	2 338,25	3 188,10	1 467,95	3 150,80	2 099,70

b) *Wichtigste Empfängerländer der Zusagen der Staatshandelsländer an Entwicklungsländer
1954 bis 1978¹⁾*

Land	Millionen US-\$	Anteil an den Gesamtzusagen in %
Ägypten	3 509,40	10,8
Türkei	2 691,95	8,3
Iran	2 373,70	7,3
Indien	2 292,10	7,0
Syrien	1 618,50	5,0
Pakistan	1 585,90	4,9
Algerien	1 579,60	4,8
Indonesien	1 498,90	4,6
Afghanistan	1 448,40	4,4
Irak	1 276,20	3,9

¹⁾ bis 1976 nur Kreditzusagen, ab 1977 einschließlich nichtrückzahlbarer Zuwendungen

Anmerkung: Über die Zusammenarbeit der Staatshandelsländer mit den Entwicklungsländern gibt es keine Statistiken, die denen vergleichbar wären, die das DAC für die westlichen Industrieländer aufstellt. Die Höhe der tatsächlichen Auszahlungen kann nur grob geschätzt werden. Auch die Bedingungen der Zusagen sind im allgemeinen nicht bekannt, so daß eine Untergliederung in öffentliche Zusammenarbeit (ODA) und sonstige öffentliche Leistungen (v.a. Kredite zu Marktkonditionen) nicht möglich ist. In obigen Angaben sind daher auch Zusagen enthalten, die die ODA-Kriterien nicht erfüllen.

Quelle: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Entwicklungspolitik kommunistischer Länder: Monatsbericht Januar 1977, Trends und Analysen II/1978; Archiv des Instituts.

Tabelle 35

Kreditbedingungen multilateraler Institutionen

Organisation	Jahr	Anzahl der Kredite/ Darlehen	Gesamt- zusagen in Millionen US-\$	Durch- schnitts- zinssatz in %	durch- schnitt- liche Lauf- zeit/Jahre	durch- schnitt- liche Freijahre
Weltbank	1977/78	137	6097,7	7,8	17,6	3,8
	1978/79	142	6989,0	7,41	17,6	3,8
IDA	1977/78	99	2313	0,75	50	10
	1978/79	105	3022	0,75	50	10
Asiatische Entwicklungsbank	1977	24	615	7,65	20	4,5
	1978	31	778	7,52	20	4,5
Asiatischer Entwicklungsfonds	1977	21	272	1	40	10
	1978	22	381	1	40	10
Interamerikanische Entwicklungsbank ..	1977	33	1107	7,5	22,5	4
	1978	25	1106	7,5	22,5	4
Interamerikanische Entwicklungsbank – Fonds für besondere Vorhaben	1977	41	577	3	33,3	9,1
	1978	35	683	3	33,3	9,1
Afrikanische Entwicklungsbank	1977	30	154	7,5	15,5	3
	1978	33	205,7	8,0	15,5	3
Afrikanischer Entwicklungsfonds	1977	24	141,7	0,75	50	10
	1978	31	186,1	0,75	50	10

Quelle: BMZ

Tabelle 36

**Aufbringung und Verteilung der Mittel des Europäischen
Entwicklungsfonds (EEF)**

*I. Aufbringung der Mittel des EEF (ohne Berücksichtigung der Leistungen
der Europäischen Investitionsbank [EIB])*

Land	1. EEF ¹⁾		2. EEF		3. EEF		4. EEF		5. EEF	
	Millionen RE ²⁾	%	Millionen RE ²⁾	%	Millionen RE ²⁾	%	Millionen ERE ²⁾	%	Millionen ERE ²⁾	%
Belgien	70	12,04	69	9,45	80,4	8,89	196,9	6,25	268,0	5,9
Bundesrepublik Deutschland	200	34,41	246,5	33,77	300,2	33,16	817,4	25,95	1 285,4	28,3
Frankreich	200	34,41	246,5	33,77	300,2	33,16	817,4	25,95	1 162,8	25,6
Italien	40	6,88	100	13,70	141,4	15,62	378,0	12,00	522,3	11,5
Luxemburg	1,25	0,22	2	0,27	2,4	0,28	6,3	0,20	9,1	0,2
Niederlande	70	12,04	66	9,04	80,4	8,89	250,4	7,95	336,1	7,4
insgesamt	581,25	100	730	100	905	100				
Dänemark							75,6	2,40	113,6	2,5
Irland							18,9	0,60	27,3	0,6
Vereinigtes Königreich							589,1	18,70	817,6	18,0
insgesamt							3 150,0 ³⁾	100	4 542,0 ⁴⁾	100

¹⁾ Die Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) haben folgende Laufzeiten:

1. EEF (Vertrag von Rom): 1958 bis 1963
2. EEF (Vertrag Jaunde I): 1964 bis 1969
3. EEF (Vertrag Jaunde II): 1970 bis 1975
4. EEF (EWG-AKP-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975): 1975 bis 1980
5. EEF (EWG-AKP-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979): 1980 bis 1985

²⁾ RE = Rechnungseinheit; bis 1971 1 RE = 1 US-\$, später schwankend (Goldbasis), 1974 bis 1975: 1 RE = etwa 3,22 DM; beim 4. EEF (Abkommen von Lomé): Europäische Rechnungseinheit (ERE), 1 ERE (Ausgangswert) = 1 Sonderziehungsrecht des Internat. Währungsfonds am 28. Juni 1974 = 3,08222 DM. Durch EG-Ratsbeschluß vom 21. April 1975 erfolgt Bindung an die Währungen der Mitgliedsländer; Kurs wird täglich neu ermittelt und bekanntgegeben (z. B. am 1. Oktober 1979: 1 ERE = 2,48336 DM).

³⁾ Einschließlich 150 Millionen ERE für überseeische Länder und Gebiete (ULG); hinzu kommen 400 Millionen ERE aus Mitteln der EIB. Während der Laufzeit des Abkommens wurde der EEF-Betrag um 22,5 Millionen ERE für neu beigetretene AKP-Staaten erhöht.

⁴⁾ Hinzukommen aus Mitteln der EIB 685 Millionen ERE zuzüglich bis zu 200 Millionen ERE für Bergbau- und Energieinvestitionen. 180 Millionen ERE für die Kosten der Delegationen der Kommission in den AKP-Staaten werden aus dem EG-Haushalt aufgebracht. 94 Millionen ERE (zuzüglich 15 Millionen ERE Darlehen der EIB) werden für die ULG zur Verfügung gestellt. ULG: St. Pierre und Miquelon, Mayotte, Neukaledonien und Nebengebiete, Wallis und Futuna (alle Franz.), Französisch-Polynesien, Französische Süd- und Antarktisgebiete, Niederländische Antillen, St. Vincent (seit Oktober 1979 unabhängig), Belice, Brunei, Antigua, St. Kitts-Nevis, Anguilla, Jungferninseln, Montserrat, Pitcairn, St. Helena und Nebengebiete (alle Brit.), Britisches Antarktisgebiet, Neue Hebriden (Brit.-Franz.).

noch Tabelle 36

*II. Verteilung der bis zum 30. Juni 1979 vorgenommenen Mittelbindungen
und Zahlungen aus dem 4. EEF (in Tausend ERE)*

Land	Mittel- bindungen	Zahlun- gen
Äquatorialguinea	158	3
Äthiopien	74 869	24 229
Bahamas	1 137	242
Barbados	2 573	1 780
Benin	41 219	20 243
Botsuana	21 978	5 107
Burundi	43 429	11 069
Dschibuti	3 374	1 147
Elfenbeinküste	52 509	26 034
Fidschi	15 265	4 757
Gabun	14 812	2 370
Gambia	13 120	3 747
Ghana	49 769	14 976
Grenada	2 007	177
Guinea	56 088	9 772
Guinea-Bissau	22 452	10 762
Guyana	8 459	1 459
Jamaika	16 684	3 614
Kap Verde	2 792	910
Kamerun	50 099	22 599
Kenia	78 605	22 682
Komoren	8 659	4 100
Kongo	33 164	20 366
Lesotho	16 620	4 384
Liberia	23 224	4 507
Madagaskar	41 139	10 862
Malawi	56 870	15 773
Mali	71 539	23 000
Mauretanien	53 031	21 175

Land	Mittel- bindungen	Zahlun- gen
Mauritius	12 482	4 189
Niger	91 315	60 479
Nigeria	5 009	3 833
Obervolta	43 736	25 642
Papua-Neuguinea	4 969	2 620
Ruanda	67 932	22 966
Salomonen	3 628	1 298
Sambia	38 595	19 451
Samoa	7 331	3 167
São Tomé und Príncipe	1 659	73
Senegal	113 204	38 117
Seschellen	2 520	389
Sierra Leone	28 671	7 619
Somalia	38 604	12 629
Sudan	55 129	13 969
Surinam	4 484	869
Swasiland	17 310	8 763
Tansania	95 620	35 003
Togo	34 484	19 087
Tonga	3 329	1 894
Trinidad und Tobago	7 483	1 873
Tschad	47 943	21 334
Tuvalu	175	175
Uganda	10 955	6 692
Zaire	96 940	20 798
Zentralafrikanische Republik	27 537	7 200
Regionalprojekte	133 321	45 753
Alle Länder	23 570	17 731
Insgesamt	1 893 581	695 460

Anmerkung: Rundungsdifferenzen

noch Tabelle 36

III. Transfers für Stabex: Anwendungsjahre 1975 bis 1978¹⁾

a) Verteilung nach Ländern

Begünstigter AKP-Staat	Produkt	Transferbetrag in ERE				
		1975	1976	1977	1978	insgesamt
Äthiopien	Kaffee	9 339 683				
	Rohe Häute	5 080 364				14 420 047
Benin	Erdnüsse	464 330				
	Kaffee	1 174 883				
	Baumwolle	4 299 556	2 750 347	2 083 137		
	Palmkern-Ölkuchen	1 191 079				
	Palmöl		765 576	1 467 364		
	Palmkernöl			2 211 826		16 408 098
Burundi	Baumwolle	965 602				
	Rohe Häute und Felle	520 053				1 485 655
Dschibuti	Leder, Häute, Felle			169 629		169 629
Elfenbeinküste	Rohholz	15 000 000				15 000 000
Fidschi	Kokosnußöl	615 140	1 499 834			2 114 974
Gabun	Rohholz	6 703 311				6 703 311
Gambia	Erdnüsse				2 488 664	2 488 664
Ghana	Rohholz	5 176 408				5 176 408
Guinea-Bissau	Erdnüsse		4 442 437			
	Palmkerne		626 966			
	Schnittholz			146 839		5 216 242
Kamerun	Rohholz	3 601 423				
	Kakaomasse		463 558			4 064 981
Kap Verde	Bananen			347 712	429 500	777 212
Komoren	Ylang-Ylang-Öl			170 596		
	Kopra			367 784		
	Gewürznelken			552 547		1 090 927
Kongo	Rohholz	7 361 667				7 361 677
Madagaskar ..	Sisal		1 762 943			
	Gewürznelken		1 139 516			2 902 459
Mali	Baumwolle	1 145 004				
	Gummi arabikum		848 489			
	Erdnüsse				3 893 256	5 886 749
Mauretanien ..	Eisenerz			3 605 602	33 394 848	37 000 450
Niger	Erdnüsse	5 441 294		2 412 379		
	Rohe Häute und Felle	507 747				
	Erdnußöl		6 755 991	7 383 280		
	Erdnuß-Ölkuchen		153 269			22 653 960
Obervolta	Erdnüsse	685 239		1 169 977	2 890 160	
	Baumwolle	175 936			2 340 590	7 261 902
Ruanda	Pyrethrum				608 802	608 802
Samoa	Kakao	276 978			780 625	
	Kopra		1 331 544			
	Rohholz		348 993			
	Bananen			99 313		2 837 453
Senegal	Erdnüsse				49 882 295	
	Erdnuß-Ölkuchen				15 224 094	65 106 389
Sierra Leone ..	Eisenerz		3 977 274			3 977 274
Somalia	Bananen	1 296 907				
	Rohe Häute und Felle	635 238				1 932 145

noch Tabelle 36

Begünstigter AKP-Staat	Produkt	Transferbetrag in ERE				
		1975	1976	1977	1978	insgesamt
Sudan	Erdnüsse			968 825		
	Rohe Häute und Felle	1 658 579				2 627 404
Swasiland	Eisenerz			3 368 878		3 368 878
Tansania	Baumwolle	1 887 082				
	Sisal		5 165 208	8 176 614	5 472 645	20 701 549
Togo	Kaffee	2 680 324			946 290	3 626 614
Tonga	Kopra		831 721			
	Bananen		72 719		244 919	1 149 359
Uganda	Baumwolle	1 748 932	2 249 791	1 287 985		
	Tee		1 399 953			6 686 661
Zentralafri. Republik	Kaffee	353 108				
	Schmitttholz		549 807			902 915
Summe		79 985 877	37 135 936	34 990 287	118 596 688	270 708 788

b) Verteilung nach Produktgruppen

Produktgruppe	Transferbetrag in ERE					
	1975	1976	1977	1978	insgesamt	%-Anteil
Erdbußwaren	6 590 863	11 351 697	11 934 461	74 378 469	104 255 490	38,5
Kakaowaren	276 978	463 558	-	780 625	1 521 161	0,6
Kaffeewaren	13 547 998	-	-	946 290	14 494 288	5,4
Baumwollwaren	10 222 112	5 000 138	3 371 122	2 340 590	20 933 962	7,7
Kokosnußwaren	615 140	3 663 099	367 784	-	4 646 023	1,7
Palm- und Palmkernwaren .	1 191 079	1 392 542	2 679 190	-	5 262 811	1,9
Leder, Häute, Felle	840 198	-	169 629	-	8 571 610	3,2
Holz	37 842 819	898 800	146 839	-	38 888 458	14,4
Bananen	1 296 907	72 719	447 025	674 419	2 491 070	0,9
Tee	-	1 399 953	-	-	1 399 953	0,5
Rohsisal	-	6 928 151	8 176 614	5 472 645	20 577 410	7,6
Eisenerz	-	3 977 274	6 974 480	33 394 848	44 346 602	16,4
Sonstige	-	1 988 005	723 143	608 802	3 319 950	1,2
	79 985 877	37 135 936	34 990 287	118 596 688	270 708 788	100

1) Zahlung in der Regel im jeweils folgenden Rechnungsjahr; Stand: Juni 1979

Quelle: Kommission der EG

Tabelle 37

**Internationale Ernährungssicherung und Nahrungsmittelhilfe der
Europäischen Gemeinschaft 1975 bis 1979 (Haushaltsansätze)**

Produkt/Aufbringung	1975		1976		1977		1978		1979	
	1000 t	Millionen	1000 t	Millionen	1000 t	Millionen	1000 t	Millionen	1000 t	Millionen
		ERE		ERE		ERE		ERE		ERE
Getreide ¹⁾	1287,0	152,6	1287,0	178,1	1287,0	146,8	1287,0	150,58	1287,0	171,3
- EG-Kommission	643,5	76,3	708,0	97,97	720,5	82,2	720,5	84,30	720,5	96,1
- national ²⁾	643,5	76,3	579,0	80,12	566,5	64,6	566,5	66,28	566,5	75,2
Milchpulver	55,0	32,9	150,0	76,98	105,0	41,5	150,0	73,97	150,0	87,9
Butteröl	45,0	28,5	45,0	68,95	45,0	47,0	45,0	56,21	45,0	62,2
Sonstige		3,3		3,33		3,3		2,0		3,3
Gesamte Nahrungsmittelhilfe		237,3		327,35		238,6		284,1		324,7

¹⁾ im Rahmen des Nahrungsmittelhilfeabkommens (FAC)

²⁾ nationale Mengenverpflichtungen, Anteil der Bundesrepublik Deutschland siehe Tabelle 24

Anmerkung: Der Wert der Europäischen Rechnungseinheit (ERE) wird täglich neu ermittelt (Kurs am 1. Oktober 1979:
1 ERE = 2,48536 DM).

Quelle: BMZ

